

Frohe Weihnachten und Prosit 2012!



Foto: Krippenmuseum Bamberg/Österreich Journal

Detail aus einer großen Alpenländischen Weihnachtskrippe aus dem Oberammergau, um 1980.

Seit 55 Jahren stellt der Verein Krippenfreunde WienNÖ in der Adventzeit Weihnachtskrippen unterschiedlichster Bauweisen und Techniken aus – so waren auch

heuer wieder Dutzende der Kunstwerke in der Krypta zu St. Peter im 1. Wiener Gemeindebezirk ausgestellt. Einen Teil der faszinierenden Objekte haben wir für Sie fotogra-

fiziert. Sie sollen Ihnen als Einladung dienen, die Krippenausstellung im Advent 2013 vielleicht auch selbst zu besuchen.

Lesen Sie weiter auf der Seite 87.



Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie frohe und besinnliche Weihnachten und ein paar möglichst erholsame Tage. Das Neue Jahr soll Ihnen alles erdenklich Gute bringen und es soll Ihnen all das gelingen, was Sie sich vorgenommen haben.

Wir wünschen uns für 2013, daß Sie uns weiterhin als LeserInnen treu bleiben und daß Sie vielleicht in Ihrem Freundeskreis auf die Verfügbarkeit unseres Informationsangebots hinweisen könnten. Dafür wollen wir uns bei Ihnen bedanken!

Christa und Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 114

Stärkung der direkten Demokratie	3	2,6 Milliarden Euro für Weihnachtsgeschenke	45
1,8% Pensionserhöhung	5	Teilbetriebnahme des Hauptbahnhofs Wien	47
Wehrpflicht oder Berufswehr?	8	So feiern die Österreicher am liebsten Weihnachten	50
Informationen zur Volksbefragung am 20. Jänner 2013 vom BMeiA	11	Wien erneut Stadt mit höchster Lebensqualität	52
Gesamtverkehrsplan	12	Schemenlaufen als Weltkulturerbe	53
Niederösterreich wählt am 3. März einen neuen Landtag	15	Ein virtuelles Stille-Nacht-Museum	54
Kärnten wählt am 3. März einen neuen Landtag	15	Falstaff Rotweingala	56
Europäische Union nimmt Friedensnobelpreis entgegen	16	Eine Genußoase	57
Österreich im Einsatz für die Menschenrechte weltweit	18	Von Michael Ellenbogen.	59
Das Europäische Jahr 2012	19	Salzburg ehrt Peter Handke	59
Vertriebene Weltstars der Wissenschaft	20	Oö. Menschenrechtspreis 2012	60
Grenzüberschreitender Opferschutz in der EU wird möglich	22	Wiener Frauenpreis 2012	61
Gemeinsames europäisches Asylsystem ist in greifbarer Nähe	22	Innitzer-Preis 2012 an Rauch	62
Eine thailändisch-kärntnerische Hochzeit	27	Der weltweit erste biegbare und transparente Bildsensor	63
»Burgenland Journal«		Ultrakurze Laserpulse kontrollieren chemische Prozess	64
EU-Gemeinderäte sollen Begeisterung für EU wecken	28	FH Joanneum Kapfenberg bringt Berlin-Modell zum Sprechen	65
Von der Vision zur Modellregion	30	Hochkarätige Hirntumorforschung	66
Nuklearexperten in Eisenstadt	31	Flugzeuge stricken?	67
Mit Sicherheit auf gutem Weg	32	Aussprache des Österr. Deutsch	68
Beginn einer neuen Ära	33	Vier von fünf Haushalten haben Internetzugang	69
Finanzlage der Stadt Mattersburg	34	Max Ernst in der Albertina	70
Urlaub mit Sonne drin	35	Georg Baselitz im Essl Museum	75
Neue Chance nutzen		Wolkenbilder im Leopold Museum	77
-----		Fritz Steinkellner im MMKK	80
Südtirols Außenhandel	36	MuTh – ein Brückenschlag	83
Transeuropäisches Verkehrsnetz	37	»Aufbruch« – 37. Innsbrucker Festwochen der Alten Musik	86
Österreich behauptet sich in schwachem Umfeld	38	55. Krippenausstellung in Wien	87
Konjunkturbelebung in Sicht	39	Fördermodell »Filmstandort Austria« wird verlängert	93
Unsicherheit bremst Konjunktur	40	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich - diesmal: der Komponist Hugo Riesenfeld	94
Konjunkturstabilisierung in Sicht	42	Momente der Ruhe im Vorarlberger Winter	97
Reform der Kurzarbeit	43	Verträumte Momente genießen	99
Elektronische Rechnungsstellung	44	Winter in Tirol	



Vertriebene Weltstars der Wissenschaft S 20



Teilbetriebnahme Hauptbahnhof Wien S 47



Weltweit erster biegsamer Bildschirm S 63



Ischl: Zwischen Tradition und Moderne S 94



Vorarlberg: Momente der Ruhe S 97

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Fotos Universität Wien / Walter Schaub-Walzer; Stadt Wien / R. Schmied; JKU Linz; VBK, Wien 2012 / Lehmbruck Museum, Duisburg; Foto: Achim Bednorz, Ullmann Verlag, Potsdam; Hans Wiesenhofer / Kleinwalsertal Tourismus.

Stärkung der direkten Demokratie

Koalitionsregierung sieht Beitrag zum Ausbau der Demokratie und verstärkte Bürgerbeteiligung als Ziel – Opposition hingegen sieht Beruhigungsspielle, positive Ansätze, aber keinen großen Wurf

Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz stellten die beiden Klubobmänner Josef Cap (SPÖ) und Karlheinz Kopf (ÖVP) am 19. Dezember ein zwischen den Koalitionsparteien ausgehandeltes Paket zur Stärkung der Direkten Demokratie vor.

Cap: Einigung leistet Beitrag zum Ausbau der Demokratie

„Das heute mit der ÖVP präsentierte Paket zur Stärkung der direkten Demokratie leistet einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau der Demokratie in Österreich“, betonte Cap, der dabei die Stärkung der Persönlichkeitselemente in der Nationalratswahlordnung hervorhob. „Diese Stärkung war mir ein besonderes Anliegen. Hier gibt es Verbesserungen und Erleichterungen. Darüber hinaus wird es in Zukunft auch auf Bundesebene möglich sein, Vorzugsstimmen zu vergeben. Damit wollen wir einen Anreiz schaffen, daß dieses wichtige Instrument bereits bei der nächsten Nationalratswahl noch stärker zum Einsatz kommt“, so Cap.

Bisher war auf Bundesebene die Vergabe von Vorzugsstimmen nicht vorgesehen, führte der SPÖ-Klubobmann weiter aus. In Zukunft können auch auf der Bundesebene Vorreihungen von KandidatInnen vorgenommen werden. Dafür müssen mindestens sieben Prozent der jeweiligen Parteistimmen erreicht werden. Auf Landesebene reichen zehn Prozent der Stimmen bzw. das Erreichen der Wahlzahl. Für ein Vorrücken auf den Regionalwahlkreislisten sollen künftig einheitlich 14 Prozent erforderlich sein. „Mit diesem Paket wird der Zugang zu Vorzugsstimmen vor allem in einigen Bundesländern deutlich erleichtert. Mit der entsprechenden Unterstützung können in Zukunft die KandidatInnen einfacher vorrücken. So wird eine Korrektur der von den Parteien erstellten Listen erleichtert“, hob der SPÖ-Klubobmann hervor.

Ein weiterer Bestandteil des Pakets zur direkten Demokratie ist die Schaffung einer zentralen Wählerrevidenz und die Einführung der Möglichkeit, Instrumente der direkten



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Demokratie mittels Internet zu unterstützen, erläuterte Cap. „Ein zentrales Wahlregister bedeutet Vereinfachungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung. Außerdem ist es Voraussetzung dafür, daß Volksbegehren, Bürgerinitiativen und Bürgeranfragen in Zukunft per Internet unterstützt werden können. So können neue technische Möglichkeiten optimal im Sinne der Demokratie eingesetzt werden.“

Die Aufwertung der parlamentarischen Behandlung von Volksbegehren im Nationalrat ist ebenfalls Bestandteil des Pakets, erläuterte der SPÖ-Klubobmann. Künftig werden Volksbegehren in einer eigenen Sitzung des Nationalrates behandelt. Darüber hinaus erhalten die Bürgerinnen und Bürger auch über eine so genannte „Bürgeranfrage“ die Möglichkeit, Mitglieder der Bundesregierung im Parlament zu befragen. Geplant

ist die Einbringung des Paketes zur direkten Demokratie nach Gesprächen mit den Oppositionsparteien noch im Jänner. „Mit diesem Paket haben wir ein europaweit vorbildhaftes Paket der direkten Demokratie geschnürt, das den Zugang zu demokratischen Instrumenten wesentlich erleichtert und einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der Demokratie in Österreich leistet“, so Cap abschließend.

Kopf: Verstärkte Bürgerbeteiligung Ziel des Demokratiepaketes

„Die verstärkte Beteiligung der Bürger am demokratischen Prozedere ist das Ziel unserer Vorschläge“, sagte ÖVP Klubobmann Karlheinz Kopf. Anfang 2013 sollen die heute gemachten Vorschläge den Oppositionsfractionen in Gesetzesform übermittelt und im Plenum Ende Jänner 2013 als Initiativanträge eingebracht werden. „Die bisherigen fraktionsübergreifenden Diskussionen haben gezeigt, daß die heute präsentierten Maßnahmen konsensfähig sind“, so Kopf, der eine breiteste mögliche Unterstützung der Vorschläge nicht nur aufgrund notwendiger Zweidrittelmehrheiten, sondern insbesondere auch aufgrund der demokratiepolitischen Relevanz als wünschenswert erachtet.

Volksbegehren, die von mehr als 100.000 Bürgern unterstützt werden, sollen in Zukunft im Rahmen einer Sondersitzung des Nationalrats behandelt werden. „Der Initiator eines ausreichend unterstützten Volksbegehrens kann dann im Plenum das Wort ergreifen und damit aktiv in die parlamentarische Diskussion eingreifen“, so Kopf, der in weiterer Folge darauf hinwies, daß Volksbegehren, Bürgerinitiativen und Bürgeranfragen nach Schaffung einer zentralen Wählerrevidenz auch elektronisch unterstützt werden könnten.

Im Rahmen einer neu zu schaffenden Bürgeranfrage sollen Staatsbürger die Möglichkeit erhalten, Mitglieder der Bundesregierung zu befragen. Die Anfragen müssen von mindestens 10.000 Bürgern unterstützt werden. „In vier Sitzungen des Nationalrats pro Jahr sollen die am meisten unterstützten

Bürgeranfragen direkt vom zuständigen Regierungsmitglied beantwortet werden“, so Kopf.

Weiters wurde die Stärkung der Persönlichkeitselemente bei der Nationalratswahl durch die Absenkung der Kriterien für eine Listenvorreiherung präsentiert, wie eingangs bereits erwähnt. „Dadurch haben die Wahlberechtigten künftig deutlich mehr Einfluß darauf, von wem sie im Parlament vertreten werden“, so Kopf abschließend.

Stefan: Beruhigungsspielle für die Wahl statt Bürgerbeteiligung

„Dieser Entwurf mag ja ein netter kleiner Schritt in die richtige Richtung sein, mehr als die kosmetische Aufbereitung bereits bestehender Instrumente ist er nicht“, kritisierte der freiheitliche Verfassungssprecher Harald Stefan das „sogenannte Demokratiepaket“ der Regierungsparteien. Eine Aufwertung der Vorzugsstimmen sei prinzipiell in Ordnung, es dürfe dabei aber nicht zu derartigen Auswüchsen kommen, wie in Niederösterreich, wo die Vorzugstimme vor der Listenstimme gereiht sei. Außerdem sei darauf zu achten, daß hier nicht jene Personen bevorteilt würden, die über das nötige Geld für einen Vorzugstimmenwahlkampf verfügen könnten, es müsse Chancengleichheit gewahrt werden.

Bei den beabsichtigten Änderungen bezüglich der Volksbegehren sehe er, Stefan, keinen wirklichen Fortschritt. Bisher seien beinahe alle Volksbegehren von den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP schubladisiert worden, für die Initiatoren sei es bestimmt kein Fortschritt, künftig in Sondersitzungen des Nationalrats den gleichen Effekt zu erreichen. In diesem Bereich müsse das freiheitliche Modell bevorzugt werden, wonach ein Volksbegehren bei der dementsprechenden Unterstützung automatisch einer Volksabstimmung unterzogen werden müsse.

Auch die sogenannte Bürgeranfrage sei ein Instrument, das ja bereits bestünde, schon jetzt müßten laut Auskunftspflichtgesetz Organe des Bundes, zu denen ja auch Minister zählten, sowie die Organe der durch die Bundesgesetzgebung zu regelnden Selbstverwaltung über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches jedermann binnen acht Wochen Auskünfte erteilen, soweit eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht dem nicht entgegenstehe, so Stefan.

Weiters stelle sich bei der Behauptung der Regierungsparteien, durch dieses „Demokratiepaket“ komme es laut Experten zu mehr Wahlbeteiligung, die Frage, ob es sich

dabei um die gleichen Experten handle, die auch mehr Wahlbeteiligung durch die Briefwahl prophezeiten, wobei die Wahlbeteiligung trotz gleichzeitiger Absenkung des Wahlalters auf 16 jedoch stagnierte, ja teilweise sogar sank.

Insgesamt zeige dieser Entwurf, daß die Regierungsparteien vor dem Großwahljahr 2013 aus Angst vor enormen Stimmverlusten aufgrund ihrer verfehlten Politik, der Bevölkerung eine Beruhigungsspielle verpassen wollten, im Grunde jedoch nicht daran dächten, die Bürger verstärkt in die politische Entscheidungsfindung einzubinden. „Mit diesem Entwurf ist bewiesen, daß die einzige Partei, die bestrebt ist, die direkte Demokratie in Österreich zu stärken, die FPÖ ist. Die Bürger werden das bei den kommenden Wahlen auch zu schätzen wissen“, schloß Stefan.

Bucher: Positive Ansätze, aber kein großer Wurf

„Das von SPÖ und ÖVP angekündigte Demokratiepaket ist alles andere als ein großer Wurf. Die von der Regierung im Vorjahr groß angekündigte Verkleinerung des Nationalrates wurde gleich wieder fallen gelassen. Einige Punkte wie die elektronische Unterstützung der Volksbegehren oder die Bürgeranfrage klingen grundsätzlich vernünftig. Ein Internet-Volksbegehren wurde vom BZÖ bereits gefordert. Das BZÖ ist grundsätzlich gesprächsbereit. Wir werden jedoch nur einer Regelung zustimmen, welche den Bürgern echte Mitbestimmung ermöglicht. Für ein rot-schwarzes Alibi-Paket stehen wir jedenfalls nicht zur Verfügung“, so BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher.

Musiol: Demokratiepaket ist nicht einmal ein kleiner Wurf

„Nachdem über das Demokratiepaket ewig diskutiert wurde, ist nun nicht einmal ein kleiner Wurf herausgekommen“, kritisierte die demokratiepolitische Sprecherin der Grünen, Daniela Musiol. „Das demokratiepolitische Signal ist außerdem verheerend, wenn nicht einmal die Oppositionsparteien, geschweige denn demokratiepolitische Initiativen in diese Verhandlung eingebunden wurden und SPÖ und ÖVP quasi hinter verschlossenen Türen einen Minientwurf ausgehandelt haben.“

„Mit diesem Paketchen sind wir noch weit von einer echten Volksgesetzgebung entfernt“, meint Musiol. Die Grünen sind etwa für eine zwingende Volksabstimmung, wenn ein Volksbegehren eine bestimmte An-

zahl an Unterschriften erreicht hat und es beim Dialog zwischen VolksbegehrerInnen und Parlament zu keinem Ergebnis im Sinne des Volksbegehrens gekommen ist. „Obwohl die ÖVP in der Person von Sebastian Kurz und die SPÖ in Person von Barbara Prammer das ebenfalls immer gefordert haben, wurde es nicht umgesetzt. Offensichtlich wurden die fortschrittlichen Kräfte in den beiden Parteien von den jeweiligen Klubobleuten zurückgepfiffen.“

„Zu begrüßen ist die angekündigte Aufwertung der Vorzugsstimmen. Allerdings muß sichergestellt werden, wie die Vorzugsstimmen am Stimmzettel zu vergeben sind. Wird der Name angekreuzt oder muß der Name hingeschrieben werden. Darüber hinaus muß darauf geachtet werden, daß man mit diesem System ein geschlechtergerechtes Ergebnis fördert. Dies wäre etwa durch doppelte Vorzugsstimmen – eine für einen Kandidaten, eine für eine Kandidatin – denkbar“, erläutert Musiol.

Erfreut zeigt sich Musiol, daß zumindest einige Forderungen der Grünen erfüllt wurden, wie etwa die Möglichkeit Volksbegehren im Internet zu unterstützen, die Einführung der zentralen WählerInnenvidenz und BürgerInnenanfragen an MinisterInnen.

Lugar: Erster Schritt in die richtige Richtung

„Rot und Schwarz haben einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht“, kommentiert der stellvertretende Obmann des Team Stronach, Robert Lugar, das von SPÖ und ÖVP präsentierte Paket zur Stärkung der Demokratie. „Das Paket beinhaltet Verwaltungsreformen und mehr direkte Demokratie da stimmen wir gerne zu“, verspricht Lugar, dem die Reformen aber noch nicht weit genug gehen.

„Das System der Vorzugsstimmen auch auf Bundesebene macht die Wahlen transparenter und bürgernäher, weil es auch mehr Möglichkeiten gibt, um Einfluß zu nehmen“, so Lugar. Er wünscht sich aber, daß für eine Vorreiherung durch Vorzugsstimmen schon unter fünf Prozent möglich ist. „Das wäre ein echter Schritt zu mehr Demokratie – und brächte sicher auch mehr Engagement der Kandidaten“, erklärt Lugar.

Die elektronische Unterstützung von Volksbegehren begrüßt Lugar, verlangt aber ab 300.000 Unterstützungserklärungen auch eine zwingende Volksabstimmung. In der angekündigten zentralen Wählerevidenz sieht der Team Stronach Obmannstellvertreter eine sinnvolle Verwaltungsvereinfachung. ■

1,8% Pensionserhöhung

Die Bundesregierung und die Pensionistenvertreter haben sich am 3. Dezember auf eine Pensionserhöhung von 1,8 Prozent für das Jahr 2013 verständigt.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 3. Dezember fanden im Bundeskanzleramt Gespräche zwischen Vertretern der österreichischen Bundesregierung (rechts) und des Seniorenrates zu den Pensionsanpassungen statt.

Für jene rund 230.000 Menschen, die die Ausgleichszulage beziehen, weil sie besonders niedrige Pensionen erhalten, wird es den vollen Anpassungsfaktor von 2,8 Prozent geben“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am 3. Dezember nach den Pensionsgesprächen im Bundeskanzleramt. Diese fanden unter Beteiligung von Vizekanzler Michael Spindelegger, Sozialminister Rudolf Hundstorfer und den Vertretern des Präsidiums des Seniorenrates, Karl Blecha (Pensionistenverband) und Prof. Andreas Khol (Seniorenbund), statt.

Damit bildet der Beschluß die im Frühjahr getroffenen Vereinbarungen im Konsolidierungspaket ab, wonach die Pensionen um ein Prozentpunkt unter dem errechneten Anpassungsfaktor liegen sollen.

„Ich danke für die gute, konstruktive Zusammenarbeit. Die konstruktive Art der gemeinsamen Gespräche war vorbildlich, dafür möchte ich den Seniorenvertretern danken“, so der Bundeskanzler.

Tags darauf, am 4. Dezember, fand eine Sitzung des Österreichischen Seniorenrates statt, bei der die Verhandlungen über die Anpassung der Pensionen im Jahre 2013 vom Vortrag behandelt wurden, aber auch weitere aktuelle seniorenpolitische Themen waren auf der Tagesordnung gestanden.

Pensionsverhandlungen

Auf Grundlage der geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen beträgt der Anpassungsprozentsatz für 2013 für alle Pensionen 1,8 %.

Auf Basis der durchschnittlichen Erhöhung der Verbraucherpreise (VPI) von August 2011 bis zum Juli 2012 wurde zwar ein Wert von 2,8 % ermittelt (der Pensionisten Haushaltsindex beläuft sich für den gleichen Zeitraum auf 2,9 %), aufgrund der Beschlüsse zum letzten Sparpaket muß dieser errechnete Faktor für 2013 aber um einen Prozentpunkt vermindert werden.

Diese Regelung wird aber nicht auf den Richtsatz der Ausgleichszulagen (AZ) angewandt, dieser wird im Sinne der Armutsbekämpfung um 2,8 % angehoben.

Von einer Staffelung oder Deckelung bei der Anpassung wurde im Hinblick auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes abgesehen, der in einem Grundsatzurteil vom 20. Oktober 2011 die Pensionsanpassung 2008 in Teilen für gleichheitswidrig aufgehoben hatte, wegen einer „indirekten Diskriminierung der Frauen“: in dieser Pensionsanpassung wurden Pensionen unter dem AZ-Richtsatz weniger stark angehoben als Pensionen darüber. Aus dem Urteil des EuGH, das dann vom Obersten österreichi-

schen Gerichtshof voll umgesetzt wurde, geht hervor, daß in Zukunft alle Pensionen mit demselben Prozentsatz angehoben werden müssen, ausgenommen ist davon die AZ, die ja nicht eine Pensionserhöhung im juristischen Sinn ist.

Gegenstand der Pensionsverhandlungen bildeten weiters die Themen Einschleifregelung beim erhöhten Pensionistenabsetzbeitrag, Pensionskassen, Pensionssicherungsbeitrag, künftige Pensionsanpassungen und Aliquotierung bei Wartezeit auf die erste Pensionsanpassung.

Alleinverdienerabsetzbeitrag / Pensionistenabsetzbeitrag

Mit 1. Jänner 2011 wurde der Alleinverdienerabsetzbeitrag für Steuerpflichtige ohne Kinderbetreuungspflichten abgeschafft. Für Steuerpflichtige mit Pensionseinkünften bis höchstens 13.100 Euro jährlich wurde als Ausgleich der Pensionistenabsetzbeitrag um 364 Euro angehoben, wenn die Partnerin/der Partner nicht mehr als 2.200 Euro im Jahr verdient. Seit dem Jahr 2012 steht dieser erhöhte Pensionistenabsetzbeitrag bei Pensionseinkünften bis zu 19.930 Euro zu. Die Einkünfte der Partnerin/des Partners dürfen weiterhin nicht mehr als 2.200 Euro im Jahr betragen. Da der Bezug des Alleinverdiener-



Foto: BKA / Andy Wenzel

v.l.: Stv. Präsidiumsmitglied des Seniorenrates Hannes Bauer, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, Bundeskanzler Werner Faymann und die Präsidenten des Seniorenrates Andreas Khol und Karl Blecha bei dem anschließenden Pressestatement.

absatzbetrages mit weiteren steuerlichen Begünstigungen, insbesondere im Bereich der Topfsonderausgaben und der außergewöhnlichen Belastungen verknüpft ist, bleiben diese Begünstigungen für jene Steuerpflichtigen erhalten, die durch den Wegfall des Alleinverdienerabsatzbetrages schlechter gestellt wurden.

Nunmehr ist man mit dem Problem konfrontiert, daß in zahlreichen Fällen durch die Pensionsanpassung mit Überschreitung der Einkommensgrenze von 19.930 Euro Jahresbemessungsgrundlage (1.750 Euro Monatspension) der erhöhte Pensionistenabsatzbetrag von 764 Euro komplett wegfällt und man auf den „normalen“ Pensionistenabsatzbetrag zurückfällt, der in diesem Einkommensbereich nur noch ca. 253 Euro ausmacht. Das bedeutet, daß im Fall der Überschreitung ein Anstieg des Bruttolohnes um 1 Euro zu einem Nettoeinkommensverlust von rund 500 Euro im Jahr zur Folge hat.

Zu dieser Problematik werden weitere Gespräche mit der Bundesregierung geführt.

Gesundheitsreform, ELGA und Orientierungskurse vor dem Pensionsantritt

Der Österreichische Seniorenrat zeigt sich sehr erfreut über die Einführung der Elektronischen Gesundheitsakte (ELGA) und der e-Medikation unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes. Die Umsetzung dieser bereits länger bestehenden Forderungen des Seniorenrates ist für ältere Menschen von besonderer Bedeutung.

Die Kenntnisse, wie man seine Gesundheit erhalten kann, sind bei Älteren bedauer-

licherweise geringer als in anderen Altersgruppen. Hier ist im Rahmen der Gesundheitsreform eine gezielte Informationsarbeit zur Förderung der Gesundheitsmündigkeit dringend nötig und eine Verstärkung des Gesundheitsbewußtseins sowie Gesundheitsvorsorge-Maßnahmen wichtig.

Informationen und Angebote zu gesunder Ernährung und Bewegung nehmen dabei einen besonders großen Stellenwert ein. Mit den seitens des Seniorenrates vorgeschlagenen Orientierungskursen zum Pensionsantritt könnten hier wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger und der SVA der gewerblichen Wirtschaft zur Umsetzung dieses Vorschlages haben begonnen.

Pensionskassen

Seit Jahren kämpft der Seniorenrat dafür, die Verluste der Pensionskassen-Berechtigten in den vergangenen Jahren (bis zu 50 % der Pension) durch steuerliche Maßnahmen auszugleichen. Im Zuge des Konsolidierungspaketes vom Frühjahr wurde die Möglichkeit beschlossen, bestimmte Pensionskassenansprüche im vorhinein pauschal und begünstigt besteuern zu lassen. Die einmalige Vorwegbesteuerung auf das angesparte Kapital in Höhe von 25 Prozent (bzw. 20 % bei niedrigen Firmenpensionen bis 300 Euro monatlich bzw. 4.200 Euro im Jahr) stellt in Folge drei Viertel der später ausbezahlten Zusatzrente steuerfrei.

Die Regelung war allerdings auf Fälle beschränkt, bei denen die von der Pensionskasse versprochene Mindestverzinsung

(„Rechenzins“) zumindest 3,5 % betragen hat und es konnten nur Anwartschaftsberechtigte die Option geltend machen, die heuer bis Jahresende ihr 60. Lebensjahr vollendet haben sowie Leistungsbezieher, bei denen der Arbeitgeber keine Nachschulpflicht hat.

Der Seniorenrat hat von Anfang an diese Regelung als absolut unzureichend gerügt und darauf hingewiesen, daß sie nur für Bezieher hoher Zusatzpensionen, 1000 Euro im Monat und mehr, halbwegs attraktiv sei, während der durchschnittliche Pensionskassenberechtigte nur geringfügige Besserungen zu erwarten hätte. Vergeblich! Die dennoch erfolgte Beschlußfassung erfüllte die langjährige Forderung seitens des Seniorenrates nach seinem Modell einer Vorwegbesteuerung nicht. Der Seniorenrat warnte öffentlich davor, daß dieses Modell von der Masse der Berechtigten (ca. 75.000 Personen) nicht angenommen würde und es illusorisch sei, dafür im Budget Eingänge von 950 Millionen anzusetzen. Wir haben – leider – recht behalten. Die Möglichkeit, in dieses Modell hineinzuoportieren, bestand bis 31. Oktober 2012 für über 70.000 Anwartschaftsberechtigte und Leistungsbezieher.

Seit Mitte November steht nun fest, daß die pauschale Vorwegbesteuerung nur rund 8000 Personen wahrgenommen haben und rund 255 Mio. Euro an Einnahmen bringen wird. Erwartungsgemäß haben nur überwiegend Bezieher von höheren Zusatzpension die Option gewählt, die sich dadurch mehr an künftiger Steuerbelastung ersparen können. Dies ist nur ein Bruchteil der vom BMF erhofften Summe.

Innenpolitik

Im Vergleich dazu wäre bei Umsetzung des – für die PKA-Leistungsberechtigten wesentlich attraktiveren – Vorweg-Steuermodells des Seniorenrates auch eine entsprechend höhere Steuereinnahme zu erwarten gewesen.

Auf Grund entsprechender Reaktionen von PKA-Leistungsberechtigten ortet der Seniorenrat einen dringenden Verbesserungs- und Handlungsbedarf und hat der Bundesregierung folgende Änderungen vorgeschlagen.

- Ausweitung der zeitlichen Befristung für die einmalige Inanspruchnahme der Vorweg-Besteuerung von bisher 31. Dezember 2012 auf bis auf weiteres.
- Der begünstigte Vorweg-Besteuerungssatzes von 20 % (normal 25 %) soll auf PKA-Pensionen bis zu 500 Euro (bisher 300 Euro angewandt werden).
- Steuerfreie Auszahlung aller PKA-Pensionen aus Arbeitnehmerbeiträgen (direkt oder umgewandelt = PKG § 48 a und 48 b / bisher nur 75 % steuerfrei).

Weites schlägt der Seniorenrat einen Verzicht auf die jeweiligen zeitlichen Befristungen vor:

- Ausdehnung des Zeitraums zum einmaligen Umstieg innerhalb der Pensionskasse (VRG mit zulässigen RZ von dzt. 3 % bzw. in die neue Sicherheits-VRG – Garantiepension mit RZ 1,75 %) bzw. zur betrieblichen Kollektivversicherung von dzt. 31. Dezember 2013 auf > bis auf weiteres.
- Ausdehnung des Zeitraums zum einmaligen Verzicht auf die Dotation der Schwankungsrückstellung von dzt. 31. Oktober 2014 auf : ab 31. Oktober 2013 > bis auf weiteres.

Nachträglich Versteuerung deutscher Renten

Seit einigen Monaten werden PensionistInnen, die aus Deutschland eine Rente beziehen, auf Grundlage der deutschen Gesetzgebung aufgefordert, für die letzten fünf Jahre rückwirkend dazu eine Steuererklärung in Deutschland abzugeben und sind dadurch mit teils massiven Nachzahlungen konfrontiert.

Der Österreichische Seniorenrat wird mittels Petition an den Deutschen Bundestag herantreten und diesbezüglich ein Gesetzesänderung anregen. Rückwirkende Steuernachforderungen zu stellen, über die die Pensionsbezieher in keiner Weise informiert waren, stellen eine große und unzumutbare Härte für die PensionistInnen.

Der Seniorenrat wird gleichzeitig auch den Österreichischen Nationalrat mit einer Petition befassen mit der Forderung nach einer Aufnahme von völkerrechtlichen Verhandlungen über eine entsprechende Ände-

rung des Doppelbesteuerungsabkommens Österreichs mit Deutschland.

<http://www.seniorenrat.at>

Kurzinformation zur Besteuerung deutscher Sozialversicherungsrenten

In letzter Zeit werden verstärkt Anfragen von Personen an das Bundesministerium für Finanzen herangetragen, die in Österreich ansässig sind und eine Rente aus einer deutschen gesetzlichen Sozialversicherung beziehen. Diese Personen wurden vom deutschen Finanzamt Neubrandenburg aufgefordert, diese Renten rückwirkend ab 2005 in Deutschland zu versteuern. Dazu wird erläuternd folgendes bemerkt:

Haben Rentner weder einen Wohnsitz noch einen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland, können sie nach deutschem Steuerrecht mit ihren aus deutschen Quellen stammenden Einkünften in Deutschland steuerpflichtig sein (beschränkte Steuerpflicht). Dies gilt auch für Renten aus der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung. Durch eine Neuordnung des deutschen Systems der Besteuerung von Alterseinkünften sind derartige Renten nach deutschem Recht ab 1. Jänner 2005 in Deutschland steuerpflichtig. Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung unterliegen ab diesem Zeitpunkt der „nachgelagerten“ Besteuerung. Die Höhe des Besteuerungsanteils ist vom Jahr des Rentenbeginns abhängig. Dieser Besteuerungsanteil wird beginnend mit 50 % im Jahre 2005 jährlich um 2 % erhöht, bis er im Jahr 2040 für alle Neurentner 100 % beträgt. Die Rente eines Rentenempfängers, der 2005 bereits Rente bezogen hat oder in diesem Jahr erstmals Rente erhielt, unterliegt somit in Höhe von 50 % ihres Jahresbetrages der Besteuerung.

Die deutsche Besteuerung erfolgt im wesentlichen auf der Basis der aus Deutschland bezogenen Rentenleistungen. Für die Besteuerung findet der normale Tarif, jedoch ohne Berücksichtigung eines Grundfreibetrages Anwendung. Personen- oder familienbezogene Steuervergünstigungen werden für im Ausland lebende Rentner nicht gewährt. Für die Berücksichtigung dieser personen- und familienbezogenen Vergünstigungen ist allein der Ansässigkeitsstaat – also Österreich – verantwortlich.

Die Berücksichtigung solcher Steuerabzugsbeträge kann im Rahmen der deutschen Besteuerung allerdings dennoch erreicht werden, wenn vom Steuerpflichtigen bei dem zuständigen deutschen Finanzamt ein Antrag auf unbeschränkte Einkommensteuerpflicht

nach § 1 Absatz 3 deutsches Einkommensteuergesetz gestellt wird. Das setzt aber voraus, daß die Einkünfte des Steuerpflichtigen im Kalenderjahr mindestens zu 90 Prozent der deutschen Einkommensteuer unterliegen oder die nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte in den Jahren 2005-2007 den Betrag von 6.136 Euro, in 2008 den Betrag von 7.664 Euro, in 2009 den Betrag von 7.834 Euro und in 2010 den Betrag von 8.004 Euro nicht übersteigen. Die Höhe der nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte ist dabei durch eine Bescheinigung der zuständigen ausländischen Steuerbehörde nachzuweisen.

Das zwischen Deutschland und Österreich abgeschlossene Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) weist Deutschland für Renten aus der gesetzlichen deutschen Rentenversicherung das alleinige Besteuerungsrecht zu. In Österreich werden diese Renten auf Grund des DBA von der Steuer befreit. Österreich hat jedoch das Recht, die deutschen Rentenbezüge bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen in Österreich zu berücksichtigen (Progressionsvorbehalt). Durch die Vornahme eines Progressionsvorbehalts wird die deutsche Rente nicht nochmals besteuert, sondern es werden lediglich allenfalls vorliegende steuerpflichtige inländische Einkünfte mit jenem Steuersatz erfaßt, der auch zum Tragen käme, wenn alle Einkünfte aus inländischen Quellen stammten. Dieser Progressionsvorbehalt ist bei Vorliegen entsprechender inländischer Einkünfte im Wege einer Steuerveranlagung durch das zuständige Wohnsitzfinanzamt zwingend vorzunehmen und liegt nicht im Ermessen der österreichischen Finanzverwaltung.

Für die Besteuerung der sog. „Auslandsrentner“ in Deutschland ist das Finanzamt Neubrandenburg zentral zuständig, soweit keine weiteren Einkünfte neben der Sozialversicherungsrente bezogen werden. Weitere Informationen zur Besteuerung bzw. zur Erreichbarkeit des Finanzamtes Neubrandenburg sind unter <http://www.steuportal-mv.de> zu entnehmen. Rückfragen zur Besteuerung der Renten in Deutschland wären ausschließlich an die deutschen Steuerbehörden zu richten. Hinsichtlich der Vornahme des Progressionsvorbehalts in Österreich steht Ihnen Ihr österreichisches Wohnsitzfinanzamt für nähere Auskünfte erforderlichenfalls zur Verfügung. ■

<http://www.bmf.gv.at>

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Wehrpflicht oder Berufsheer?

Nationalrat debattierte über das Wehrsystem – die WählerInnen entscheiden bei der Volksbefragung im Jänner 2013.

„Wehrpflicht und Neutralität statt Söldnerheer und NATO“ lautete der Titel der Aktuellen Stunde, mit der der Nationalrat am 5. Dezember seine 184. Plenarsitzung eröffnete. Das Thema hatte die FPÖ ausgewählt, deren Klubobmann Heinz-Christian Strache Nationalratspräsidentin Barbara Prammer als erstem Redner das Wort erteilte.

Strache: Berufsarmee führt zu NATO-Beitritt

FPÖ-Klubobmann Heinz-Christian Strache eröffnete die Debatte mit heftigen Vorwürfen an Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ), der nicht nur darin versagt habe, die Ausbildung der Grundwehrdiener zu optimieren, das Bundesheer mit besserem Gerät auszustatten und die Zahl der Systemerhalter zu verringern, sondern kürzlich wegen des Verkaufs von Liegenschaften unter deren Wert und dem Vorwurf der „Freunderlwirtschaft“ in ein negatives Licht geraten sei. Strache lehnte den Verkauf von Kasernen ab, der mit der Wehrpflichtdebatte und der Absicht Darabos' zusammenhänge, die Zahl der Soldaten zu reduzieren. Damit werde die Landesverteidigung, der Katastrophenschutz und der Zivildienst gefährdet, der gemeinsam mit der Wehrpflicht abgeschafft würde. Das von Darabos vorgeschlagene Berufsheer sei viel teurer als ein auf der Wehrpflicht aufbauendes Bundesheer, sagte Strache und fügte hinzu, daß Österreich seit den Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre wisse, daß es ohne Präsenzdiener, ohne Zivildienner und ohne ehrenamtliche Helfer nicht in der Lage sei, mit Naturkatastrophen fertig zu werden.

Die Einführung eines Berufsheers wäre auch ein Schritt weg von der bewährten Tradition der österreichischen Neutralität, meinte Strache, er erwartete, dass eine Aufgabe der Wehrpflicht deshalb zur Diskussion über einen NATO-Beitritt führen würde, weil Österreich ohne Wehrpflicht zu wenige Soldaten hätte, um seine Neutralität zu verteidigen. Eine Berufsarmee würde die Identifikation der Staatsbürger mit dem Heimatschutz verringern und wäre gezwungen, sich großteils aus Arbeitslosen zu rekrutieren. Das zeige das Beispiel Deutschlands, wo sich statt der erforderlichen 15.000 Freiwilligen

Wie lautet die Frage?

Gemäß Artikel 49b Bundes-Verfassungsgesetz wird am 20. Jänner eine Volksbefragung mit folgender Fragestellung durchgeführt:

a) Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres

oder

b) sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?

Abgestimmt wird, wie bei einer Wahl, indem man den Kreis neben der Frage ankreuzt, die man bejahen will. Werden beide Kreise oder keiner angekreuzt, ist der Stimmzettel ungültig.

nur 12.000 zum Berufsheer gemeldet haben und davon nur 8000 geblieben seien. Demgegenüber tritt die FPÖ dafür ein, die allgemeine Wehrpflicht, den Grundwehrdienst und den Zivildienst zu erhalten, und sie setzt bei der Verteidigung Österreichs und seiner Neutralität auf ein Bundesheer, das aus Berufssoldaten und Grundwehrdienern besteht.

Darabos: Österreich bleibt auch mit einer Freiwilligenarmee neutral

Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) wies zunächst die Vorwürfe Straches im Zusammenhang mit Kasernenverkäufen zurück. Es gäbe keinen Verkauf von Liegenschaften, sondern vielmehr, das Bundesheer durch die Zusammenlegung von Liegenschaften besser auszustatten. Dann erinnerte Darabos an die Zeit der ÖVP-FPÖ-Regierung und den Plan, die Grundlagen für eine Umgestaltung des Bundesheers in Richtung Freiwilligenarmee zu schaffen. Auch enthalte die von der „schwarz-blauen Koalition“ beschlossene Sicherheitsdoktrin einen NATO-Beitritt als Zielsetzung. Er trete uneingeschränkt für die Erhaltung der Neutralität ein, sagte Darabos und schlug vor, den Hinweis auf einen NATO-Beitritt aus der Sicherheitsdoktrin zu streichen. Eine Berufsarmee führe keineswegs zwangsläufig zu einem NATO-Beitritt, das zeigten Irland und Schweden, die, wie viele andere EU-Mitgliedsländer

auch, Freiwilligenarmeen haben. Auch Österreich wird mit einem Berufsheer zur Neutralität stehen, betonte Darabos.

Österreich sei kein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer, hielt Darabos weiters fest und bekannte sich zum Beitrag des Bundesheers zu Friedenserhaltung und zum Krisenmanagement in Konfliktregionen, sei es am Golan, im Libanon oder auf dem Balkan. Bei Auslandseinsätzen sei das österreichische Bundesheer eine „Parlamentsarmee“, die nur nach Zustimmung des Hauptausschusses zum Einsatz kommen könne. „Der Hauptausschuß bestimmt, wohin der Weg bei Auslandseinsätzen führt“, unterstrich Darabos.

Er wolle künftig neben den Berufssoldaten mehr junge Männer und Frauen als Zeitsoldaten mit 3-, 6- und 9jährigen Verpflichtungszeiträumen in das Bundesheer aufzunehmen, sagte der Minister und verwahrte sich ausdrücklich dagegen, Berufssoldaten als „Söldner“ zu verunglimpfen. Sein Ziel sei es, eine junge, leistungsfähige Armee mit mehr Frauen und einer Milizkomponente zu schaffen. Vorschlägen aus der ÖVP, den Grundwehrdienst auf fünf Monate zu reduzieren, konnte Darabos nichts abgewinnen. Österreich brauche ein Berufsheer, weil es nicht mehr darum gehe, sich auf eine Panzerschlacht im Marchfeld vorzubereiten, sondern sich auf neue Bedrohungsbilder, auf „Angriffe aus der Steckdose“ und auf die Terrorgefahr einzustellen, was hochprofessionelle Spezialisten brauche. Die deutschen Erfahrungen mit der Einführung einer Berufsarmee seien positiv, führte der Minister aus und entkräftete auch das Argument, der Zivildienst könne durch Einführung eines freiwilligen Sozialjahres nicht ersetzt werden. „Es ist zu schaffen, 8000 Männer und Frauen zu finden, die unter kollektivvertraglichen Bedingungen die Arbeiten übernehmen, die derzeit von Zivildiennern geleistet werden.“

Cap: Militärische und soziale Sicherheit braucht Profis

Auch SPÖ-Klubobmann Josef Cap bekannte sich mit Nachdruck zur Absicht, eine Berufsarmee einzuführen. Es sei notwendig, sowohl im Bereich der militärischen Sicherheit als auch im Bereich der sozialen Sicherheit professionelle Kräfte einzusetzen.

Innenpolitik

Auch sei es nicht länger gerechtfertigt, die Lebenszeit junger Männer zu vergeuden, indem man sie in einen Militärdienst einberuft, in dem der Grundsatz gelte: „Alles grüßen, was sich bewegt und alles putzen, was sich nicht bewegt.“ Auch müsse man den jungen Menschen sagen, dass eine sechsmonatige militärische Ausbildung nicht ausreiche, um den neuen Sicherheitsbedrohungen gerecht zu werden. Daher drängten Offiziere, die der ÖVP nahestehen, darauf, Grundwehrdiener nach dem Ableisten des Präsenzdienstes zu weiteren Übungen einzuberufen, obwohl die ÖVP jahrelang gegen die allgemeine Wehrpflicht und für die Einführung eines Berufsheers eingetreten sei. Auch stelle die ÖVP den lange Jahre ungeliebten Zivildienst jetzt nur deshalb in die Auslage, um damit für die Beibehaltung der Wehrpflicht zu argumentieren. Diese Argumentation sei angesichts der demographischen Entwicklung aber nicht aufrechtzuerhalten, da auch der Zivildienst ein Auslaufmodell sei und auf einen Freiwilligendienst umgestellt werden müsse. Daher warnte der SPÖ-Klubobmann die Gegner eines Berufsheeres davor, mit dem Interesse der Menschen an einer funktionierenden militärischen und sozialen Sicherheit politisch zu spielen. Die Erfahrungen Deutschlands mit der Einführung eines Berufsheeres sprechen für Cap eindeutig für dieses Modell. Auch stünden dort im Bereich des ehemaligen Zivildienstes 50.000 statt der erforderlichen 30.000 Personen für den Einsatz im Sozialbereich zur Verfügung. Die SPÖ tritt dafür ein, sowohl die militärische als auch die soziale Sicherheit mit professionellen Kräften zu gewährleisten.

Kopf: Erhalten wir den Wert der gesellschaftlichen Solidarität

ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf hielt es für verwerflich, den Einsatz junger Menschen für die Sicherheit des Landes als „Vergeudung von Lebenszeit“ abzuqualifizieren. Diese jungen Menschen tragen Verantwortung für die Gesellschaft. Das ist kein Verlust von Lebenszeit, sondern Gewinn von emotionalem Reichtum, sagte Kopf. Kopf bekannte sich vehement zu gesellschaftlichem Engagement und warnte vor einer emotionalen Verarmung des Landes. Die große Bereitschaft der Österreicher, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren, zähle zum Reichtum dieses Landes, zeigte sich Kopf überzeugt.

Der Grundwehrdienst muss verbessert werden, forderte der VP-Klubobmann, er sei inhaltlich zu reformieren und bestehende

Leerläufe zu beseitigen. Die SPÖ erinnerte Kopf an Bruno Kreisky, der sagte, sechs Monate Grundwehrdienst seien genug. Jetzt behaupte die SPÖ, diese Zeit reiche für eine militärische Ausbildung nicht aus. Die ÖVP trete demgegenüber für die Erhaltung der Wehrpflicht ein, für den Einsatz des Bundesheers bei der Friedenserhaltung, für den Katastrophenschutz und für die Erhaltung des Zivildienstes, der bei den Rettungsdiensten und bei der Pflege betagter Menschen wichtige Aufgaben habe. Grundsätzlich gehe es darum, den Wert der gesellschaftlichen Solidarität in Österreich zu erhalten, schloss Karlheinz Kopf.

Abgeordneter Peter Fichtenbauer (FPÖ) appellierte an alle WählerInnen, am 20. Jänner 2013 für die Aufrechterhaltung der Fähigkeit Österreichs zu stimmen, sich zu verteidigen. Dann wandte sich der Wehrsprecher der FPÖ an die SPÖ und erinnerte sie an ihr Parteiprogramm aus dem Jahr 1978, das ein klares Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung und zur Wehrpflicht enthält. Die SPÖ solle auch damit aufhören, mit falschen Zahlen über die deutschen Erfahrungen mit der Einführung einer Berufsarmee Propaganda für die Abschaffung der Wehrpflicht zu betreiben. In Deutschland stünden nicht einmal 50 Prozent der Menschen zur Verfügung, die notwendig wären, sagte Fichtenbauer. Das in der Verfassung verankerte Milizsystem werde von der allgemeinen Wehrpflicht getragen. Nur mit Berufs- und Milizsoldaten sowie Grundwehrdienern sei es möglich, ein Bundesheer in der Stärke von 55.000 Soldaten aufrecht zu erhalten, hielt Fichtenbauer fest.

Glawischnig: Österreich braucht keine Kampfpanzer und Jagdbomber

Die Klubobfrau der Grünen, Eva Glawischnig-Piescek, zeigte sich überzeugt davon, daß Österreich keine Kampfpanzer und keine Jagdbomber mehr brauche und es nicht mehr notwendig sei, junge Männer zu einem militärischen Zwangsdienst zu verpflichten. Die Befürworter einer Aufrechterhaltung der Wehrpflicht seien jedes Argument schuldig geblieben, warum man jungen Menschen in der Zeit ihrer Berufsausbildung dafür sechs wichtige Monate nehmen soll. Das Beispiel Deutschlands zeige, daß das Modell einer freiwilligen Berufsarmee funktioniere, meinte Glawischnig-Piescek und sprach ihr Bedauern über die aus ihrer Sicht falsche Fragestellung bei der Volksbefragung am 20. Jänner aus. Es gehe nicht um die Einführung einer Berufsarmee, denn Öster-

reich habe bereits 21.000 Berufssoldaten, sondern ausschließlich darum, ob 24.000 junge Männer verpflichtend zum Heer einberufen werden sollen. Die Grünen treten für die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht ein, weil es für deren Aufrechterhaltung keinen Grund mehr gebe, sagte Glawischnig und wies auf die vielen EU-Länder mit freiwilligen Armeen hin. Es gebe daher auch keinen Grund für den Zivildienst, merkte Glawischnig an und äußerte sich positiv zur geplanten Einführung eines freiwilligen Sozialjahres.

Bucher: Wehrpflichtdebatte ist ein Ablenkungsmanöver der Regierung

BZÖ-Klubobmann Josef Bucher (BZÖ) warf der Bundesregierung vor, ihre Verantwortung für das Wehrsystem nicht wahrzunehmen und die Entscheidung darüber den Menschen aufzuhalsen, ohne sie richtig zu informieren. Kein Österreicher wisse, wofür er sich tatsächlich entscheide, wenn er für die Beibehaltung der Wehrpflicht stimme, da noch keine Entscheidung über das österreichische Sicherheitskonzept getroffen wurde.

Überdies hielt es Bucher für verfehlt und für einen Mißbrauch der direkten Demokratie, die Menschen während einer Wirtschafts- und Finanzkrise über das Wehrsystem abstimmen zu lassen. 300.000 MitbürgerInnen wüßten nicht, wie sie im kommenden Winter ihre Wohnungen heizen sollen und 350.000 Menschen seien zudem ohne Arbeit. Diese Menschen haben andere Sorgen als die Frage der Wehrpflicht. Die Bundesregierung habe dafür keine Lösungsvorschläge, sie ignoriere die Arbeitslosigkeit und ignoriere die Sorgen der Menschen angesichts von Finanzproblemen und Umsatzeinbrüchen in den Betrieben. Die Wehrpflichtdebatte diene nur dazu, von der Unfähigkeit der Regierung abzulenken, die tatsächlichen Sorgen der Menschen zu lösen, sagte der BZÖ-Klubobmann.

Lugar: Zwangsverpflichtung beim Heer soll abgeschafft werden

Abgeordneter Robert Lugar (Team Stronach) forderte mehr Ehrlichkeit in der Diskussion, zumal es nur um eine zentrale Frage gehe: Wollen wir einen Zwangsdienst einführen oder nicht? Wenn man also davon abgeht, nicht mehr jährlich 27.000 junge Menschen beim Heer zwangsweise zu verpflichten, wo sie teilweise eine sehr fragwürdige Ausbildung erhielten, dann sei deshalb noch lange nicht die Neutralität gefährdet, argumentierte Lugar. Auch eine Vermi-

Innenpolitik

schung des Themas mit einem Nato-Beitritt halte er für unseriös, darüber könne Österreich ganz allein entscheiden. Die allgemeine Wehrpflicht wurde zu einer Zeit eingeführt, als „große Schlachten zu erwarten waren“ und im Bedarfsfall riesige Heere aufgestellt werden mussten, meinte der Redner. Heute brauche man vielmehr bestens ausgebildete Profis, die den aktuellen Herausforderungen gewachsen sind.

Abgeordneter Günther Kräuter (SPO) ging auf die Aussagen der ÖVP-Redner ein und hielt ihnen das Resümee einer aktuellen Studie entgegen: „Volkswirtschaftlich betrachtet liegt bei einer Wehrpflicht ein ineffizienter Einsatz von Arbeit und Kapital vor. Auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist eine Aussetzung der Wehrpflicht zu begrüßen.“ Eine Berufsarmee sei nicht nur kostengünstiger, sondern verhindere auch die zahlreichen individuellen Nachteile, die sich durch die Wehrpflicht ergeben. Als Beispiel führte Kräuter einen Verlust beim Lebensverdienst von insgesamt 5 Prozent an. Außerdem sei er fest davon überzeugt, daß höchstkomplexe Aufgaben, wie etwa im Rahmen der internationalen Terrorbekämpfung, nicht jungen Menschen überantwortet werden dürfe, die gerade mal ein paar Monate Ausbildung hinter sich haben. Die Volksbefragung im Jänner sei eine ausgezeichnete Gelegenheit, um die „sinnlose Wehrpflicht“ abzuschaffen und den Weg frei zu machen für zwei sehr interessante Berufe, entweder im Profiheer oder – im fair bezahlten – Sozialdienst.

Abgeordneter Oswald Klikovits (ÖVP) zeigte sich enttäuscht vor allem über die Wortmeldungen von Seiten der SPÖ, weil dadurch die Arbeit der 16.000 Berufssoldaten, der 23.000 Grundwehrdiener pro Jahr sowie der Milizsoldaten herabgewürdigt und diffamiert wurden. Er erinnerte den zuständigen Verteidigungsminister daran, daß er sich vor einiger Zeit noch kategorisch gegen die Einführung einer Berufsarmee ausgesprochen hat. Wenn heute Darabos kritisiert, daß die Wehrpflichtigen keine ordentliche Ausbildung haben, dann trage aber er selbst und seine Generäle die Verantwortung für diesen Mißstand, gab Klikovits zu bedenken. Die ÖVP hingegen wolle gewährleisten, daß die jungen Menschen eine nachhaltige Ausbildung bekommen und während der Wehrpflicht sinnvolle Tätigkeiten verrichten. Auch die Aussagen der Grünen könne er nicht nachvollziehen, da gerade das Bundesheer eine sehr wichtige Integrationsaufgabe erfülle. Österreich verfüge derzeit über ein verlässliches System, das aber durchaus weiter

entwickelt werden könne, meinte Klikovits, die Vorschläge von Darabos gehen aber in die falsche Richtung.

Abgeordneter Mario Kunasek (FPÖ) verwehrte sich gegen die unqualifizierten Vorwürfe gegenüber den Berufssoldaten seitens der SPÖ; dies sei wirklich beschämend. Als Beleidigung müsse man es auch werten, wenn Darabos, der vor einigen Jahren noch ein glühender Befürworter der Wehrpflicht war, mehr Profis für das Heer fordert, führte der Redner weiter aus. Es sei unbestritten, daß es im Bundesheer einen Reformbedarf gibt, und zwar, weil in der Vergangenheit nichts getan wurde. Kunasek wies zudem darauf hin, daß in den letzten Jahren zwar einige europäische Länder auf eine Berufsarmee umgestellt haben, aber es dort aufgrund von Rekrutierungsschwierigkeiten Überlegungen gibt, wieder die Wehrpflicht einzuführen.

Die ÖVP und die FPÖ sind nicht nur die Zwangsdienstparteien, sondern auch die Eurofighter-Parteien, stellte Abgeordneter Peter Pilz (Grüne) einleitend fest. Dies habe u.a. dazu geführt, daß derzeit etwa 400 Präsenzdiener in Zeltweg herumstehen müssen, um ein System „halbwegs über die Runden zu bringen“, das dem Staat 2 Milliarden Euro gekostet hat und zudem nicht funktioniert. Noch immer müssen tausende junge Männer als Kellner, Chauffeure oder Feldkochgehilfen arbeiten, weil sie militärisch einfach nicht gebraucht werden, argumentierte Pilz. Man müsse endlich zur Kenntnis nehmen, dass sich die Zeiten geändert haben und in Zukunft keine konventionelle militärische Bedrohung des österreichischen Staatsgebiets zu erwarten ist. Die Vorgangsweise der ÖVP, die nur aus politischen Gründen, das alte System aufrechterhalten und somit weiterhin die wertvolle Lebenszeit 22.000 junger Männer vergeuden will, könne daher nur als verantwortungslos bezeichnet werden.

Abgeordneter Kurt List (BZÖ) ortete eine Eskalation in der Bundesheerdebatte, was auch die laufenden Vorbereitungen für die Volksbefragung belegen. Aus politischer Raison treten die sachlichen Argumente in den Hintergrund, die Bevölkerung werde verunsichert und die Volksbefragung zur Farce. Das Bundesheer werde wieder mal für einen Zwischenwahlkampf von Rot und Schwarz missbraucht, bedauerte er. Im Namen seiner Fraktion sprach sich List für die Einführung eines Berufsheeres aus, weil aufgrund der gestiegenen Aufgaben und neuen Bedrohungsszenarien immer mehr Profis gebraucht wer-

den. Als aktiver Offizier und Angehöriger des Bundesheeres sei er überzeugt davon, daß die Abschaffung der Wehrpflicht einen Sicherheitsgewinn für Österreich darstellen würde.

Abgeordneter Christoph Hagen (Team Stronach) warf Minister Darabos vor, das Bundesheer in den letzten Jahren finanziell ausgehungert zu haben. Sicherheit koste eben Geld, unterstrich er, die Soldaten brauchen eine ordentliche Ausrüstung und die Infrastruktur müsse dringend modernisiert werden, forderte Hagen. Und wenn die Soldaten ordentlich bezahlt würden, wie z.B. in Frankreich, dann gebe es auch keine Rekrutierungsprobleme. Was die Volksbefragung angeht, so sei völlig unklar, was danach passieren wird, beklagte Hagen. Gebe es einen Plan B oder wie schauen dann der Katastrophenschutz und der Zivildienst aus? Das Team Stronach schlage u.a. vor, daß Langzeitarbeitslose zusätzlich zur Mindestsicherung 500 Euro erhalten, entsprechend ausgebildet werden und dann über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren bei Hilfs- und Rettungsorganisationen ihren Dienst versehen.

Abgeordneter Gerhard Köfer (ohne Klubzugehörigkeit) war der Auffassung, daß die aktuellen Streitereien über das Bundesheer für die Bevölkerung schon unerträglich sind und forderte eine Rückkehr zu einer sachlichen Debatte. Er persönlich sei kein Gegner eines Berufsheeres, er halte aber den Zeitpunkt für eine Umstellung für falsch gewählt. Man brauche eine vernünftige Übergangslösung, da der sinnvolle Mix aus Berufs-, Zeit- und Milizsoldaten sowie Grundwehrdienern nicht so leicht ersetzt werden könne, urteilte Köfer. Deshalb plädiere er zum aktuellen Zeitpunkt für eine Beibehaltung der Wehrpflicht. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Finden Sie fundierte Informationen, aber auch die Für und Wider zur Volksbefragung am 20. Jänner 2013 in übersichtlicher und verständlicher Form zusammenfassend in der Ausgabe 113 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins unter http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_113.htm Das Amt der Salzburger Landesregierung hat uns dafür Fakten und Meinungen zu Wehrpflicht, Berufsheer, Zivildienst und Sozialjahr zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen hat die AuslandsösterreichInnen-Abteilung im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten für Sie zusammengestellt – zu finden auf der nachfolgenden Seite:

Informationen zur Volksbefragung am 20. Jänner 2013

... für Sie zusammengestellt von der AuslandsösterreicherInnen-Abteilung im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Am Sonntag, dem 20. Jänner 2013, wird in Österreich eine bundesweite Volksbefragung zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema stattfinden, nämlich über die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht oder die Einführung eines Berufsheeres. Alle AuslandsösterreicherInnen, die bei ihrer jeweiligen Vertretungsbehörde registriert sind, haben im November 2012 einen Brief des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten, Michael Spindelegger, mit wichtigen diesbezüglich Informationen erhalten.

Um als AuslandsösterreicherIn an der kommenden Volksbefragung gültig teilnehmen zu können, ist folgendes zu beachten:

- Vollendung des 16. Lebensjahres am Tag der Volksbefragung (20. Jänner 2013);
- (aufrechte) Eintragung in die Wählerverzeichnis einer österreichischen Gemeinde;
- Beantragung einer Stimmkarte (entweder im Voraus als Wahl-/Stimmkarte für maximal zehn Jahre oder (nur) für die kommende Volksbefragung);
- Stimmabgabe ab Erhalt der Stimmkarte;
- vollständig ausgefüllte Stimmkarte;
- Rücksendung der Stimmkarte an die darauf gedruckte Adresse in Österreich und
- Einlangen dieser Stimmkarte bis spätestens Sonntag, 20. Jänner 2013, 17.00 Uhr MEZ bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde in Österreich.

Die Kosten für die Rücksendung der Stimmkarten mit öffentlicher Post übernimmt Österreich. Die Stimmkarten können aber auch bei den österreichischen Vertretungsbehörden (innerhalb des EWR und der Schweiz spätestens am sechsten Tag vor dem Tag der Volksbefragung, in allen anderen Ländern spätestens am neunten Tag vor dem Tag der Volksbefragung) oder direkt bei der zuständigen Wahlbehörde in Österreich abgegeben werden.

Umfassende Informationen und alle Formulare finden Sie auf der Wahlinformationswebsite des Außenministeriums <http://www.wahlinfo.aussenministerium.at> und den websites der österreichischen Botschaften und Berufsgeneralkonsulate. Für

weitere Fragen stehen Ihnen selbstverständlich auch die zuständigen österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland (Botschaften, Berufsgeneralkonsulate) gerne zur Verfügung. Adressen, Öffnungszeiten und Erreichbarkeiten der Vertretungsbehörden finden Sie auf <http://www.aussenministerium.at> unter „Länderinformation“. Auch die MitarbeiterInnen der Fachabteilung für Wahlen – Abteilung IV.3 – des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten beantworten Ihre Fragen per E-Mail <mailto:wahl@bmeia.gv.at> oder telefonisch unter ++43 (0) 501150-4400.

Obwohl es keine rechtliche Verpflichtung gibt, sich als im Ausland lebende ÖsterreicherInnen bei den zuständigen österreichischen Botschaften bzw. Generalkonsulaten zu melden, sind alle herzlich eingeladen, sich entsprechend zu registrieren, möglichst unter Mitteilung von e-mail Adressen und Mobiltelefonnummern. Dies ermöglicht eine raschere und effizientere Kommunikation, nicht nur in allfälligen Krisenfällen, sondern auch zur Weiterleitung wichtiger Informationen. Das Registrierungsformular findet sich unter (*klicken Sie hier, der Link funktioniert*) <http://www.bmeia.gv.at/botschaft/auslandsösterreicher/auslandsösterreicherinnen/oe-registrierung.html>

Sicher Reisen mit der neuen App des Außenministeriums

Durch die neue App des Außenministeriums haben Sie einen sicheren Begleiter für ihren Auslandsaufenthalt“, sagte Außenminister Michael Spindelegger Mitte August dieses Jahres bei der Präsentation der ersten Smartphone-Application des Außenministeriums. „Mit der neuen App am Handy paßt unser Service in jedes Reisegepäck und bietet wichtige Tipps für den Notfall wo und wann immer diese benötigt werden“, erklärte der Außenminister.

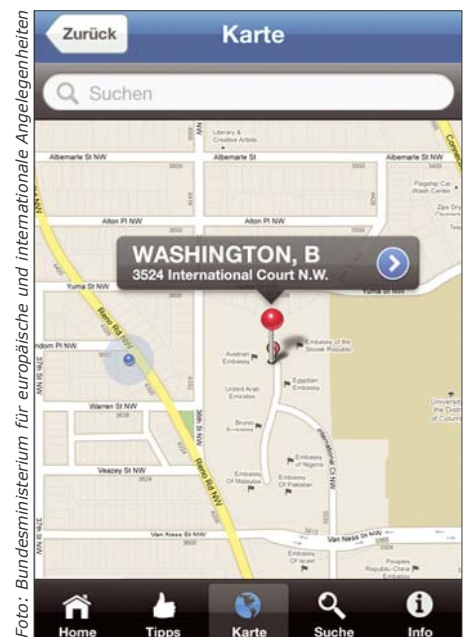
Der neue Dienst des Außenministeriums kann als App kostenlos heruntergeladen werden und bietet den ÖsterreicherInnen nützliche Informationen rund ums Reisen. Die App wurde für I-Phone, Blackerry und Android-Handys entwickelt.

Wie erreiche ich im Notfall die nächste Botschaft oder das nächste Konsulat?

Was tun bei Paßverlust oder plötzlicher Krankheit? Wie sicher ist mein Urlaubsland?

Mit der neuen Auslandsservice-App sind die Adressen und Telefonnummern aller österreichischen Botschaften und Konsulate weltweit ganz leicht abrufbar. Per Fingertipp erhalten Sie die schnellste Route von Ihrem Standort zur nächstgelegenen Botschaft oder zum nächstgelegenen Konsulat.

Die App bietet nützliche Informationen zu 197 Ländern. Machen Sie davon schon vor Antritt Ihrer Reise Gebrauch: Von Ein-



Z.B.: Suche nach der österreichischen Botschaft in Washington

reisebestimmungen über Reisehinweise bis hin zu Gesundheitstipps.

<http://www.auslandsservice.at> erhältlich. Wichtige Informationen rund um den Auslandsaufenthalt sind selbstverständlich auch in Zukunft auf der Homepage des Außenministeriums zu finden:

<http://www.bmeia.gv.at>

Gesamtverkehrsplan

Verkehrsministerin Doris Bures legte am 14. Dezember ihren Gesamtverkehrsplan für Österreich vor. Darin sind die verkehrspolitischen Leitlinien, Ziele und Maßnahmen festgelegt, wie sich Österreichs Verkehrssystem bis 2025 entwickeln soll.



Foto: BMVIT / Knie

v.l.: Die Verkehrsexperten Prof. Gerd Sammer (Institut für Verkehrswesen), Max Herry, (Herry Consult Verkehrsanalyse und Consulting), Verkehrsministerin Doris Bures, BMVIT-Generalsekretär Herbert Kasser und Verkehrsexperte Werner Rosinak

Verkehrsministerin Doris Bures will das heimische Verkehrssystem umweltfreundlicher, sozialer, sicherer und effizienter machen. Der Schlüssel dafür liegt im Ausbau des öffentlichen Verkehrs und in der optimalen Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel. Die Ministerin kündigte die Einführung eines Taktfahrplans und eine österreichweite, verkehrsmittelübergreifende Verkehrsauskunft an. Gemeinsam mit den Ländern wird gerade eine Grundversorgung mit öffentlichem Verkehr für ganz Österreich entwickelt. Dafür wird das Konzept schon im kommenden Jahr vorliegen. Ehrgeizig sind auch die Umweltziele: Bis 2025 soll der Kohlendioxid-(CO₂)-Ausstoß im Verkehr auf 13 Millionen Tonnen gesenkt werden, der Ausstoß von Stickoxiden (NO_x) um 70 Prozent und der Feinstaub um 50 Prozent reduziert werden.

„Wie wir den Verkehr und die Mobilität in unserem Land gestalten, ist entscheidend für wirtschaftlichen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand – und entscheidend für die Lebensqualität künftiger Generationen“, betonte die Verkehrsministerin. Gemeinsam mit BMVIT-Generalsekretär Herbert Kasser präsentierte sie am 14. Dezember den 80seitigen Generalverkehrsplan. Mit dabei waren auch die Verkehrsexperten Max Herry (Geschäftsführer von Herry Consult), Sebastian Kummer (Vorstand des Instituts für

Transportwirtschaft und Logistik an der Wirtschaftsuniversität Wien), Werner Rosinak (Geschäftsführer von Rosinak und Partner) und Gerd Sammer (Professor am Institut für Verkehrswesen, Universität für Bodenkultur Wien). Sie werden die Umsetzung zentraler Vorhaben in eigenen Arbeitsgruppen zu den Bereichen Mobilitätsverhalten, Transport und Logistik, Öffentlicher Verkehr sowie Flächenwidmung und Raumordnung mit ihrer Expertise begleiten.

Ausgangslage: Hervorragende Infrastruktur, Vorreiter bei ÖV-Nutzung

Österreich könne auf einer guten Ausgangslage sein Verkehrssystem weiterentwickeln, so die Ministerin. Wenige andere Staaten verfügen über eine so gut ausgebaute Infrastruktur im hochrangigen Straßen- und Schienennetz. Österreich hat mit der Donau auch eine leistungsfähige Wasserstraße und mit dem Flughafen Wien ein internationales Drehkreuz im Luftverkehr.

Im europäischen Vergleich sticht Österreich bei der Nutzung des öffentlichen Verkehrs (ÖV) hervor. In keinem anderen Staat der Europäischen Union (EU) hat die Bahn einen so starken Anteil am Modal-Split, das gilt sowohl für den Personenverkehr (in Österreich werden 11 Prozent aller Personenkilometer per Bahn zurückgelegt) als auch für den Güterverkehr (32 Prozent der Gütertransport-

leistung läuft in Österreich über die Bahn). Wenn man den ÖV insgesamt betrachtet, legen die ÖsterreicherInnen 25 Prozent aller ihrer Wege mit Bahn, Bus, Straßenbahn oder U-Bahn zurück. Nur Tschechien und Ungarn haben noch höhere ÖV-Anteile.

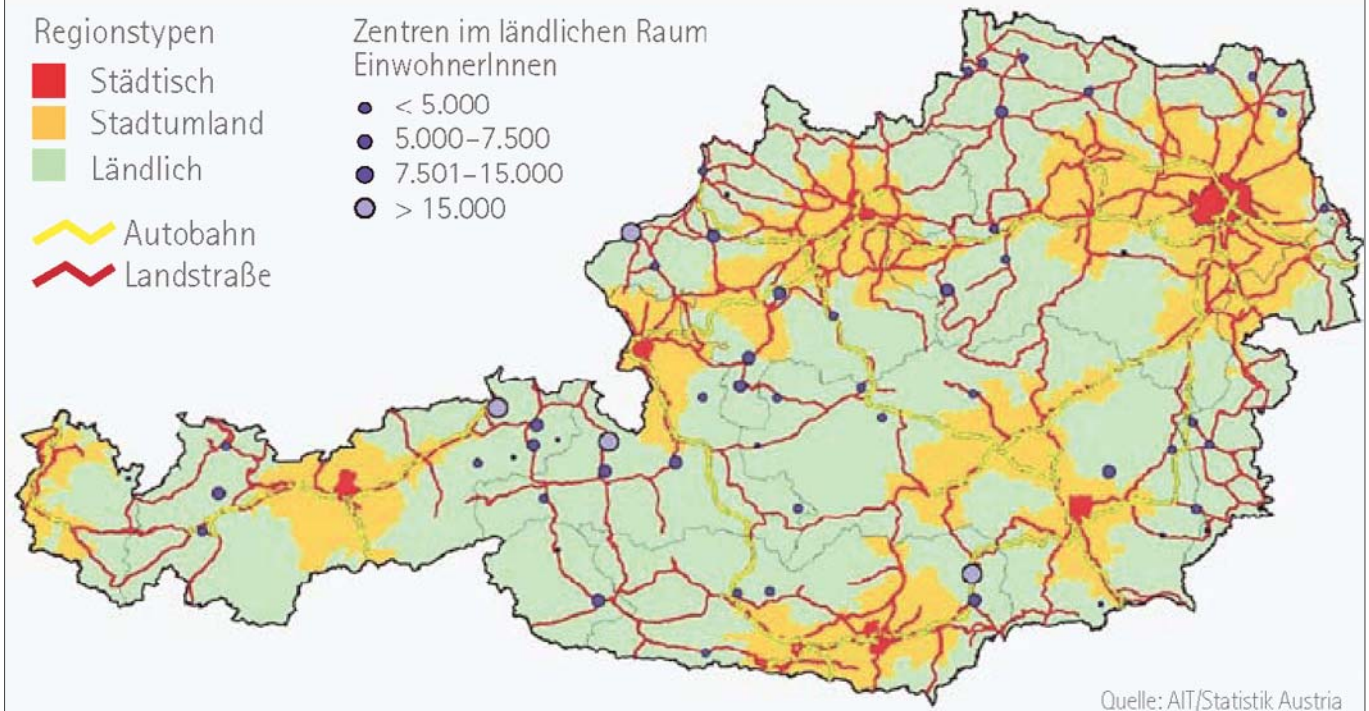
Die Prognosen zeigen: Verkehr wird weiter wachsen

„Wir sind schon sehr gut. In allen Bereichen, bei der Infrastruktur, beim Modal Split und bei der Verkehrssicherheit – aber wir wollen und müssen noch besser werden“, so die Verkehrsministerin. Denn die Verkehrsprognosen zeigen, daß die Mobilität weiter zunehmen wird. Der Güterverkehr wird bis 2025 um ein Drittel zulegen, der Personenverkehr um ein Viertel.

Der neue Gesamtverkehrsplan setzt auf Vernetzung und Kooperation: „Wir werden die verkehrspolitischen Herausforderungen nur bewältigen, wenn wir auf die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure des Verkehrssystems setzen. Das sind Bund, Länder, Gemeinden, Verkehrsbetriebe und Verbände. Eine Hand muß wissen, was die andere tut“, erklärt Bures. Die Ministerin versteht den Gesamtverkehrsplan daher auch als „Einladung, bisherige Aktionsgrenzen zu überwinden“.

Eine Schlüsselrolle in den Plänen der Ministerin kommt dem Ausbau des öffentlichen

Verteilung städtischer, ländlicher und Stadtumlandregionen in Österreich



Verkehrs zu. Hier kündigt Bures für die kommenden Jahre konkrete Umsetzungsschritte auf allen Ebenen an, bei der Infrastruktur, beim Angebot und bei der Vernetzung.

Grundversorgung

Auf Initiative des BMVIT klären Bund, Länder und Gemeinden nun in einer länderübergreifenden Reformpartnerschaft die Frage, wie Regionen am besten durch öffentliche Verkehrsmittel erschlossen werden können, damit ein optimal abgestimmtes ÖV-Angebot entsteht. Gemeinsam will man die Grundlage und die Standards für eine Grundversorgung mit öffentlichem Verkehr erarbeiten. Das entsprechende Konzept soll 2013 fertig sein.

In den nächsten Jahren wird sukzessive ein Taktfahrplan für Österreich eingeführt. ÖV-KundInnen wissen dann, daß an „ihrer“ Haltestelle der Bus oder der Zug immer zu den gleichen Minuten abfährt und es an allen großen Umsteigestellen unmittelbar passende Anschlüsse in alle Richtungen gibt.

Auch in Zukunft wird in vielen Regionen das Auto für tägliche Fahrten notwendig sein, aber eine intelligente Verkehrsinformation wird dabei helfen, die Wege optimal zu planen und den Individualverkehr besser mit dem ÖV zu verknüpfen. Die Verkehrsauskunft Österreich (VAÖ) wird die Entscheidung er-

leichtern, mit welchen Verkehrsmitteln beziehungsweise welchen intermodalen Kombinationen von Verkehrsmitteln man am schnellsten und bequemsten von A nach B kommt. Das System basiert auf Echtzeit-Daten und wird das gesamte Verkehrsgeschehen abdecken (Rad, zu Fuß gehen, Öffis, Auto, Park & Ride et cetera). Bereits im Jahr 2013 geht die vom BMVIT initiierte „Verkehrsauskunft Österreich“ in Testbetrieb.

Der Gesamtverkehrsplan spricht auch kontroverielle Fragen an, die für den Verkehr der Zukunft zentral sind, aber nicht allein in der Zuständigkeit des Verkehrsministeriums liegen – etwa Fragen der Raumordnung und Flächenwidmung. Derzeit nimmt die Raumordnung nur wenig Rücksicht darauf, ob Gebiete auch verkehrstechnisch erschlossen werden. Dann entstehen beispielsweise Siedlungen oder Shoppingcenter, die nur schwer und unter enormen Kosten durch öffentlichen Verkehr erreichbar sind. Künftig soll bei der Flächenwidmung Rücksicht auf die ÖV-Anbindung genommen werden. Geht es nach den Vorschlägen der Verkehrsexperten aus dem BMVIT, sollte der überwiegende Teil der Neubauten in Zukunft dort errichtet werden, wo es innerhalb eines halben Kilometers entweder eine Haltestelle gibt oder eine Haltestelle geplant ist

Die Ziele des Gesamtverkehrsplans

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems soll wesentlich dazu beitragen, übergeordnete Zielsetzungen zu erreichen. Der Verkehr soll umweltfreundlicher, sozialer, sicherer und effizienter werden.

Umweltschutz und Ressourceneffizienz sind zentrale Anliegen der österreichischen Verkehrspolitik. Einen Schlüssel dafür sieht Bures in der Verlagerung von Verkehr auf die umweltfreundliche Schiene und in der intelligenten Verknüpfung von Verkehrsträgern.

- Bis 2025 werden die Kapazitäten auf den Bahn-Hauptachsen ausgebaut, Ziel: 40 Prozent des Güterverkehrs auf der Schiene.
- Der Ausstoß an Treibhausgasen im Verkehr soll bis 2025 von 16 auf 13 Millionen Tonnen CO₂ gesenkt werden, NO_x-Emissionen um 70 und der Feinstaub um 50 Prozent reduziert werden.

Leistbare und barrierefreie Mobilität für alle

- Mobilität ist ein Grundelement für die gesellschaftliche Teilhabe und für die wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb ist es für die Verkehrsministerin wichtig, auch für die Zukunft sicherzustellen, daß Mobilität leistbar bleibt und ihre sozialen Auswirkungen berücksichtigt werden.

Innenpolitik

- Preise für den öffentlichen Verkehr sollen nicht stärker steigen als die allgemeine Inflationsrate.
- 100 Bahnhöfe werden modernisiert und 100 Nahverkehrszüge in den nächsten Jahren auf Schiene gehen.
- 140 Bahnhöfe und Haltestellen werden in Summe barrierefrei gemacht.

Sicherheit hat oberste Priorität

- Verkehrssicherheit ist eine Kernaufgabe der Verkehrspolitik. In den vergangenen zehn Jahren wurden Österreichs Straßen deutlich sicherer, die Zahl der Verkehrstoten hat sich von 956 im Jahr 2002 auf 523 im Jahr 2011 beinahe halbiert.
- Die Zahl der Verkehrstoten soll von 523 im Jahr 2011 bis 2020 auf unter 300 reduziert werden.
- Das hochrangige Straßennetz wird sukzessive sicherer gemacht. Der Straßenausbau beziehungsweise die Modernisierung stehen vorrangig im Zeichen der Verkehrssicherheit.

Mehr Effizienz im Verkehrssystem

- Mit weniger Energieverbrauch mehr bewegen, das will die Verkehrsministerin erreichen, indem Ressourcen besser genutzt werden und das System durch intelligente Technologien und Prozesse optimiert wird.

- Der Ausbau der Schiene lässt Österreichs Städte enger zusammenrücken. Die Fahrtzeiten zwischen den Zentren verkürzen sich deutlich.
- Statt bisher 7000 werden künftig täglich 9000 Züge auf dem österreichischen Schienennetz unterwegs sein.
- Der Single European Sky wird Flugrouten und das Netzwerkmanagement in Europa effizienter machen. Das spart EU-weit 16 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr.
- Derzeit verbraucht der gesamte Verkehrssektor in Österreich 240 Petajoule Energie pro Jahr (entspricht dem Energieverbrauch von über 21 Millionen Zweipersonenhaushalten pro Jahr). Dieser Energieverbrauch soll bis 2025 auf unter 210 Petajoule sinken.
- Durch den Einsatz intelligenter Verkehrssysteme sollen die Stautunden im hochrangigen Straßennetz bis 2025 um 15 Prozent verringert werden.

Bevölkerung wünscht sich Öffi-Ausbau, Taktfahrplan und bessere Kooperation

Die Ziele des Gesamtverkehrsplans stehen mit den Wünschen der Bevölkerung in Einklang. Das unterstreicht eine repräsentative SORA-Umfrage zum Thema „Mobilitätsverhalten und Verkehrsentwicklung“ (November 2012, im Auftrag des BMVIT, 1000 Befragte). Hier die zentralen Ergebnisse:

- Knapp 90 Prozent der Befragten sagen, ein Taktfahrplan für Österreich sei wünschenswert. Selbst 87 Prozent jener, die täglich das Auto benutzen, sind dieser Ansicht.
- 90 Prozent erachten Bahnprojekte, die die Umsetzung eines Taktfahrplans unterstützen, für wünschenswert. 88 Prozent der täglichen AutonutzerInnen sind ebenfalls dieser Meinung.
- Bemerkenswert ist, daß sich 53 Prozent bei der Frage: „Wem gehört die Verkehrszukunft?“ für die Öffentlichen aussprechen, nur 22 Prozent sind der Meinung, dem Auto gehöre die Zukunft. Selbst bei jenen, die täglich das Auto benutzen, haben die Öffis mit 43 zu 36 Prozent die Nase deutlich vorn.
- Die ÖsterreicherInnen plädieren auch klar für mehr Zusammenarbeit bei der Planung des öffentlichen Verkehrs (95 Prozent, auch bei den täglichen AutofahrerInnen). Für die Kombination von Öffis und Individualverkehr sind 90 Prozent, auch hier stimmen die täglichen AutofahrerInnen mit 89 Prozent zu.
- 82 Prozent der ÖsterreicherInnen stimmen der Aussage zu: „Der Benzinpreis wird steigen, daher Öffis ausbauen“ – diese Aussage wird von den AutofahrerInnen zu 81 Prozent unterstützt. ■

<http://www.bmvit.gv.at>



Niederösterreich wählt am 3. März einen neuen Landtag

Landeshauptmann Erwin Pröll hat am 17. Dezember im Zuge einer Pressekonferenz im NÖ Landhaus in St. Pölten den Termin für die Landtagswahl 2013 bekannt gegeben. In der Sitzung der NÖ Landesregierung wurde tags darauf ein Antrag eingebracht, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde – somit ist der 3. März als Wahltermin festgelegt.

In den letzten Jahren sei Niederösterreich trotz eines unsicheren Umfeldes in eine „unglaubliche Dynamik“ gekommen, so der Landeshauptmann. Darum wolle man einen kurzen Wahlkampf, um den NiederösterreicherInnen vor Augen zu führen, „welche Fortschritte wir für Niederösterreich durch harte Arbeit erreicht haben und wohin der Weg gehen soll, um vorne bleiben zu können“, meinte Pröll.

Im Blick auf die „Reihe von Wahlen im kommenden Jahr“ sei Niederösterreich „aller Voraussicht nach das einzige Bundesland, das die gesamte Gesetzgebungsperiode durchgearbeitet hat“, so Pröll. Dies sei „ein deutlicher Hinweis, wie stabil wir in Niederösterreich arbeiten und ein Hinweis auf die Berechenbarkeit und Sicherheit, mit der in Niederösterreich gearbeitet wird.“

Er bitte alle WählerInnen, sich den 3. März vorzumerken, „damit möglichst viele an dieser demokratischen Entscheidung teil-

nehmen und damit zeigen, wie sehr ihnen unser Heimatland am Herzen liegt“, so Pröll abschließend.

AuslandsNiederösterreicherInnen

sind bei Landtagswahl 2013 am 3. März 2013 wahlberechtigt! Voraussetzungen für eine Teilnahme sind:

- Sie haben nach dem 9. Jänner 2003 Ihren Wohnsitz von NÖ in das Ausland verlegt und stellen einen Antrag auf Aufnahme in die NÖ Landes-Wählerevidenz;
- zum Zeitpunkt der Antragstellung haben Sie keinen Hauptwohnsitz in Österreich bzw. keinen Zweitwohnsitz in Niederösterreich.

Wenn Sie aber bereits seit November 2007 einen solchen Antrag bei Ihrer NÖ Gemeinde gestellt haben und im Jänner 2013 weniger als 10 Jahre seit Ihrer Wohnsitzverlegung in das Ausland vergangen sind, können Sie bei der Landtagswahl 2013 ebenfalls teilnehmen.

Bitte Antrag samt Kopie Ihres Reisepasses oder Staatsbürgerschaftsnachweises (bei E-Mail Antrag mit Scankopie) an die NÖ Gemeinde senden, in welcher Sie den letzten ordentlichen Wohnsitz hatten. Das Formblatt ist hier abrufbar:

<http://www.noel.gv.at/Politik-Verwaltung/Wahlen/NO-Landtagswahlen/Landtagswahlen-AuslandsniederösterreicherInnen.html>
Die Adresse Ihrer Gemeinde finden Sie hier: <http://www.noel.gv.at/Politik-Verwaltung/Behördenwegweiser/Bezirke-und-Gemeinden.html>

Bei der nächsten NÖ Landtagswahl 2013 können Sie dann Ihre Stimme mittels Briefwahl abgeben. Bitte beantragen Sie die Wahlkarte schriftlich bei Ihrer Gemeinde! Wenn Sie die Wahlkarte dann erhalten, geben Sie bitte sofort Ihre Stimme ab, Wahlkarte auf der Rückseite unterschreiben, den Stimmzettel in das kleine blaue Kuvert stecken und dieses Kuvert wieder in die Wahlkarte legen, dieses auch verschließen, dann die Wahlkarte in das Überkuvert legen, verschließen und an die Gemeinde senden.

Ihre Stimme muß spätestens am Wahltag, 06.30 Uhr, bei der Gemeinde einlangen, um in das Ergebnis einbezogen zu werden.

Für allfällige Fragen steht Ihnen Ihr Gemeindeamt jederzeit zur Verfügung.

Wenn Sie in der Wählerevidenz sind, können Sie auch an der am 20. Jänner 2013 österreichweiten Volksbefragung über die Zukunft des Bundesheeres teilnehmen.

Amt der NÖ Landesregierung

Landesamtsdirektion

Geschäftsstelle für

AuslandsniederösterreicherInnen

Landhausplatz 1

3109 St. Pölten, AUSTRIA

Tel.: +43(0)2742 9005 13779

Fax: +43(0)2742 9005 13610

<https://www.blaugelbinderwelt.com>

Kärnten wählt am 3. März einen neuen Landtag

In Kärnten werden die Wahlberechtigten am 3. März 2013 zu den Urnen gerufen. Die Landesregierung einigte sich am 18. Dezember mit den Stimmen von FPK, SPÖ und ÖVP einstimmig auf diesen Termin. Bereits in der Woche zuvor hatte sich der Landtag in einer bis mitten in die Nacht dauernden Marathonsitzung aufgelöst und damit den Weg für eine vorgezogene Landtagswahl freigemacht.

Seit dem Sommer hatte es in Kärnten ein politisches Gezerre um den Neuwahltermin gegeben. SPÖ, ÖVP und Grüne hatten ursprünglich eine Neuwahl im November verlangt. Die FPK legte sich jedoch quer und verhinderte mit insgesamt zwölf Auszügen aus dem Landtag einen Urnengang im Jahr 2012.

Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) erklärte nach der Sitzung, daß er sich immer für den 3. März ausgesprochen habe. Das Schauspiel im Landtag in den vergangenen

Monaten bezeichnete er als „jämmerliche Sommershow“. Er verwies auf das Bundesland Salzburg, wo man sich ohne Sonderlandtage und ohne „Ein- und Ausziehkaktionen“ auf einen Neuwahltermin verständigt habe.

Für SPÖ-Chef Peter Kaiser sind hingegen „100 Tage vergeudet“ worden. Die Neuwahl werde letztlich eine „Befreiung“ für Kärnten ermöglichen. „Endlich hat die FPK zugegeben, daß sie gescheitert ist“, so Kaiser.

ÖVP-Landesrat Wolfgang Waldner bekräftigte seine Forderung nach einer „Systemänderung“ und nach einem „neuen Stil“. „Endlich wird das gemacht, was schon längst gemacht hätte werden müssen“, so Waldner.

Rolf Holub, Landtagsabgeordneter der Grünen, sprach von einem „Tag der Befreiung für Kärnten“, kritisiert aber die verlorene Zeit, die mit der Blockade der FPK einhergegangen ist: „Nach 12 Anläufen hat es auch die FPK verstanden, daß an Neuwahlen

kein Weg vorbei führt. Die ständige Flucht der Freiheitlichen vor der Demokratie hat Kärnten schweren Schaden zugefügt. Diesen Schaden müssen allein die freiheitlichen Abgeordneten verantworten“, so Holub.

AuslandsNiederösterreicherInnen

Den österreichischen Bundesländern wurde mit 1. Juli 2007 von der Bundesverfassung die Möglichkeit eingeräumt, daß AuslandsösterreicherInnen (AÖ) auch an den Wahlen zum Landtag ihres früheren Wohnsitz-Bundeslandes teilnehmen können. Im Unterschied zu bundesweiten Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbefragungen wurde in der Bundesverfassung als Voraussetzung der Stimmabgabe von AÖ bei Landtagswahlen festgelegt, daß der Hauptwohnsitz der AÖ vor weniger als 10 Jahren vor der Landtagswahl in das Ausland verlegt wurde. Kärnten hat das Wahlrecht zum Landtag von AÖ nicht eingeführt. ■

Europäische Union nimmt Friedensnobelpreis entgegen

In einer feierlichen Zeremonie wurde Vertretern der Europäischen Union der diesjährige Friedensnobelpreis überreicht. Im Beisein von rund 20 Staats- und Regierungschefs haben die Präsidenten der drei wichtigsten EU-Organe Urkunde und Medaille entgegengenommen.



Foto: European Union, 2012

v.l.: Thorbjørn Jagland (Generalsekretär des Europarates), Herman Van Rompuy (Präsident des Europäischen Rates), Jose Manuel Barroso (Präsident der Europäischen Kommission) und Martin Schulz (Präsident des Europaparlaments) in Oslo

Die Europäische Union wurde für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa geehrt. In seiner Erklärung vom 12. Oktober begründete das norwegische Nobelkomitee seine Entscheidung mit der stabilisierenden Rolle der EU bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens.

Die größte Errungenschaft der EU sei „ihr erfolgreicher Kampf für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte.“ Die Arbeit der EU stelle eine „Verbrüderung von Nationen“ dar und sei eine Form der von Alfred Nobel in seinem Vermächtnis von 1895 als Kriterien für den Friedenspreis genannten „Friedenskongresse“.

Die Europäische Union ist die 21. internationale Organisation, die den Preis seit 1901 erhält.

Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, der den ersten Teil der Dankesrede hielt, leitete diese mit folgenden Worten ein: „In Demut und Dankbarkeit stehen wir heute hier, um diese Auszeichnung gemeinsam im Namen der Europäischen Union entgegenzunehmen.“

Stellvertretend für 27 Staaten und über 500 Millionen EU-BürgerInnen haben Kommissionspräsident José Barroso, Ratspräsident Herman Van Rompuy und Parlamentspräsident Martin Schulz die Auszeichnung im Rahmen eines großen Festakts in Oslo entgegengenommen. Auch zahlreiche Staats- und Regierungschefs waren angereist.

„Dieser Tag erinnert die Menschen in Europa und in der ganzen Welt an den ureigensten Zweck der Union, nämlich die Brüderlichkeit zwischen den europäischen Nationen weiter zu stärken, jetzt und in Zukunft. Um dies zu erreichen, bedürfe es mehr als symbolischer Gesten“, betonte er. Die EU habe daher einen einzigartigen Weg eingeschlagen, „der unsere Interessen so eng miteinander verknüpft, daß ein Krieg nahezu unmöglich wird“.

„Unser Kontinent, der nach 1945 aus der Asche auferstanden ist und 1989 vereint wurde, besitzt die großartige Fähigkeit, sich neu zu erfinden. Nun obliegt es den nächsten Generationen, dieses gemeinsame Abenteuer fortzuführen. Ich hoffe, sie werden diese Verantwortung mit Stolz übernehmen“, sagte Van

Österreich, Europa und die Welt

Foto: European Union, 2012



Ein Blick auf das hochrangige Publikum, unter anderem Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel, Polens Ministerpräsident Donald Tusk, Frankreichs Staatspräsident François Hollande und auch Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann (5.v.r.)

Rompuy vor dem hochrangigen Publikum aus ganz Europa abschließend.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, der für den zweiten Teil der Rede das Wort ergriff, betonte, die EU sei „mehr als ein Staatenverbund. Sie steht für eine neue Rechtsordnung, die nicht auf dem Kräftegleichgewicht zwischen Nationen fußt, sondern auf der freien Einwilligung von Staaten, Souveränität zu teilen.“

Die Tatsache, daß „Europa seinen Weg aus der Zerstörung gefunden und sich zu einem der stärksten Wirtschaftsräume der Welt mit den fortschrittlichsten Sozialsystemen entwickelt hat und der weltweit größte Geber von Hilfe ist“, verleihe der EU besondere Verantwortung, sagte er weiter.

Und darum „wird die Europäische Union mit allen Frauen und Männern guten Willens dazu beitragen, daß die Welt zusammenfindet. Für Gerechtigkeit. Für Freiheit. Für Frieden.“

„Dieser Nobelpreis ist eine Auszeichnung für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union“, sagte der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, im Vorfeld der Verleihung. „Wir im Europäischen Parlament sind zutiefst berührt. Die Europäische Union hat unseren Kontinent friedlich vereint und aus ehemaligen Erzfeinden Freunde gemacht. Diese historische Leistung ist zu Recht preiswürdig.“ Der europäische Integrationsprozeß „hat diesen Kontinent des Krieges zu einem Kontinent des Friedens gemacht, indem er Europa in Frieden, Demokratie und der Achtung der Menschenrechte zusammengeführt hat“.

Faymann: Anerkennung für Europa und Auftrag für die Zukunft"

„Daß die Europäische Union als Friedensprojekt heute den Friedensnobelpreis entgegennehmen durfte, ist eine Auszeichnung für viele. Für die Menschen Europas und für alle, die von Anfang an an diesem Projekt gearbeitet haben“, so Bundeskanzler Werner Faymann am 10. Oktober in Oslo bei der Verleihung des Friedensnobelpreises. Gleichzeitig sei der Preis aber auch ein Auftrag und Ansporn für die Zukunft: „Es ist der Auftrag an die Europäische Union, sich wei-

terzuentwickeln. Europa muß noch stärker für den sozialen Ausgleich stehen, für ein Miteinander aller Menschen in Europa als gemeinsames Projekt, das möglichst alle Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen Wohlstand teilhaben läßt und das die Menschenrechte sichert. Somit ist der Friedensnobelpreis eine Anerkennung des Geleisteten. Damit diese Anerkennung aber auch Bestand hat, ist es notwendig, daß wir Europa als Projekt im umfassenden Interesse seiner Menschen voran bringen“, so Faymann abschließend. ■

Foto: BKA / Andy Wenzel



v.l.: Bundeskanzler Werner Faymann mit Frankreichs Staatspräsident François Hollande, Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz

Österreich im Einsatz für die Menschenrechte weltweit

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger
zum Internationalen Tag der Menschenrechte

Der heutige Tag ist durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU ein Tag der Freude. Ich bin überzeugt, daß die EU diesen Preis verdient: Sie hat Europa nicht nur eine lange Zeit des Friedens und der Stabilität gebracht, sondern auch Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte als tragende Pfeiler unseres Kontinents gefestigt. Der heutige Tag mahnt uns jedoch zugleich an unser aller Verantwortung, uns mit aller Kraft im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und für ein menschenwürdiges Leben für alle einzusetzen“, so Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember.

2012 war ein intensives Jahr der Arbeit Österreichs und der EU für die Menschenrechte. Die EU hat sich mit der Annahme ihrer neuen Menschenrechtsstrategie eine Reihe weiterer Aktivitäten vorgenommen. Der neue EU-Sonderbeauftragte für Menschenrechte Stavros Lambrinidis soll diesem verstärkten Engagement Gesicht und Stimme geben.

„Das 20jährige Jubiläum der UNO-Minderheitenerklärung 2012 war uns Anlaß, uns besonders der Situation verfolgter Minderheiten, derer es weltweit immer noch viel zu viele gibt, zu widmen. Besonders besorgniserregend ist die weltweit steigende Gewalt gegen religiöse Minderheiten. Das Recht auf freie Religionsausübung ist ein grundlegendes Menschenrecht und muß als solches geachtet werden“, erklärte der Vizekanzler.

„Mit den Umbrüchen in der arabischen Welt hat sich die Menschenrechtssituation leider nicht in allen Ländern zum Positiven gewandt, daran erinnert uns täglich der blutige Konflikt in Syrien. Hier darf der Druck nicht nachlassen, den Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten und die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Doch auch in anderen Ländern drohen Frauen und religiöse Minderheiten bei Menschenrechten zu Verlierern der Transitionsprozesse zu werden. Auch hier ist unser voller Einsatz gefragt“, betonte Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger.



Foto: Minoritenplatz8

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, hier im Bild in New York

„Von ganz anderem Ausmaß aber ebenso besorgniserregend sind die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Belarus – das einzige Land unseres Kontinents, das nach wie vor die Todesstrafe verhängt. Österreich hat sich hier gemeinsam mit den EU-Partnern im UNO-Menschenrechtsrat erfolgreich dafür eingesetzt, daß die Menschenrechtssituation im Land ab nun durch einen UNO-Sonderberichterstatter genau verfolgt und verstärkt auf Lukaschenko eingewirkt wird, endlich die Grundfreiheiten umzusetzen“, so Spindelegger weiter. Der Minister zeigte sich auch besorgt über Berichte von Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere im Zusammenhang mit Verletzungen von Meinungs- und Religionsfreiheit und der Situation der tibetischen und uigurischen Minderheiten.

„Zum Schutz der Medienfreiheit konnte auf österreichische Initiative im UNO-Menschenrechtsrat dieses Jahr erstmals eine umfassende Resolution angenommen wer-

den, die durch konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Journalisten und Journalistinnen weltweit beitragen soll. Wir sehen diesen ersten Erfolg als Ermutigung, unsere Arbeit für die österreichischen Schwerpunkte im Menschenrechtsrat und in anderen internationalen Foren in enger Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft weiter fortzusetzen – denn auch 2013 wird mit dem 20jährigen Jubiläum der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte wieder im Zeichen der Menschenrechte stehen“, so Spindelegger abschließend.

Die Förderung der Menschenrechte ist auch ein wichtiger Bestandteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. So setzt sich Österreich unter anderem mit Projekten zur Gewaltprävention und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Zentralamerika und am Westbalkan ein und fördert die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Rechte von Frauen auf ein faires Verfahren und politische Teilhabe. ■

Das Europäische Jahr 2012

Ein Meilenstein auf dem Weg zu besseren Bedingungen für das aktive Altern in Österreich.

Ziel des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 war es, die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren. Hierzu wurden Maßnahmen gefördert, die mehr und bessere Möglichkeiten für ältere Menschen schaffen aktiv und selbständig zu bleiben. Ziel des Europäischen Jahres war es außerdem, für aufrichtige wechselseitige Solidarität zwischen den Generationen zu sorgen.

László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, gab am 10. Dezember auf der EU-Abschlusskonferenz in Nikosia (Zypern) seine persönliche Einschätzung des Europäischen Jahres 2012: „Das Jahr hat unsere Auffassung von älteren Menschen und deren Beitrag zur Wirtschaft und zur Gesellschaft erfolgreich verändert. Früher war die wachsende Zahl älterer Menschen ein Problem für uns. Mittlerweile begreifen wir sie als einen Teil der Lösung. Das Europäische Jahr hat die Art geändert, auf die die Menschen über das Altern reden, und in vielen Ländern das Konzept des aktiven Alterns popularisiert. Es hat ein breites Spektrum an Interessengruppen und Einzelpersonen, Alt und Jung, darauf eingeschworen, Maßnahmen zu ergreifen. Es hat den Anstoß für Tausende neuer Initiativen und Veranstaltungen auf europäischer, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene gegeben. Es hat bestimmte politische Initiativen vorgebracht.“

In Österreich führte das Europäische Jahr 2012 zudem zu einer starken Mobilisierung der Behörden, Städte und Regionen, Seniorenorganisationen und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Zweihundert Initiativen und fünfhundert Veranstaltungen, darunter die Eröffnungskonferenz, die Veranstaltungen zum generations@school-Wettbewerb, welche ältere Menschen in die Klassenräume bringen sollten, damit sie zusammen mit den Schülern erkunden, wie eine bessere Gesellschaft für Alt und Jung geschaffen werden kann, die Preise des Europäischen Jahres 2012 zur Ehrung der Organisationen und Einzelpersonen, die durch ihre Tätigkeit das aktive Altern fördern, der Seniorforce Day zur Entdeckung neuer Wege für die Beteiligung älterer Menschen, die sich ehrenamtlich engagie-

ren, und der bestmöglichen Nutzung ihrer Beiträge sowie die Abschlusskonferenz in Wien. Zu den nationalen und internationalen Höhepunkten gehörten die Präsentation und Diskussion des österreichischen Bundesaltersplans im österreichischen Parlament und die Abhaltung der UNECE-Konferenz „Eine Gesellschaft für jedes Alter“ in Wien im September. Die Aufnahme des Themas „Generationsübergreifende Solidarität“ in den Lehrplan für politische Bildung auf allen Schulebenen über zwei Aktionswochen im Mai zusammen mit dem Kreativwettbewerb „jung und alt? ZUSAMMENHALT!“ gaben den Schülern und Studierenden die Gelegenheit nachzudenken, zu diskutieren und ihre Ansichten und Erkenntnisse aktiv beizusteuern.

Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, bemerkte auf der österreichischen Abschlusskonferenz in Wien, daß aktives Altern mehr als nur länger arbeiten bedeute und erinnerte an die Bedeutung der Solidarität zwischen den Generationen und der sozialen Einbeziehung aller Altersgruppen, Männer und Frauen, Kranker und Gesunder. In diesem Zusammenhang hob er auch besonders die Rolle des lebenslangen Lernens in der Alterspolitik und die Notwendigkeit, den Bürgern ein aktives Altern in Gesundheit und Würde zu ermöglichen, hervor. Der Minister wies auch auf die maßgebliche Rolle der Kommunen bei der Einbeziehung von Senioren in gesellschaftliche Aktivitäten hin. „Das Miteinander auf Gemeindeebene trägt ganz massiv zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei“, sagte er.

Österreich nutzte die durch das Europäische Jahr 2012 geschaffene politische Dynamik, um den österreichischen Bundesseniorenplan im Januar 2012 in die Wege zu leiten. Der Plan wurde vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Seniorenrat ausgearbeitet. In ihm sind die jüngsten Entwicklungen und wichtigsten Herausforderungen auf verschiedenen Politikfeldern beschrieben, die für die Lebensqualität älterer Menschen wichtig sind. Ferner enthält er eine Reihe von Empfehlungen, mit denen ältere Men-

schen in die Lage versetzt werden sollen, sich in allen Lebensbereichen aktiv zu beteiligen.

Nun gilt es, auf den Erfolgen des Europäischen Jahres 2012 aufzubauen, und die Bemühungen zur Förderung des aktiven Alterns fortzusetzen.

Zu diesem Zweck arbeiteten die EU-Mitgliedsstaaten zusammen mit der Kommission die „Leitprinzipien für das aktive Altern und die Solidarität zwischen den Generationen“ aus, die am 6. Dezember 2012 von den EU-Sozialministern gebilligt wurden. Diese Prinzipien sollen als Checkliste für die nationalen Behörden und andere Interessengruppen dienen, um zu überprüfen, was unternommen werden muß, um das aktive Altern zu fördern, und sie müssen auf die jeweilige Situation und die jeweiligen Herausforderungen angewendet werden.

Ein weiteres Vermächtnis des Europäischen Jahres 2012 ist der Index für aktives Altern (IAA), der zum ersten Mal auf der EU-Abschlusskonferenz vorgestellt wurde. Schweden, Finnland und Dänemark, gefolgt von den Niederlanden, Irland und Großbritannien, stehen an der Spitze des Index für aktives Altern 2012. Der Index wird Österreich und allen politischen Entscheidungsträgern auf EU-Ebene dabei helfen, Herausforderungen und brachliegendes Potential zu erkennen und den Fortschritt im Bereich des aktiven Alterns zu verfolgen. Der IAA wurde im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der Europäischen Kommission, der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) und des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien ausgearbeitet. ■

Links

Der österreichische Bundesseniorenplan
<http://europa.eu/ep/2012/ep/2012main.jsp?langId=en&cutId=970&newsId=1337&furtherNews=yes>

Die österreichische Webseite
<http://www.aktivaltern.2012>

Die offizielle Webseite des Jahres
<http://europa.eu/ey2012/>

Europäische Leitprinzipien für das aktive Altern und die Solidarität zwischen den Generationen:

<http://europa.eu/ep/2012/ep/2012main.jsp?langId=en&cutId=970&newsId=1743&furtherNews=yes>

Vertriebene Weltstars der Wissenschaft

In Österreich geboren und vertrieben: Drei internationale Größen der Wissenschaft erhielten das Ehrendoktorat der Universität Wien – die höchste Auszeichnung, die die Universität zu vergeben hat.



Foto: Universität Wien / Walter Schaub-Walzer

Nach der feierlichen Verleihung in der Universität Wien (v.l.): Dekan Markus Arndt (Fakultät für Physik), Friedrich Stadler (Leiter des Forums »Zeitgeschichte der Universität Wien«) Dekan Bernhard Keppler (Fakultät für Chemie), der britische Historiker und Politikwissenschaftler Peter George Julius Pulzer, der US-amerikanische Physiker Walter Kohn und Rektor Heinz W. Engl

Ein kanadischer Chemiker, ein US-amerikanischer Physiker sowie ein britischer Historiker und Politikwissenschaftler: Alle drei – Alfred Robert Bader, Walter Kohn und Peter George Julius Pulzer – wurden in den 1920er Jahren in Wien geboren und mußten vor dem Nationalsozialismus fliehen. Am 4. Dezember wurden die zwei der drei renommierten Wissenschaftler mit Ehrendoktoraten der Universität Wien ausgezeichnet – Alfred Bader konnte aus gesundheitlichen Gründen an der Veranstaltung nicht persönlich teilnehmen. Die Ehrendoktorate verlieh Heinz W. Engl, Rektor der Universität Wien.

Gemeinsam mit Carl Djerassi zählen Alfred Robert Bader, Walter Kohn und Peter George Julius Pulzer zu den „Vier Weltstars der Wissenschaft“. Alle vier haben ihre Wurzeln in Wien und wurden aufgrund ihrer

jüdischen Herkunft 1938/39 von dort vertrieben. Carl Djerassi wurde am 5. Juni 2012 zum Ehrendoktor der Universität Wien ernannt. Sechs Monate später erhielten Alfred Robert Bader, Walter Kohn und Peter George Julius Pulzer die höchste Auszeichnung, welche die Universität Wien zu vergeben hat. Nach der Begrüßung durch Rektor Engl und einer Ansprache von Claudia Theune-Vogt, Dekanin der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät, halten die Dekane der Fakultäten für Chemie und Physik, Bernhard Keppler und Markus Arndt, die Laudationes für Alfred Robert Bader und Walter Kohn. Die Laudatio für Peter George Julius Pulzer hielt Friedrich Stadler, Leiter des Forums „Zeitgeschichte der Universität Wien“ und Professor am Institut für Zeitgeschichte sowie am Institut für Philosophie.

Von jüdischen Flüchtlingen zu internationalen Größen der Wissenschaft

Alfred Robert Bader ist kanadischer Chemiker, Unternehmer und Kunstsammler. Er wurde 1924 in Wien geboren. Ende 1938 kam er mit einem Kindertransport nach Großbritannien und als Jugendlicher als „Enemy Alien“ in ein kanadisches Kriegsgefangenenlager. 1941 begann er an der Queen's Universität das Studium der Technischen Chemie und machte 1950 in Harvard sein Doktorat. Er war Gründer und Präsident der Firma Sigma-Aldrich, einem der weltweit größten Produzenten und Lieferanten von Forschungskemikalien. Als Kunstsammler und Mäzen finanziert er zusammen mit seiner Frau Isabel Projekte aus Kunst und Naturwissenschaften. Mit seiner finanziellen Unterstützung wurde an der Österrei-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Universität Wien / Walter Schaub-Walzer



Peter George Julius Pulzer (oben) und Walter Kohn (unten) mit Rektor Heinz W. Engl

Foto: Universität Wien / Walter Schaub-Walzer



Peter George Julius Pulzer ist britischer Historiker und Politikwissenschaftler. Er wurde 1929 in Wien geboren und floh 1939 mit seiner Familie nach Großbritannien. Pulzer studierte an der Universität Cambridge Geschichte und promovierte 1960. Im Jahr 1964 erschien sein Standardwerk der Antisemitismusforschung „The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria“ (1966 wurde die deutsche Übersetzung publiziert). 1985 wurde Pulzer an die Universität von Oxford berufen, wo er auch emeritierte. Pulzer ist Vorsitzender des Leo Baeck-Instituts in London – eine Dokumentations- und Forschungsstätte für die Geschichte und Kultur des deutschsprachigen Judentums.

Carl Djerassi, 1923 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren, mußte 1938 seine Heimat aus Angst vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten verlassen und emigrierte über London in die USA. Nach dem Chemiestudium startete er seine wissenschaftliche Karriere – 1959 wurde Djerassi Professor an der Stanford University – und gelangte schließlich mit der Erfindung der Antibabypille zu Weltruhm: 1973 erhielt er für die erste Synthese eines steroidalen oralen Kontrazeptivums die „National Medal of Science“. Sein unumstrittenes internationales Renommee verdankt er auch entscheidenden Forschungsarbeiten im Zuge der Synthetisierung von Cortison. 1991 wurde ihm die „National Medal of Technology“ für die Entwicklung neuer Methoden zur Schädlingsbekämpfung verliehen. Ihm wurde die Ehrendoktorwürde am 5. Juni 2012 verliehen. ■

<http://www.univie.ac.at>

schen Akademie der Wissenschaften der Ignaz L. Lieben Preis wieder eingerichtet.

Der **US-amerikanische Physiker Walter Kohn** wurde 1923 in Wien geboren. Auch er floh mit einem Kindertransport nach Großbritannien und wurde von dort als „Enemy Alien“ nach Kanada gebracht – zwei Jahre später kämpfte er für Kanada an der Front der Alliierten. Er studierte Mathematik und Physik, 1948 promovierte er in Harvard. 1959 veröffentlichte er seine Entdeckung zur Kohn-Anomalie. 1979 wurde er Professor an der University of California, Santa Barbara, wo er auch emeritierte.

Gemeinsam mit John A. Pople erhielt er 1998 für die Entwicklung der Dichtefunktionaltheorie, deren Grundlage das Hohenberg-Kohn-Theorem ist, den Chemie-Nobelpreis. Seit 2011 ist er Ehrenmitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Foto: RK / Schaub-Walzer



Unser Bild zeigt Alfred Bader (l.), der ja am Festakt in der Universität verhindert war. Am 16. Juni 2009 erhielt er von Wiens Bürgermeister Michael Häupl (Mitte) den Ehrenring der Stadt Wien. Rechts im Bild: Peter Schuster, bis Juni 2009 Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Grenzüberschreitender Opferschutz in der EU wird möglich

Im EU-Justizministerrat gelang bei der Sitzung am 7. Dezember ein bedeutender Schritt bei der Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Interesse der BürgerInnen. So einigten sich die Minister auf eine gemeinsame Position zu einem Verordnungsvorschlag, durch den zivilrechtliche Schutzanordnungen, wie zum Beispiel Kontaktverbote, grenzüberschreitend durch-

gesetzt werden könnten. Wenn die Verordnung nach den Verhandlungen mit dem Parlament beschlossen wird, können in Zukunft Gewaltopfer rasch und unkompliziert eine in Österreich bestehende Schutzanordnung auch in jedem anderen Mitgliedsstaat durchsetzen lassen. Es ist dann, etwa bei einem Umzug nach Deutschland oder Italien, kein eigenes Verfahren mehr nötig. Der österrei-

chische Beschluß wird der zuständigen Behörde mitgeteilt und direkt umgesetzt.

„Das ist eine weitere wichtige Maßnahme zum Opferschutz in der Europäischen Union. Österreich unterstützt diesen Vorschlag ausdrücklich und hat sich im Laufe der Verhandlungen intensiv für die Annahme dieser Verordnung eingesetzt“, betonte Justizministerin Karl im Rahmen der Ratssitzung. „Ich freue mich, daß heute diese Einigung im Sinne des Gewaltschutzes und der Verwaltungsvereinfachung für die Bürgerinnen und Bürger gelungen ist.“

Die Justizminister einigten sich auch bei zwei Richtlinienvorschlägen auf eine gemeinsame Position: Die Vorschläge zur strafrechtlichen Verfolgung von Marktmanipulationen und Insiderhandel sowie zur Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten wurden als allgemeine Ausrichtung angenommen. „Mit den heutigen Beschlüssen haben wir den europäischen Rechtsraum für die Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert und die Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Daß nationale Entscheidungen im Opferschutz künftig europaweit durchsetzbar werden sollen ist ein großer Fortschritt“, zeigte sich Beatrix Karl abschließend erfreut. ■



Foto: BMJ

Justizministerin Beatrix Karl (Mitte) bei einer Pressekonferenz mit der Kommissions-Vizepräsidentin und EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Viviane Reding

Gemeinsames europäisches Asylsystem ist in greifbarer Nähe

Im Zentrum des Innenministerrats am 16. Dezember in Brüssel standen das gemeinsame europäische Asylsystem, der zweite Halbjahresbericht der Europäischen Kommission zur Schengen-Situation und die europäische Visapolitik.

„Die Errichtung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems werden wir realistisch bis Ende 2012 nicht ganz schaffen. Auch wenn wir unter Zeitdruck stehen, dürfen wir dabei nicht die Qualität der Rechtsakte vernachlässigen“, sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner anlässlich des Innenministerrats. „Am Ende der Verhandlungen ist es notwendig, daß wir Bestimmungen auf dem Tisch liegen haben, die in der Praxis umsetzbar und tatsächlich anwendbar sind.“

Der Europäische Rat hat vor zwei Jahren den Auftrag gegeben, bis Ende 2012 ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu realisieren. Um europaweit asylrechtliche Mindeststandards und Zuständigkeiten zu regeln, wurden mehrere Rechtsakte überarbeitet. „Es ist wichtig, daß wir das gesamte



Foto: BM.I

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner

Rechtsaktepaket möglichst rasch auf Schiene bringen. Ein Blick auf aktuelle Zahlen der EU-27 spricht Bände: Nur zehn Mitgliedsstaaten arbeiten 90 Prozent der Asylanträge ab. Österreich liegt mit 14.426 Asylanträgen

dabei auf Platz sieben und auf Platz fünf bei der Pro-Kopf-Belastung“, sagte die Innenministerin. Andere EU-Mitgliedsstaaten wie Tschechien und die Slowakei hätten im selben Zeitraum knapp 500 Asylanträge bearbeitet. „Darum ist es notwendig, daß wir in der EU einheitliche Verfahrensstandards und Aufnahmebedingungen einführen, damit es keinen Unterschied mehr macht, in welchem Mitgliedstaat ein Asylantrag gestellt wird“, erklärte Mikl-Leitner.

Beim Innenministerrat wurde auch das Thema der europäischen Visapolitik besprochen. „Das Visainformationssystem, Visa-Erleichterungsabkommen und Visadialoge sind zersplitterte Mosaiksteinchen, bei denen ich mir nicht sicher bin, wie sie zusammenpassen. Wir brauchen einen durchdachten und zukunftsorientierten Gesamtansatz zur europäischen Visapolitik“, forderte die Innenministerin. „Und im Kern dieser Visapolitik müssen Sicherheitsaspekte berücksichtigt und mitgedacht werden. Das erscheint mir derzeit nicht immer der Fall zu sein.“ ■

LH Pühringer verabschiedet OÖ. Landlerhilfe-Konvoi



Foto: Land OÖ/Kraml

Verabschiedung des OÖ. Landlerhilfe-Konvois »Christkindl aus der Schuhschachtel« vor dem Linzer Landhaus

Über 300 oberösterreichische Schulen und Kindergärten, mit 20.000 SchülerInnen bzw. Kindergartenkindern mit ihren Familien, hunderte Lehrkräfte, KindergärtnerInnen, viele Einzelaktivisten und zahlreiche Sponsoren haben sich an der oberösterreichweiten Weihnachtsaktion der OÖ. Landlerhilfe »Christkindl aus der Schuhschachtel« beteiligt, die heuer bereits zum zwölften Mal durchgeführt wird.

Am 4. Dezember früh verabschiedete Landeshauptmann Josef Pühringer vor dem Lin-

zer Landhaus den langen Fahrzeug-Konvoi der OÖ Landlerhilfe Richtung Ukraine: „Die Weihnachtsaktion der OÖ. Landlerhilfe ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Tradition der humanitären Hilfe aus Oberösterreich. Heuer wird bereits das 190.000. Weihnachtspackerl überbracht werden können. Somit ist diese Aktion auch eine beeindruckende Botschaft der Humanität aus Oberösterreich“, so Pühringer. „Die Landlerhilfe, aber auch alle, die den Konvoi begleiten, ein Fahrzeug zur Verfügung stellen oder die sich

an der Spende eines Paketes beteiligt haben, setzen damit ein Zeichen der Mitmenschlichkeit und des Friedens.“

In der Zeit von 8. bis 12. Dezember haben 130 ehrenamtliche FahrerInnen – darunter auch einige Bürgermeister, LehrerInnen und DirektorInnen – mit 60 Fahrzeugen über 20.000 Weihnachtspakete gefüllt mit Süßigkeiten, Schul- und Spielsachen, in die ukrainischen Dörfer, in der auch die Nachfahren der Altoberösterreicher leben, überbracht. ■

<http://www.landlerhilfe.at>

Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit mit Burkina Faso

Tirols Bildungslandesrätin Beate Palfrader begrüßte am 13. Dezember Luc Ye, den Generalsekretär des Unterrichtsministeriums in Burkina Faso, in ihren Amtsräumen. „Wir wollen gemeinsam nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit leisten und dazu unsere erfolgreichen Kooperationen im Bildungsbereich weiter vertiefen“, betonte die Landesrätin. Seit 2007 arbeiten Tiroler Schulen und die Universität Innsbruck im Rahmen des Projekts „Elevés pour Elevés“ eng mit Bildungseinrichtungen in Burkina Faso zusammen. Viele Hilfsprojekte wurden mit Unterstützung des Landes Tirol, des Landesschulrates für Tirol, zahlreicher Firmen und privater SpenderInnen bereits umgesetzt.

„Die Tiroler Schulen unterstützen ihre Partnerschulen mit fachlichem Know-how sowie mit Sachspenden und ermöglichen ihnen dadurch einen modernen und zeitgemäßen Unterricht“, erklärte Palfrader. So erhalten Schulen in Burkina Faso etwa EDV-Anlagen und Computerlehrräume, die kontinuierlich ausgebaut werden. Landschulen werden mit Schulmaterialien ausgestattet, Jung-



LRin Beate Palfrader und Luc Ye mit (v.l.) den Projektinitiatoren Erwin Schreckensperger und Dietmar Wiener von der BHA/BHAS in Hall in Tirol sowie Markus Rainer von der Tiroler Fachberufsschule für Fotografie, Optik und Hörakustik

bauern aus Burkina Faso in Tiroler Landwirtschaftsschulen ausgebildet und SchülerInnen sowie StudentInnen laufend mit Jahresstipendien unterstützt.

Die internationale Zusammenarbeit ermöglichte unter anderem die Errichtung der ersten Fachschule für OptikerInnen in Westafrika, die im Schuljahr 2012/2013 startete. Die Schule wird laufend mit Schleifmaschi-

nen, Lehrbehelfen, Brillenfassungen und Arbeitsköffern ausgestattet. Ein Techniker der Swarovski Optik schult das Lehrpersonal vor Ort. Weiters sind Besuche von zwei Optikern der Tiroler Fachberufsschule für Fotografie, Optik und Hörakustik in Hall geplant, die den Schulbetrieb einen Monat begleiten werden. ■

<http://www.elevespourelèves.at>

Österreich, Europa und die Welt

Vorarlberg will Europa als aktive Region engagiert mitgestalten

Künftig wird die im November vom Vorarlberger Landtag neu gewählte Landtagspräsidentin Gabriele Nußbaumer an der Seite von Landeshauptmann Markus Wallner die Interessen Vorarlbergs im Ausschuß der Regionen (AdR) in Brüssel vertreten. Der entsprechende Beschluß wurde von der Landesregierung an die Bundesregierung übermittelt. Endgültig wirksam wird die Ernennung nach erfolgter Zustimmung durch den EU-Ministerrat.

Bei der weiteren Entwicklung der Europäischen Union sieht Landeshauptmann Wallner die Regionen in einer entscheidenden Rolle: „Sie können die Antriebsmotoren für eine engere Zusammenarbeit der Nationalstaaten sein – auch über die EU hinaus“. Beispielgebend sei die konstruktive und starke regionale Zusammenarbeit Vorarlbergs mit den Nachbarkantonen in der Schweiz und mit Liechtenstein. Bei der Arbeit im AdR stehe im Vordergrund, die Standpunkte und Positionen des Landes in Brüssel mit Nachdruck in die Diskussionen einzubringen. „Die Regionen sind aufgrund ihrer Nähe zu den Menschen wesentlich effizienter als Nationalstaaten oder EU-Ebene in der Lage, die Herausbildung einer europäischen Identität zu unterstützen“, ist Wallner überzeugt. Mit dem Lissabon-Vertrag sind laut Landtagspräsidentin Nußbaumer die Mitwirkungs-



Foto: VLK / A. Serra

LTP Gabriele Nußbaumer wird künftig an der Seite von LH Markus Wallner die Interessen Vorarlbergs im Ausschuß der Regionen (AdR) in Brüssel vertreten.

rechte der Länder und Regionen weiter verstärkt worden. „Auf EU-Ebene kommt der Vertretung lokaler und regionaler Interessen eine immer größere Bedeutung zu“, so Nußbaumer. Sie werde sich in ihrer Funktion als stellvertretendes Mitglied Vorarlbergs im AdR mit aller Kraft dafür einsetzen, die Willenbildungs- und Entscheidungsprozesse mit Blick auf die Erfordernisse im Land entsprechend zu beeinflussen. „Weil die Entscheidungen auf europäischer Ebene alle wesentlichen Lebensbereiche berühren, ist

es absolut notwendig, daß die lokale und regionale Stimme in Brüssel deutlich gehört wird“, betont Nußbaumer.

Dem AdR gehören 344 Mitglieder aus 27 EU-Mitgliedsstaaten an. Die ausschußinternen Arbeiten finden in sechs Fachkommissionen statt, die die Vorschläge prüfen und erörtern und Stellungnahmen zu zentralen Themen verfassen. Vorarlberg ist in den beiden Fachkommissionen ECOS und CIVEX vertreten. ■

<http://cor.europa.eu/de/>

Junge aus aller Welt im Grazer Rathaus



Foto: Stadt Graz

Tara Pollak (l.) und ihre SchulkollegInnen aus dem italienischen Duino genossen bei ihrem Besuch auch den Blick vom Rathausbalkon.

Sie kommen aus Japan, Belgien, Malaysia, Jordanien, Kanada und eben Österreich. Insgesamt zehn junge Menschen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren, die das United World College of the Adriatic in

Duino in der Nähe von Triest in Italien besuchen, begleiteten ihre Mitschülerin, die Grazerin Tara Pollak, in ihre Heimatstadt, um diese näher kennenzulernen. Dabei war es ihnen besonders wichtig, auch einen

Einblick in die Agenden der Stadt zu bekommen.

Gemeinderat Thomas Rajakovic ließ sie in Vertretung von Bürgermeister Siegfried Nagl im ehrwürdigen Gemeinderatssaal im Rathaus Platz nehmen und erklärte ihnen kurz, wie Graz funktioniert, für welche Besonderheiten die Stadt berühmt beziehungsweise bekannt ist und wohin sie sich entwickelt hat. Besonders interessiert zeigten sich die jungen Erwachsenen an dem Titel „Stadt der Menschenrechte“. Immerhin gehört diese Thematik auch zum Lehrstoff an ihrem College. Den Besuch dieser internationalen Schule, die zwei Jahre dauert, ermöglicht das Land Steiermark alljährlich einer/m jungen SchülerIn, heuer war es Tara Pollak. Sie zeigte sich gemeinsam mit ihren SchulfreundInnen glücklich darüber, im Anschluß noch auf dem Balkon des Rathauses einen ziemlich exklusiven Blick Richtung Schloßberg werfen zu können. ■

<http://www.uwcad.it>

Erfolgreiche 3. Int. Donau Tourismuskonferenz in Linz

Mehr als 100 Vertreter von Donau-Reedereien, Kreuzfahrtveranstaltern und Touristikern aus fast allen Donauländern beschäftigten sich mit der Tourismusentwicklung an und auf der Donau. Der Zuwachs an Kabinenschiffen hält an. Mehr als 150 Kreuzfahrtschiffe werden es 2013 sein. Dies erfordert neue Programme und zusätzliche Kapazitäten in der Infrastruktur. Im Mittelpunkt standen die Entwicklung und der strategische Einsatz der Donau als Marke. 3000 Jahre Geschichte auf fast 3000 Flußkilometern führen zu einer großen Bandbreite in der Wahrnehmung von Themen und Qualitäten. Markenexperte Robert Trasser wies darauf hin, daß auch die bekanntesten Marken einer kontinuierlichen Weiterentwicklung und strategischen Führung bedürfen. Die Donau hat Potential für weitere Internationalisierung des Tourismus, sollte sich aber hinsichtlich der Reisetemen und Attraktionen weiterentwickeln, um nicht in den Klischees der Habsburger Monarchie stecken zu bleiben.

Der Linzer Tourismusdirektor Georg Steiner und Geschäftsführerin Petra Riffert von der WGD Tourismus GmbH, die die Konferenz zusammen mit Präsident Prof. Gerhard Skoff von der Danube Tourist Commission organisiert hatten, stellten in einem



Foto: Tourismusverband Linz

v.l.: Dir. Simion Giurca (Rumänisches Tourismusamt in Wien), Geschäftsführerin Petra Riffert (Werbegemeinschaft Donau OÖ), Tourismusdirektor Georg Steiner (Linz), Prof. Gerhard Skoff (Präsident der Danube Tourist Commission), Dir. Daniel Lukac (Slowakische Zentrale für Tourismus Wien), Dir. Balázs Kovács (Ungarisches Tourismusamt, Repräsentanz Österreich)

Manual für Kreuzfahrtunternehmen neue Perspektiven für Donauprogramme vor. Die Themen reichen von der bevorstehenden Anerkennung des römischen Limes als UNESCO Welterbe bis hin zu kulinarischen Themen und der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Donau, so die Veranstalter, ist jene Region Europas, wo Geschichte am dichtesten erlebt werden kann. Hier setzen Reiseerlebnisse authentisch auf Kultur und Kulinarik aus allen Einflüssen, die sich über

die Jahrhunderte aus Brüchen, Verschmelzungen und positiven Auflösungen der Geschichte entwickelt haben. Neben neuen Programmen und Märkten standen auch Fragen der Infrastruktur an den wichtigsten Anlegeorten, die Linzer Schiffswerft als wichtiger Teil des technisch/nautischen Services sowie die aktuellen touristischen Angebote aus Österreich, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Serbien am Programm. ■

<http://www.linz-tourismus.info>

Kärntner Christbaum leuchtet in Laibach

In der slowenischen Hauptstadt Laibach/Ljubljana wurde am Abend des 3. Dezember von Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler und dem Laibacher Bürgermeister Zoran Jankovic feierlich der Kärntner Christbaum illuminiert. Der Baum, eine Spende des Landes, gilt als Weihnachtsgruß aus Kärnten. „Dieser Weihnachtsbaum soll ein gutes Zeichen unserer neuen Nachbarschaft sein“, betonte Dörfler und wünschte der Stadt und ihrer Bevölkerung sowie dem Bürgermeister ein frohes Weihnachtsfest.

Nach der Ortstafellösung werde in vielen gemeinsamen Begegnungen von Vertretern der beiden Länder die neue Beziehungsqualität gelebt. Es sei ein Ausdruck der Gemeinsamkeit und guten Nachbarschaft, wies Dörfler auf den freundschaftlichen Kontakt zu Bürgermeister Jankovic hin.

Die feierliche Illuminierung wurde musikalisch umrahmt von den Jagdhornbläsern Hahnberg-Steuerberg unter Obmann Willi Stich. Ebenfalls an der Feier teilnahmen Laibachs Vizebürgermeister Ales Cerin,



Foto: LPD/Josef Bodner

Der Laibacher Bürgermeister Zoran Jankovic (l.) und Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler nach der Illuminierung des Christbaums am 3. Dezember

weitere der österreichische Botschafter in Slowenien, Clemens Kojca, sowie Bernard Sadovnik vom Alpen-Adria-Zentrum für grenzüberschreitende Kooperationen. Im

Zentrum von Laibach verteilte der Landeshauptmann viele Kärntner Stofftiere, die besonders großen Anklang fanden und sprach auch mit vielen Bürgern. ■

Wiener Vorlesungen: Jüdischer Witz und Humor in Brüssel

Eine besonders liebenswerte Facette des Wiener Lebens präsentierte sich am Abend des 3. Dezember in Brüssel, wo die Wiener Vorlesungen mit „Jüdischer Witz und Humor aus Wien“ zu Gast waren. Christian Ehalt, Koordinator der Wiener Vorlesungen, leitete mit gewohnter Raffinesse den Abend ein. Es ginge an diesem Abend um das Lachen, nicht um das Auslachen. Der jüdische Witz befasse sich insbesondere mit der Fähigkeit, über sich selbst zu lachen.

Die Wiener Vorlesungen sind das Dialogforum der Stadt Wien zur Analyse und Kritik dessen was in Politik, Wirtschaft und Kultur geschieht. „Das Jüdische und das Wienerische sind seit dem 19. Jahrhundert zu einem Amalgam verschmolzen. Zores, Chuzpe und Beisl dokumentieren die Verbindung. Witz und Humor waren und sind die Waffen der Schwachen gegen die Mächtigen“, so Ehalt.

Marcus Patka, Verfasser des Buches „Wege des Lachens. Jüdischer Witz und Humor aus Wien.“ hat sich in den vergangenen Jahren intensiv und ausführlich mit dem jüdischen Witz, seinen unterschiedlichen kulturellen Ausprägungen und seiner historischen Entwicklung auseinander gesetzt. Er erläuterte, daß der jüdische Witz eine Frucht des talmudischen Denkens sei. Durch die fehlende Interpunktion im Hebräischen bleibe offen, ob es sich um Frage oder Feststellung handle. So hat das Frage-Antwortspiel, wie das Frage-Gegenfragespiel lange Tradition. Derzeit bereitet er die Ausstellung „Alle Meschugge?“ vor, die ab Mitte März im Jüdischen Museum Wien zu sehen sein wird.

Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg gab Anekdoten aus seinem Leben zum Besten und bewies nicht nur sein Talent zur Situationskomik, sondern auch seine musikalische Begabung. „Ich erzähle lieber wahre Geschichten, die mir widerfuhren, weil diese oft viel lustiger sind als die altbekannten jüdischen Witze“, so der Wiener Oberrabbiner.

Topsy Küppers bezauberte mit ihren Liedern und Lozelachs – kleinen Witzen. Begleitet wurde sie von Béla Fischer am Flügel, der an der Wiener Volksoper für zahlreiche Arrangements verantwortlich zeichnet. Auch aus ihrem Buch „Wenn dein Leben trist ist, erleuchte es mit Humor!“ trug sie vor. Veranstaltet wurde der Abend vom Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel in Kooperation mit den Wiener Vorlesungen und der Magistratsdirektion – Europa und Internationales. ■



Foto: Wien-Haus Brüssel

v.l.: Michaela Kauer (Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel), Béla Fischer, Marcus G. Patka, Paul Chaim Eisenberg, Hubert Christian Ehalt und Topsy Küppers

ÖW präsentierte ersten musikalischen Adventkalender in Mailand



Foto: CameraChiara/MatteoPaini

Erster musikalischer Adventkalender in Mailand mit einem Trompetensolo

Von 1. bis 24. Dezember verbreitete der Erste zum Leben erweckte musikalische Adventkalender auf der Fassade des „Palazzo dei portici meridionali“ auf dem Mailänder Domplatz österreichische Vorweihnachtsstimmung. Täglich öffnete sich ein Fenster des imposanten, historischen Gebäudes im Herzen der norditalienischen Metropole und gab den Blick auf einen Orchestermusiker frei. Bei der musikalischen Variante gab es ein tägliches Anwachsen der Musik(er): So war am 1. Dezember ein Solo zu hören, am 2. Dezember ein Duo, dann ein Trio, bis sich

am Heiligen Abend alle 24 Musiker zu einem Orchester vereinten und ein festliches Konzert mit österreichischen und internationalen Weihnachtsliedern vortrugen.

Begleitend zu den abendlichen Konzerten, die unter der Patronanz der Stadt Mailand standen, baute die ÖW eine Adventinstallation auf, um die bis zu 200.000 Passanten täglich über Winterurlaub in Österreich zu informieren. Hinter den 24 Fenstern dieser zeitgenössischen Bildwelt gab es viele winterliche Kultur- und Naturerlebnisse in Österreich zu entdecken. ■

Eine thailändisch-kärntnerische Hochzeit

Hannes Omann aus Finkenstein hat bereits auf Kreta und in München gearbeitet, seit kurzem lebt er in Thailand, wohin ihn die Liebe führte. Am 23. Oktober 2012 hat er seine Mavin in Bangkok geheiratet. Die Morgenzeremonie fand traditionell thailändisch von 07.00 bis 14.00 Uhr statt, beschreibt er in seinem Brief. Viele Freunde und Verwandte waren eingeladen, Hannes hatte für alle thailändische Hochzeitskleidung besorgt. Bei den weiteren Feierlichkeiten am Abend wurde es dann kärntnerisch. Das Lokal war mit Kärntner und österreichischen Fahnen geschmückt. Alle Besucher trugen Kärntner Tracht, und auch Mavin und Hannes erschienen in Dirndlkleid und Kärntner Anzug. Unter Leitung von Hannes' Mutter wurden Kärntner Lieder gesungen. „So haben wir es geschafft, für unsere Hochzeit thailändische und Kärntner Tradition zu verbinden“, freut sich der frischgebackene Ehemann.

„Meine Frau besitzt hier eine Firma, in der mit 20 Angestellten Silberschmuck produziert wird. Ich bin verantwortlich für den Export nach Europa und Amerika“, berichtet Hannes. Nebenbei baut er gerade seine eigene Firma im Internet auf. Über seinen eBay-shop „MasterM Shop“ bietet er hauptsächlich echten Silberschmuck, Herren-, Damen-, Kinder-, und Sportbekleidung an. Nächstes Jahr will er das Angebot um elektrische Fahrräder erweitern.

Hannes erzählt auch über das alltägliche Leben in Bangkok. Er wohnt in der Nähe des Chao Phraya Flusses, also mitten im Herzen der Millionstadt. „Der Verkehr steht die meiste Zeit still und man braucht schon Geduld, um mit dem Taxi von A nach B zu gelangen. Wagemutige können das Moped-



Foto: privat

Hannes Omann und seine Mavin heirateten in Bangkok

Taxi nehmen. Das versucht, sich zwischen den stehenden Fahrzeugen hindurch zu schlängeln“, schreibt der Auslandskärntner. Das vielfältige Essen in Thailand schmeckt ihm ausgezeichnet. „Garküchen, wo man zu jeder Uhrzeit frische Speisen bekommt, gibt es an jeder Straßenecke. Da kann man schon einmal seinen Hunger für ca. 50 Cent stillen“, meint er begeistert. Auch die Lokale sind laut Hannes immer sehr gut besucht,

denn eine der größten Leidenschaften der Thais ist das Essen. Die Küche bietet wirklich alles, von einfachen Reis und Nudelgerichten bis hin zu Krabben und Hummer. Trotzdem freut sich Hannes natürlich immer, wenn ein Paket mit Kärntner Jause aus der Heimat eintrifft.

Markus Böhm

<http://stores.ebay.at/MasterM-Shop>
mailto:masterm_export@yahoo.com

Liebe Auslandskärntnerinnen und Auslandskärntner!

Möchten Sie regelmäßig darüber informiert werden, was sich gerade in Kärnten tut? Im offiziellen Landesmagazin „Zeit für Kärnten“ berichten wir über die Tätigkeit aller Landesregierungsmitglieder, über die Menschen im Landesdienst sowie über Veranstaltungen, Wirtschaft, Kultur bis hin zum Sport. Wenn Sie die „Zeit für Kärnten“ sechsmal im Jahr kostenlos erhalten wol-

len, teilen Sie uns bitte Ihre Postanschrift mit. Sie können uns auch gerne die Adressen Ihrer Bekannten schicken, von denen Sie wissen, daß sie auch gerne das Magazin bekommen würden.

Sie können aber auch selbst unser Magazin mitgestalten! Wir suchen laufend Beiträge von Kärntnerinnen und Kärntnern, die im Ausland leben. Erzählen Sie uns, von wo aus Kärnten Sie stammen, was Sie in der neuen Heimat erleben und welchen

Bezug Sie noch zu Kärnten haben. Dazu brauchen wir natürlich auch Fotos von Ihnen. Für die Beiträge gibt es ein kleines Dankeschön!

Schreiben Sie bitte an:
 Kärntner Landesregierung, Pressebüro,
 Arnulfplatz 1
 A-9021 Klagenfurt
 oder mailen Sie an zeit@ktn.gv.at

Sie können uns auch im Internet besuchen unter <http://www.ktn.gv.at>

EU-Gemeinderäte sollen Begeisterung für EU wecken

Zertifikate machen EU-Gemeinderäte zu »Unionsbotschaftern« in den Gemeinden



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Pressegespräch mit EU-GemeinderätInnen (v.l.): EU-GR Bgm. Renate Habetler (Bernstein), EU-GR Michael Heindl (Markt St. Martin), WHR Georg Schachinger (RMB), Landeshauptmann Hans Niessl, Moderator Gerald Gross, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, Arnold Obermayr (BMEIA) und EU-GR Alfred Soleder (Purbach)

Ein historischer Tag“ sei dies, meinte Moderator Gerald Gross bei der Verleihung der Zertifikate an 142 burgenländische EU-GemeinderätInnen am 10. Dezember im Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt. Am Tag der Verleihung des Nobelpreises an die EU überreichten Landeshauptmann Hans Niessl und LH-Stv. Franz Steindl den KommunalpolitikerInnen im Rahmen eines Festaktes ihre Dekrete. Konjunkturopernte Markus Marterbauer (Wirtschaftsforschungsinstitut) und Franz Nauschnigg von der Oesterreichischen Nationalbank hielten Impulsreferate über „Die EU und ihre Bürger“ sowie „Die EU und die Finanzkrise“. Die EU-GemeinderätInnen sollen die BürgerInnen nunmehr als „Unionsbotschafter“ von den Vorteilen der EU überzeugen und für positive Stimmung sorgen.

Eine große Diskrepanz besteht zwischen den meß- und sichtbaren Erfolgen und Vorteilen der EU-Mitgliedschaft – vor allem für das Burgenland – und der Stimmung gegenüber der EU. Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen und die anhaltende Diskussion

über Finanzhilfen für hochverschuldete EU-Mitgliedsstaaten haben zu großer Verunsicherung der BürgerInnen geführt und bei vielen eine EU-kritische Haltung gefördert.

Bessere, objektive Information

Das Regionalmanagement Burgenland (RMB) hat deshalb Anfang 2012 das Projekt „EU-Gemeinderäte braucht das Burgenland“ in Kooperation mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEiA) gestartet. Die von der EU geförderte Initiative baut auf das österreichweite Projekt „Europa fängt in der Gemeinde an“ auf.

Ehrenamtlich

103 Gemeinden beteiligten sich am Projekt, 142 ehrenamtliche EU-GemeinderätInnen eigneten sich in einer Basisschulung und bei Bildungsexkursionen nach Brüssel profundes EU-Wissen an. Sie stehen den BürgerInnen in ihren Gemeinden in Fragen der EU zur Verfügung und sollen so für bessere und objektive Information sorgen.

Bedeutung der EU sichtbar machen

Landeshauptmann Hans Niessl zeigte sich über die hohe Teilnahme der Gemeinden am Projekt erfreut: „Mit 142 EU-GemeinderätInnen aus 103 Gemeinden im Burgenland als Ansprechpartner für EU-Fragen hat das Projekt sehr erfolgreich begonnen, wodurch der Dialog über die EU intensiviert und die Bedeutung der EU für das Burgenland besser sichtbar gemacht wird.“ Die GemeinderätInnen hätten nunmehr das Rüstzeug, die Vorteile der EU zu argumentieren. Daß von 500 EU-GemeinderätInnen österreichweit fast 30 Prozent aus dem Burgenland kämen, sei ein gutes Zeichen. Er sei deshalb vom weiteren Erfolg des Projektes überzeugt, so Niessl.

Persönlich kommunizieren

„Das Besondere an der Initiative im Burgenland ist die große Vielfalt. Es sind GemeinderätInnen, BürgermeisterInnen dabei, aber auch Personen, die nicht parteipolitisch aktiv in der Gemeinde arbeiten. Von jungen StudentInnen bis zu aktiven Pensio-

»Burgenland Journal«



LH Hans Niessl (r.) und LH-Stv. Franz Steindl (l.) mit EU-GR Stefan Fuchs von Jennersdorf ...



... mit EU-GR Nina Strasser von Hornstein



... mit EU-GR Thomas Rathmanner von Weppersdorf



... mit EU-GR Verena Steiner-Strobl von Gols

Fotos: Bgld. Landesmedienservice

nistInnen, Berufstätige vom Norden bis zum Süden des Burgenlandes“, sagte LH-Stv. Franz Steindl. „Es geht darum, die Leistungen der EU nicht zu plakatieren, sondern diese den BürgerInnen im persönlichen Umgang zu kommunizieren“. Ziel müsse sein, daß es in allen Gemeinden des Burgenlandes EU-GemeinderätInnen gebe.

Begeisterung am Leben halten

„Wir freuen uns sehr, daß sich so viele in den Gemeinden engagieren möchten“, so die erste Bilanz von WHR Georg Schachinger vom RMB. „Jetzt gilt es, die Begeisterung am Leben zu halten. Wir werden die EU-GemeinderätInnen auch im nächsten Jahr mit praxis-

nahen gemeinderelevanten Informationen versorgen, Vernetzungstreffen organisieren und mit allen in Kontakt bleiben, damit wir sie bei ihrer Arbeit gut unterstützen können.“

EU »(be)greifbarer« machen

„Die Initiative des RMB, eine speziell für das Burgenland entwickelte Europakommunikation in den Gemeinden zu starten, war sehr erfolgreich. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten fungiert in diesem Rahmen als Partner. Unser gemeinsames Ziel ist, die EU in den Gemeinden ‚(be)greifbarer‘ zu machen“, erklärte Arnold Obermayr vom BMEIA. ■

»Das Burgenland als Internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert«

Rund 100 Gäste füllten am 13. Dezember die Beletage im Wiener Palais Eschenbach. Stephan Blahut übergab nach der Begrüßung das Wort dem Vizepräsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (AÖW), Univ.-Prof. i.R. Arnold Suppan, der mit persönlichen Erinnerungen über den „Eisernen Vorhang“ den großen Rahmen der Buchpräsentation absteckte, die das Ergebnis einer Tagung im Jahre 2011 ist, als das Burgenland sein 90jähriges Bestehen gefeiert hatte. Die dort gehaltenen Vorträge flossen in den vorgestellten Band ein und zeichnen das Bild dieser internationalen Grenzregion in seinen vielschichtigen und komplexen Zusammenhängen.

Dem engagierten Verleger Birol Kilic wurde von der ÖAW aus den Händen von Univ.-Prof. Suppan eine Ehrenurkunde überreicht.

Anschließend erläuterte Birol Kilic, der Neue Welt Verlag verstehe sich als Brückenbauer zwischen Orient und Okzident, zwischen den Religionen und Kulturen, mit gegenseitigem Respekt unter Achtung der jeweils eigenen Würde. Der Verlag versuche, den Menschen bei der Suche, den richtigen Weg zu finden, zu helfen: Woher komme ich? Was ist der Sinn des Daseins? Wohin gehen wir? – Diesen Fragen sollte sich jeder stellen. Es gehe um nichts mehr oder weniger, als um die Zukunft eines jeden Menschen. Darüberhinaus stellten sich die Menschen viele Fragen und es scheint, daß selbst trotz oder wegen der modernen Wissenschaft immer mehr Fragen offen bleiben. ■

<http://www.neueweltverlag.at>

Von der Vision zur Modellregion

15 Jahr-Jubiläum 1. Windrad in Zurndorf/Burgenland



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Am 4. Mai 2012 begann die Errichtung von Mitteleuropas größtem Windpark in den Gemeinden Andau und Halbturn, wo insgesamt 79 Windenergieanlagen des Typs Enercon 101 installiert wurden.

Das Burgenland verzeichnet auf seinem Weg in Richtung Stromautarkie zum gegebenen Zeitpunkt bereits 71 Prozent Erzeugungsanteil an Energie durch Ökostromanlagen. Diese europaweit einzigartige Erfolgsstory wurde 1997 mit der Errichtung des ersten Windparks mit sechs Anlagen im nordburgenländischen Zurndorf eingeleitet. „Das Burgenland hat vor 15 Jahren einen – damals vielfach belächelten – innovativen und vorausschauenden Weg eingeschlagen und hat es bis heute verstanden, seine natürlichen Ressourcen perfekt einzusetzen. Damals hätte wohl niemand geahnt, welche Bedeutung die Windkraft im Burgenland einmal bekommen wird. Aber, man hat Pioniergeist und Mut bewiesen. Diesen Weg möchten wir fortsetzen und innovativ forcieren“, so Landeshauptmann Hans Niessl in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Energie Burgenland Vorstandssprecher Michael Gerbavits und Bürgermeister LAbg. Werner Friedl anlässlich des 15jährigen Jubiläums der Errichtung des ersten Windrades im Burgenland in Zurndorf.

69 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 207 MW

Dieses Pilotprojekt wurde bis 2001 auf 13 Anlagen ausgebaut. Im Jahr 2002 konnte die 50 Millionen kWh-Marke überschritten werden. Mit dem Spatenstich zum Windpark Neusiedl am See/Weiden im April 2003 begann der intensive Ausbau der Erneuerbaren

Energie im Burgenland. Die rasche Umsetzung der ersten Wind-Initiative zwischen 2003 und 2006 wurde durch die massive Unterstützung des Landes und durch eine vorbildliche Vorgangsweise bei der Definition von Eignungs- und Ausschließungszonen möglich. Die Interessen von Anrainern sowie Landschafts- und Tierschutz wurden dabei berücksichtigt. 2011 startete die zweite burgenländische Wind-Initiative mit der Errichtung der beiden weltweit leistungsstärksten Anlagen in Potzneusiedl. Im September des Vorjahres wurde in den Gemeinden Halbturn, Mönchhof und Nickelsdorf ein Windpark errichtet, der mit insgesamt 69 Windenergieanlagen eine Leistung von 207 MW aufweist.

Am 4. Mai 2012 begann die Errichtung von Mitteleuropas größtem Windpark in den Gemeinden Andau und Halbturn, wo insgesamt 79 Windenergieanlagen des Typs Enercon 101 installiert wurden. Jede Anlage besitzt eine Leistung von 3 MW, sodaß eine Gesamtleistung von 237 MW erzielt wird.

Größtes wirtschaftspolitisches Projekt in der Geschichte des Landes

Ein weiterer besonders wichtiger Schritt war die Fusion der beiden Landesenergieversorger BEWAG und BEGAS zur Energie Burgenland – für das Burgenland das größte wirtschaftspolitische Projekt in der Geschichte des Landes. Allein mit der Erzeu-

gung von Ökostrom aus Windenergie trägt Energie Burgenland wesentlich zum Klimaschutz bei. Das Unternehmen hat sich von einem reinen Stromhändler zu einem Stromproduzenten gewandelt. Derzeit erzeugen im Burgenland 259 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 540 MW wertvollen Ökostrom, und wöchentlich kommen neue Windräder dazu. „Wir werden 2013 das Jahr der Erneuerbaren Energie starten. Wir werden die Stromautarkie erreichen und damit einen historischen Meilenstein in der internationalen Geschichte der Energieversorgung setzen. Vor fast exakt 15 Jahren wurde hier in Zurndorf ebenfalls ein historischer Meilenstein gesetzt und für die Zukunft des Burgenlandes Geschichte geschrieben. Wir müssen nach vorne schauen. Die Energie von morgen und der Übergang zu einer CO₂-armen Zukunft sind mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Wir haben uns der Herausforderung gestellt, wir haben sie gemeistert und wir gehen diesen Weg auch konsequent und kontinuierlich weiter“, betonte der Landeshauptmann.

Weiterer Etappensieg

„Ende November konnten wir uns über einen weiteren Etappensieg auf dem Weg zum stromautarken Burgenland 2013 freuen: Es wurde im Windpark Mönchhof-Halbturn das letzte Rotorblatt gezogen und montiert. Somit stehen alle 17 Windkraftanlagen der

Energie Burgenland Windkraft und können noch vor Weihnachten den Betrieb aufnehmen. Das Umspannwerk Zurndorf ist somit der zentrale Einspeisepunkt für die burgenländische Windkraft, gemeinsam mit der APG realisieren wir hier einen wichtigen Einspeisepunkt, der das große Windkraftpotential der Region für ganz Österreich nutzbar macht. Wenn alles planmäßig läuft, wird im Burgenland bis 2015 eine Leistung aus Ökostromanlagen von bis zu 1.300 MW eingespeist werden. Dies entspricht der beachtlichen Leistung von rund sieben Donaukraftwerken der Größe Freudenua“, erklärte Gerbavits.

Zurndorf als Drehscheibe

Dazu Bürgermeister LAbg. Werner Friedl: „In den 90er-Jahren wurde in Zurndorf der erste Windpark des Burgenlandes errichtet. Jetzt macht Enercon, einer der international wichtigsten Windtechnologie-Konzerne, mit der Errichtung eines Betonturmwerts Zurndorf zur Drehscheibe für seine mittel- und osteuropäischen Aktivitäten. Dieses Werk ist eine Riesenchance für Menschen aus unserer



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: LAbg. Bgm. Werner Friedl, Landeshauptmann Hans Niessl und Energie Burgenland Vorstandssprecher Michael Gerbavits bei der Pressekonferenz

Region, unmittelbar in ihrem Wohnumfeld einen Job mit Zukunftsperspektiven zu finden. Ziel ist auch, burgenländische Pendler ins Burgenland zurück zu holen und ihnen wieder einen Arbeitsplatz in ihrem Bundes-

land zu geben. Damit schließt sich ein Kreis, der vor 15 Jahren hier seinen Ausgang genommen hat. Was in Zurndorf begonnen hat, ist zur burgenländischen Erfolgsgeschichte geworden.“

Nuklearexperten aus Österreich und Ungarn tagten in Eisenstadt

Zu bilateralen Gesprächen trafen rund 40 Nuklearexperten und Behördenvertreter aus Österreich und Ungarn am 6. Dezember in Eisenstadt zusammen. Die zweitägige Konferenz diente dem Informationsaustausch und der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in Fragen der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes. Es war dies das 18. bilaterale Expertentreffen. Die burgenländische Landesrätin für Strahlenschutz, Verena Dunst, sprach sich bei der Begrüßung klar gegen Atomkraft und die Betriebsverlängerung und den Ausbau des grenznahen AKW Paks aus.

„Nach den Kernkraftunfällen in Fukushima und Tschernobyl gibt es nur einen richtigen Weg: Raus aus der Atomkraft. Als Vorreiter und Privilegierte in Sachen erneuerbarer Energie können und müssen wir Burgenländer auf Bund und EU einwirken, damit eine atomkraftfreie Zukunft für alle möglich ist. Das heutige Treffen stellt, neben dem gemeinsamen Informationsaustausch und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, einen weiteren Schritt im Kampf gegen die Atomkraft dar“, erklärte Dunst.

Das Burgenland habe sich in Landtagsinitiativen klar gegen den Ausbau von Atomreaktoren ausgesprochen. Auch die zuletzt durchgeführten Streßtests zeigten die großen



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Gespräche im Zeichen der nuklearen Sicherheit (v.l.): Gesandter Georg Oberreiter (Außenministerium, Leiter Referat III.7a – Nuklearangelegenheiten – (EURATOM, IAEA), Delegationsleiter Österreich, Landesrätin für Strahlenschutz Verena Dunst und József Rónaky, Generaldirektor der ungarischen Atomenergiebehörde

Risiken und Gefahren der einzelnen Atomreaktoren in Europa auf, so Dunst.

Strahlenalarmplan erneuert

Nach der Katastrophe von Fukushima waren die bundesweiten Notfallpläne für Zwischenfälle in AKW im Vorjahr erneuert worden. Auch das Burgenland hat seinen Strahlenalarmplan in Anlehnung an internationale

Warn- und Alarmsysteme in Verbindung mit der Bundeswarnzentrale, der Bundesstrahlenwarnzentrale und der Tätigkeit des staatlichen Krisenmanagements überarbeitet. Bei der im Oktober 2012 bundesweit durchgeführten Strahlenschutzübung wurde das Funktionieren der Notfallpläne von Bund und Ländern und das Zusammenwirken aller Ebenen geprobt.

Mit Sicherheit auf gutem Weg

Landesrat Helmut Bieler präsentierte Verkehrsicherheitsplan 2013

Die Burgenländische Landesstraßenverwaltung wird im Rahmen des Verkehrsicherheitsplanes mit einem 7-Punkte-Programm im Jahr 2013 gezielt Schwerpunkte setzen, um die Sicherheit auf Burgenlands Straßen weiter zu erhöhen. „Dieses umfaßt die Erfassung und Behebung von Unfallhäufungsstellen, Verkehrssicherheitsbauten und -umbauten, ein Mehr an Sicherheit bei Eisenbahnkreuzungen, die Aus- und Nachrüstung von Schutzwegen, Verkehrssicherheitsmaßnahmen durch Straßenausrüstung, Wildwechselmaßnahmen sowie betriebliche Sicherheitsmaßnahmen der Landesstraßenverwaltung“, betonte Straßenbaureferent Landesrat Helmut Bieler im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Baudirektor WHR Johann Godowitsch, Abteilungsvorstand der Abteilung 8 beim Amt der Burgenländischen Landesregierung.

Das burgenländische Straßennetz wird von der Straßenverwaltung im Hinblick auf „Unfallhäufigkeitsstellen“ überwacht. Das Burgenland ist derzeit das einzige Bundesland, in dem auch sämtliche registrierte Sachschadenunfälle, also Unfälle ohne Personenschaden, bei der Auffindung von Unfallhäufungsstellen Berücksichtigung finden. Jährlich werden so rund 60 Unfallhäufungsstellen untersucht, begutachtet und entsprechende Sanierungsvorschläge erstellt. So wurden insgesamt innerhalb des Burgenlandes 1000 Unfallhäufungsstellen bearbeitet und saniert, wobei die Beseitigung von Gefahrenquellen, soweit möglich, bereits im Vorhinein erfolgt.

Hinsichtlich der Verkehrssicherheitsbauten und -umbauten steht bei allen gesetzten baulichen Maßnahmen von der Planung bis zur Umsetzung immer der Verkehrssicherheitsaspekt im Vordergrund. Insgesamt werden in diese Verkehrssicherheitsumbauten und in die Beseitigung von Unfallhäufigkeitsstellen 2013 rund 5 Millionen Euro investiert. Nicht inkludiert sind in dieser Summe die Neubauten, wie beispielsweise die Umfahrung Schützen, die, so Bieler wörtlich, natürlich auch die Verkehrssicherheit wesentlich erhöht.

Mit 1. September 2012 ist die neue Eisenbahnkreuzungsverordnung in Kraft getreten, die wesentliche Veränderungen mit sich bringt. Innerhalb der nächsten drei Jahre



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landesrat Helmut Bieler

ist die Nachrüstung sämtlicher Kreuzungen mittels Andreaskreuzen erforderlich. Für 20 Eisenbahnkreuzungen, die im Landesstraßennetz liegen, ergibt sich für das Land bei einer anteilmäßigen Investitionssumme von 50 Prozent ein finanzieller Aufwand von etwa drei Millionen Euro. Zusätzlich werden seit dem Jahr 2010 unfallauffällige Eisenbahnkreuzungen in Zusammenarbeit mit den ÖBB mit sogenannten „Lanelights“ (LED-Fahrbahnlichter) ausgerüstet. Neue Schrankenanlagen sind für 2013 an der S 31 bei Eisenstadt sowie der L 313 bei Oslip geplant.

In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Schutzwegen im Hinblick auf die Verkehrssicherheit überprüft. Derzeit gibt es auf den Landesstraßen B und L insgesamt 370 Schutzwege. Etwa 120 Schutzwege wurden bereits auf eine moderne, normgerechte Schutzwegbeleuchtung umgerüstet. Die durchschnittlichen Kosten pro Schutzwegbeleuchtung betragen ca. 5000 Euro. Im Jahr 2013 werden weitere 40 Schutzwege mit einer normgerechten Beleuchtung ausgeführt.

Die Verkehrssicherheitsmaßnahmen durch Straßenausrüstung betreffen 2013 mit einem

Aufwand von 700.000 Euro die Verkehrszeichen und mit 1,5 Mio. Euro speziell die Bodenmarkierungen sowie den Austausch von Leitschienen von Alu auf Stahl. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die spezielle Absicherung entlang jener Landesstraßen gelegt, die als attraktive Motorrad-Strecken beliebt sind. Hier wird durch Sonderkonstruktionen, wie beispielsweise einen „Unterfahrerschutz“, dafür Sorge getragen, daß bei Motorradunfällen die Verletzungsschwere möglichst vermindert wird.

Alle Wildunfälle mit Sachschäden werden in einer nahezu lückenlosen Unfallstatistik der Landesstraßen B und L zusammengefaßt. Diese Datenbank bietet den nötigen Gesamtüberblick für die rasche Umsetzung sicherheitsfördernder Gegenmaßnahmen auf Risikostrecken. Im Burgenland werden neben den Gefahrenzeichen bereits seit 20 Jahren Wildwarnreflektoren zur Vermeidung von Wildunfällen eingesetzt. Als Pilotprojekt der burgenländischen Landesstraßenverwaltung wurden in den letzten Jahren Wildwarnreflektoren in blauer Ausführung getestet, die zu einer erheblichen Reduktion der Unfälle mit Wildbeteiligung geführt haben. In den kommenden Jahren ist daher der Austausch der derzeit rund 5000 bestehenden Wildwarnreflektoren nach Unfallhäufigkeit auf blaue Wildwarnreflektoren geplant. Die Kosten für den Austausch betragen ca. 25.000 Euro. Die laufenden betrieblichen Maßnahmen, so Baudirektor WHR Johann Godowitsch, umfassen die Pflege des Straßenumfeldes, den Winterdienst, das Mähen der Bankette, die Lichttraumwartungen sowie die Brückeninspektionen.

Dazu Bieler: „Die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf unseren Straßen ist eine der wichtigsten sozialen Verpflichtungen unserer Gesellschaft geworden. Auch weil die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge seit Beginn der offiziellen Registrierung ständig steigt. Beim Motorisierungsgrad sind die Burgenländer im Österreich-Vergleich Spitzenreiter. Wir haben uns deshalb ein klares Ziel gesetzt und wollen den Verkehrsteilnehmer die höchstmögliche Sicherheit auf Burgenlands Straßen bieten. Sie sollen die sichersten Österreichs werden! Was wir dafür tun können, werden wir im Rahmen des Verkehrsicherheitsplanes 2013 umsetzen.“ ■

Beginn einer neuen Ära

Der Zubau Nord des Krankenhauses Eisenstadt der Barmherzigen Brüder konnte eröffnet werden.



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Frater Paulus Kohler (Prior und Rechtsträgervertreter Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Wien), Thomas Steiner (Bürgermeister der Freistadt Eisenstadt), Franz Steindl (Landeshauptmann Stellvertreter), Manfred Koch (Superintendent), Ägidius Zsifkovics (Diözesanbischof), Frater Rudolf Knopp OH (1. Generalrat des Ordens der Barmherzigen Brüder), Hans Niessl (Landeshauptmann), Dir. Horst Jany (Gesamtleiter Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Eisenstadt), Peter Rezar (Gesundheitslandesrat) und Günter Kovacs (Vizebürgermeister Freistadt Eisenstadt)

Nach 22 Monaten Bauzeit wurde am 12. Dezember der Zubau Nord des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt gesegnet und eröffnet. Zahlreiche Vertreter aus der Politik – an der Spitze Landeshauptmann Hans Niessl –, dem Gesundheitswesen, dem Bauwesen, der Wirtschaft und weiteren Ordenseinrichtungen der Barmherzigen Brüder aus Österreich und dem umliegenden Ausland nahmen an den Feierlichkeiten teil. Aus Rom reiste Frater Rudolf Knopp OH, 1. Generalrat des Ordens der Barmherzigen Brüder, in Vertretung für Pater Generalprior Frater Jesús Etayo Arrondo OH an. Die Segnung wurde von Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics und Superintendent Manfred Koch durchgeführt. Im Anschluß an die Feier lud der Konvent der Barmherzigen Brüder Eisenstadt zu einer Agape und zu einem Tag der offenen Tür für die Eisenstädterinnen und Eisenstädter.

Niessl: Es war richtige Entscheidung

Seit mehr als 30 Jahren sei das Land Burgenland eng mit dem Orden der Barmherzigen Brüder verbunden, so Landeshauptmann Hans Niessl bei der Eröffnung. „Anfang der 1980er Jahre haben wir den ersten Kooperationsvertrag unterzeichnet und dieser ist auch noch heute – mit Anpassungen an die aktuellen Gegebenheiten – gültig. Wir haben damals einen neuen gemeinsamen Weg beschritten und ich bin dankbar dafür, denn die heutige Feier beweist: es war die richtige Entscheidung. Für die Patientinnen und Patienten, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für alle Burgenländerinnen und Burgenländer.“ Die flächendeckende medizinische Versorgung im Burgenland habe für die Landesregierung oberste Priorität, betont Niessl: „Das war in der Vergangenheit so und wird auch in Zukunft so sein, denn: Die Gesundheit ist unser wertvollstes Gut.“

Rezar: Meilenstein für den Ausbau der Gesundheitsversorgung

„Die heutige Feier ist ein Meilenstein für den Ausbau der Gesundheitsversorgung im Burgenland und ich freue mich, daß das Investment des Landes Burgenland maßgeblich dazu beigetragen hat. Mein Anliegen als Gesundheitslandesrat ist eine flächendeckende Versorgung und der Ausbau der medizinischen Leistungen in unserem Bundesland. Dabei ist es mir einerseits wichtig, daß jede Bürgerin und jeder Bürger binnen kürzester Zeit ein Spital erreichen kann. Andererseits geht es mir darum, die Angebote und Leistungen auf die heutigen und zukünftigen Bedürfnisse hin auszurichten“, betont Gesundheitslandesrat Peter Rezar. „Darunter verstehe ich Versorgungssicherheit zu schaffen und diese auszubauen – und zwar in allen medizinischen Bereichen. Besonders froh bin ich darüber, daß nun eine vergrößerte

te Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie zur Verfügung stehen wird, die Anfang 2014, nach 10 Jahren der Umsetzung, auch als Vollabteilung mit 60 Plätzen fertiggestellt sein wird. Ebenso wird die geplante Neurologie eine große Bereicherung darstellen. Durch die Zielplanung 2007 ist freilich weit mehr geschehen: Bestehende Leistungen werden ausgebaut, Spezialisierungen weiter vertieft und neue Abteilungen gegründet“, so Rezar.

Lob für die KrankenhausmitarbeiterInnen kommt von Horst Jany, dem Gesamtleiter des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder Eisenstadt: „Sie alle haben die zahlreichen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte nicht nur mitgetragen, sondern auch gelebt und vor allem dieses Krankenhaus mit Leben gefüllt. Dafür gebührt ihnen besonderer Dank.“

Die Ausgangssituation

Die Basis für die bisherigen Bautätigkeiten (Parkdeck, Trafostation und Energiezentrale mit Blockheizkraftwerk), den Zubau Nord sowie die kommende Sanierung des Krankenhausbestandes ist die 2008 seitens der Landesregierung bewilligte sogenannte „Zielplanung 2007“. Das Gesamtkostenvolumen für diese beläuft sich, inklusive notwendiger Grundstückskäufe, in Summe auf rd. 60 Mio. Euro. 40 Mio. investiert das Land Burgenland, 20 Mio. Euro werden vom Orden der Barmherzigen Brüder beigesteuert.

Der Mensch im Mittelpunkt

Im Rahmen der Grußbotschaften und Ansprachen während der offiziellen Feier wurde vor allem betont, daß der neue Trakt und die kommende Sanierung des Bestandes eine Zielsetzung haben: die medizinische Versorgung für die BurgenländerInnen auszubauen und zu sichern. Die Redner waren sich einig, daß die Gesundheit als wichtigstes Gut unbedingt zu schützen und zu sichern sei. Dafür müsse man, so der Tenor der Sprecher, Investitionen tätigen und sich nach vorne orientieren. Es reiche nicht, „heute beste Medizin und Pflege zu bieten, sondern man muß dies auch in Zukunft tun und darum sind wir heute hier. Weil wir gemeinsam in die Zukunft geblickt haben und gemeinsam die Vision eines modernen Krankenhauses Wirklichkeit haben werden lassen.“

Veränderungen zum Wohle der Menschen

Durch den Zubau Nord vergrößert sich das Krankenhaus Grundfläche von 37.500 m²



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Bei der Besichtigung eines OP-Saales (v.l.): GR Mag. Richard Mikats, Superintendent Manfred Koch, Labg. Vizebürgermeister Günter Kovacs, Pflegedirektorin Brigitte Polstermüller, MSc, Primarius Günther Frank, Landeshauptmann Hans Niessl, Sabine Zemlayk, Stationsleitung des Zentral OPs, und Frater Rudolf Knopp OH, 1. Generalrat des Ordens der Barmherzigen Brüder

um 12.500 m² auf rund 50.000 m² (entspricht in etwa einer Fläche von 7 Fußballfeldern). Auch die Zahl der Mitarbeiter ist gestiegen und beträgt aktuell rund 950 Personen.

Die nächsten Schritte

Als nächstes steht die Sanierung des Bestandes auf dem Programm. Mit der Fertigstellung ist Ende 2014 zu rechnen. Damit

einher geht auch die Installation einer neuen Abteilung – einer Neurologie mit insgesamt 47 Betten (inkl. 4 Stroke Unit-Betten für die Akutbehandlung von SchlaganfallpatientInnen). Weiters wird 2014 die Endausbaustufe der Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie erreicht sein – diese verfügt dann über 60 stationäre Betten.

<http://www.bbeisen.at>

Finanzlage der Stadt Mattersburg weiterhin stabil

Im Vorjahr standen die Mittel aus dem Verkauf der BEGAS-Anteile zur Verfügung, daher sind heuer im Ordentlichen Haushalt der Stadt Mattersburg mit 12,714 Mio. Euro um 11,3 Prozent weniger budgetiert. Für die 2013 geplanten Investitionen stehen insgesamt 850.000 Euro zur Verfügung. Die Schwerpunkte umfassen Fertigstellungsarbeiten im Straßenbauprogramm und notwendige Anschaffungen für die Schulen, Kindergärten, Bauhof und Verwaltung. Für ein Energiekonzept und ein Verkehrskonzept sind je 20.000 Euro budgetiert. Ebenfalls 20.000 Euro erhält der Verein „2gethere“ für den Betrieb des Jugendzentrums. 80.000 Euro stehen für die Sanierung des Eislaufplatzes zur Verfügung, für die Fotovoltaikförderung und Klimaschutzmaßnahmen 25.000 Euro. Der Radweg zur Arena ist mit 100.000 Euro budgetiert.

„Positiv ist die Tatsache, daß Mattersburg vorwiegend als Nahversorgungszentrum für

den Bedarf des täglichen Lebens verankert ist und die Wirtschaft daher den Konjunkturschwankungen nicht so sehr ausgeliefert ist. Diese gute Standortqualität schätzen auch die Menschen und gründen in Mattersburg ihren Wohnsitz. Erfreulich ist auch, daß es in Mattersburg innovative Unternehmen gibt, die selbst in Krisenzeiten expandieren“, erläutern Bürgermeisterin Ingrid Salamon und Finanzstadtrat Hubert Lang.

In den Vorjahren wurde ein großes Straßenbauprogramm durchgezogen, der Bau des Hochwasserschutzbeckens wurde abgeschlossen und der Neubau des Sonderpädagogischen Zentrums steht kurz vor der Fertigstellung.

„Der Budgetspielraum wird durch die aktuelle Diskussion über die Schuldenbremse und die Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung deutlich eingeschränkt werden“, so Finanzstadtrat Hubert Lang. ■

Urlaub mit Sonne drin

Im Rahmen der heurigen Tourismusenquete präsentierte der Burgenland Tourismus nicht nur seine neue Werbelinie, sondern gab auch einen Rückblick auf ein erfolgreiches Tourismusjahr 2012 sowie einen Ausblick auf die Herausforderungen für 2013 und die Zukunft im burgenländischen Tourismus.

Erstmals war die jährliche Tourismuskonferenz und -enquete im neuen Kultur- und Kongreßzentrum Eisenstadt zu Gast. Die beiden Präsidenten von Burgenland Tourismus, Landeshauptmann Hans Niessl und Tourismuslandesrätin Michaela Resetar, freuten sich über die große Beteiligung an der diesjährigen Tourismusenquete, der mehr als 250 TouristikerInnen und PartnerInnen aus allen Landesteilen beiwohnten.

Forcieren und Nutzen neuer Technologien

„Die neuen Medien sind tägliche Begleiter in unserem Leben. Das Internet und die sozialen Netzwerke wie Facebook, Twitter & Co. sind gar nicht mehr wegzudenken in unserem Alltag“, unterstrich Landesrätin Michaela Resetar, Präsidentin von Burgenland Tourismus. „Ein Faktum ist, daß heute die Information über ein Urlaubsziel zu mehr als 60 Prozent über das Internet erfolgt, bei Familienurlaube beträgt dieser Wert mehr als 70 Prozent“, so Resetar. Besonders positiv blickt man in die Zukunft mit dem vielfältigen Angebot der Angebotsnetzwerke von Burgenland Tourismus. Diese sind wichtige Instrumente mit thematischen und gezielten Angeboten, die in Zusammenarbeit mit starken strategischen Partnern erarbeitet werden, um schlußendlich konzentriert bei den Kunden auf den internationalen Märkten auftreten zu können.

Innovative Angebotskombinationen, gute Chancen für den Thermentourismus

„Der Thermen- und Wellnessurlaub stellt eine attraktive Alternative zum immer teurer werdenden Skiurlaub dar“, hält Landeshauptmann Hans Niessl fest. Großes Potential liege auch noch beim Thema Wein & Kulinarik: „Veranstaltungen wie der Pannonische Herbst oder zuletzt das Projekt ‚Gans Burgenland‘ zeigen, wie sehr die Gäste den hervorragenden burgenländischen Wein und die burgenländische Kulinarik schätzen.“ Hier habe es in den letzten Jahren die größten Zuwächse gegeben, sowohl bei den Tagesgästen als auch bei den Nächtigungen. „Diese Angebote erzeugen hohe Wertschöp-



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Burgenland Tourismus Direktor Mario Baier, Landesrätin Michaela Resetar und Landeshauptmann Hans Niessl

fung für das Land, so Landeshauptmann Niessl.

Neue Werbelinie

Burgenland Tourismus nahm die Tourismusenquete auch zum Anlaß, die neue Werbelinie: „Urlaub mit Sonne drin“ zu präsentieren. Das neue Key Visual – die Sonne – steht im Burgenland nicht nur für gutes Wetter und mildes Klima, sie steckt praktisch in allen Produkten, strahlt aus den Herzen der burgenländischen Gastgeber, scheint rund 2000 Stunden pro Jahr und ist einfach „Burgenland pur“.

„Die Sonne verkörpert wie nichts anderes sonst positive Werte und Gefühle, die untrennbar zu einem angenehmen Urlaub dazugehören“, so Alfred Koblinger, Geschäftsführer der zuständigen Werbeagentur PKP BBDO.

„Das neu entwickelte Sonnen-Siegel ist ein Gütesiegel, das kein anderes Land in Österreich mehr besetzen kann“, unterstreicht Mario Baier, Direktor des Burgenland Tourismus. „Mit dem Sonnen-Siegel heben wir

uns aus dem sonst für Tourismuswerbung so typischen Schönbild-Einheitsbrei unverkennbar und anziehend ab!“

Ein Highlight des Abends war der Auftritt des bekannten Kabarettisten und Ö3-Callboys Gernot Kulis. Der „crashte“ frontal mit seinem ersten Solo-Programm „Kulisionen“ in den Saal der Tourismus-Enquete. Er nahm das Publikum mit auf eine Reise durch sein hyperaktives Leben, in dem „Kulisionen“ mit Menschen, Tieren oder Notrufsäulen an der Tagesordnung sind und sorgte mit seinen Pointen für viele Lacher.

Anschließend überzeugten die SchülerInnen der Wirtschafts- und Tourismusschule Pannoneum Neusiedl am See alle anwesenden Gäste mit raffinierten Kreationen aus der heimischen Küche, abgerundet durch eine erlesene Weinauswahl. Die burgenländischen Touristiker diskutierten in bester Stimmung bis Mitternacht in angenehmer Atmosphäre über die Tourismuswirtschaft und feilten schon an Projekten für die nächsten Jahre...

<http://www.burgenland.info>

Neue Chance nutzen

LR Widmann zu Astat-Daten zu Südtirols Außenhandel

Das Landesinstitut für Statistik (Astat) teilt mit, daß im 3. Quartal 2012 Waren im Wert von 877,4 Millionen Euro aus Südtirol ausgeführt wurden. Dies entspricht einem Rückgang um 3,0 % gegenüber demselben Quartal 2011. Die Ausfuhren in die EU-Staaten gehen gegenüber dem dritten Quartal 2011 leicht zurück (-1,2 %). Zu verzeichnen ist ein Zuwachs von 8,8 % bei den Exporten nach Deutschland, das wichtigste Partnerland, während in bezug auf den zweitwichtigsten Handelspartner Österreich ein Minus von 6,0 % verbucht wird. Gegenüber dem dritten Quartal 2011 erfahren die drei wichtigsten Sektoren allesamt Zuwächse, insbesondere die Erzeugnisse der Landwirtschaft (+17,4 %).

Diese Daten spiegeln laut Wirtschaftslandesrat Widmann die aktuelle wirtschaftliche Unsicherheit wider, die auch außerhalb Europas herrscht. In krisenfesten Ländern sei sogar mehr exportiert worden, in stärker von der Krise betroffene dagegen weit weniger.

Deutschland ist eines jener Länder, die die Krise gut überstanden haben. „Das kann man auch aus unseren Exportzahlen ersehen,

nachdem wir gegenüber Deutschland ein Exportplus von 8,8 % aufweisen“, so Widmann. In Österreich sei dagegen ein Minus von 6 % zu verbuchen. Wenig rosig schau die Situation auch in anderen Ländern aus: „Griechenland, Spanien, Portugal, aber auch Frankreich sind arg in Mitleidenschaft gezogen worden“, erklärt der Landesrat. Die Krise mache sich allerdings nicht nur auf der Nachfrageseite bemerkbar: „Wir müssen eingestehen, daß auch manches heimische Unternehmen wegen der wirtschaftlichen Lage sparen muß.“

Auch das Risiko, in neue Märkte zu exportieren, nehme nicht jedes Unternehmen auf sich. „Aus diesem Grund haben wir verschiedene Maßnahmen gesetzt, die den Export stützen und dieses Risiko für unsere Unternehmen minimieren“, erklärt der Landesrat. Dazu gehörten die Förderungen von Messeauftritten, der Marktforschung, von Markterschließungs- und Produktinitiativen sowie besondere Produktinszenierungen. Die neuen Förderrichtlinien, die die Landesregierung auf Vorschlag Widmanns beschlossen hat, traten am 12. Dezember in Kraft. „Wir

setzen mit diesen Maßnahmen darauf, es heimischen Unternehmern zu erleichtern, auf neuen Märkten Fuß zu fassen, sich auf Messen zu präsentieren, Kontakte zu knüpfen und Aufträge zu sammeln“, so Widmann. Die Steigerung der Exportquote sei dabei kein Selbstzweck: „Sie ist für Südtirol vielmehr strategisch wichtig, weil ein starker Export für mehr Krisensicherheit sorgt und unsere Konkurrenzfähigkeit steigert“, erläutert der Wirtschaftslandesrat.

Mit den Fördermaßnahmen versucht man demnach auch, eine reduzierte Nachfrage auf anderen Märkten zu kompensieren. „Dazu beitragen soll auch der Exportfonds, den wir über das Finanzgesetz schaffen: Er dient in erster Linie zur Deckung der Risiken des Exports in Länder, die außerhalb der OECD liegen, zugleich aber ein hohes Marktpotential aufweisen“, erklärt Widmann. Habe sich beispielsweise bisher ein kleines Südtiroler Unternehmen gescheut, wegen des Risikos Aufträge in aufstrebenden Märkten – etwa Rußland oder China – anzunehmen, könne der Fonds dieses Risiko minimieren und den Export möglich machen.

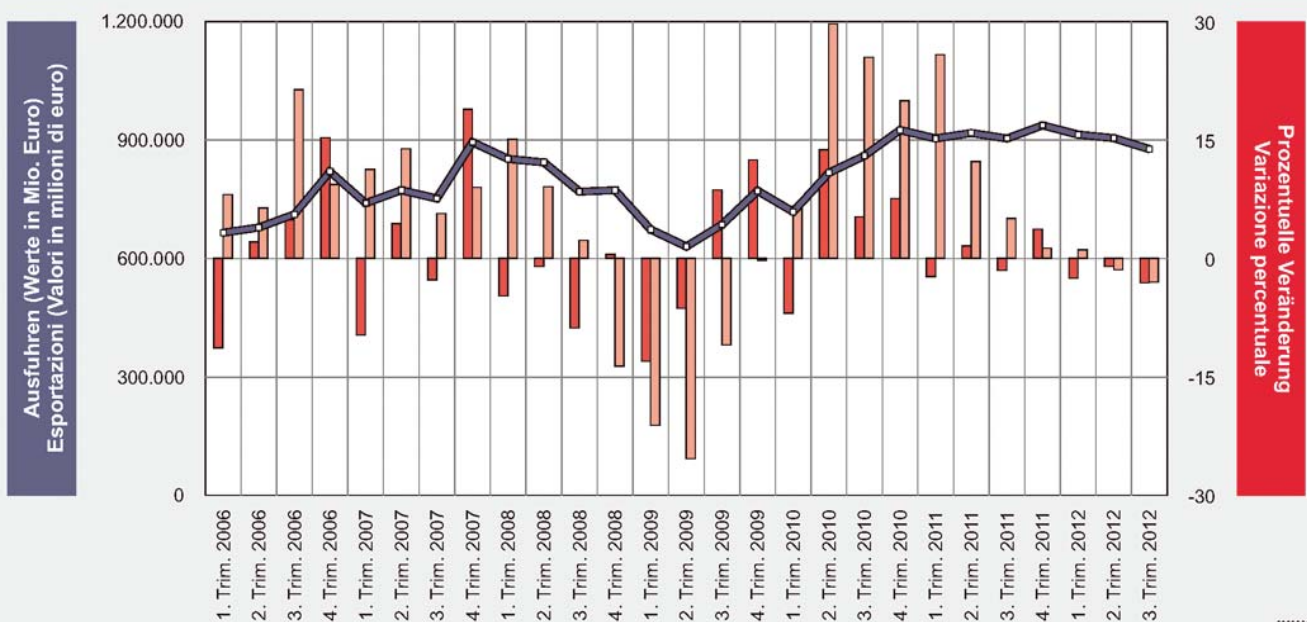
Ausfuhren nach Quartal - 2006-2012

Werte in Millionen Euro und konjunkturelle und tendenzielle Veränderungen in Prozenten

Esportazioni per trimestre - 2006-2012

Valori in milioni di euro e variazioni percentuali congiunturali e tendenziali

- Konjunkturelle Veränderung
Variazione congiunturale
- Tendenzuelle Veränderung
Variazione tendenziale



Ein einzigartiges Werkzeug

Verkehr: Neues Portal zum transeuropäischen Verkehrsnetz mit dynamischen Landkarten

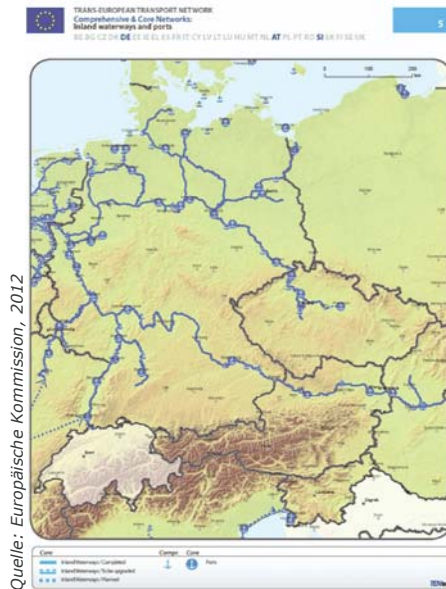
Die Europäische Kommission startete am 28. November ein öffentliches Portal, das BürgerInnen und Unternehmen aktuelle Informationen – satellitengestützte dynamische Landkarten, Fakten, Zahlen und verschiedene audiovisuelle und interaktive Elemente – zu den Fortschritten beim Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) bietet. Das Portal ermöglicht es den NutzerInnen, die Entwicklung des TEN-V-Netzes in einer bestimmten Region sozusagen „live“ mitzuerleben.

Vizepräsident Siim Kallas, das für Verkehr zuständige EU-Kommissionsmitglied, begrüßt die Eröffnung des neuen Portals: „Bei den transeuropäischen Verkehrsnetzen handelt es sich um entscheidende Infrastrukturverbindungen, die einen reibungslosen Warenfluß ebenso wie einen reibungslosen Personenverkehr in Europa ermöglichen. Mit Hilfe des neuen Werkzeugs kann sich jeder selbst ein Bild davon machen, inwieweit diese aus dem EU-Haushalt bezuschußten Projekte für ihn von Nutzen sein können.“

Ein einzigartiges Werkzeug

Das TENtec-Informationssystem unterstützt eine faktenbasierte Politikentwicklung mit Blick auf die Kommissionsvorschläge zu den TEN-V-Leitlinien und zur Fazilität „Connecting Europe“. Beide Vorschläge zielen auf die Verbesserung der europäischen Verkehrsinfrastruktur für den freien Personen- und Warenverkehr und auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU ab. Durch die TEN-V-Leitlinien wird das TEN-V-Netz in seinen bereits existierenden und seinen bis 2030 bzw. 2050 geplanten Teilen definiert. Im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ werden die Finanzierungsinstrumente und die Höhe der im Finanzierungszeitraum 2014-2020 von der Kommission bereitzustellenden Haushaltsmittel für die Implementierung des Netzes festgelegt. Das öffentliche Portal bietet direkten Zugang zu weiteren einschlägigen Informationen.

Es nutzt aktuelle geografische, technische und finanzielle Daten als Grundlage für zusammenfassende Darstellungen, die BürgerInnen und Unternehmen über die wichtigsten das TEN-V-Netz betreffenden Entwicklungen informieren sollen.



Quelle: Europäische Kommission, 2012

Diese Karte aus dem TEN-V-Netz beispielsweise zeigt Informationen zum aktuellen »Zustand« von Wasserwegen und Häfen nach den Kriterien fertiggestellt, zu modernisieren bzw. in Planung.

Sensibilisierung für Nutzen und Ziele des Netzes

Das Portal ist ein nützliches Werkzeug, das der Öffentlichkeit einen aktuelleren und umfassenderen Überblick über das TEN-V-Netz vermittelt. Auf diese Weise sollen die BürgerInnen für Nutzen und Ziele des Netzes sensibilisiert werden, nämlich für einen unweltschonenden, sicheren und effizienten Verkehr in ganz Europa. Das „Einzoomen“ auf einen bestimmten TEN-V-Abschnitt in einer bestimmten Region oder gar auf einen bestimmten Nahbereich ist beispielsweise eine Funktion, die von zahlreichen Akteuren gewünscht wurde und nun verfügbar und für jedermann zugänglich ist, und zwar nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der EU.

Darüber hinaus ermöglicht TENtec der Kommission eine automatische Zusammenstellung von Informationen und eine zeitnahe Berichterstattung.

Funktionsweise

Das TENtec-Informationssystem ist ein nutzerorientiertes Werkzeug. Zu seinen wichtigsten Funktionen zählen:

- Speicherung und Verwaltung technischer und finanzieller Daten für Analysen, Management und politische Entscheidungsfindung bezüglich des TEN-V-Programms;
- Verbindung zu den Ministerien der Mitgliedsstaaten und anderen zentralen Akteuren (der Europäischen Investitionsbank sowie einigen europäischen Nachbarländern);
- Unterstützung bei der Modellierung künftiger Politik- und Haushaltsszenarien, bei der Gestaltung der GIS-Schnittstelle, bei der Überwachung der elektronischen Antragsverfahren und der Durchführung von Online-Umfragen sowie der diesbezüglichen Berichterstattung (GIS ist das im Rahmen von TENtec für die Programmierung und Anzeige der Karten verwendete Geografische Informationssystem);
- Verwaltung der Arbeitsabläufe im Zusammenhang mit der Beschlußfassung durch die Kommission, des gesamten Verfahrens zur Auswahl neuer Vorhaben, einschließlich Vorlage und Entgegennahme von Vorschlägen, sowie der erforderlichen Internet-Schnittstellen (privates und öffentliches Portal sowie allgemeine Webdienste für die Anbindung an externe Datenquellen).

Die ursprünglich zur Unterstützung des TEN-V-Netzes gesammelten und bereitgestellten Daten werden jetzt auch für andere Bereiche der Verkehrspolitik und andere Verkehrsprojekte genutzt, etwa im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, von Eurostat oder in der Umwelt- und der Regionalpolitik. Diese Mehrfachnutzung von Daten, Karten und Werkzeugen bewirkt eine Verbesserung der Politikentwicklung über das TEN-V-Netz hinaus sowie eine Reduzierung der Gesamtkosten. Zum einen ermöglicht eine Politikentwicklung auf der Grundlage aktueller und zuverlässigerer Daten eine bessere Planung und Realisierung des Verkehrsnetzes, zum anderen verringern sich durch die Mehrfachnutzung von Daten die Datenerhebungskosten, da diese ja nur einmal anfallen. Die Bereitstellung des öffentlichen Portals ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. ■

<http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/tentec/tentec-portal>

Österreich behauptet sich in schwachem Umfeld

Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2012 bis 2014

Bedingt durch die teils markante Konjunkturabschwächung in einer Reihe wichtiger Exportmärkte revidiert die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) die Wachstumsaussichten für die österreichische Wirtschaft spürbar nach unten. Österreich behauptet sich im europäischen Umfeld aber noch relativ gut. Für 2012 wird ein Wachstum des realen BIP von nur mehr 0,4 % erwartet. Gegenüber der Prognose vom Juni 2012 bedeutet dies eine Abwärtsrevision um einen halben Prozentpunkt. Für 2013 fällt die Revision noch deutlicher aus: statt 1,7 % werden nur noch 0,5 % Wachstum erwartet. Mit einer Beschleunigung des Wachstums wird erst im Jahr 2014 gerechnet (+1,7 %).

Die seit Mitte des Jahres 2012 wieder gestiegene Inflation wird über den Prognosehorizont spürbar zurückgehen. Nach einem Anstieg des HVPI um 2,5 % (2012) wird sich die Inflation in den Jahren 2013 und 2014 im Bereich des von der EZB angestrebten Preisstabilitätsziels von knapp unter 2 % bewegen (2013: 1,7 %; 2014: 1,6 %). Der Budgetsaldo wird 2012 bei -3,0 % liegen. In den beiden Folgejahren kommt es trotz der schwachen Konjunktur aufgrund der von der Regierung zu Beginn des Jahres 2012 gesetzten Konsolidierungsmaßnahmen und vergleichsweise geringerer Transfers an (teil-)verstaatlichte Banken zu einer deutlichen Verbesserung auf -2,1 % bzw. -1,8 % des BIP. In einem Großteil der Welt hat die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise eingetretene Erholung im Jahr 2011 spürbar an Schwung verloren. Gleichzeitig strahlt die Krise im Euroraum auf andere Regionen aus und dämpft deren Wachstumsperspektiven. Besonders stark davon betroffen sind die benachbarten Länder in Zentral- und Osteuropa.

Der Euroraum steckt derzeit in der Rezession. Seit dem vierten Quartal 2011 geht die gesamtwirtschaftliche Produktion aufgrund einer rückläufigen Inlandsnachfrage zurück. Von den von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Ländern scheint einzig Irland die Trendwende geschafft zu haben, die anderen Länder verzeichnen teilweise dramatische Produktionsrückgänge. Die zukünftigen Perspektiven hängen vom

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2012 für Österreich*

	2011	2012	2013	2014
Wirtschaftliche Aktivität				
	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>			
Bruttoinlandsprodukt	+2,7	+0,4	+0,5	+1,7
Privater Konsum	+0,9	+0,3	+0,5	+1,1
Öffentlicher Konsum	+0,5	+0,8	+0,9	+1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+6,3	+1,0	+0,8	+2,5
Exporte insgesamt	+7,1	+1,8	+2,7	+5,6
Importe insgesamt	+7,0	+1,7	+3,0	+5,4
	<i>in % des nominellen BIP</i>			
Leistungsbilanzsaldo	+0,6	+1,7	+1,5	+1,9
Preise				
	<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>			
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+3,6	+2,5	+1,7	+1,6
Einkommen und Sparen				
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>			
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-0,8	+0,4	+0,3	+1,4
Sparquote	7,4	7,4	7,3	7,6
Arbeitsmarkt				
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
Unselbstständig Beschäftigte	+2,0	+1,2	+0,4	+0,7
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,2	4,4	4,7	4,7
Budget				
	<i>in % des nominellen BIP</i>			
Budgetsaldo (Maastricht)	-2,5	-3,0	-2,1	-1,8
Staatsverschuldung	72,4	74,6	75,7	75,4

* Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt. Die historischen Werte für das Jahr 2012 weichen daher von den von Statistik Austria publizierten nicht bereinigten Daten ab.

Quelle: 2011: Eurostat, Statistik Austria; 2012 bis 2014: OeNB-Prognose vom Dezember 2012

weiteren Krisenmanagement auf europäischer Ebene sowie von der Umsetzung der erforderlichen Strukturreformen und Konsolidierungsmaßnahmen ab. Von den großen Volkswirtschaften weist lediglich Deutschland über den gesamten Prognosezeitraum positive Wachstumsperspektiven auf, während die anderen großen Länder im Jahr 2013 mit einer rückläufigen Wirtschaftsleistung rechnen müssen.

Schwache Konjunktorentwicklung

Österreich konnte den während der Finanz- und Wirtschaftskrise erlittenen BIP-Rückgang in den darauffolgenden zwei Jahren dank hoher Exportnachfrage wieder wettmachen. Doch seit Jahresmitte 2011 kam das Wachstum der österreichischen Wirtschaft nahezu zum Erliegen. Die schwächere

Exportdynamik konnte nicht in ausreichendem Maß durch inländische Nachfragekomponenten kompensiert werden. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wurde trotz günstiger Innen- und Fremdfinanzierungsbedingungen durch schwache Absatzwartungen gedämpft. Die schwache Investitionskonjunktur wird sich bis in die erste Jahreshälfte 2013 fortsetzen. Erst im Jahr 2014 schlagen die verbesserten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Investitionstätigkeit durch. Gestützt wird die Investitionstätigkeit von den Wohnbauinvestitionen, die durch niedrige Zinsen und steigende Wohnungspreise Impulse erhalten.

Angesichts der im internationalen Vergleich günstigen Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt überrascht die aktuelle Konsumschwäche. Zwar war im Jahr 2012

Wirtschaft

ein relativ kräftiges Beschäftigungswachstum zu verzeichnen, die schwache Reallohnentwicklung dämpfte jedoch das Wachstum der Haushaltseinkommen, das sich 2013 fortsetzt. Der private Konsum wird daher in den Jahren 2012 und 2013 nur um jeweils rund ein halbes Prozent wachsen. Im Jahr 2014 wird der etwas stärkere Anstieg der Haushaltseinkommen teilweise zu einer Anhebung der Sparquote verwendet.

Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die seit Jahresmitte 2011 nachlassende konjunkturelle Dynamik zeigt zusehends ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Für das Gesamtjahr 2012 ergibt sich aufgrund der Dynamik zu Jahresbeginn ein noch kräftiges Beschäftigungswachstum von 1,1 % (+45.000 Personen). Im Jahr 2013

wird der Beschäftigungsaufbau aber deutlich schwächer ausfallen (+16.000 Personen). Die vollständige Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus acht neuen EU-Mitgliedsstaaten im Mai 2011 sorgt für ein kräftiges Wachstum des Arbeitskräfteangebots. Die Arbeitslosenquote wird sowohl im Jahr 2012 (von 4,2 % auf 4,4 %) sowie auch im Jahr 2013 (auf 4,7 %) ansteigen. Für das Jahr 2014 wird eine unveränderte Arbeitslosenquote erwartet.

Sinkende Rohstoffpreise führen zu Rückgang der HVPI-Inflation auf unter 2 %

Die Inflation wird im Jahr 2012 2,5 % betragen. Über den Prognosehorizont führt die schwache internationale Konjunktur zu sinkenden Rohstoffpreisen. In Kombination mit einer günstigen Entwicklung der Lohn-

stückkosten ergibt sich produktionsseitig kein nennenswerter Preisdruck, weshalb die Inflation im Jahr 2013 auf 1,7 % sinken wird. Für 2014 wird ein weiterer leichter Rückgang auf 1,6 % erwartet.

Budgetsaldo verbessert sich über den Prognosehorizont deutlich

2012 wird sich der Budgetsaldo auf -3,0 % des BIP verschlechtern; Grund dafür ist insbesondere ein starker Anstieg der Transfers an (teil-)verstaatlichte Banken. Ein Rückgang dieser Transfers und umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen werden 2013 trotz schwacher Konjunktur zu einer starken Verbesserung des Budgetsaldos auf -2,1 % des BIP führen. Für 2014 wird eine weitere leichte Verbesserung auf -1,8 % des BIP erwartet. ■

Konjunkturbelebung in Sicht

Die außenwirtschaftlichen Abwärtsrisiken dominieren geringfügig gegenüber den inländischen Aufwärtsrisiken. Die österreichische Volkswirtschaft sollte unter diesen Rahmenbedingungen 2013 real um 1,0% und 2014 um 1,8% wachsen, wie die aktuelle Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts zeigt.

Die Perspektiven für die österreichische Volkswirtschaft haben sich gegenüber der September-Prognose des WIFO etwas verbessert. Dies geht vor allem auf die leichte, aber breit angelegte Aufhellung der Vorlaufindikatoren zurück, welche auf einen Konjunkturwendepunkt zum Jahreswechsel hindeuten. Das Risikoumfeld ist jedoch weiterhin differenziert und entspricht weitgehend der Einschätzung vom Herbst: Die außenwirtschaftlichen Abwärtsrisiken dominieren geringfügig gegenüber den inländischen Aufwärtsrisiken. Die österreichische Volkswirtschaft sollte unter diesen Rahmenbedingungen 2013 real um 1,0 % und 2014 um 1,8% wachsen.

Die österreichische Volkswirtschaft dürfte im 2. Halbjahr 2012 stagniert haben, womit ein stärkerer Rückgang vermieden werden konnte. Bedingt durch die umfangreichen öffentlichen Sparprogramme im Euro-Raum und eine anhaltend schwierige Wirtschaftslage in den Nachbarländern bleibt das Wachstum über den gesamten Prognosezeitraum verhalten. Die Vorlaufindikatoren deuten bereits auf ein Ende der Abwärtsbewegung hin. Zwar sind die Signale bisher relativ gering, sie sind aber in einer Vielzahl von Determinanten zu erkennen. Somit gibt es

die begründete Aussicht, daß die Schwächephase nicht allzu lange anhalten wird und die heimische Volkswirtschaft bald wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt. Die Situation ist derzeit geprägt von der zum Teil tiefgreifenden Anpassungsrezession in einigen Euro-Ländern und von der Verlangsamung der weltweiten Dynamik. Zwar sind die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen langen und breit angelegten Aufschwung weiterhin intakt, für eine offene Volkswirtschaft wie die österreichische sind aber Nachfrageimpulse aus den Handelspartnerländern von großer Bedeutung.

Nach einer Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,6 % im Jahr 2012 dürfte sich die Expansion in Österreich 2013 auf 1,0 % und 2014 auf 1,8 % beschleunigen. Diese Prognose setzt voraus, daß sich die Staatsschuldenkrise nicht signifikant verschärft, und unterstellt eine allmähliche Verringerung der Verunsicherung von Investoren und Konsumenten.

Das österreichische BIP wird unter diesen Annahmen, gestützt durch eine weiterhin expansive Geldpolitik und das anziehende Wachstum der Weltwirtschaft, bereits im Laufe des Jahres 2013 auf einen mäßigen Wachstumspfad zurückkehren. Das Wach-

tum der österreichischen Wirtschaft würde dann über den Prognosehorizont (2013 und 2014) im Durchschnitt dem Potentialwachstum entsprechen. Unter der Annahme eines leichten Rückganges der Rohölnotierungen sollte der Preisdruck in Österreich verhalten aufwärtsgerichtet bleiben. Nach einer Teuerungsrate von 2,4 % im Jahr 2012 dürfte der VPI 2013 um 2,1 % und 2014 um 2,0 % steigen. Neben einer mäßigen, jedoch soliden Zunahme des privaten Konsums wird über den Prognosehorizont vor allem die Investitionsaktivität wieder deutlich zunehmen. Beschäftigung und Arbeitskräfteangebot werden ausgeweitet, die Arbeitslosigkeit wird über den Prognosehorizont hoch bleiben.

Die vorliegende Prognose ist nach wie vor von einem hohen Maß an Unsicherheit geprägt. Wenn sich die Wirtschaft im Euro-Raum rascher erholt und sich die Weltkonjunktur stärker beschleunigt als hier unterstellt, könnte die österreichische Wirtschaft dank ihrer guten Grundkonstitution kräftiger expandieren. Dem stehen zahlreiche Abwärtsrisiken gegenüber, etwa eine langsamere Belebung der Weltwirtschaft oder eine neuerliche Verschärfung der Schuldenkrise in einigen Ländern. ■

<http://www.wifo.ac.at>

Unsicherheit bremst Konjunktur

Prognose des Instituts für Höhere Studien (IHS) gibt einen Ausblick auf die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft 2012-2014.

Die Weltwirtschaft expandiert weiterhin nur sehr verhalten, wobei regionale Unterschiede bestehen. Während die konjunkturelle Dynamik in den USA, China und dem Vereinigten Königreich an Tempo gewann, ging die Wirtschaftsleistung in Japan zurück. Der Euroraum verharrt in einer hartnäckigen Rezession. In den USA hat die Wirtschaft im dritten Quartal um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt, nach 0,3 % im zweiten Quartal. Die Wirtschaft im Euroraum verzeichnet seit dem dritten Quartal 2011 kein Wachstum mehr. Im zweiten und dritten Quartal dieses Jahres schrumpfte die Wirtschaftsleistung um 0,2 % bzw. 0,1 %. Die südeuropäischen Länder machen eine harte Anpassungsrezession durch, die auch das Wachstum in Mittel- und Osteuropa dämpft. Zunehmend verliert auch das Wirtschaftswachstum in Deutschland an Fahrt. Es gibt aber auch positive Nachrichten. Die Maßnahmen der europäischen Wirtschaftspolitik wirken stabilisierend (ESM-Programme, Ankündigung der EZB von möglichen konditionalen Interventionen auf den Märkten für Staatsanleihen, kommende Bankenaufsicht durch die EZB). Die Anspannungen auf den Finanzmärkten haben abgenommen. Die Aktienkurse entwickeln sich positiv. Die Strukturreformen in den Peripherie-Staaten des Euroraums scheinen deren Wettbewerbsfähigkeit gesteigert zu haben. Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren deuten zwar auf eine gewisse Bodenbildung hin, Anzeichen für eine spürbare Wirtschaftsbelebung fehlen jedoch noch. Die Erwartungen der Unternehmen und Haushalte sind von hoher Unsicherheit geprägt. Die Einschätzung der kurzfristigen internationalen Konjunkturaussichten hat sich im Vergleich zur September-Prognose damit verschlechtert. Eine spürbare Belebung im Euroraum ist frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2013 zu erwarten.

Das schwache internationale Umfeld bremst die Wirtschaftsentwicklung in Österreich. Seit dem zweiten Quartal 2012 stagniert das österreichische BIP nahezu (jeweils 0,1 % Wachstum gegenüber dem Vorquartal). Für das vierte Quartal unterstellt das Institut einen leichten BIP-Rückgang gegenüber dem Vorquartal, sodaß für den Jahres-

Wichtige Prognoseergebnisse	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
	2012	2013	2014
Bruttoinlandsprodukt, real	0,7	0,8	1,8
Privater Konsum, real	0,6	0,7	1,1
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-1,2	-0,6	3,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,6	0,1	2,4
Ausrüstungsinvestitionen, real	-1,0	-2,0	3,0
Bauinvestitionen, real	2,0	1,8	1,9
Inlandsnachfrage, real	0,2	0,3	1,5
Exporte i.w.S., real	1,4	2,2	5,9
Waren, real (laut VGR)	0,5	2,0	6,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2,5	1,0	1,5
Importe i.w.S., real	0,6	1,6	6,0
Waren, real (laut VGR)	-0,6	1,3	6,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3,5	0,0	1,5
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,4	0,3	0,7
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*)	7,0	7,4	7,4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*)	4,3	4,6	4,6
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,8	2,2	2,4
Preisindex des BIP	2,3	1,6	1,8
Verbraucherpreisindex	2,5	1,8	1,9
3-Monats-Euribor*)	0,6	0,3	0,5
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen*)	2,3	2,0	2,5

Quelle: Statistik Austria, IHS-Berechnungen.
*) absolute Werte

durchschnitt nunmehr eine Wachstumsrate von 0,7 % erwartet wird. Die Anpassungsrezession im Euroraum ist langwieriger als erwartet, sodaß die Wachstumsprognose für die österreichische Wirtschaft im Jahr 2013 um rund ½ Prozentpunkt auf 0,8 % zurückgenommen werden muß. Aufgrund der verbesserten internationalen Rahmenbedingungen geht das Institut von einer Wachstumsrate von 1,8 % im Jahr 2014 aus.

Dieser Prognose liegt das folgende internationale Konjunkturmodell zugrunde. Im Euroraum bildet sich die Vertrauenskrise nur sehr langsam zurück und die strukturellen Anpassungen dauern länger. Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,5 % im ablaufenden Jahr erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2013 eine Stagnation (0,1 %). 2014 sollte das Wachstum auf 1,4 % anziehen. Mit Wachstumsraten von 2 % bzw. 2,5 % in den Jahren 2013 und 2014 bleibt die Wirtschaft der USA auf einem soliden Wachstumskurs. In den Industriestaaten

insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt um 1,4 % bzw. 2,2 % zulegen.

Das größte Risiko der Prognose geht weiterhin von der Vertrauens- und Staatsschuldenkrise im Euroraum aus. Notwendig zur Überwindung der Krise sind die weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Stabilisierung der Banken und der Kreditversorgung in den Peripherie-Staaten sowie Maßnahmen zur Sicherstellung der nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte im gesamten Euroraum. Spekulationen über das Abgehen vom Konsolidierungskurs könnten die Finanzmärkte verunsichern und steigende Risikoaufschläge für Staatsanleihen bedingen. Dies würde zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für Konsumenten und Unternehmen führen. Es gibt auch Anzeichen, daß sich die Wirtschaftsleistung in Deutschland merklich ungünstiger als erwartet entwickelt. Weiterhin bestehen Unsicherheiten über den Kurs der Finanzpolitik in den USA. Eine deutlich restriktivere

Wirtschaft

Finanzpolitik („Fiskalklippe“), aber auch das Ausbleiben eines glaubhaften Plans zur mittelfristigen Budgetsanierung würde die internationale Konjunktur spürbar belasten.

Mit einer Wachstumsrate von 0,6 % hat sich der reale private Konsum in Österreich im ablaufenden Jahr verhalten entwickelt. Im nächsten Jahr ist von einem ähnlichen Wachstum (0,7 %) auszugehen. Dabei stärkt die Reallohnentwicklung die Haushaltseinkommen, diese wird aber durch geringere Beschäftigungszuwächse etwas gebremst. 2014 könnte der private Konsum aufgrund der verbesserten Einkommensperspektiven um 1,1 % zulegen. Diese Prognose impliziert eine annähernd konstante Sparquote, die weiterhin deutlich hinter den Werten vor der Krise zurückbleibt.

Die schwache internationale Konjunktur, die Unsicherheiten über die Absatzentwicklung sowie die geringe Kapazitätsauslastung dämpfen das Investitionsklima. Im ablaufenden Jahr steigen die Anlageinvestitionen nur um 0,6 %. Während die Bauinvestitionen aufgrund der guten Entwicklung im Wohnbau um 2 % zulegen, gehen die Ausrüstungsinvestitionen um 1 % zurück. Für 2013 wird ein ähnliches Bild erwartet. Die Ausrüstungsinvestitionen fallen um 2 %, während die Bauinvestitionen um 1,8 % zulegen. Mit der Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen sollte sich die Investitionstätigkeit im Jahr 2014 wieder beleben und die Anlageinvestitionen um 2,4 % steigen. Das Institut geht in den Jahren 2012 und 2013 von rückläufigen Lagerbestandsveränderungen aus, sodaß die Bruttoinvestitionen um 1,2 % bzw. 0,6 % schrumpfen.

Die Exportwirtschaft leidet unter der geringen Dynamik der österreichischen Exportmärkte. Besonders schwach fällt die Handelsdynamik im Euroraum aus. Die realen Warenexporte stagnieren im ablaufenden Jahr nahezu (0,5 %), die Gesamtexporte legen nur um 1,4 % zu. Im Jahresverlauf 2013 sollte der Welthandel wieder an Fahrt gewinnen, allerdings mit einem geringen Expansionstempo. Das Wachstum der Warenexporte (2 %) bzw. der Gesamtexporte (2,2 %) bleibt daher schwach. Erst 2014 sollte sich die internationale Konjunktur soweit gefestigt haben, daß die österreichischen Exporte um 6 % ansteigen können. Die geringe Exportdynamik und die schwache Binnennachfrage führen zu einer deutlichen Verlangsamung des Importwachstums. Im ablaufenden Jahr sind die Warenimporte um 0,6 % geschrumpft, die gesamten Importe laut VGR haben um 0,6 % zugelegt. Auch im nächsten

Jahr bleibt die Importtätigkeit mit Wachstumsraten von 1,3 % (Waren) bzw. 1,6 % (Importe laut VGR) äußerst verhalten. Erst 2014 ziehen die Importe wieder spürbar an. Die Außenwirtschaft liefert trotz der Exportschwäche im gesamten Prognosezeitraum einen positiven Wachstumsbeitrag.

Seit September hat sich der Preisauftrieb wieder beschleunigt, sodaß die Inflationsrate laut VPI im Jahresdurchschnitt 2,5 % beträgt. Die hohen Energie- und Nahrungsmittelrohstoffpreise sowie die Entwicklung der Lohnstückkosten haben zu diesem Anstieg beigetragen. Das Institut geht aber davon aus, daß der Preisauftrieb im weiteren Prognosezeitraum nachläßt. Die internationale Konjunkturlage sollte die Energie- und Rohstoffpreisentwicklung dämpfen. Auch die heimischen Lohnstückkosten steigen langsamer. Folglich erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2013 eine Inflationsrate von 1,8 %. 2014 sollte die Inflation ebenfalls knapp unter der 2-Prozent-Marke verbleiben.

Die schwache Wirtschaftsentwicklung drückt auf den heimischen Arbeitsmarkt. Im ablaufenden Jahr ist die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition trotz eines deutlichen Beschäftigungsanstiegs auf 7 % geklettert. Im nächsten Jahr wird das Beschäftigungswachstum spürbar geringer ausfallen und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen wird weiter steigen. Mit dem Anziehen der Konjunktur sollte sich die Arbeitsmarktlage im Jahr 2014 stabilisieren. Somit ist für die Jahresdurchschnitte 2013 und 2014 jeweils eine Arbeitslosenquote von 7,4 % zu erwarten. Ausgehend von 4,3 % im ablaufenden Jahr wird die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition 2013 auf 4,6 % ansteigen und 2014 auf diesem Niveau bleiben.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum durch die schwache Konjunktur und das Konsolidierungspaket der Bundesregierung bestimmt. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum Defizitquoten von 3,1 % (2012), 2,6 % (2013) und 1,5 % (2014). Die Budgetprognose ist mit Risiken behaftet. Diese liegen in den Auswirkungen der Konjunkturkrise auf die öffentlichen Haushalte und den Unsicherheiten über die budgetären Effekte des Bankenpakets. Trotz der schwachen Konjunktur verbessert sich die Budgetsituation im Verlauf des Prognosezeitraums. Hierbei ist zu beachten, daß die Steuereinnahmen im Bereich Lohn- und Einkommensteuer aufgrund der guten nominellen Einkommensentwicklung kräftig bleiben und der schwache reale Export wegen der Umsatzsteuerbefreiung der Ausfuhren die öffentlichen Haushalte nur vergleichsweise gering belastet. Das Institut geht davon aus, daß die Bundesregierung trotz der schwachen Konjunktur weiterhin auf Konsolidierungskurs bleibt und lediglich die automatischen Stabilisatoren wirken läßt. Aus mittelfristiger Sicht ist die Umsetzung weiterer Strukturreformen (etwa in den Bereichen Verwaltung, Finanzausgleich, Gesundheit und Pensionen) zur Absenkung der Staatsschuldenquote notwendig. Nur ein strukturell ausgeglichener Haushalt im Verein mit einer geringen Staatsschuld ermöglicht eine adäquate fiskalpolitische Reaktion bei Konjunkturerbrüchen und die Bereitstellung von Mitteln zur Sicherung der Standortqualität und internationalen Konkurrenzfähigkeit (Hebung des Bildungsniveaus der Arbeitskräfte, Steigerung der F&E-Quote, Reduktion der Steuerquote). ■

<http://www.ihs.ac.at>

Wiener Börse im Aufwind

Die Wiener Börse kann nach zwei schwierigen Jahren eine positive Bilanz für das Jahr 2012 ziehen: Der ATX, der Leitindex der Wiener Börse, ist seit Jahresbeginn um 28,32 Prozent gestiegen und hat damit bis auf den deutschen DAX alle wichtigen europäischen Börsen outperformt.

Es gab heuer auch ein enormes Interesse von Unternehmen sich mittels Unternehmensanleihen über die Wiener Börse zu finanzieren. Insgesamt wurden in diesem Jahr 27 sogenannte Corporate Bonds im Wert von 4,4 Mrd. Euro gelistet bzw. einbezogen. Börsengänge (IPOs, Initial Public Offerings) sind im kommenden Jahr dennoch nicht selbstverständlich.

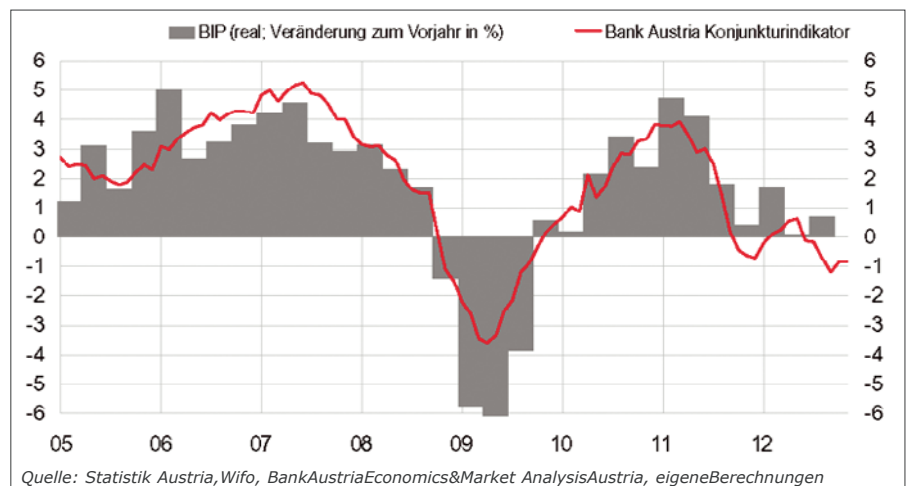
Die internationalen Investoren zeigten wieder verstärktes Interesse an österreichischen Unternehmen. Die Wiener Börse hat 2012 gemeinsam mit österreichischen und ausländischen Banken für gelistete Unternehmen Roadshows in New York, Zürich, London, Mailand und Paris organisiert. „Besonders bei unseren beiden jüngsten Roadshows in Zürich und New York nahmen zahlreiche Investoren teil. Österreich profitiert wieder von der engen Verknüpfung mit Zentral- und Osteuropa (CEE), weil diese Märkte auch in Zukunft die Wachstumszone Europas bilden werden“, ist Michael Buhl, Vorstandsmitglied der Wiener Börse und der CEE Stock Exchange Group, überzeugt. ■

Konjunkturstabilisierung in Sicht 2013 bringt mehr Wachstum

Seit wenigen Wochen zeichnet sich die Stabilisierung der Geschäftsentwicklung in der Industrie ab, nun sind erste positive Auswirkungen auch auf die Gesamtwirtschaft zu spüren. „Der Konjunkturindikator der Bank Austria hat sich im November nach dem leichten Anstieg im Vormonat abermals verbessert. Mit minus 0,8 Punkten liegt der Indikator zwar weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt, die jüngste Entwicklung untermauert jedoch unsere Ansicht, daß der Tiefpunkt des aktuellen Konjunkturzyklus bereits überwunden ist“, so Bank Austria-Chefökonom Stefan Bruckbauer. Durch die jüngsten Daten hat sich zudem die Aussicht auf eine Aufhellung der Konjunktur in den kommenden Monaten spürbar verbessert.

Die vorsichtig optimistische Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria stützt sich auch auf die beginnende Verbesserung der Stimmung in der europäischen Industrie. Der mit dem österreichischen Außenhandel gewichtete Indikator ist im November leicht gestiegen. Dies sollte in weiterer Folge positive Auswirkungen auf die noch als sehr zurückhaltend eingestuften Geschäftsaussichten in der heimischen Industrie haben und bald in den realen Zahlen Niederschlag finden. Der Bank Austria EinkaufsManager Index hat mit seinem starken Anstieg im November bereits einen Hinweis auf die zu erwartende Entwicklung gegeben. Obwohl die Arbeitsmarktlage weiter anspannt ist, hat sich das Vertrauen der heimischen Verbraucher im November stabilisiert. Die fortschreitende Beruhigung der Eurokrise schlägt hier positiv zu Buche. „Derzeit ist die Stimmung unter den in- und ausländischen Wirtschaftsakteuren weiterhin gedämpft. Aufgrund der zunehmenden positiven Signale rechnen wir jedoch mit einer optimistischeren Grundhaltung für den Jahresbeginn 2013“, meint Bank Austria-Ökonom Walter Pudschedl.

Für das Schlußquartal 2012 ist eine leicht rückläufige Wirtschaftsentwicklung zu erwarten. Die heimische Industrie schwächelt angesichts der verhaltenen Nachfrage aus dem Ausland – bedingt durch die Rezession in wichtigen Handelspartnerländern Österreichs. Aber auch hier sind bereits Signale für eine Trendwende erkennbar. Ebenso weist



die Binnennachfrage mittlerweile Anzeichen einer Stabilisierung auf – gestützt auf eine unter diesen Rahmenbedingungen immer noch solide Konsumententwicklung. „Seit dem Sommer befindet sich die österreichische Wirtschaft in einer Stagnationsphase. Dennoch ist für das Gesamtjahr ein leichter BIP-Anstieg zu erwarten. Wir gehen für 2012 von einem Plus um zumindest 0,5 Prozent aus“, so Pudschedl.

Im kommenden Jahr wird es die Konjunktur zwar voraussichtlich langsam angehen, aber die Aussicht auf eine fortschreitende Erholung wird durch die jüngste Entwicklung des Bank Austria-Konjunkturindikators gestützt. Die Belebung wird vor allem durch verbesserte internationale Rahmenbedingungen getrieben sein. Ausgehend von den asiatischen Schwellenländern, sollte sich dieser Aufschwung auch auf die europäische Wirtschaft übertragen, die zudem von einer weniger restriktiven Haushaltspolitik als noch in diesem Jahr profitiert. In Österreich wird die Auslandsnachfrage zur tragenden Säule des Aufwinds, was der heimischen Industrie 2013 zu spürbar mehr Dynamik verhelfen wird. Doch auch die Inlandsnachfrage sollte im späteren Verlauf des Jahres 2013 etwas an Schwung gewinnen, unterstützt durch die bereits eingesetzte Aufhellung der Stimmung. Der private Konsum wird zudem von den aktuellen Lohnabschlüssen, die einen Anstieg der realen Kaufkraft im Jahr 2013 erwarten lassen, geringfügig gestärkt. Allerdings begrenzt die weiter steigende Arbeitslosigkeit den Auftrieb. Die Investitionstätig-

keit wird 2013 trotz der günstigen Finanzierungsbedingungen nur langsam in Schwung kommen, sodaß die Impulse durch die Inlandsnachfrage insgesamt nur sehr zaghaft sein werden. „Wir gehen für 2013 mit 0,9 Prozent von einem höheren Wirtschaftswachstum als im laufenden Jahr aus. Dieses wird auf einer stärkeren Exportnachfrage basieren, die dann 2014 von einer an Schwung gewinnenden Inlandsnachfrage ergänzt wird. Daher ist aus heutiger Sicht für 2014 bereits ein Anstieg des BIP um 1,5 Prozent möglich“, so Bruckbauer.

„Aufgrund der nur sehr zögerlichen Wirtschaftsbelebung und der sogar leicht steigenden Arbeitslosigkeit ist im kommenden Jahr von einem Rückgang der Inflation auszugehen. Nach durchschnittlich 2,4 Prozent im Jahr 2012 erwarten wir für 2013 eine etwas geringere Teuerungsrate von 2,2 Prozent“, so Bruckbauer. Die Nahrungsmittelpreise sorgen zwar für einen leichten Auftrieb, dafür ist das Risiko, daß die Rohölpreise die Inflation überraschend stärker nach oben treiben angesichts der eher zurückhaltenden globalen Nachfrageentwicklung für 2013 eher gering. Der Preis für Rohöl, der im Jahresdurchschnitt 2012 auf rund 112 USD pro Barrel gestiegen ist, wird im kommenden Jahr voraussichtlich sogar moderat sinken. Dieser dämpfende Effekt sollte durch eine leichte Stärkung des Euros gegenüber dem US-Dollar dank der Beruhigung der Krise in Europa unterstützt werden. Erst 2014 wird die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt unter der 2-Prozent-Marke liegen. ■

Reform der Kurzarbeit

Verkürzte Frist bei Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen –
leichterer Wechsel in Qualifizierungsmaßnahmen

Die Kurzarbeit wird durch einige wesentliche Neuerungen ein noch besseres Instrument, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen zu entlasten“, sagten Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) am 2. Dezember zur gemeinsam erarbeiteten Reform der Kurzarbeitsbeihilfen. So sollen die Arbeitgeberanteile für die Sozialversicherung in Zukunft nicht erst ab dem siebenten Monat in Kurzarbeit, sondern bereits ab dem fünften Monat vom Staat übernommen werden. Außerdem soll es einfacher werden, von der Kurzarbeit ohne Qualifizierungsmaßnahmen in die Kurzarbeit mit Qualifizierungsmaßnahmen zu wechseln. Diese Novelle der Kurzarbeitsbeihilfe wurde am 5. Dezember im Parlament beschlossen und wird ab 1. Jänner 2013 gelten.

„Mit den Neuerungen soll es für Unternehmen einfacher werden, Kurzarbeit einzuführen, anstatt Arbeitnehmer zu kündigen. Für die Arbeitnehmer, die Betriebe und natürlich für den Gesamtstaat ist es wesentlich besser, wenn Arbeitsplätze erhalten bleiben, und Arbeitnehmer mit Hilfe von Kurzarbeit über schwierige Zeiten hinweg im Betrieb weiter beschäftigt werden“, so Hundstorfer. „Ist die Krise vorbei, können die Betriebe wieder rasch durchstarten und mit bewährten Fachkräften den vollen Betrieb aufnehmen“, sagte Mitterlehner. „Wir rechnen zwar nicht mit einer derart einschneidenden Krise wie im Jahr 2009, wollen aber unseren Unternehmen präventiv wieder eine gute Ausgangsbasis geben.“

„Die Kurzarbeit hat schon während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2010 sehr gut funktioniert. Darum sind Österreich und Deutschland, wo dieses Instrument am besten entwickelt ist, schneller und besser aus der Krise herausgekommen als viele andere europäische Länder“, betonen die beiden Minister. Auch wenn ArbeitnehmerInnen Qualifizierung während der Kurzarbeit in Anspruch nehmen wollen, so soll das künftig einfacher und rascher möglich sein. Sobald sich ein Arbeitnehmer in Kurzarbeit mit Qualifizierung befindet, werden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung übernommen.



Foto: BMASK / Livio Srodic (HBF)

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (l.) und Sozialminister Rudolf Hundstorfer zur Kurzarbeit: Arbeitsplätze sichern und Unternehmen entlasten

Leitl: Müssen für Konjunkturschwächung gerüstet sein

WKÖ-Präsident Christoph Leitl begrüßt die Neuregelungen zur Umsetzung der Kurzarbeit. „Angesichts der international schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage und der aktuell gestiegenen Arbeitslosenzahlen sind die Neuregelungen zur Kurzarbeit in Österreich ein wichtiger Schritt, um konjunkturelle Dämpfer bewältigen und Arbeitsplätze erhalten zu können.“ Damit sei ein wichtiger Impuls gesetzt, um auf die individuellen Bedürfnisse der Betriebe in Zeiten der wirtschaftlichen Unsicherheit eingehen zu können. Wie der erfolgreiche Einsatz der Kurzarbeit in der Krise um 2009 gezeigt habe, habe dieses Instrumentarium dazu beigetragen, die Beschäftigtenzahl in Österreich annähernd stabil zu halten. Die nunmehr geplante Abdeckung des erhöhten Dienstgeberaufwandes für die Sozialversicherung bei der Kurzarbeit ab dem fünften statt – wie bisher – ab dem siebten Monat sei daher sehr zu begrüßen.

„Es ist gut zu wissen, daß wir auch jetzt mit der Kurzarbeitsregelung für den Fall einer Konjunkturschwächung vorbereitet sind“, so Leitl, wobei „wir uns auch Schritte zur Vereinfachung des Verfahrens gewünscht hätten.“

Foglar: Gutes Kriseninstrument, nur mit Mitbestimmung

„Es steht außer Frage, daß Kurzarbeit ein wichtiges Instrument war und ist, um in Krisenzeiten Arbeitsplätze zu sichern“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar zur aktuellen Diskussion. „Genau so steht für den ÖGB und die Gewerkschaften außer Frage, daß es bei Kurzarbeitsvereinbarungen in den Betrieben auch weiterhin sozialpartnerschaftlich, das heißt mit Mitbestimmung aller Beteiligten, zugehen muß.“

In den Krisenjahren 2009 und danach sei die Kurzarbeitsvereinbarung der Sozialpartner ein wesentliches Instrument gewesen, um größere Arbeitsplatzverluste in Österreich zu verhindern. „Kurzarbeit ist in bestimmten Phasen gut für Betriebe und Beschäftigte. Sie verhindert Arbeitslosigkeit und kommt den Staat daher auch günstiger, als Arbeitslosigkeit“, so Foglar. „Die Beschäftigten verzichten im Zeitraum der Kurzarbeit auf wesentliche Einkommensteile. Dieses mit öffentlichen Mitteln geförderte Kriseninstrument muß ihnen im Gegenzug Sicherheit, Perspektiven und Mitbestimmung bieten.“ Das hätten die Sozialpartner in den Betrieben bisher immer so gehalten, wenn sie Kurzarbeitsvereinbarungen abgeschlossen hätten. „Die Betriebsräte und Ge-

werkschaften wissen sehr gut, was die Unternehmen verkraften, sie werden auch in Zukunft an vernünftigen Lösungen mitarbeiten."

Neumayer: Verbesserungsschritte zur Kurzarbeit positiv

„Angesichts jüngster Wirtschaftsprognosen sind die von der Bundesregierung angekündigten Reformschritte bei der Kurzarbeit zu begrüßen“, betonte der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Christoph Neumayer, im Vorfeld des Nationalratsbeschlusses. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2012 habe gezeigt, daß die Inanspruchnahme von Kurzarbeit, vor allem aufgrund einer – im Unterschied zu Deutschland – gesetzlich zwingend geforderten Sozialpartnervereinbarung für die heimischen Industriebetriebe mit sehr hohen Kosten verbunden war. Die zeitgerechte Attraktivierung der Rahmenbedingungen für Kurzarbeit sei daher für den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Österreich dringend erforderlich. „Erfreulich ist die geplante frühere Übernahme der Arbeitgeberanteile für die Sozialversicherung bei der Kurzarbeit ab dem fünften – statt bisher ab dem siebenten – Monat. Das verbes-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Industrie: Die zeitgerechte Attraktivierung der Rahmenbedingungen für Kurzarbeit sei für den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Österreich dringend erforderlich.

serte Angebot für Kurzarbeit mit Qualifizierungsmaßnahmen ist ebenfalls zu begrüßen, wengleich dessen praktische Relevanz noch von der Schaffung praxisgerechter, flexibler Rahmenbedingungen abhängt. Im Vergleich zu Deutschland bleibt auch nach der geplanten Reform eine gesetzlich ver-

pflichtend vorgeschriebene Sozialpartnervereinbarung jedoch Voraussetzung für den Einsatz von Kurzarbeit. Damit Unternehmen im Krisenfall rasch handeln können, wäre die Kompetenz zur Vereinbarung von Kurzarbeit auf der Betriebsebene sinnvoll“, so Neumayer. ■

Rechtliche Gleichstellung ab 1 Jänner 2012: Elektronische Rechnungstellung

Ab 1. Jänner 2013 kommt es auch in Österreich zu einer Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung: Spätestens zu diesem Termin müssen laut einer EU-Richtlinie elektronische und Papierrechnung rechtlich gleichgestellt sein. Die entsprechende Regierungsvorlage wurde bereits von Nationalrat und Bundesrat beschlossen und wird in Kürze veröffentlicht. Die komplexen Anforderungen an E-Rechnungen hinsichtlich Signatur und Archivierung stellten bisher vor allem kleine und mittlere Unternehmen vor große Herausforderungen. „Die künftigen Vereinfachungen sollen auch die weitere rasche Verbreitung der elektronischen Rechnung in Österreich ermöglichen. Daher begrüßen wir die Gleichstellung der E-Rechnung mit der Papierrechnung. Damit wird auch eine langjährige Forderung der WKÖ endlich Realität“, so Herwig Höllinger, stellvertretender Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

„Denn das wirtschaftliche Potential der E-Rechnung ist enorm, aber noch wenig ausgeschöpft“, zeigte Höllinger in seinem Statement beim gut besuchten Kongreß „E-Rech-

nung 2013/2014“ auf: „Eine von der WKÖ in Auftrag gegebene Studie hat ein jährliches Nutzenpotenzial der E-Rechnung in Österreich von bis zu 8 Milliarden Euro errechnet. Allein in der Verwaltung beträgt das Einsparungspotenzial bis zu 590 Millionen Euro pro Jahr.“

Immerhin rund drei Viertel der österreichischen Unternehmen haben bereits Rechnungen in elektronischer Form erhalten, fast immer aber im grafischen PDF-Format, das nicht automatisch weiterverarbeitet werden kann. Nur ein Drittel der Unternehmen erstellt jedoch aktiv selbst elektronische Rechnungen. Die Verbreitung der E-Rechnung ist dabei zuletzt angestiegen: So hat sich der Anteil der E-Rechnungen an der Zahl herkömmlicher Papierrechnungen verdoppelt und liegt nunmehr bei rund 20 Prozent. Auch die elektronische Archivierung in Archivsystemen hat gegenüber der reinen Archivierung auf Festplatten zugenommen, was erfreulicherweise vom Sicherheitsbewußtsein der österreichischen Unternehmen zeugt, führte Höllinger aus.

Der Bund hat schon begonnen, dieses

Nutzen-Potential aufzugreifen. Ab dem nächsten Jahr wird die Rechnungsstellung von strukturierten E-Rechnungen an den Bund möglich sein, ab dem Jahr 2014 wird sie aufgrund des IKT-Konsolidierungsgesetzes sogar verpflichtend für die knapp 60.000 österreichischen Unternehmen, die als Lieferanten des Bundes tätig sind. „Die WKÖ unterstützt diesen Schritt, denn der öffentliche Sektor war und ist einer der wesentlichen Treiber für den allgemeinen, großflächigen Einsatz der elektronischen Rechnung in allen EU-Ländern“, so Höllinger.

Höllinger verwies in seinen Ausführungen weiters darauf, daß die WKÖ zwei Onlineberatungs-Systeme zur Verfügung gestellt hat, die bereits an die neue Rechtslage angepaßt wurden. Dabei handelt es sich zum einen um einen Online-Ratgeber zum Thema E-Billing, der eine erste Einschätzung der individuellen Situation ermöglichen soll sowie um ein Angebot speziell für Rechnungsempfänger. ■

<http://wko.at/e-rechnung>

<http://wko.at/ebusiness/ratgeber/e-billing/>

<http://wko.at/ebusiness/ratgeber/rechnungsempfaenger/>

2,6 Milliarden Euro für Weihnachtsgeschenke

8 von 10 ÖsterreicherInnen wollen Geschenke kaufen – Durchschnittlich werden 451 Euro für Geschenke eingeplant – 22 % kaufen Weihnachtsgeschenke online

Es weihnachtet sehr, besonders in den Österreichischen Handelskassen. Denn die Österreicher wollten heuer rund 2,6 Milliarden Euro für Weihnachtsgeschenke ausgeben. Das sind um 100 Millionen mehr als 2011. Die Zahl jener die zu Weihnachten schenken geht allerdings zurück: 81 % legen heuer Geschenke unter den Baum, das sind 5 % weniger als im Vorjahr. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Marktforschungsinstituts Integral im Auftrag von Erste Bank und Sparkasse hervor. „Jeder Fünfte spart zu Weihnachten die Geschenke ein“, so Manfred Bartalszky, Leiter Produktmanagement Erste Bank „aber diejenigen die Geschenke kaufen, sind dabei nicht sparsamer geworden.“ Durchschnittlich werden 451 Euro für Geschenke eingeplant, das sind um 21 Euro mehr als im letzten Jahr. Frauen sind spendabler als Männer: 458 Euro werden für die Weihnachtspresente eingeplant. Herr Österreicher denkt hingegen nur 442 Euro an.

Ersparte Weihnachtsgeschenke

Um Weihnachtsgeschenke zu kaufen, schlachten 7 von 10 Österreichern ihr Sparschwein und nutzen ihr Ersparnis. 43 % geben das Weihnachtsgeld vom Arbeitgeber aus. Die Überziehung des Kontorahmens (5 %) sowie Ratenzahlung (3 %) werden von den Österreichern nach wie vor gemieden. Doch auf welche Art bezahlen die Alpenbürger zu Weihnachten am liebsten? 3 von 4 bevorzugen die Bezahlung mit Bargeld. 57 % nutzen ihre Bankomatkarte und jeder Vierte zückt seine Kreditkarte. Der Kauf auf Rechnung holt um 5 % auf und wird heuer von 17 % der ÖsterreicherInnen genutzt.

Weihnachtsgeschenke auf Mausclick immer beliebter

Der Einzelhandel bleibt an erster Stelle: 3 von 4 Österreichern lassen sich die weihnachtliche Einkaufsstimmung nicht entgehen und kaufen im Geschäft. Das virtuelle Shopping zieht nach: Bereits 22 % bestellen die Geschenke online, 2010 waren es nur 16 % der ÖsterreicherInnen. Das Einkaufen via Mausclick kommt besonders bei Män-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

nern gut an, deutlich mehr Männer (27 %) als Frauen (18 %) kaufen die Weihnachtsgeschenke online. „Mit einem Klick können heutzutage viele Stunden Einkaufsstreß erspart werden“, so Bartalszky. Wenn die Bezahlung im Internet aber nicht sicher verläuft, kann das unangenehme Folgen haben. „Man achtet im Geschäft auch darauf, daß niemand den Pin Code sieht oder die Geldbörse gestohlen wird. Genauso sollte man im Internet auf seine Zahlungsdaten aufpassen“, empfiehlt Bartalszky. Die Erste Bank rät deshalb zu folgenden Vorsichtsmaßnahmen:

Besondere Sicherheit beim Bezahlen bietet die Kreditkarte. Mit den Bezahlarten „Mastercard Secure Code“ oder „Verified by Visa“ werden nur die nötigsten Dateninformationen an den Verkäufer verschlüsselt übermittelt. Voraussetzung ist eine Registrierung des Online Shops und des Kunden, um eine sichere Durchführung der Zahlung gewährleisten zu können.

Besonder Beachtenswertes

- Ist die Preisgestaltung nachvollziehbar? Besonders online können sich günstige Angebote als Irreführung entpuppen.
- Die Warenangaben vor Bestellung auf Plausibilität überprüfen.

- Bekannte Online Shops sollten den unbekannteren vorgezogen werden.
- Seriöse Online Shops sind mit speziellen Zertifikaten ausgezeichnet, die ein sicheres Einkaufen bestätigen.
- Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) müssen auf der Website einsehbar sein.
- Eckdaten wie Umtauschrecht, Stornobedingungen, Lieferbedingungen, Zoll usw. unbedingt vor Kaufabschluß lesen.
- Jedes seriöse Unternehmen hat ein vollständiges Impressum, das übrigens rechtlich vorgeschrieben ist. das heißt auf der Website sind problemlos zumindest der vollständige Firmennamen, Anschrift und Telefonnummern auffindbar.

Zur Umfrage

Die Erste Bank beauftragte das Marktforschungsinstitut INTEGRAL für eine telefonische Befragung zu Ausgaben für Weihnachtsgeschenke. 500 Personen wurden zu den Bezugsquellen sowie Zahlungsmöglichkeiten für Weihnachtsgeschenke, deren Finanzierung und die Kosten dafür befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 14 Jahren (= 7.220.000 Menschen). ■

Außenhandel nur leicht gestiegen

Jänner bis September 2012: Einfuhren 0,4%, Ausfuhren 1,6%

Wie Statistik Austria anhand vorläufiger Ergebnisse errechnete, lag der Gesamtwert der Einfuhren von Waren im Zeitraum Jänner bis September 2012 mit 98,05 Mrd. Euro um 0,4 % über dem Vorjahreswert, die Ausfuhren von Waren verzeichneten einen Zuwachs von 1,6 % auf 92,41 Mrd. Euro. Die Handelsbilanz wies ein Defizit von 5,64 Mrd. Euro auf, nach 6,68 Mrd. Euro im Vorjahreszeitraum. Einfuhrseitig zeigten die Russische Föderation, die Vereinigten Staaten und China die größten absoluten Zuwächse, wohingegen Deutschland, Italien und der Irak die am deutlichsten schrumpfenden Werte aufwiesen. Ausfuhrseitig wurde im Handel mit den Vereinigten Staaten gefolgt von Frankreich und der Schweiz das stärkste Wachstum verzeichnet. Rückgänge wurden insbesondere mit Italien, der Tschechischen Republik und Deutsch-

land festgestellt. Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bezog Österreich im Berichtszeitraum Waren im Wert von 68,80 Mrd. Euro, das entspricht einem Rückgang um 2,1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Wert der in diese Länder versandten Waren sank um 0,7 % auf 63,20 Mrd. Euro. Das Handelsbilanzdefizit mit der Europäischen Union betrug 5,60 Mrd. Euro.

Der Außenhandel mit Drittstaaten zeigte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in beiden Verkehrsrichtungen einen Zuwachs von 6,9 % (Importe: 29,25 Mrd. Euro, Exporte: 29,21 Mrd. Euro). Daraus ergab sich ein Handelsbilanzdefizit mit Drittstaaten von 0,05 Mrd. Euro.

Im Berichtsmonat September 2012 lag der Wert der Einfuhren bei 10,76 Mrd. Euro und verzeichnete damit einen Rückgang von 7,5 % gegenüber September 2011. Die Aus-

fuhren betragen 10,62 Mrd. Euro und sanken im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3,3 %. Die Handelsbilanz wies somit ein Passivum von 0,14 Mrd. Euro auf.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bezog Österreich im September 2012 Waren im Wert von 7,60 Mrd. Euro und Waren im Wert von 7,40 Mrd. Euro wurden in diese Länder versandt. Gegenüber September 2011 gingen die Eingänge aus den EU-Ländern um 8,7 % und die Versendungen um 3,1 % zurück. Das Handelsbilanzdefizit betrug 0,20 Mrd. Euro.

Die Importe aus Drittstaaten beliefen sich auf 3,16 Mrd. Euro und sanken gegenüber September 2011 um 4,7 %, die Exporte verzeichneten einen Rückgang von 3,6 % auf 3,22 Mrd. Euro. Das daraus resultierende Aktivum der Handelsbilanz mit Drittstaaten lag bei 0,06 Mrd. Euro. ■

Die Arbeitskräftewanderung aus acht neuen EU-Ländern

Mit dem 1. Mai 2011 erhielten die Staatsangehörigen von acht der zehn EU-Länder, die der Europäischen Union am 1. Mai 2004 beigetreten sind, uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn). Die Zuwanderung aus diesen acht EU-Ländern entsprach seither sowohl in ihrem Ausmaß als auch in ihrer Struktur weitgehend den Erwartungen. Der Bestand an Arbeitskräften aus diesen Ländern erhöhte sich in den ersten zwölf Monaten seit Gewährung der Freizügigkeit um 29.493.

Vor allem das Burgenland, aber auch die anderen Bundesländer Ostösterreichs verzeichneten eine überdurchschnittliche Zu-

wanderung. In der Süd- und der Westregion war die Nettozuwanderung unterdurchschnittlich hoch.

Dieser Nettozuwanderung standen erheblich größere Bruttoströme gegenüber. Im Zeitraum Mai 2011 bis April 2012 nahmen 75.510 Arbeitskräfte aus den acht untersuchten EU-Ländern erstmals ein Arbeitsverhältnis in Österreich an. Nur 38.273 von ihnen waren aber am 30. April 2012 noch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt aktiv. Ein großer Teil der aus den acht EU-Ländern neu zugewanderten Arbeitskräfte arbeitete daher nur kurze Zeit in Österreich.

In Regionen, in denen der Wintertourismus eine große Rolle spielt, also etwa Salzburg, Tirol und Vorarlberg, nahm die Zuwan-

derung aus den acht EU-Ländern im Dezember 2011 deutlich zu. In diesen Regionen war auch der Anteil der im Tourismus beschäftigten Staatsangehörigen dieser Länder überdurchschnittlich. Ebenso war der Anteil der Frauen und der jüngeren Arbeitskräfte in diesen Regionen höher als in anderen Regionen.

Die Grenznahe einer Region bestimmte hingegen die Länderstruktur des Arbeitskräftezustromes, da insbesondere Personen aus Ungarn, Slowenien und Tschechien grenznahe Regionen zur Arbeitsaufnahme bevorzugten. Sie bestimmte aber auch den Anteil der GrenzpendlerInnen an der Zuwanderung. Besonders hoch war der Pendleranteil mit 90 % im Burgenland. ■

Top-Sommersaison für Urlaub am Bauernhof-Mitglieder

In der Urlaub am Bauernhof-Mitgliederbefragung zur abgelaufenen Sommersaison äußerten sich 86 % der ca. 2680 Mitglieder beim UaB-Verband entweder „sehr zufrieden“ (39 %) oder „zufrieden“ (47 %). Mit einer (Schul-)Note von 1,8 wurde die hohe Zufriedenheit des Vorsommers sogar noch übertroffen. Die besten Bewertungen mit je 1,6 wurden in Vorarlberg und im Burgenland erzielt. Der gute Sommer war vor allem durch die gute Auslastung und durch viele positive Rückmeldungen der Gäste geprägt.

Die leicht verbesserte Auslastung von 61 Belegtagen pro Bett/Sommer (2011: 60 Tage) wurde bei einem für das UaB-Angebot überdurchschnittlichen Preis von 30,70 Euro pro Person/Tag (2010: 29,10) für Zimmer mit Frühstück und von 72,60 Euro (2011: 70,50 Euro) für eine Ferienwohnung für 4 Personen erreicht. Die Preise der Mitgliedsbetriebe konnten gegenüber dem Vorsommer im Schnitt um 5,5 % angehoben werden und liegen ebenso wie die Auslastung erheblich über dem Durchschnitt aller österreichischen

Ferienbauernhöfe. Trotz der stetig angepaßten Preise wird den UaB-Betrieben laut Gästebefragung ein ausgezeichnetes Preis-Leistungs-Verhältnis attestiert.

Mit Abstand wichtigstes Werbemedium ist das UaB-Internet, wo mit einem Schnitt von einer Buchung aus ca. vier Anfragen eine hohe, erfolgreichen Hotels vergleichbare Effektivität erzielt wird.

Die Mitgliedsbetriebe erwirtschaften im Schnitt 33 % des Hofeinkommens aus dem Betriebszweig Urlaub am Bauernhof. ■

Teilinbetriebnahme des Hauptbahnhofs Wien

Ab 9. Dezember scheint der neue Hauptbahnhof erstmals im Fahrplan auf – Alle Züge, die bisher am Südbahnhof (Ostbahn) geendet haben, halten künftig am neuen Hauptbahnhof – Auch bei Stadt Wien-Infrastruktur und neuem Stadtviertel ist alles »auf Schiene«

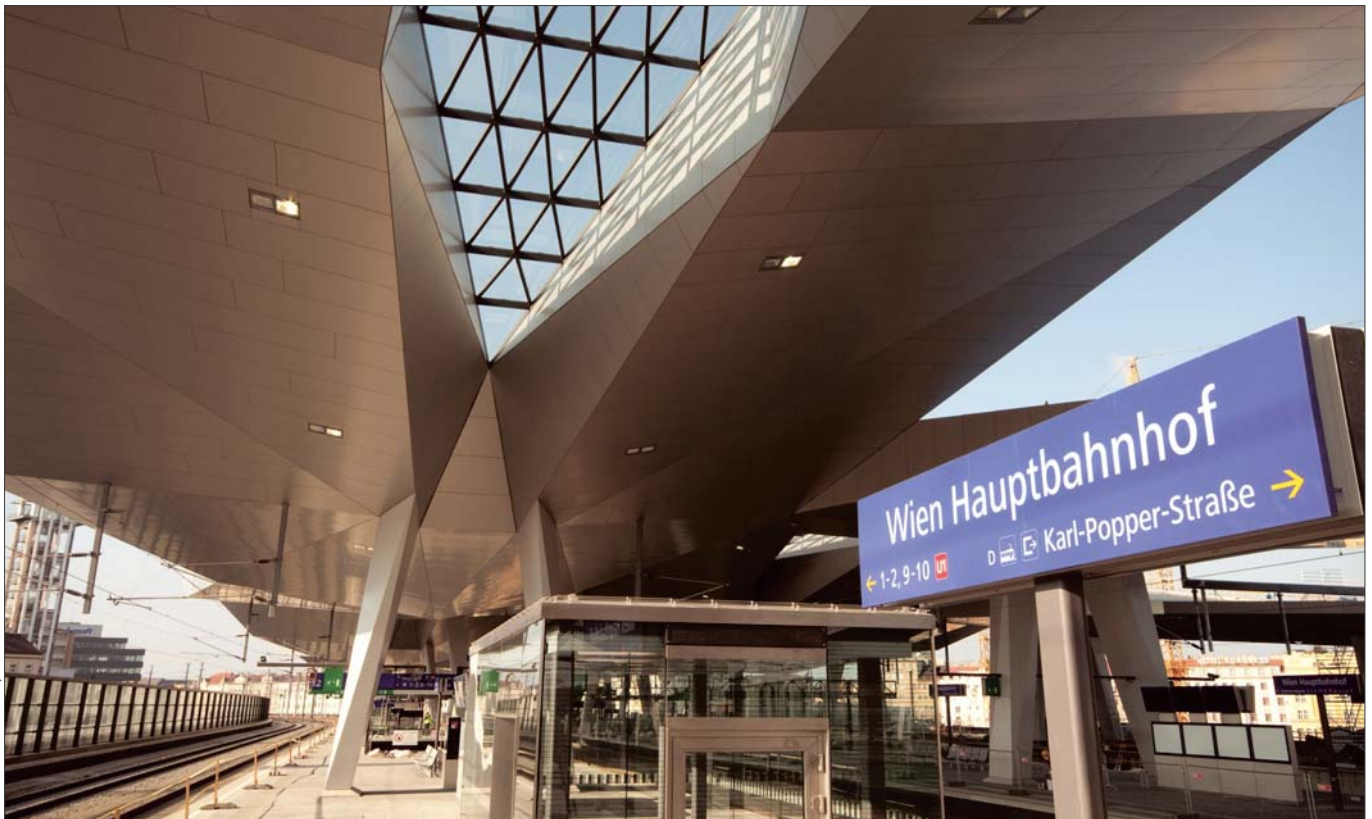


Foto: Stadt Wien / R. Schmied

Hier halten seit 9. Dezember die Nahverkehrszüge der Ostbahn und der Marchegger Ostbahn.

Mit dem Fahrplanwechsel am 9. Dezember gingen vier Gleise mit Bahnsteigen und ein Durchfahrtsgleis am neuen Hauptbahnhof in Betrieb. Die Nahverkehrszüge der Ostbahn und der Marchegger Ostbahn haben dort erstmals gehalten. Der provisorische Südbahnhof/Ostbahn wird nun geschlossen und abgetragen.

Alle Züge, die bisher am Südbahnhof (Ostbahn) geendet haben, halten künftig am neuen Hauptbahnhof. Folgende Linien werden ab 9. Dezember über den künftigen Hauptbahnhof durchgebunden:

- auf der Ostbahn die S60 (ab Bruck/Leitha) bis Hütteldorf sowie REX-Züge ab Bratislava Petralka bis Deutschkreutz und vice versa
- auf der Marchegger Ostbahn die S80 (ab Hirschstetten) über die Pottendorfer Linie bis Wr. Neustadt und vice versa

Mit der Teilbetriebnahme des Wiener Hauptbahnhofs gibt es für zwei Stationen neue Namen: Die S-Bahn-Station „Wien Südtiroler Platz“ heißt künftig „Wien Hauptbahnhof“, die Station „Wien Südbahnhof (S-Bahn)“ heißt seit 9. Dezember „Wien Quartier Belvedere“.

Einfacheres Umsteigen – in die U1 am Hauptbahnhof, in die U6 in Meidling

Dadurch ergeben sich Umsteigemöglichkeiten in die U-Bahnlinien U1 (Hauptbahnhof-Südtiroler Platz) und U6 (Meidling). Die Wiener Schnellbahn sowie die U1 sind oberirdisch erreichbar. Mit Eröffnung der Verkehrsstation im Dezember 2014 wurden die U- und S-Bahn durch die unterirdische Passage am Südtiroler Platz direkt an den Hauptbahnhof angebunden. Für Fahrgäste bedeutet das schnellere Zugverbindungen,

mehr Reisekomfort durch einfaches Umsteigen, beste Anbindungen und Barrierefreiheit gemäß den neuesten Standards.

Die letzten Gleisbautätigkeiten zur Teilbetriebnahme liefen bis zuletzt: Erst nach Betriebsschluss am provisorischen Südbahnhof/Ostbahn in der Nacht von 8. auf 9. Dezember konnte das letzte Gleis aus Richtung Bruck/Leitha zum neuen Hauptbahnhof umgeschwenkt werden.

Ende 2014 eröffnet Verkehrsstation, Ende 2015 Vollenbetriebnahme

Die nördliche Halle und weitere sechs Bahnsteigkanten – Richtung Südtiroler Platz bzw. Gürtel – werden bis Dezember 2014 fertig gestellt. Am 14. Dezember 2014 wird die Verkehrsstation eröffnet, ab diesem Zeitpunkt werden auch Fernverkehrszüge halten können. Das Einkaufszentrum wird bereits



Foto: Stadt Wien / R. Schmied

Blick vom Sonnwendviertel in Richtung Zentrum: Bereits 2013 werden hier die ersten Wohnungen bezugsfertig sein.

im September 2014 geöffnet. Im Dezember 2015 werden die Arbeiten am gesamten Bahn-Infrastrukturprojekt beendet sein, sämtliche Fernverkehrszüge halten können und der Bahnhof seine regionale, nationale und internationale Drehscheibenfunktion zur Gänze ausüben können.

Drehscheibe für regionalen, nationalen und internationalen Reiseverkehr

Mit dem neuen Hauptbahnhof als Durchgangsbahnhof – im Gegensatz zu den alten Kopfbahnhöfen der Süd- und Ostbahn – und dem Lainzertunnel werden erstmals Züge aus allen Richtungen in der Bundeshauptstadt ankommen und in alle Richtungen verbunden. Mit der Schaffung einer hochleistungsfähigen Nord-Süd- und Ost-West-Verbindung wird der Bahnhof zur wichtigsten Drehscheibe für den regionalen, nationalen und internationalen Reiseverkehr und zu einem zentralen Knotenpunkt im transeuropäischen Schienennetz.

»Alles auf Schiene« auch bei Stadt Wien-Infrastruktur und Sonnwendviertel

Ob neue D-Wagen-Station beim „Hauptbahnhof Ost“, Dachgleichen im Sonnwendviertel oder die erste Durchgangsstraße Richtung Hauptbahnhof („Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße“): Die Teilbetriebnahme des Hauptbahnhofes ist auch für die Stadt

Wien Anlaß für eine positive Zwischenbilanz.

Ein Blick von der Plattform des von der Stadt Wien und ÖBB betriebenen bahnorama-Turms zeigt deutlich die Veränderungen an: Wo sich noch vor drei Jahren, im Dezember 2009, eine gigantische, knapp 80 Hektar große „Sandkiste“ ausbreitete, sind heute bereits alle wesentlichen Projekte – inklusive der in den Boden verlegten Infrastruktur an Strom und (Ab)Wasser – gut erkennbar.

Guter Service: Wiener Linien fahren Hauptbahnhof seit 9. Dezember an

Mit 9. Dezember wurde die Straßenbahn-Linie D um eine Station zum ostseitigen Ausgang des neuen Hauptbahnhofes verlängert (Station „Hauptbahnhof Ost“). Dafür wurden 1300 Gleismeter verwendet, die Bauzeit belief sich auf 7 Monate. Die Kosten betragen 4,5 Millionen Euro. Ebenso fahren die Autobuslinien 13A bzw. 69A den Hauptbahnhof direkt an. Die ehemalige U1-Station „Südtiroler Platz“ heißt nun „Südtiroler Platz-Hauptbahnhof“.

Erste Straßenverbindung nach 150 Jahren Eisenbahn-Geschichte

Ebenso wurde die verlängerte Argentinierstraße, die Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße (Länge: 500 m), für den Verkehr frei-

gegeben und den Wiedner Gürtel mit dem Vorplatz Süd des Hauptbahnhofes (= provisorischer Ein- und Ausgang des Bahnhofs, 2012-2014) bzw. der Sonnwendgasse verbinden. Sie ist die erste Straßenverbindung, die nach 150 Jahren Eisenbahn-Geschichte, in dieses Areal führt. Mit der vollständigen Straßenfertigstellung (etwa die Realisierung von zwei Ein-Richtungs-Radwegen) ist aufgrund der diversen Hochbau-Baustellen im Projektgebiet zu einem späteren Zeitpunkt zu rechnen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 4 Millionen Euro.

Auch der Straßenumbau entlang des Wiedner Gürtels ist nahezu abgeschlossen. Knapp zwei Jahre lang – konkret seit Mai 2011 – wurden der komplette Straßenquerschnitt geändert und zusätzliche Abbiegemöglichkeiten ins neue Stadtviertel realisiert, beidseits des Wiedner Gürtels wurden u.a. auch Radwege errichtet. Die Begrünung des Wiedner Gürtels entlang des 4. bzw. 10. Bezirkes und die Schaffung eines großzügigen Mittelstreifens zählen ebenso dazu. Bis April 2013 werden noch die verbliebenen Restarbeiten abseits der Hauptfahrbahnen durchgeführt.

Sonnwendviertel: Erster Bezug schon 2013

Im Süden entstehen seit Jänner 2012 die ersten geförderten 1160 von mehr als 5000

Chronik

Wohnungen des zukünftigen Stadtteils Sonnwendviertel. Die ersten Dachgleichen konnten bereits gefeiert werden. Bereits 2013 werden hier die ersten BewohnerInnen einziehen. Als Resultat des jüngst zu Ende gegangenen 2. Bauwettbewerb für die nächsten knapp 500 Wohnungen werden ab 2015 hier auch die ersten 316 SMART-Wohnungen Wiens errichtet: Eine Initiative, die mit kompakten, intelligent konzipierten Grundrissen besonders günstiges Wohnen ermöglicht.

Fortschritte gibt es auch beim Bildungscampus, der im Herbst 2014 seinen Betrieb aufnimmt. Seit dem Spatenstich im Juni 2012 konnte hier bereits das 7 Meter unter der Oberfläche liegende Fundament des zukünftigen Turnsaales betoniert werden. Aktuell werden die ersten (Keller)Wände des mehrstöckigen Sportbereiches errichtet. Insgesamt wird der dreimodulige Campus (11 Kindergarten-Gruppen, 17klassige Volksschule, 16klassige Hauptschule) 1000 Kindern und Jugendlichen als neue ganztägige Bildungsadresse dienen.

»Grüne Lunge« Helmut Zilk-Park

In unmittelbarer Nähe zum Bildungscampus haben auch die konkreten Planungen für den zukünftigen ca. 7 Hektar großen Helmut-Zilk-Park gestartet. Der Spatenstich



Foto: Stadt Wien/R. Schmied

Bildungscampus Hauptbahnhof: Die Arbeiten laufen auf Hochtouren.

wird im April 2014 erfolgen, bis dahin werden u.a. die Niveauunterschiede im Gelände durch Tonnen an Bodenmaterial ausgeglichen. Der etwa 10 Fußballfelder große Park wird die „grüne Lunge“ des neuen Sonnwendviertels sein. Der erste Abschnitt wird bis Sommer 2015 hergestellt, die Errichtung der gesamten Parkanlage mit Sommer 2017 abgeschlossen sein.

Insgesamt 25 Dienststellen der Stadt

Wien sind in das Großvorhaben eingebunden. Für das zielgerichtete und koordinierte Vorgehen sorgt die eigens für dieses Projekt ins Leben gerufene Projektleitung Hauptbahnhof, eine Organisationseinheit der Stadtbauverwaltung. Als Gesamtvolumen sind um die 500 Millionen Euro von der Stadt für das Großvorhaben an diversen Infrastrukturleistungen vorgesehen. ■

<http://www.hauptbahnhof-wien.at>

Weststrecke: Schneller und sicherer als mit dem Auto

Seit 9. Dezember wird der Personenfernverkehr ab/bis Wien Westbahnhof auf der neuen Hochleistungsstrecke abgewickelt, auch Güterzüge rollen bereits durch. In zwei Jahren werden die ersten Fernverkehrszüge auch durch den Lainzer Tunnel fahren (bis dahin ausschließlich Güterverkehr) und beim Hauptbahnhof halten.

Fahrtzeitgewinn auf der Weststrecke

Sowohl Fern- und Nahverkehr als auch Güterverkehr profitieren von den erfolgreich in Betrieb gegangenen Hochleistungsstrecken.

Zwischen Wien und St. Pölten werden 55 Nahverkehrszüge zusätzlich auf der Bestand- und Hochleistungsstrecke ab bzw. bis Wien Westbahnhof geführt, zehn davon zur Hauptverkehrszeit als bis zu 200 km/h schnelle REX-Nahverkehrszüge (Wien – Amstetten). Pendler aus dem Mostviertel profitieren durch die schnellen REX-Züge insbesondere von der Fahrtzeitverkürzung. Den neuen Bahnhof Tullnerfeld werden zur

Hauptverkehrszeit die neuen REX-Züge sowie stündlich Fernverkehrszüge anfahren.

Die schnellsten Züge legen die 300 km lange Strecke zwischen Salzburg und dem Wiener Westbahnhof mit bis zu 230 km/h Spitzengeschwindigkeit in nur 2 Stunden und 22 Minuten zurück, bis Innsbruck dauert es nur noch 4 Stunden 15 Minuten. Die schnellste Fahrtzeit von Wien nach St. Pölten beträgt 25 Minuten und verkürzt sich damit um 15 Minuten, jene nach Salzburg um 23 Minuten. Die künftige Durchschnittsgeschwindigkeit der schnellsten Züge von Wien nach Salzburg liegt bei 132 km/h (derzeit noch 114 km/h), von Wien nach Linz sogar bei 151 km/h (derzeit 120) und damit deutlich über der gesetzlich erlaubten Höchstgeschwindigkeit auf der West-Autobahn.

High-Speed auf den Hochleistungsstrecken – Voraussetzung ist ETCS

Die Hochleistungsstrecken wurden seitens ÖBB-Infrastruktur mit dem derzeit modernsten Zugsicherungssystem ETCS

Level 2 (European Train Control System) ausgestattet. Ein großer Vorteil dieses Sicherungssystems ist, daß der Lokführer die Fahrerlaubnis nicht mehr von Lichtsignalen ablesen muß, sondern die aktuell höchstzulässige Geschwindigkeit direkt in den Führerstand übertragen bekommt. Dieses System wird europaweit auf den wichtigen Hauptachsen zum Einsatz gebracht. Es garantiert Einheitlichkeit für grenzüberschreitende Verkehre und gewährleistet ein Höchstmaß an Sicherheit.

„Seit gestern haben wir auf den neuen Hochleistungsstrecken mit dem ETCS Level 2 das modernste europäische Zugsicherungssystem erfolgreich im Einsatz. Wir sind die erste Bahn in Europa, die diese Implementierung pünktlich und im vorgesehenen Budget umgesetzt hat. Auf das Ergebnis können wir sehr stolz sein“, so Peter Kleinschuster, Betriebsleiter ÖBB-Infrastruktur AG. Die Hochleistungsstrecken können ausschließlich mit Fahrzeugen mit ETCS Level 2 Ausrüstung befahren werden. ■

So feiern die Österreicher am liebsten Weihnachten

Die Hitliste der liebsten und unliebsamsten Traditionen rund um den 24. Dezember – vorweg: Fondue, Raclette und Fisch stehen in der kulinarischen Gunst am Heiligen Abend ganz vorne.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Das Schönste an Weihnachten ist für Herrn und Frau Österreicher das Feiern im Kreise der Familie.

Marketagent.com, eines der führenden Online Markt- und Meinungsforschungsinstituten im deutschsprachigen Raum, hat 500 ÖsterreicherInnen zwischen 14 und 69 Jahren zu ihren liebsten und unliebsamsten Traditionen rund um den 24. Dezember befragt. Ergebnis: Fondue, Raclette und Fisch stehen in der kulinarischen Gunst am Heiligen Abend ganz vorne, danach werden am liebsten Vanillekipferl, Lebkuchen und Linzer Augen, begleitet von Kaffee oder Wein, konsumiert. Spirituosen möchte man zu Weihnachten weitgehend entsagen.

Des Österreichers liebstes deutschsprachige Weihnachtslied ist „Stille Nacht, Heilige Nacht“, gefolgt von „Leise rieselt der Schnee“. „Last Christmas“ polarisiert dagegen und gewinnt sowohl in der Kategorie der beliebtesten als auch nervigsten nicht-deutschsprachigen Weihnachtsliedern.

Unterm Christbaum wünschen sich die Jüngeren vor allem Bargeld, die Älteren ten-

dieren zu Gutscheinen. Mit Ausflügen bzw. Reisen, Tickets und Büchern als Geschenk ist man gut beraten, die Finger sollte man von Alkoholischem, Haushaltsgeräten und Antiquitäten lassen.

Die ÖsterreicherInnen lieben das Feiern im Kreise der Familie

Das Schönste an Weihnachten ist für Herrn und Frau Österreicher das Feiern im Kreise der Familie. Für 61 % der Befragten stellt dies den schönsten Aspekt beim „Fest der Feste“ dar. Am zweitliebsten mögen die ÖsterreicherInnen in dieser Zeit das festliche Dekorieren (35 %), an dritter Stelle folgen gleichauf die besinnliche Stimmung (24 %) sowie mit Geschenken Freude zu bereiten (24 %). Am liebsten würde man in der Alpenrepublik dagegen auf die Kommerzialisierung von Weihnachten (38 %), die überfüllten Geschäfte (32 %), den alljährlichen Streß vor den Feiertagen (29 %) sowie die schon

im Spätherbst an jeder Ecke aufblitzende Weihnachtsdekoration (29 %) verzichten. Die damit einhergehende Dauerberieselung mit Weihnachtsmusik gehört für jeden Fünften zu den unliebsamsten Dingen (20 %) rund um das große Fest.

Kein Weihnachten ohne »Stille Nacht, Heilige Nacht«

„Stille Nacht, Heilige Nacht“ stellt für die ÖsterreicherInnen das schönste deutschsprachige Weihnachtslied dar. Knapp zwei Drittel der Befragten aus dem Marketagent.com Online Access Panel können sich den Heiligen Abend schlichtweg nicht ohne dieses Lied vorstellen (63 %). Ebenfalls sehr beliebt – aber nicht an die Nummer eins herankommend – ist „Leise rieselt der Schnee“ mit 29 % der Stimmen, gefolgt von „O Tannenbaum“ (19 %), „Es wird scho glei dumpa“ (17 %) und „Ave Maria“ (15 %). Unter den nicht-deutschsprachigen Weihnachtstlie-

Chronik

Foto: EquatorialSky/Creative Commons Attribution/Share-Alike License



Mit 29 % führt das Fondue die Hitliste der ÖsterreicherInnen zu Weihnachten an

dem spaltet „Last Christmas“ die Nation. Der musikalische Dauerbrenner liegt sowohl bei den beliebtesten (30 %), aber auch bei den unbeliebtesten (21 %) nicht-deutschsprachigen Weihnachtsliedern unangefochten an der Spitze. Ebenfalls in der Hitliste der fremdsprachigen Xmas-Songs ganz oben zu finden sind „Jingle Bells“ (22 %), „Little Drummer Boy“ (21 %) und „Feliz Navidad“ (20 %). Großes Nervpotential hat dagegen „Rudolph the Red-Nosed Reindeer“, mit dem man 11 % der Österreicher vergraulen kann.

Bargeld oder Gutscheine unterm Christbaum

„Herr und Frau Österreicher finden zu Weihnachten am liebsten Bargeld oder Gutscheine unterm Christbaum, wobei man die Jüngeren mit Barem, die Älteren dagegen mit Gutscheinen am glücklichsten macht“, erklärt Thomas Schwabl, Geschäftsführer von Marketagent.com. Besonders beim weiblichen Geschlecht ist man am Heiligen Abend auch mit dem Schenken von Ausflügen oder Reisen gut beraten, die ebenfalls ganz oben im Gesamtranking der beliebtesten Weihnachtsgeschenke zu finden sind (30 %). Mit etwas Abstand folgen Tickets für Konzerte, Veranstaltungen oder Events (21 %) sowie Bücher (20 %) als gern empfangene Präsente. Aber auch Selbstgebasteltes liegt in der Gunst der ÖsterreicherInnen recht weit vorne (15%), allerdings erst ab dem Alter 20 Plus. Dagegen gelten Wein bzw. Spirituosen (22 %), Haushaltsgeräte (21 %) und Antiquitäten (20 %) als die drei ärgerlichsten Geschenke in der Alpenrepublik.

Fondue, Raclette und Fisch sind die Liebesspeisen am Heiligen Abend

Fondue (29 %), Raclette (25 %) und Fisch (25 %) stehen in der kulinarischen Gunst der ÖsterreicherInnen am 24. Dezember ganz weit oben. Bei jeweils mehr als jedem vierten Befragten gehören diese Gerichte zu den Liebesspeisen am Heiligen Abend, wobei insbesondere Frauen Raclette favorisieren (31 %), aber auch dem Truthahn bzw. der Pute (20 %) oder der kalten Platte (20 %) als Weihnachtsgeschichte nicht abgeneigt sind. Österreichs Männer tendieren dagegen eher zu Fondue (29 %) oder Fisch (26 %), im Zweifelsfall bevorzugen sie auch die kalte Platte (21 %) gegenüber Raclette

(19 %). Tafelspitz (5 %), vegetarische Speisen (4 %) und Sushi (2 %) stellen dagegen weniger des Österreichers liebstes Weihnachtsgeschichte dar.

Ebenfalls in der Gunst: Vanillekipferl zu Kaffee oder Wein

Getränketechnisch fehlen dürfen nach Meinung jedes dritten Österreichers auf keinen Fall der obligatorische Kaffee (31 %) sowie der zum Essen oder danach servierte Wein (30 %), dicht gefolgt vom Glühwein (27 %). Punsch (25 %) und Bier (23 %) stehen in der Alpenrepublik ebenfalls ganz weit oben bei den weihnachtlichen Lieblingsgetränken, wobei Frauen klar zum Punsch, Männer dagegen zum Bier tendieren. Ein Glaserl Sekt favorisiert zumindest jeder fünfte Befragte in dieser Zeit (20 %). Den Spirituosen möchten die Österreicher dagegen zu Weihnachten weitgehend entsagen. Unverzichtbar sind für die Alpenrepublik dagegen die Weihnachtskekse. Nur 5 Prozent der Befragten geben an, grundsätzlich keine Weihnachtsbäckerei zu essen.

Ungeschlagen ganz oben in der Hitliste der beliebtesten Krapferl rangiert, quer über alle Altersgruppen, das Vanillekipferl mit 60 % Zuspruch. Ebenfalls gerne am Kekselteller gesehen sind Lebkuchen (31 %), Linzer Augen bzw. Linzer Stangerl (31 %), Rumkugeln (28 %) und Kokosbusserl (23 %). Am unteren Ende der Beliebtheitskala zu finden sind dagegen die Husarenkrapferl (4 %), Spitzbuben (3 %) und Eisenbahner (1%).



Foto: http://www.bilderbox.biz

Ungeschlagen ganz oben in der Hitliste der beliebtesten Krapferl rangiert, quer über alle Altersgruppen, das Vanillekipferl mit 60 % Zuspruch.

Wien erneut Stadt mit höchster Lebensqualität

Bereits zum vierten Mal in Folge belegt Wien den ersten Platz unter den lebenswertesten Städten der Welt.



Foto: WienTourismus / Peter Rigaud

Auch 2012 stellten die Ergebnisse der neuesten Mercer-Studie Wien das beste Zeugnis aus und machten die österreichische Bundeshauptstadt zum vierten Mal in Folge zur lebenswertesten Stadt weltweit.

Jährlich führt das internationale Beratungsunternehmen Mercer eine Studie zur Bewertung der Lebensqualität in 221 Metropolen weltweit durch. Auch 2012 stellten die Ergebnisse der Studie Wien das beste Zeugnis aus und machten die österreichische Bundeshauptstadt zum vierten Mal in Folge zur lebenswertesten Stadt weltweit.

Bewertet wurden das politische, soziale und ökonomische Klima, medizinische Versorgung, Ausbildungsmöglichkeiten, infrastrukturelle Voraussetzungen wie das öffentliche Verkehrsnetz, Strom- und Wasserversorgung. Weiters wurden Freizeitangebote wie Restaurants, Theater, Kinos, Sportmöglichkeiten, die Verfügbarkeit von Konsumgütern vom Nahrungsmittel bis zum Auto sowie Umweltbedingungen von der Grünanlage bis zur Luftverschmutzung verglichen.

„Erneut konnte sich Wien an die weltweite Spitze aller Metropolen setzen. Das ist Auszeichnung und Auftrag, unseren Weg so fortzusetzen“, so Bürgermeister Michael Häupl.

„Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben wir nicht nachgelassen und weiter in die Zukunftsbereiche unserer Stadt investiert, die allen Wienerinnen und Wienern schon heute zu Gute kommen. Wir tun alles dafür, um diese – nun zum vierten Mal ausgezeichnete, sprichwörtliche Qualität unserer Stadt für möglichst alle Wienerinnen und Wiener zu erhalten und weiter zu festigen“, so Vizebürgermeisterin Renate Brauner.

Jüngst wurde Wien auch in einer Studie der UNO ebenfalls mit einem Spitzenplatz ausgezeichnet: der „State of the World cities“-Report von UN-HABITAT – United Nations Human Settlements Programme kürte Wien zur erfolgreichsten Metropole der Welt. Untersucht wurde dabei Produktivität, Infrastruktur, Lebensqualität, Umwelt, aber auch soziale Gerechtigkeit.

„Die Spitzenplätze, die Wien regelmäßig bei Studien zur Lebensqualität erreicht, müssen ein Ansporn für uns alle sein, den Standard in Wien weiter zu verbessern. Es ist aber eine Bestätigung zu sehen, daß unsere Anstrengungen zur Hebung der Lebensqualität der Stadt immer wieder in Studien sehr positiv bewertet werden. Wir werden deshalb den Wiener Weg für noch bessere Öffis, für weniger Autoverkehr, für mehr Platz in der Stadt konsequent weitergehen. Daß Wien bei internationalen Wirtschaftstreibern den besten Ruf genießt, ist sehr erfreulich und wichtig für die Stadt“, so Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou.

„Vier Mal in Folge eine Top-Platzierung sehen wir in Wien als Auftrag, weiterhin den Wiener Weg zu gehen: gerechte Verteilung aller Angebote, Leistungen und Ressourcen dieser Stadt, einen wirtschaftspolitischen Kurs, der unsere Stadt trotz Krise wachsen läßt und damit ein friedliches Miteinander möglich macht. Mein Dank gilt den Wienerinnen und Wienern sowie dem gesamten Team der Stadtverwaltung, die mit ihrem

täglichen Engagement für diese hohe Lebensqualität sorgen. Nur gemeinsam sind solche Erfolge möglich“, bedankte sich der Wiener Bürgermeister.

UN-HABITAT

Mehr als die Hälfte aller Menschen lebt in Städten. Städte sind kulturelle Zentren, Kommunikationsknotenpunkte und bieten soziale Aufstiegschancen. Städte sind die Austragungsorte gesellschaftlicher Bewegung. Städte erzeugen gesellschaftliche Energie, aber sie verbrauchen auch weitaus mehr natürliche Ressourcen als sie herstellen. Die Problemlagen in den Städten der Welt ähneln sich weitaus mehr, als die architektonische Vielfalt glauben lassen würde. Überall gibt es neben den reichen Vierteln arme, die den Zuzug der neuen Bevölkerung aufnehmen. Überall wird zu viel Müll erzeugt und zuviel Wasser verbraucht. Die Versorgung der Städte mit den Grundlagen des täglichen Bedarfs erzeugt Transportprobleme. Die Konzentrierung der Wirtschaft in den Städten belastet die Umwelt. Die Vereinten Nationen haben in den 1970er-Jahren die Organisation UN HABITAT gegründet. Die Organisation beobachtet die städtische Entwicklung und unterstützt städtische Verwaltungen bei ihren Problemen. Sie interveniert im Krisenfall im Rahmen der internationalen Solidarität. ■

<http://www.mercer.com>

<http://www.unhabitat.org>

Schemenlaufen als Weltkulturerbe

Die Fasnacht Imst wurde am 5. Dezember bei der Generalversammlung der UNESCO das erste »Immaterielle Kulturerbe der Menschheit« Österreichs.

Was landläufig als Weltkulturerbe bezeichnet – und nur an Gebäude und Naturensembles verliehen – wird, nennt sich für Bräuche, wie das Imster Schemenlaufen einer ist, „Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit“. Und genau in diese Liste wurde die Imster Fasnacht – das Schemenlaufen – als erster Brauch unseres Landes aufgenommen, der Beschluß fiel bei der jährlichen Sitzung der UNESCO an ihrem Sitz in Paris. Die Imster Fasnachtler freuen sich über diese außerordentliche Ehre.

Wie alles begann

Bei der Fasnacht 2004 wurde Obmann Uli Gstrein von einem Gast aus Belgien gefragt, warum das prächtige Imster Schemenlaufen denn nicht als Kulturerbe der Menschheit registriert sei, in Belgien gebe es mit dem Carnaval von Binche eine solche Eintragung. Da wurden Obmann und in der Folge viele Fasnachtler hellhörig. Das klang interessant.

Es geht los

Nachfragen ergaben, daß Österreich die entsprechende Konvention (noch) nicht unterzeichnet hatte. Am 9. Juli 2009 jedoch schloß sich Österreich dieser internationalen Vereinbarung an und das Komitee der Imster Fasnacht beauftragte Manfred Thurner damit, das Projekt Kulturerbe zu erarbeiten. Unzählige Telefonate, mehrere Fahrten nach Wien und zahlreiche Texte, Korrekturen und noch einmal Korrekturen, die Suche nach passenden Fotos und einem Film (von Kabel-TV Imst), Überlegungen zum Layout etc. folgten.

Österreich-Ebene

Schließlich konnte der Imster Antrag auf Aufnahme in die nationale österreichische Liste der UNESCO als einer der ersten in Wien abgegeben werden und wurde von der österreichischen Kommission wohlwollend geprüft. Mit der ersten Welle von Aufnahmen wurde im März 2010 auch die Fasnacht Imst zum nationalen Kulturerbe erklärt.



Foto: Edi Kaniok

Seit wann es die Imster Fasnacht gibt? Kein Mensch kann diese Frage seriös beantworten. Die ältesten bekannten Dokumente, welche sich auf die Fasnacht beziehen, sind aus den Jahren 1597 und 1610.

Übrigens: Dem Imster Beispiel folgten in der Zwischenzeit zahlreiche andere Tiroler Traditionsfasnachten – erfolgreich, wie es ihnen ja auch zusteht.

Ausgewählt

In der Folge wurde die Fasnacht Imst von der nationalen UNESCO-Agentur gemeinsam mit den Falknern aus der Steiermark und der Spanischen Hofreitschule in Wien vorgeschlagen für die Aufnahme in die oben erwähnte „Repräsentative Liste“. Wohlgemerkt: Imst wurde ausgewählt und vorgeschlagen, Imst hat sich nicht darum bemüht, fühlte sich aber natürlich geehrt.

Internationale Ebene

Erneut mußte eine ausführliche Darstellung des Schemenlaufens geschrieben werden. Dieses Porträt hatte einer ganzen Reihe von Kriterien zu entsprechen, wie sie die UNESCO als weltweiten Standard festgelegt hatte. Nachdem die Bewerbung abgegeben war, galt es in der Folge, eine lange Liste

von nachgereichten Zusatzfragen zu beantworten. Allen Anforderungen konnte entsprochen werden – kein Wunder angesichts der Bedeutung des Imster Schemenlaufens.

Geprüft und ...

Ein Fachgremium prüfte die Imster Einreichung, befand sie für würdig und sprach eine Empfehlung bezüglich der Aufnahme in die Repräsentative Liste aus – der Rest ist mittlerweile schon wieder Geschichte. Am 6. Dezember 2012 wurde die Fasnacht Imst in die Liste aufgenommen.

PS

Die Aufnahme in die „Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit“ ist eine Ehre, ebenso eine Anerkennung der Leistung aller Imster Fasnachtler und ihres Bestrebens, das von älteren Generationen überlieferte Erbe weitestgehend unverfälscht zu erhalten. ■

<http://www.fasnacht.at>

<http://www.unesco.at>

Chronik



Foto: Stille-Nacht-Gesellschaft

Vorstellung des neuen Projekts der Stille-Nacht-Gesellschaft durch die Projektverantwortliche Renate Schaffenberger und Präsident Michael Neureiter

Dreisprachige Website der Stille-Nacht-Gesellschaft

Die Website der Stille-Nacht-Gesellschaft, mittlerweile dreisprachig in Deutsch, Englisch und Italienisch, wird aus diesem Grunde laufend mit aktuellen Informationen, Forschungsergebnissen, Veranstaltungen zum Lied und Mediendaten ergänzt.

Die Stille-Nacht-Gesellschaft hat sich der Forschung, der Vermittlung und der Vernet-

zung aller Einrichtungen, die sich mit dem Leben und Schaffen von Franz Xaver Gruber und Joseph Mohr sowie mit dem Lied „Stille Nacht! Heilige Nacht!“ befassen, verschrieben. Sie nützt dabei verschiedene Möglichkeiten: Neben Publikationen wie der Zeitschrift „Blätter der Stille-Nacht-Gesellschaft“ oder der neuen Materialsammlung „Stille Nacht auf DVD“ kommt in der Vermittlung und wissenschaftlichen Vernetzung

vor allem dem Internet eine große Bedeutung zu.

„Das Land Salzburg konnte auch heuer die Aktivitäten der einzelnen Museen sowie die Arbeit des Landesverbandes Salzburger Museen und Sammlungen – insbesondere das breit gefächerte Weiterbildungsangebot – finanziell und beratend unterstützen, zum Beispiel durch Förder- und Fachberatung, Wartung des Museumsportals, Berichte in einschlägigen Publikationen und Unterstützung bei der EDV-Inventarisierung der Bestände der Salzburger Regionalmuseen“, betonte Widmann.

Seit den 1970er Jahren ist das Referat Volkskultur und Erhaltung des kulturellen Erbes bemüht, die Bestände der Salzburger Heimat- und Regionalmuseen zu archivieren und den ehrenamtlichen MitarbeiterInnen dabei einen besonderen Service anzubieten. Von der Einführung einheitlicher Karteikarten über ein gemeinsames EDV-Inventarisierungsprogramm, regelmäßigen Schulungen bis hin zur personalen Hilfestellung durch FachwissenschaftlerInnen konnten in den vergangenen Jahren mehr als 100.000 Objekte digital erfasst werden. „Letztendlich ist jedoch den Verantwortlichen in den Museen zu danken, die sich dieser zeitaufwendigen und anspruchsvollen Arbeit meist unbemerkt hinter den Kulissen in zahllosen ehrenamtlichen Stunden widmen“, so Widmann. ■

<http://www.stillnacht.at>



Foto: Stille Nacht Gesellschaft/Tourismusverband Mariapfarr

Blick auf Pfarrkirche und Ortszentrum von Mariapfarr bei Nacht. In diesem Lungauer Ort schrieb Mohr 1816 den Liedtext.

Falstaff Rotweingala

Weingut Anita und Hans Nittnaus ist Falstaff-Sieger 2012

Foto: Falstaff Verlags GmbH/APA-Fotoservice/Schedl



Die Falstaff-Sieger 2012 (v.l.): Peter Moser (Chefredakteur Falstaff), Paul Achs (3. Platz, Blaufränkisch Spiegel 2010), Hans Nittnaus (1. Platz, Pannobile 2010), Gerhard Markowitsch (2. Platz, Rosenberg 2010), Wolfgang Rosam (Herausgeber Falstaff)

Auch in diesem Jahr wurde das Geheimnis der Falstaff Rotweinsieger bis zuletzt bewahrt. Die alljährlich brennendste Frage der österreichischen Rotweinszene, wer den Falstaff-Sieg nach Hause tragen kann, wurde am Tag der Falstaff-Rotweingala gelüftet: Das Weingut Anita & Hans Nittnaus aus Gols gewann den ersten Platz der begehrten Auszeichnung.

Am 5. Dezember wurden im Rahmen der Gala die Sieger von Falstaff-Herausgeber Wolfgang Rosam und Vertretern der Sponsoringpartner, Generaldirektorin Johanna Stefan (Donau Versicherung), Vorstandsdirektor Ralph Müller (Wiener Städtische Versicherung), Vorstandsdirektor Heinz Schuster (s Versicherung) sowie dem Falstaff-Chefredakteur Peter Moser geehrt. Zuvor hatten 95 österreichische RotweinwinzerInnen rund 280 Spitzenkreszenzen präsentiert. 1400 Gäste strömten in die Wiener Hofburg, um Österreichs beste Rotweine zu verkosten.

Der Weg zum Falstaff-Sieger der 33. Rotweinprämierung

Um die besten österreichischen Rotweine des Jahrgangs 2010 zu ermitteln, verkosteten die Falstaff-Weinexperten in den Wochen zuvor fast 1100 Weine. Die Herausragendsten davon bewertete eine Fachjury erneut. In diesem Finaldurchgang wurden als punkt-

höchste Weine, aus allen Kategorien des Jahrgangs 2010, die drei Falstaff-Sieger sowie die Falstaff-Sortensieger bestimmt und aus den gereiften Weinen des Jahrgangs 2009 und älter die Gewinner der Vienna Insurance Group Falstaff Reserve-Trophy ermittelt.

Die Ergebnisse

1. Falstaff-Sieger

„Der Pannobile 2010, den die Jury als punkthöchsten Wein des Finales zum neuen Falstaff-Sieger auserkoren hat, ist ein klares Bekenntnis zu einem ureigenen österreichischen, in diesem Fall pannonischen Rotweinstil. Eine Komposition aus den Rebsorten Blauer Zweigelt und Blaufränkisch brachte John Nittnaus den Erfolg“, so Falstaff-Chefredakteur Peter Moser über den Sieger-Wein.

Der erste Platz der 33. Falstaff-Rotweinprämierung geht also an das Weingut Anita und Hans Nittnaus aus Gols. Das Weingut kann sich nach dem Sieg bei der VIG Reserve Trophy mit Comondor 2006 nun über diese höchste Rotweinauszeichnung im Lande freuen.

2. Falstaff-Sieger

Platz zwei ging an das Weingut Gerhard Markowitsch aus Göttlesbrunn in Carnun-

tum, eine stoffige Cuvée Rosenberg 2010, bestehend aus Blauem Zweigelt und den internationalen Sorten Merlot und Cabernet Sauvignon.

3. Falstaff-Sieger

Den dritten Platz gewann mit Paul Achs aus Gols ein ausgewiesener Spezialist der Rebsorte Blaufränkisch, in diesem Fall mit dem hervorragenden Blaufränkisch Spiegel 2010.

Vienna Insurance Group Falstaff Reserve Trophy 2012

Den begehrten Titel für gereifte Spitzenweine in der Reserve-Kategorie holte sich, gegen eine hochklassige Konkurrenz von mehr als 190 Mitbewerbern, das Weingut Günter & Regina Triebaumer aus Rust mit dem grandiosen Blaufränkisch Reserve Oberer Wald 2009.

Falstaff Blauer Zweigelt Grand Prix 2012

Eine Vorschau auf den Jahrgang 2011 bot die Bewertung der jungen Blauen Zweigelt-Weine. Unter rund 200 Weinen konnte sich schließlich das Weingut Paul Achs mit Zweigelt Alte Reben als Grand Prix-Sieger durchsetzen. ■

<http://www.falstaff.at>

<http://www.nittnaus.at>

Eine Genußoase

Mitten in der Brigittenau besteht seit 1850 ein Platz, auf dem frische Früchte ebenso wie anregende Diskussionen angeboten werden.

Text und Fotos von Michael Ellenbogen *)



Foto: Michael Ellenbogen

Zwei humorvolle türkische – also typisch Wiener – Obst- und Gemüsehändler am Hannovermarkt mit einer Fülle an frischem Obst und Gemüse, wie es insbesondere an Samstagen von den KundInnen gesucht wird.

Ein magisch anmutendes Gewirr aus Farben, Düften und Stimmen zieht den Städter nicht nur aus Gründen seiner Versorgungsbedürfnisse auf jene Plätze Wiens, auf denen seit Jahrhunderten Obst und Gemüse, sowie eine Vielzahl anderer Waren feilgeboten werden, sondern auch, um sich von der sinnlichen Atmosphäre gefangen nehmen zu lassen. Auch ein Plauscherl mit dem Standler gehört zu einem Marktbesuch.

Mitten in der Brigittenau besteht seit 1850 ein Platz auf dem frische Früchte ebenso wie anregende Diskussionen angeboten werden: Der Hannovermarkt, der bis zum Jahre 1905 Brigittamarkt hieß, da dieser damals auf dem gleichnamigen Platz lag und

1913 seinen gegenwärtigen Standort einnahm.

Die Dynamik des Marktalltages, wie das lautstarke Anpreisen der Waren durch die Standbetreiber hat sich bis heute nicht geän-



dert. Noch in den 1960er Jahren verfügte der Hannovermarkt, dessen Name an die Hannoveraner Königsfamilie erinnert, die nach der Niederlage bei der Schlacht von Königgrätz im Preußisch-Österreichischen Krieg nach Wien zog, rund 90 Marktstände, die nach der Sanierung 2003 auf 55 Verkaufseinheiten begrenzt wurde. Dennoch fasziniert der Markt seine Besucher immer wieder mit seinem einzigartigen Flair in dem Einflüsse aus Orient und Okzident einander ergänzen. Gourmets die besondere Geschmackserlebnisse suchen werden hier mit Sicherheit fündig. Das erfrischende türkische Joghurt wird dort ebenso angeboten wie das angenehm duftende Fladenbrot direkt aus dem Backofen oder Gemüse, Wein und Bienenhonig aus biologischem Anbau.

Diese Produkte sind insbesondere an Samstagen zu erstehen, wenn Bauern aus

*) Michael Ellenbogen lebt und arbeitet als freier Journalist in Wien und hat sich auf Geschichte und militärhistorische Themen spezialisiert.

Gastronomie & Kulinarisches

dem Weinviertel und Marktfahrer aus der Umgebung von Wien ihre gesunden und wohlschmeckenden Erzeugnisse dem meist schon aus Stammkunden bestehenden Publikum präsentieren. Dies tun auch Matthias und Maria Hertl aus der Region Land um Laa in Niederösterreich seit 20 Jahren an 50 Samstagen im Jahr. Das Ehepaar hat sich gemeinsam mit ihrem Sohn in ihrem Landwirtschaftsbetrieb auf die Kartoffel-, Zwiebel- und Gemüseproduktion spezialisiert. „Alle unsere Produkte, die wir hier verkaufen, sind zu 90 Prozent aus eigenem Anbau“, versichert Matthias Hertl. Die Familie kommt, außer in der Erntezeit, gänzlich ohne Mitarbeiter aus und bereitet die sorgfältige Auswahl der Lebensmittel während der Woche für ihren Stand am Hannovermarkt vor. Ob in der Hitze des Sommers oder in der klirrenden Kälte winterlicher Samstage, stehen die Hertls immer an ihrem Stand und bieten ihre stets frischen Waren an. Doch kalte Tage haben ihre Grenzen. „Ab 3 Grad minus bleiben wir zu Hause, denn bei diesen Temperaturen frieren unsere Waren und sind nicht mehr verkaufbar“, weiß der erfahrene Marktfahrer zu berichten.

Die meisten Bewohner des 20. Bezirkes, besonders jene die rund um den Brigittaplatz wohnen, könnten sich ein Leben ohne dieser historisch bedeutsamen Einrichtung nicht vorstellen, die auch soziale Aufgaben erfüllt, um die Verbindung zwischen den Marktbesuchern und den Kaufleuten zu vertiefen. Gemäß dem bekannten Sprichwort: „Man soll die Feste feiern, wie sie fallen“, gibt es am Hannovermarkt das ganze Jahr über anlaßbezogene Spektakel wie Faschingsumzüge oder Festivitäten, die das Frühjahr, den Sommer oder den Herbst mit ihren spezifischen Produkten willkommen heißen. Dabei lernen einander Angehörige mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen besser kennen.

Dieser Markt läßt sich als sympathischer Schmelztiegel verschiedenster ethnischer Einflüsse bezeichnen, die einander bereichern. Dennoch unterliegt die öffentliche Einrichtung einer amtlichen Verwaltung und Kontrolle, die der Magistratsabteilung 59, dem Marktamt der Stadt Wien, obliegt. Für zeitweilig auftretende Meinungsverschiedenheiten und Kommunikationshindernisse ist der Marktbeirat als Teil der Bezirksvorstehung zuständig.

Mo-Fr: 6:00-19:30 und Sa: 6:00-17:00 Uhr
 Bauernmarkt: Sa: 6:00-15:00 Uhr
 Gastronomie: Mo-Sa: 6:00-21:00 Uhr ■

<http://www.einkaufsstrassen.at/einkaufsgebiete/20-brigittenau/hannovermarkt/>



Matthias Hertl aus der Region Land um Laa



Freundliche palästinensische Lebensmittelhändler



Das Farbenpotpourri zeichnet den Hannovermarkt aus

Salzburg ehrt Peter Handke

Der Schriftsteller erhielt an seinem 70. Geburtstag die Auszeichnung des Landes für sein literarisches Gesamtwerk – 15 weitere Kunstpreise offiziell verliehen

Die traditionelle, jährliche Verleihung der Kunst- und Kulturpreise des Landes Salzburg fand am 6. Dezember in der Alten Residenz in Salzburg statt. Genau an diesem Tag feierte auch der Schriftsteller Peter Handke, der den Großen Kunstpreis des Landes für Literatur erhielt, seinen 70. Geburtstag. Darüber hinaus wurden weitere 15 Kunst- und Kulturpreise des Landes Salzburg an diesem Abend an KünstlerInnen und Künstler der verschiedensten Sparten verliehen.

„Die Jury des großen Kunstpreises für Literatur des Landes Salzburg für 2012 hat eine ausgezeichnete Wahl getroffen und damit einen außergewöhnlichen und international geschätzten und bewunderten Autor für sein Gesamtwerk ausgezeichnet“, betonte Landeshauptfrau Gabi Burgstaller in Vertretung von Kulturreferent Landeshauptmann-Stv. David Brenner. Handkes „Salzburger Jahre“ zwischen 1979 und 1987 gehören mit zu den produktivsten und wichtigsten Schaffensphasen des Schriftstellers. „Er hält auch bis heute Kontakt zu Salzburg, so zum Beispiel bei der Uraufführung von ‚Immer noch Sturm‘ bei den Salzburger Festspielen im Vorjahr und indem er immer wieder auch über Salzburger Verlage publiziert oder mit der Schenkung von Manuskripten und biografischem Material als Grundstein für das Salzburger Literaturarchiv“, so Burgstaller.

Die von der Salzburger Landesregierung bestellte Jury, Katja Gasser vom ORF Wien, Univ.-Prof. Klaus Amann von der Universität Klagenfurt und Gerhard Ruiss von der IG Autorinnen Autoren, Wien, hat sich einstimmig für Peter Handke als Preisträger entschieden. In der Jurybegründung heißt es:

„Kein anderer deutschsprachiger Autor nach 1945 hat ein derart vielgestaltiges, eigenständiges, sprachlich und formal virtuoseres Werk aufzuweisen. Peter Handke hat mit beinahe jedem seiner Bücher die Formen und Möglichkeiten des literarischen Schreibens und damit auch sich selber als Schriftsteller neu erfunden. Sein literarischer Rang ist selbst bei seinen Kritikern unbestritten. Zu seinen bürgerlichen Tugenden zählt, daß er die Freiheit der Rede pflegt, politisch unbehindert ist und zuweilen Klartext spricht.“



Foto: Franz Neumayr LMZ

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller bei der Überreichung des Landeskulturpreises an den Schriftsteller Peter Handke

15 weitere Preise vergeben

Bei der Verleihung der Kunst- und Kulturpreise des Landes wurden neben dem Großen Kunstpreis des Landes für Literatur an Peter Handke noch 15 weitere Preise offiziell verliehen. Barbara Musil erhielt das Jahresstipendium für Bildende Kunst, Storch Ehlers & Partner Architekten den Architekturpreis, Julia Körner das Förderstipendium des Architekturpreises, Gunda Gruber den Preis für Skulptur, Sylvia Caba das Slavi-Soucec-Stipendium, Johannes Gierlinger das Jahresstipendium für Film, der Verein „ohnetitel“ den Preis für Kulturarbeit, Alexandra Kriechhammer eine Auszeichnung für Kulturvermittlung in Schulen, Irmgard Fuchs das Jahresstipendium für Literatur, Elke Erb den Georg-Trakl-Preis, Christian Lorenz Müller den Georg-Trakl-Förderungspreis, Maja Haderlap den Rauriser Literaturpreis, Elke Laznia den Rauriser Förderungspreis, die Künstlergruppe „gold extra“ den Preis für Medienkunst und Jakob Gruchmann das Jahresstipendium für Musik.

Salzburg vergibt österreichweit besonders viele Kulturpreise

„Wir wollen in Salzburg die Fenster und Türen aufmachen und ein Zuhause schaffen für künstlerische, kritische Auseinandersetzungen, für eine Atmosphäre und eine Offenheit, die nicht nur das Stromlinienförmige, Brave und Angepasste zuläßt, sondern auch Platz hat für das Kontroversielle, das auf den ersten Blick vielleicht Schwierige und Neue, Ungewohnte, Ungehörte und Ungesehene“, so die Landeshauptfrau weiter. Das gelte auch und vor allem für junge KünstlerInnen.

„Auch deshalb vergibt das Land Salzburg – im österreichweiten Vergleich – besonders viele Preise. Es ist dies ein Statement für Künstlerinnen und Künstler und originär Schaffende und Schöpfende. Sie brauchen – auch und besonders in wirtschaftlich und gesellschaftlich schwierigeren Zeiten – eine besondere Unterstützung und entsprechende Wertschätzung“, schloß Burgstaller. ■

<http://www.peterhandke.at>

Oö. Menschenrechtspreis 2012

Landeshauptmann Josef Pühringer zeichnete am 10. Dezember Schwester Kunigunde Fürst aus Vöcklabruck und Albert Langanke aus Linz aus.

Traditionell verleiht das Land Oberösterreich rund um den 10. Dezember, dem Jahrestag der Deklaration der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, den mit 8000 Euro dotierten Menschenrechtspreis.

„Die beiden Preisträger leisten durch ihr Engagement einen wesentlichen Beitrag zum Mit- und Füreinander in Oberösterreich und weit darüber hinaus“, so Landeshauptmann Josef Pühringer in seiner Laudatio. Schwester Kunigunde Fürst setzt sich seit Jahrzehnten tatkräftig für ein Leben in Würde ein, für Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben. Albert Langanke hat sein Leben dem antifaschistischen Einsatz, dem gewerkschaftlichen Engagement und der internationalen Sicherheit gewidmet. Ich freue mich, daß Sie diese hohe Auszeichnung und Würdigung Ihres persönlichen Engagements und Ihres verdienstvollen Wirkens um die Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte und Menschenwürde zuerkannt worden ist und bitte Sie, meine herzlichsten Glückwünsche entgegen zu nehmen“, so der Landeshauptmann.

Schwester Kunigunde Fürst

trat 1964 ins Noviziat der Franziskanerinnen ein, und setzt sich seither mit ihren Ordensschwestern für die Verwirklichung der Menschenrechte ein. 1994 wurde sie Generaloberin der Kongregation der Franziskanerinnen von Vöcklabruck und seit 2008 bekleidet sie das Amt der Präsidentin der Vereinigung der Frauenorden Österreichs. Bereits 2003 initiierte sie die Gründung des Hauses Lea, ein Haus, in dem Frauen in schwierigen Lebenssituationen Zuflucht finden. 2009 gründete Schwester Kunigunde Fürst gemeinsam mit der Wohnungslosenhilfe „Mosaik“ den Mittagstisch im Elisabethstüberl in Vöcklabruck, bei dem wohnungslose Menschen eine warme Mahlzeit bekommen. Darüber hinaus setzt sie sich aktiv im Armutnetzwerk-Vöcklabruck und bei Behörden für Asylwerberinnen ein. Außerdem gab sie den Anstoß zum Bau des Mittelschulkomplex St. Lorenz in Kasachstan und war maßgeblich am Aufbau der Hospizbewegung Vöcklabruck beteiligt. 2010 rief Sr. Kunigunde Fürst gemeinsam mit der Vereinigung der Frauenorden Österreichs die Aktion „Orden-



Foto: Land OÖ/Kraml

Landeshauptmann Josef Pühringer (l.), Schwester Kunigunde Fürst aus Vöcklabruck und Albert Langanke aus Linz bei der Verleihung im Linzer Landhaus

frauen gegen Menschenhandel“ ins Leben. Bei diesem Projekt beteiligt sie sich selbst aktiv und gemeinsam mit den Franziskanerinnen auch finanziell.

Albert Langanke

ist seit 1963 in der antifaschistischen Aufklärungsarbeit, in der Arbeiterbewegung sowie in Migrations- und Integrationsangelegenheiten tätig. Bis 2012 war er Generalsekretär des Comité International de Mauthausen (CIM). Er hat durch sein Engagement sehr viele Projekte und Aktivitäten in den unterschiedlichsten Vereinen und Institutionen geprägt. Auch nach seiner Pensionierung im Jahr 2003 nahm und nimmt er noch in hohem Ausmaß ehrenamtliche Aufgaben wahr. Beispielsweise beteiligt er sich an der Organisation der jährlichen Gedenk- und Befreiungsfeiern im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen, an der jährlich zwischen 10.000 und 15.000 Menschen aus ganz Europa teilnehmen. Seine gesellschaftspolitische Prägung erfuhr er durch den Vater, der von den Ereignissen der Zwischenkriegszeit geprägt war und durch die Mutter, deren jüngster Bruder wegen eines Nervenleidens als „unnützes Leben“ von den Nazis im Rahmen der T4-Aktion vergast wurde.

Seine berufliche Laufbahn beim ÖGB war von der Arbeit für MigrantInnen und ArbeiterInnen geprägt: 1975 wurde er Lan-

desbildungssekretär und Migrantensekretär und half beim Ausbau der Gewerkschaftsschulen und dem Aufbau der Migrantenorganisationen in Oberösterreich. Als Bezirkssekretär Linz/Land-Urfahr/Umgebung ab 1980 baute er eine landesweite dezentrale Migrantenorganisation aus. Als Organisationssekretär gestaltete er zahlreiche Landeskongressen, Versammlungen, Demonstrationen oder Streikunterstützungen. 1985 gründete Langanke den „Verein zur Betreuung der Ausländer“ – das heutige migrare – Zentrum für MigrantInnen in OÖ, wo er bis 2003 den Vorsitz führte. 1986 initiierte er „Mauthausen Aktiv“, das heutige Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und organisierte alljährlich die Befreiungsfeiern mit vielen ehrenamtlich tätigen Menschen. Heute hat das MKÖ mehr als 60 Komiteegruppen in sieben Bundesländern. Von 1990 bis 2012 war er Generalsekretär des Comité International de Mauthausen. Zwischen 2009 und 2012 gab er nach und nach verschiedene Tätigkeiten an Jüngere ab, wie etwa die Koordination der gesamtösterreichischen Befreiungsfeiern Mauthausen oder die Tätigkeit als Vorstandsmitglied des MKÖ. Er ist nach wie vor Mitglied in mehreren Vereinen des Antifa- und Migrantbereiches. ■

<http://www.franziskanerinnen.at>

<http://www.migrare.at>

<http://www.mkoe.at>

Wiener Frauenpreis 2012

Wiener Frauenpreis 2012 an Regisseurin
Sabine Derflinger und Historikerin Gabriella Hauch



Foto: Alexandra Kromus / PID

Regisseurin Sabine Derflinger, Frauenstadträtin Sandra Frauenberger und die Historikerin Gabriella Hauch (v.l.)

Wiens Frauenstadträtin Sandra Frauenberger hat am Abend des 10. Dezember den Wiener Frauenpreis an Sabine Derflinger und Prof.in Gabriella Hauch verliehen. Mit Sabine Derflinger wird in der Kategorie „Film“ eine vielseitige Regisseurin geehrt, die als erste Frau einen österreichischen Tatort drehen konnte. Die Frauen- und Geschlechterforschungsexpertin Gabriella Hauch wird in der Kategorie „Geschichtsforschung“ geehrt. „Die heurigen Preisträgerinnen machen jede auf ihre Art und Weise Frauen sichtbar, Sabine Derflinger auf der Leinwand und Gabriella Hauch in den Geschichtsbüchern. Mit dem Wiener Frauenpreis wollen wir ihnen diese Funktion abnehmen und sie selbst in die Sichtbarkeit rücken. Jährlich werden mit dem Wiener Frauenpreis Frauen für ihre herausragenden Leistungen im emanzipatorischen Sinn ausgezeichnet“, gratuliert Frauenberger.

„Die Preisträgerinnen des Wiener Frauenpreises haben eine wichtige gesellschaftliche Vorbildfunktion, denn sie machen Frauen Mut Rollenbilder zu durchbrechen. Für den gemeinsamen Kampf um Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit bedanke ich mich daher bei allen Wiener Frauenpreisträgerinnen!“, betonte Frauenberger.

Sabine Derflinger

„Egal ob in ‚42plus‘ oder in ‚Eine von 8‘ oder in ‚Tag und Nacht‘ oder in ‚Vollgas‘ – immer stehen Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen im Mittelpunkt ihrer Filme. Sie schmiegt sich in die Köpfe und Körper von Frauenfiguren und öffnet so ihre Welt und ihre Probleme, die Sehnsüchte und Träume einem weiten Publikum. Sie ist in ihren Filmen behutsam, brutal, offen und schonungslos. Sie begleitet sie durch Krisen, durch Höhepunkte, durch Liebschaften und auch durch Situationen, die durchaus zum Lachen sind. So wie ihr, gerade in einer krisenhaften Lage, sehr oft der Humor ganz wichtig scheint. Und damit beleuchtet sie sehr genau, wie Frauen dorthin kommen, wo sie sie in ihren Filmen zeigt. Sie porträtiert sie mit viel Verständnis und großer Authentizität. Sie ist in der konkurrenzreichen Filmwelt eine der wenigen Frauen, die sich mit grossem Können und mit außergewöhnlichem Fleiß und viel Hartnäckigkeit durchsetzt. Nicht zuletzt ist ihr damit als erste Regisseurin ein österreichischer Tatort gelungen, der fast eine Million ZuseherInnen erreicht hat. Und weil wir wissen, daß gerade die Filmwirtschaft stark männlich geprägt ist, wollen wir Sabine Derflinger mit diesem Preis sagen: Weiter so und viel Erfolg- und

vor allem Geld für zahlreiche weitere Filmproduktionen unter ihrer Regie“, lautet die wörtliche Begründung der Jury.

Prof.in Gabriella Hauch

„Schon in ihrer Magisterarbeit widmete sich die damalige Jung-Historikerin und Jung-Germanistin Gabriella Hauch ‚gefeierten, verbrannten und vergessenen‘ Frauen. Das war 1984. Seither erforscht sie konsequent Frauengeschichte, sei es in ihrer Habilitation über ‚Frauen im Parlament‘, sei es im Rahmen ihrer Genderstudies. Hauch baute das Institut für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Linz auf, das sie später leitete, und ist derzeit Professorin für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Wien. In Ihrer Forschung und Lehrtätigkeit ging es ihr immer darum, den Blick stärker auf Frauen zu richten, Geschichte vom Frauenstandpunkt aus zu betrachten und die Geschlechterverhältnisse zu beleuchten. Das war nicht immer einfach, Historiker sind auch nur Männer (frei nach Johanna Dohnal). Für ihre langjährige, engagierte und konsequente Arbeit wird Hauch mit dem Frauenpreis der Stadt Wien ausgezeichnet“, begründet die Jury ihre Entscheidung. ■

<http://sabine.derflinger.org>

Innitzer-Preis 2012 an Kernphysiker Rauch

Kardinal Schönborn zeichnete langjährigen Ordinarius für Kernphysik für herausragendes wissenschaftliches Lebenswerk aus.

Kardinal Christoph Schönborn hat dem renommierten Wiener Kernphysiker em. Prof. Helmut Rauch den Kardinal-Innitzer-Preis 2012 überreicht. Der 73jährige langjährige Ordinarius für Kernphysik an der TU Wien und Leiter des Atominstutts der Österreichischen Universitäten wurde am 15. Dezember im Erzbischöflichen Palais für sein herausragendes wissenschaftliches Lebenswerk geehrt.

Der nach Kardinal Theodor Innitzer (1875-1955) benannte Wissenschaftspreis ist eine der angesehensten Auszeichnungen dieser Art in Österreich. Er wird seit 1962 von der Erzdiözese Wien verliehen und vom Wissenschaftsministerium, mehreren Bundesländern, sowie von Banken, Versicherungen und der Wirtschaftskammer unterstützt. Außer dem großen Kardinal-Innitzer-Preis für ein Lebenswerk überreichte Kardinal Schönborn bei der Feierstunde auch Würdigungspreise in den Kategorien „Geisteswissenschaft“ an den Wiener Historiker em. Prof. Alfred Kohler, „Naturwissenschaft“ an den Grazer Biochemiker Prof. Rudolf Zechner und „Publizistik“ an die ORF-Journalistin Elisabeth Nöstlinger-Jochum sowie Förderpreise für junge Wissenschaftler.

Erinnerung an Hildegard von Bingen

In seinen Begrüßungsworten erinnerte Kardinal Schönborn an die Mystikerin, Äbtissin und Autorin Hildegard von Bingen, die Papst Benedikt XVI. erst im Oktober zur Kirchenlehrerin ernannt hatte. Ein neues Bild im Festsaal des Erzbischöflichen Palais zeigt den alten Schlußstein aus der Ruine der Kirche des von Hildegard im 12. Jahrhundert gegründeten und mittlerweile verfallenen Klosters Rupertsberg. Hildegard habe als Ordensfrau und „gebildetste Frau ihrer Zeit mit einem weitgespannten Oeuvre“ eine Brücke zwischen Glauben und Wissenschaft geschlagen und damit ein „Zeichen der Ermüdung“ gesetzt, das auch heute noch gültig sei, betonte Schönborn. Sie habe gezeigt, daß das immer wieder kontroverse Verhältnis zwischen beiden Bereichen „nicht nur un- oder gar kontraproduktiv“ gewesen sei, son-

dern immer wieder auch Großes hervorgebracht habe. Die geistigen und geistlichen Erkenntnisse Hildegards seien auch heute noch inspirierend. Und sollte auch die „Hildegard-Medizin“ an heutigen Medizinischen Hochschulen nicht mehr als der Weisheit letzter Schluß gelten, so werde diese doch bis heute von vielen Menschen – bis hin in esoterische Kreise – hoch geschätzt, fügte Schönborn schmunzelnd hinzu.



Foto: TU Wien / Florian Aigner

Prof. Helmut Rauch

Als einen „großen Mann der Kirche und der Wissenschaft“ würdigte Kardinal Schönborn bei der Feier auch den Namensgeber des Wissenschaftspreises, Theodor Innitzer. Der vormalige Professor und Rektor an der Universität Wien habe im Vorfeld des „Anschlusses“ an Hitler-Deutschland einen Fehler begangen, den er selbst später sehr bedauert habe. Nicht nur durch die von ihm eingerichtete kirchliche „Hilfsstelle für nicht-arische Katholiken“, wo unbürokratisch auch Nicht-konvertierten Juden Hilfe geleistet wurde, habe sich Innitzer als „mutig in schrecklichen Zeiten“ erweisen, sagte der Kardinal.

Koryphäe im Bereich der Atomphysik

Laudator bei der Preisverleihung war der Geschäftsführer des Kardinal-Innitzer-Studienfonds der Erzdiözese Wien, Prof. Herbert Matis.

Der 1939 in Krems geborene Hauptpreisträger Helmut Rauch sorgte seit den 1970er Jahren für Aufsehen erregende Forschungen im Bereich der Atomphysik: 1974 gelang Rauch gemeinsam mit Kollegen durch Interferenz-Experimente mit einem Neutronen-Interferometer, das er selbst entwickelt hatte, erstmals der Nachweis, daß monochromatische Neutronen Wellencharakter haben und daß Materiewellen im makroskopischem Maßstab existieren. Das war ein weiterer Beweis, daß auch massive Partikel, nicht nur Photonen, sowohl Materie als auch Welle sein können. 1983 konnte er durch Experimente zum Energieaustausch zwischen Neutronen und Magnetfeldern in Grenoble ausserdem beweisen, daß eine quantenphysikalische Messung die Phasenbeziehung von Materiewellen nicht stört und auch nicht zerstört.

Helmut Rauch studierte nach der Matura in Krems Technische Physik in Wien, wo er 1965 an der TU als einer der ersten am Atominstitut dissertierte und sich 1970 für das Fachgebiet „Neutronen- und Reaktorphysik“ auch habilitierte. Zwei Jahre später wurde Rauch mit erst 33 Jahren ordentlicher Universitätsprofessor für Experimentelle Kernphysik an der TU Wien und stand dem Institut auch nach dessen Umbenennung in Institut für Kernphysik bis 1996 vor. Die Leitung des Atominstutts hatte Rauch bis 2005 inne. Als Vizepräsident, später als Präsident des FWF sorgte der Physiker in den 1980er und 1990er Jahren auch für die Förderung der Grundlagenforschung in Österreich. Auch auf europäischer Ebene war auch Mitglied hochkarätiger Wissenschaftsgremien, z.B. des Executive Council der European Science Foundation (1996-1999).

Unter den zahlreichen Ehrungen Rauchs für seine Forschungstätigkeit finden sich u.a. der Erwin-Schrödinger-Preis der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (1977), der Ludwig-Wittgenstein-Preis (2006) und das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (2005). Auch mit dem Kardinal-Innitzer-Preis im Bereich Naturwissenschaften wurde Helmut Rauch 1986 bereits geehrt. ■

Der weltweit erste biegbare und transparente Bildsensor

Ein Forschungsdurchbruch ist dem Institut für Computergrafik der JKU gelungen: Es handelt sich dabei um die weltweit ersten biegbaren und völlig transparenten Bildsensoren – made in Austria.

Ein Forschungsdurchbruch ist dem Institut für Computergrafik der Johannes Kepler Universität Linz (JKU) gelungen: Prof. Oliver Bimber und Alexander Koppelhuber M.Sc. haben einen revolutionären neuen Bildsensor entwickelt. Seit eineinhalb Jahren forschen die beiden Wissenschaftler in Kooperation mit Microsoft Research in Cambridge an dieser flexiblen Sensor-Lösung. „Einstweilen handelt es sich noch um Grundlagenforschung“, erklärt Prof. Bimber. „Aber die ersten Prototypen existieren bereits.“

Flexible Folien

Im Prinzip handelt es sich um eine durchsichtige Folie, die mit fluoreszierenden Partikeln dotiert ist. Sie absorbiert Licht einer bestimmten Wellenlänge, das dann in geringerer Frequenz wieder abgegeben und an den Rand der Folie transportiert wird. Mit Photosensoren und einem speziellen optischen Trick können die Lichtanteile gemessen werden, die den Folienrand an jeder Stelle und aus jeder Richtung erreichen. Bei den vermessenen Daten handelt es sich um ein zwei-dimensionales Lichtfeld, welches innerhalb der Folie transportiert wird. Ähnlich wie bei der Computer-Tomografie kann aus diesen Daten das Bild rekonstruiert werden, das auf der Folienoberfläche abgebildet wird.

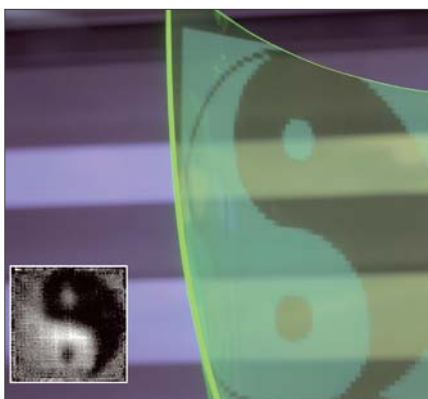
Die Vorteile sind enorm: Die Folie ist leicht, völlig transparent, skalierbar in jede Größe, kann überall angebracht werden und ist extrem flexibel. Zudem ist die Herstellung ausgesprochen günstig. „Wir arbeiten momentan vor allem daran, die Bildqualität und -auflösung weiter zu erhöhen, indem sowohl Hard- als auch Software weiter entwickelt werden“, erklärt Bimber. Auch wenn der Rechenaufwand zur Bildrekonstruktion hoch ist, stellt dieses für die aktuelle Implementierung des parallelen Rekonstruktionsalgorithmus auf Prozessoren herkömmlicher Grafikkarten kein Problem dar: Für ein Bild von 64*64 Pixel sind zum Beispiel Gleichungssysteme mit 14 Millionen Einträgen zu lösen – was momentan in einer Zeit von 0,15 Sekunden gelingt.



Der weltweit erste biegbare und völlig transparente Bildsensor besteht aus einer mit fluoreszierenden Partikeln dotierten Kunststoffolie.

Höhere Flexibilität erreichbar

Im weltweiten Forschungswettbewerb um neue optische Sensoren hat die JKU damit die Nase mit vorn. Die neuen Sensoren können nicht nur, beliebig groß gestaltet oder



Fotos: JKU

Sensor und aktuelles Bildrekonstruktionsergebnis

gebogen sondern auch in Schichten übereinander gelegt werden. „Damit kann man dann auch Farben aufnehmen – in untereinander liegenden Pixeln – eine Farbe pro Schicht. Bei herkömmlichen Bildsensoren werden die

Farben in nebeneinander liegenden Pixeln aufgenommen, was die effektive Auflösung reduziert“, so der Grafikexperte. Auch unterschiedliche Belichtungen können nun in den verschiedenen Schichten gemessen werden. „So können helle und dunkle Bereiche gleichzeitig aufgenommen werden, und Über- oder Unterbelichtungen, wie sie mit heutigen Kameras bei kontrastreichen Szenen möglich sind, gehören der Vergangenheit an“, beschreibt Bimber.

Vielfältige Anwendungsmöglichkeiten

Der Sensor ist vor allem für neue Benutzerschnittstellen interessant. „Deshalb hat auch Microsoft unsere Forschung für weitere drei Jahre finanziert. Künftig muß man dank unserer Technologie einen Touchscreen gar nicht mehr berühren.“ Und da die dünnen Folien auch überall und in jeder Form und Größe angebracht werden können, wäre es zudem möglich, beliebige Objekte, wie die Windschutzscheibe eines Autos, in einen Bildsensor zu verwandeln. Es ergeben sich damit grundlegend neue Anwendungspotentiale. ■

Ultrakurze Laserpulse kontrollieren chemische Prozesse

Wie kann man Moleküle gezielt zerbrechen? Ein neues Experiment an der TU Wien zeigt, wie die Forschung an ultrakurzen Laserpulsen mit der Chemie verknüpft werden kann.

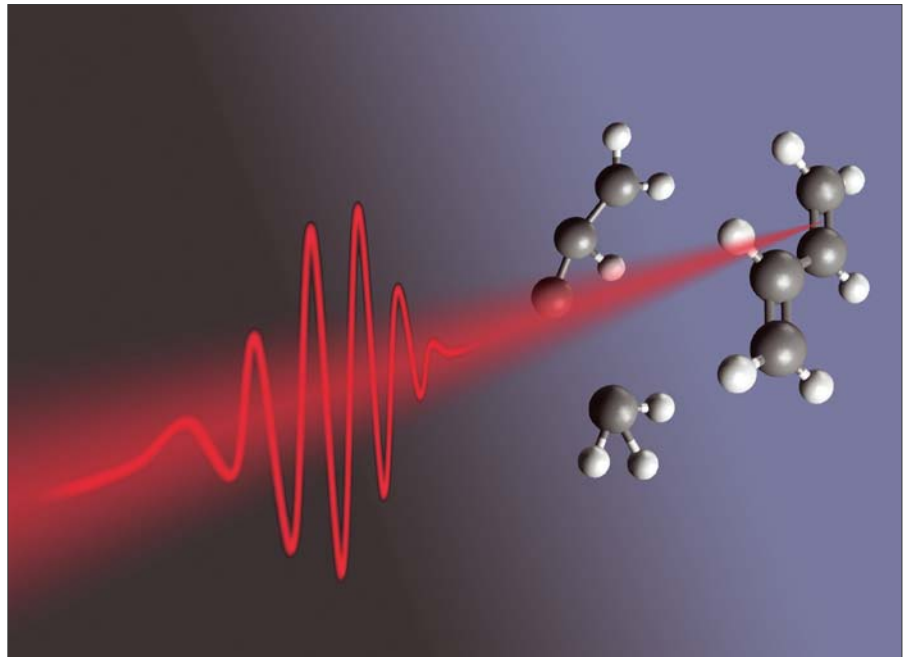
Chemische Reaktionen laufen so schnell ab, daß es mit herkömmlichen Methoden völlig unmöglich ist, ihren Verlauf zu beobachten oder gar zu steuern. Doch immer wieder ermöglichen neue Entwicklungen in der Elektrotechnik und der Quantentechnologie, ein genaueres Verständnis und eine bessere Kontrolle über das Verhalten von Atomen und Molekülen zu erzielen. An der TU Wien gelang es nun, mit ultrakurzen Laserpulsen Einfluß auf das Zerbrechen großer Moleküle mit bis zu zehn Atomen auszuüben.

Der Lichtblitz, der Moleküle bricht

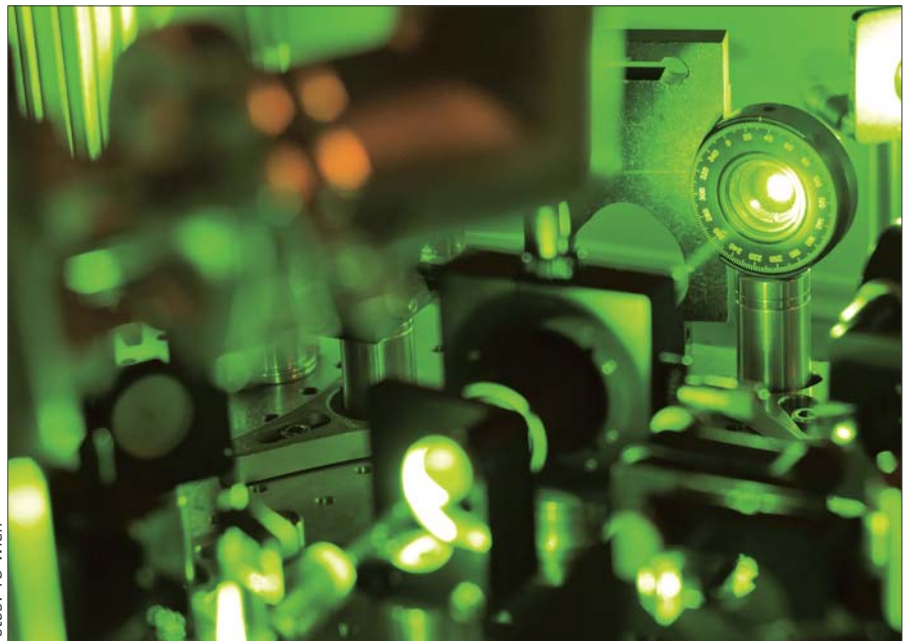
Der Bruch eines Moleküls ist ein Beispiel für eine elementare chemische Reaktion. Molekulare Bindungen mit einem Laserpuls zu zerbrechen ist relativ einfach. Viel schwieriger ist es allerdings, den Bruch einer bestimmten Bindung gezielt zu beeinflussen, also kontrolliert herbeizuführen oder zu unterdrücken. Um das zu erreichen, muß man in die komplexen Vorgänge auf atomarer Ebene eingreifen. Am Institut für Photonik der TU Wien macht man das mit speziell geformten Laserpulsen – mit einer Dauer von nur wenigen Femtosekunden. Eine Femtosekunde (10^{-15} Sekunden) ist ein Millionstel einer Milliardstelsekunde.

Schnelle Elektronen, träge Atomkerne

Ein Kohlenstoffatom hat rund 22000 mal mehr Masse als ein Elektron. Daher ist es auch verhältnismäßig träge und nicht so leicht von seinem Aufenthaltsort fortzubewegen. Ein Laserpuls kann die Bewegung der kleinen, leichten Elektronen daher viel rascher verändern als die der Atomkerne: Ein Elektron kann aus dem Molekül herausgerissen werden, dann durch das Feld des Laserpulses zum Umkehren gebracht werden und wieder mit dem Molekül zusammenstoßen. Bei diesem Zusammenstoß kann das Elektron dann zusätzlich noch ein zweites Elektron aus dem Molekül reißen. So entsteht ein doppelt geladenes Molekül, das dann unter Umständen in zwei einfach geladene Bruchstücke aufbrechen kann.



Ein kurzer Laserpuls trifft auf ein Molekül (hier: Butadien), das in zwei Bruchstücke zerfällt



Fotos: TU Wien

Laseroptik am Institut für Photonik der TU Wien

„Bis sich die Atomkerne ausreichend weit voneinander entfernen und das Molekül in zwei Teile bricht, vergehen normalerweise

viele Femtosekunden“, sagt Markus Kitzler vom Institut für Photonik der TU Wien. Der Zusammenstoß des Elektrons mit dem Mo-

lekül dauert hingegen nur einige hundert Attosekunden (10^{-18} Sekunden). „Wir haben es also mit zwei verschiedenen Zeitskalen zu tun“, erklärt Kitzler. „Unsere speziell geformten ultrakurzen Laserpulse beeinflussen die rasch beweglichen Elektronen. Dadurch, daß die Elektronen durch den Zusammenstoß kontrolliert in einen anderen Zustand versetzt werden, beginnen sich dann auch die großen, trägen Atomkerne zu bewegen.“

Mit dieser Technik konnte das TU-Forschungsteam nun erstmals zeigen, daß bestimmte elementare chemische Reaktionen bei verschiedenen Kohlenwasserstoffmolekülen auch kontrolliert initiiert oder unterdrückt werden können, wenn die Bewegung der Atomkerne indirekt über die viel schnelleren Elektronen beeinflusst wird. Entscheidend dafür ist die genaue Form der Laserpulse.

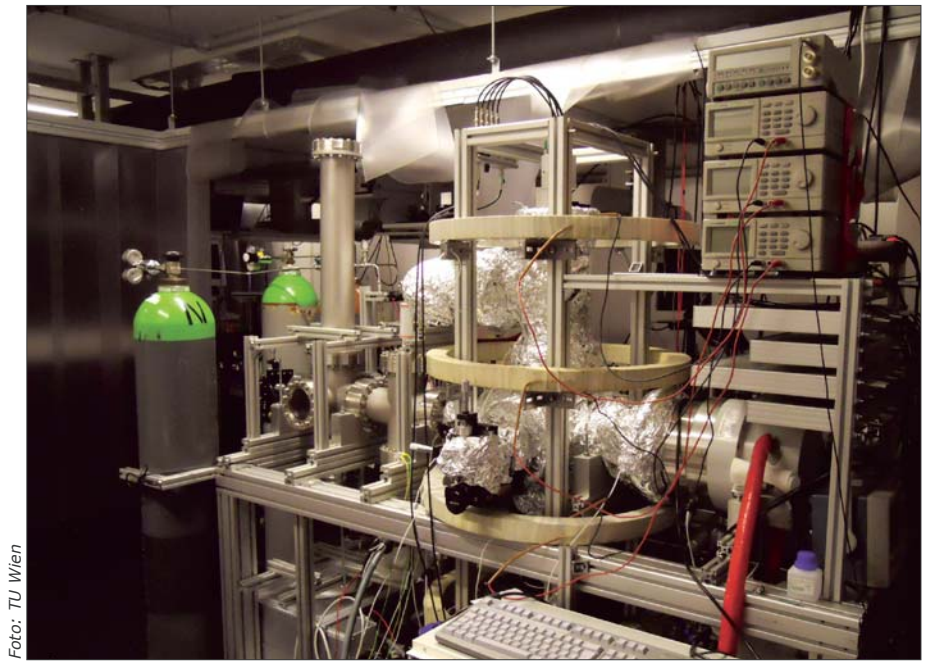


Foto: TU Wien

Apparatur für die Vermessung der im Laserpuls erzeugten Molekülfragmente

Die Rolle der Elektronenbewegung für die Chemie

Um die experimentellen Daten richtig deuten zu können und um zu verstehen, was bei diesen unglaublich schnellen Vorgängen auf atomarer und elektronischer Ebene eigentlich passiert, sind auch theoretische Berechnungen und Computersimulationen nötig. Diese wurden ebenfalls an der TU

Wien durchgeführt – am Institut für Theoretische Physik, das mit dem Institut für Photonik in Attosekunden-Projekten zusammenarbeitet. Mit der nun vorgestellten Methode kann man nicht nur beobachten ob und wie ein Molekül zerbricht. „Die Experimente und Simulationen zeigen, wie man durch präzises Kontrollieren des Laserpulses nun

auch gezielt in den Ablauf chemischer Prozesse eingreifen kann“, sagt Katharina Doblhoff-Dier vom Institut für Theoretische Physik. ■

Originalpublikation: X. Xie et al., *Attosecond-Recollision-Controlled Selective Fragmentation of Polyatomic Molecules*, PRL 109, 243001 (2012).

FH Joanneum Kapfenberg bringt Berlin-Modell zum Sprechen

Mein Team des Studiengangs „Energie-, Verkehrs- und Umweltmanagement“ ein Berlin-Modell zur sprechenden Stadt.

Lange Zeit suchte die TU Berlin nach einem Partner, der ihr Modell (4 x 1,5 Meter) des Stadtzentrums der deutschen Hauptstadt zum Sprechen bringt. Bis sie auf den Studiengang „Energie-, Verkehrs- und Umweltmanagement“ der FH Joanneum Kapfenberg stieß. Nach nur drei Wochen intensiver Programmierarbeit ist das Berlin-Modell für Sehbehinderte zu einem Informationszentrum über die deutsche Bundeshauptstadt geworden.

Stadt-Infos am Handy

„Ausgestattet mit RFID-Tags, die im Modell eingebracht sind, können Sehbehinderte mit einem RFID-Reader alle gewünschten Informationen als Sprachausgabe am Mobiltelefon erhalten“, so Martijn Kiers vom Studiengang. Zusammen mit seinem Kollegen Oliver Gößler erweckte er „Talking Berlin“ zum Leben.

Für den sehbehinderten Benutzer ist es ganz einfach, Informationen über Berliner Gebäude und Plätze zu erhalten. Er fährt mit den Händen, wobei auf einer der RFID-Reader befestigt ist, über das Modell im Maßstab 1:2000 und bekommt über das Mobiltelefon Informationen über die jeweilige Sehenswürdigkeit angesagt.

„Bei der Entwicklung sind wir besonders auf die Wünsche der Sehbehinderten eingegangen“, so Kiers. „Nach der ersten Inbetriebnahme haben wir das Modell zusätzlich einem Feinschliff unterzogen und die Sprachausgabe verbessert.“

Berlin gehört gehört

Der deutsche Bundestagspräsident Norbert Lammert stellte „Talking Berlin“ kürzlich im Rahmen der Veranstaltung „Menschen mit Behinderung“ im deutschen Bundestag vor. Zur Zeit kann „Talking Berlin“ in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt besichtigt und gehört werden.

Von vielen Sehbehinderten erhielt das Projektteam ein sehr positives Feedback. Der deutsche Bundestag hat daher beim Studiengang nachgefragt, ob ein weiteres sprechendes Modell erstellt werden kann, das in der Reichstagskuppel aufgestellt werden soll.

Der Studiengang „Energie-, Verkehrs- und Umweltmanagement“ beschäftigt sich schon seit einigen Jahren mit barrierefreien Verkehrslösungen durch den Einsatz aktueller Technologien. Im Rahmen der Projektreihe „ways4all“ wird unter anderem an der Navigation für Sehbehinderte für den neuen Wiener Hauptbahnhof gearbeitet.

Die FH Joanneum wurde 1995 gegründet. Mit 40 Studiengängen (Stand Herbst 2012) in den vier Fachbereichen „Internationale Wirtschaft“, „Information, Design & Technologien“, „Leben, Bauen, Umwelt“ und „Gesundheitswissenschaften“ zählt die FH Joanneum zu einer der führenden Fachhochschulen Österreichs. Im Juli 2007 erhielt sie den Status einer Hochschule. ■

<http://www.fh-joanneum.at>

Hochkarätige Hirntumorforschung

Forscher an der Medizinischen Universität Graz finden wichtiges Molekül, das an der Entstehung von bösartigen Hirntumoren beteiligt ist.

Eine der spannenden Fragen in der modernen Tumorforschung ist, durch welche Mutationen aus einer gesunden Zelle eine Tumorzelle wird. Mittlerweile wurde bei zahlreichen Tumoren nachgewiesen, daß in diesem Prozeß kleine RNA-Moleküle (so genannte MicroRNAs oder miRs) eine entscheidende Rolle spielen. Das gilt offensichtlich auch für maligne Gliome, eine besonders aggressive Form von Hirntumoren. In Kooperation mit einem Forschungsteam aus Singapur konnte der Grazer Neuropathologe Assoz.-Prof. Johannes Hayböck in einer aktuellen Arbeit zeigen, daß die MicroRNA-138 bei der Gliomentstehung tumorfördernd wirkt und ihre erhöhte Expression ein molekulares Merkmal von Gliomstammzellen ist.

Die Bedeutung dieser Entdeckung liegt darin, daß die miR-138 nicht nur als prognostischer Biomarker verwendet werden könnte, sondern auch ein mögliches Zielmolekül für die Behandlung von malignen Gliomen ist.

Maligne Gliome sind die häufigsten und aggressivsten bösartigen Hirntumoren bei Erwachsenen. Betroffene haben eine mittlere Überlebenszeit von weniger als einem Jahr. Im Schnitt verlängern auch Operation, Bestrahlung und Chemotherapie das Leben nur um wenige Monate. Man geht heute davon aus, daß für die Entstehung und die Rezidivneigung des Tumors spezifische Gliomstammzellen verantwortlich sind, die besonders resistent gegenüber unterschiedlichen Therapieansätzen sind: Je höher die stammzellige Komponente des Tumors, desto aggressiver ist sein Wachstum und desto höher die Rezidivneigung.

Johannes Hayböck, Institut für Pathologie der Medizinischen Universität Graz, und seine Forscherkollegen gingen nun der Frage nach, was Gliomstammzellen auf molekularer Ebene charakterisiert. Insbesondere interessierten sie sich dabei für MicroRNAs. Diese kurzen RNAMoleküle werden nicht in Proteine umgesetzt, sondern regulieren die Aktivität von Genen. Wird dadurch die Entstehung und Progression von Tumo-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Eine der spannenden Fragen in der modernen Tumorforschung ist, durch welche Mutationen aus einer gesunden Zelle eine Tumorzelle wird.

ren beeinflusst, bezeichnet man die beteiligte miR auch als OncomiR.

Erhöhte miR-138-Expression in Gliomstammzellen

Im angesehenen Wissenschaftsjournal „Cell Reports“ berichten die Wissenschaftler nun, dass humane Gliomstammzellen und gesunde neuronale Stammzellen tatsächlich ein unterschiedliches Expressionsmuster von MicroRNAs aufweisen. Am deutlichsten war der Unterschied in der vorliegenden Studie bei der Expression von miR-138: Die Anschaltung von miR-138 in Gliomstammzellen hatte zur Folge, daß sich ein aggressiver Tumor entwickelte. Die miR-138 fungierte also bei der Gliomentstehung als OncomiR. Entsprechend der Stammzell-Hypothese zeigten Gliome mit verstärkter miR-138-Expression eine größere Aggressivität und Rezidivneigung. „Die klinische Bedeutung dieser Befunde liegt darin, daß die miR-138 bei Patienten mit Gliomen als prognostischer Biomarker verwendet werden könnte“, erklärt Prof. Hayböck.

Mindestens ebenso interessant ist die miR-138 als mögliches Angriffsziel für neue Therapieansätze. „Die miR-138 ist sicher nicht die alleinige Ursache der Tumorentstehung, aber aus unserer Sicht eine wichtige Triebfeder des aggressiven Wachstums“, so der Neuropathologe. Unterstützt wird diese Annahme auch durch Tiermodelle: Dort konnte nachgewiesen werden, dass im Fall einer miR-138-Blockade durch eine künstliche Anti-miR das Tumorwachstum in der Zellkultur und die Tumorentstehung in vivo verhindert werden. Bevor eine derartige Therapie auch bei Gliompatienten mit starker Stammzellkomponente klinisch getestet werden kann, gilt es aber noch eine Reihe von Hindernissen, wie die Blut-Hirn-Schranke zu überwinden. Anti-miR-basierte Behandlungsansätze mit kleinen Molekülen, die ganz spezifisch auf bestimmte MicroRNAs wirken und daher kaum Nebenwirkungen haben, gehören aber zweifellos zu den spannendsten Therapiekonzepten der näheren Zukunft. ■

<http://www.medunigraz.at>

Flugzeuge stricken?

In einem Forschungsprojekt haben sieben oberösterreichische Unternehmen ein neues Herstellungsverfahren für faserverstärkte Kunststoff-Teile entwickelt.



Foto: Land OÖ

Präsentierten Spitzentechnologie aus OÖ (v.l.): Werner Pamminger (Geschäftsführer Clusterland OÖ), Franz Stollberger (Geschäftsführender Gesellschafter Kobleder GmbH), Gernot Schaffler (Leiter Transfercenter für Kunststofftechnik), Wirtschaftslandesrat KommR Viktor Sigl, Johann Kastner (Geschäftsleitung FH OÖ Forschungs & Entwicklungs GmbH) und Christian Altmann (Leiter Kunststoff- und Mechatronikcluster OÖ).

Der neu entwickelte Strickprozeß kommt den Anforderungen der Industrie sehr nahe: hoher Automatisierungsgrad und ressourcenschonender Materialeinsatz. Gerade der steigende Composite-Anteil in Flugzeugen macht es notwendig, Preforms – vorgefertigte Bauteile – vollautomatisch herzustellen. Anhand eines Demonstrator-Bauteils hat die Projektgruppe eindrucksvoll bewiesen, daß dies möglich ist. Der Bauteil wurde einem Flugzeugspant nachempfunden, einer ringförmigen Aussteifung eines Flugzeugrumpfes. Die dafür entwickelten Rundgestricke zeichnen sich durch ihre gute Drapierbarkeit aus. Sie ermöglichen die Darstellung komplexer Geometrien in besonders sparsamer Weise ohne Verschnitt.

Wachstumsmarkt Composites

Automobilhersteller investieren derzeit massiv in die Composite-Technologien. Die so hergestellten Faserverbundwerkstoffe bieten für Zulieferer als intelligente Halb- oder Fertigteile besonders gute Marktchancen. Auch im Maschinenbau, in dem derzeit noch klassische Metallkonstruktionen vorherrschen, sehen Composite-Experten großes Potenzial für diesen Werkstoff. „Dieses Projekt ist ein Schritt in die richtige Richtung, der sicherstellt, daß oberösterreichische Unternehmen künftig am ‚Composite-Boom‘ teilhaben werden“, sagt oberösterreichs Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl.

Branchen, wie Flugzeug- und Automobilbau nutzen die Vorteile der faserverstärkten Kunststoffe (auch Faserverbundwerkstoffe oder Composites). Das geringe Gewicht und die hohen mechanische Eigenschaften führten – auch aus Gründen der Ressourcen- und Umweltschonung – zu einem wahren Höhenflug dieser Werkstoffgruppe. Im Flugzeugbau stieg der Anteil der Composite Teile von 23 Prozent im Airbus A380 auf über 50 Prozent in der Boeing B787 und im Airbus A350. Im Automobilbau werden Karosserieteile und ganze Baugruppen in dieser Bauweise entwickelt. Auch im Maschinenbau, bei Sportgeräten und v.a. für Windkraftanlagen werden hoch beanspruchte Teile aus Faserverbundwerkstoffen gezielt eingesetzt.

Neuartiger Strickprozeß

In diesem Forschungsprojekt wurde ein neues Herstellungsverfahren für diese faserverstärkten Kunststoffteile entwickelt. Das besondere daran: Erstmals werden dafür mehrlagige Rundgestricke eingesetzt. Der Prototyp einer weltweit einzigartigen Rundstrickmaschine ist in diesem Projekt vom Maschinenbauer Stranzinger im Innviertel

entwickelt und konstruiert worden. Später wird die Maschine im Strickunternehmen Kobleder eingesetzt werden.

Zeit- und Wettbewerbsvorsprung

Die sieben oberösterreichischen Kooperationspartner dieses FFG-Projekts bilden die gesamte Wertschöpfungskette von Composite Bauteilen ab. Jedes der Unternehmen wird das im Projektzeitraum gewonnene Know-how in seinem Betrieb vermarkten. Aber auch die Möglichkeit, auf Partner dieser Kooperation mit den jeweiligen spezifischen Kompetenzen zugreifen zu können, erleichtert es künftig ungemein, neue Zielmärkte zu erschließen und somit einen deutlichen Wettbewerbsvorsprung zu erzielen.

Gesamte Wertschöpfungskette in OÖ

Am Projekt beteiligt waren der Faserhersteller ASA.TEC aus Ohlsdorf, der Maschinenbauer Stranzinger und das Strickunternehmen Kobleder aus St. Martin im Innkreis, die Forschungseinrichtungen des TCKT und der FH OÖ in Wels und der Kunststoff-Cluster der Clusterland Oberösterreich GmbH, der sicherstellt, daß die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts in der Branche auch bekannt gemacht werden. ■

<http://clusterland.at>

Variantenreich

Neue Datenbank erfasst Aussprache des Österreichischen Deutsch

Viele österreichische BerufssprecherInnen im Radio und Fernsehen tendieren bei ihrer Aussprache zum Deutschländischen Deutsch“, bemerkt Ass.-Prof. Rudolf Muhr von der Karl-Franzens-Universität Graz. Der Linguist analysiert seit 2000 die Aussprache des Österreichischen Deutsch und vergleicht sie mit den Standards unserer Nachbarn Deutschland und Schweiz. Die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit hat der Germanist in einem „Österreichischen Aussprachewörterbuch“ zusammengefaßt und in der Aussprache-Datenbank-Austria „ADABA“ erstmals verarbeitet. Rudolf Muhr ist auch Initiator des seit 1999 jährlich gewählten Wort und Unwort des Jahres.

„Lange Zeit wurde das Burgtheaterdeutsch in Österreich als Normsprache geführt“, erläutert der Wissenschaftler. Diese sei aber ausschließlich als überhöhte Norm der theatralischen Darstellung anzusehen. „Die Norm, die wir für das Projekt kodifiziert haben, war die ‚Medienpräsentations-sprache‘“.

Darunter versteht er jene Sprache, die Menschen verwenden, wenn sie im Rundfunk oder Fernsehen auftreten und öffentlich sprechen. Dabei müsse zwischen geschulten und ungeschulten SprecherInnen unterschieden werden; beides zusammen sind gültige Realisierungsformen des Österreichischen Deutsch, und sie werden in der Aussprache-Datenbank präsentiert.

Mehr als 75.000 Wörter und 50 Modelltexte

Rudolf Muhr erstellte im Rahmen eines umfangreichen Projekts einen repräsentativen Korpus von insgesamt 75.650 Wörtern und 50 Modelltexten. Jeweils zwei SprecherInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz mußten denselben Korpus im Studio aufnehmen, damit die Aussprache vergleichbar wurde. Die Ergebnisse waren für den Forscher eindeutig: Selbst bei den ModellsprecherInnen der drei deutschsprachigen Länder bestehen zum Teil erhebliche Unterschiede in der Aussprache, zum Beispiel bei den Lehnwörtern. „Bei vielen österreichischen SprecherInnen ist jedoch ein Hang zum Deutschländischen Deutsch erkennbar“, faßt Muhr zusammen. Das hänge damit zusammen, daß das Norddeutsche – fälschli-

A a

a, A; A a:
ä, Ä; A a:
a cappella; ▶ A a: ka:'pe:la;
D a: ka:'pe:la; S 'a: ka:'pe:la
à condition; A a kō'di'si:ō
a deux mains; A a'dœ: mɛ:
a fond; ▶ A a: 'fō:; D a: 'fō:
S a: 'fō: / ..'fō:
à fonds perdu; A a 'fō: pɛ'ɛ'dy:
à la bonne heure! A a la
bō'nœ:
à la carte; A a la'kat
à la longue; ▶ A a:la: 'lɔ:ŋ /
a:la: 'lō:ŋ; D a:la: 'lō:ŋk /
..'lō:ŋk; S a:la: 'lō:ŋk / ..
'lō:ŋk
a metà; A a me'ta
a posteriori; A a pō'stɛ'ri:ō'ri
a prima vista; A a, pri:ma
'vista
a priori; ▶ A a:'pri:ō'ri: /
a:'pri:ō'ri:; D a:'pri:ō'ri:
S a:'pri:ō'ri: / a:'psio:si:
à quatre mains; A a 'katʁə 'mɛ:
à quatre partis; A a 'katʁə
pæ'ti:
à tout prix; A a 'tu: pʁi:

ab und zu; ▶ A 'ap.un'tsu;
D 'ap.un'tsu:; S 'ap.un'tsu:
ab; ▶ A ap; D ap; S ap
Abandonnement; A
abādōn'mä:
abandonnieren; A abādō'niri:n
Abart; A 'apart
Abbau; ▶ A 'ap'pāō / ap'bāō;
D ap'bāō / 'ap'pāō; S a'bāō /
'ap'pāō
abbauen; ▶ A ap'bāō.ən /
..bāōŋ; D 'ap'bāō.ən /
..bāōŋ; S a'bāō.ən
Abbe; A a'be:
abbeeren; A 'apbe:ren
abbiegen; ▶ A 'ap'bi:gen /
..bi:ŋŋ; D ap'bi:gen;
S 'ʔap'i:gen / 'ʔap'i:gen
Abbrändler; A 'apbrɛntle
abbrechen; ▶ A ap'brɛçŋ;
D ap'brɛçŋ / ..ɛçŋ;
S a'pɛçŋ
Abbreviation; A abrevi.a'tsi:ō:n
Abbrücker; A abrevi.a'tu:ɐ
abbreivieren; A abre'vi:ren
Abbruch; ▶ A ap'brux; D ap-
'brux / ap'pʁux; S 'ap'pʁux /
'ap'pʁux
ABC; ▶ A a:betse; D a:betse;
S a:betse:
Abc-Buch; A abɛ'tse:bux
abchecken; ▶ A ap'tʃɛkŋ / ..kŋ;
D ap'tʃɛkŋ / ..kŋ; S
ap'tʃɛkŋ
abdecken; ▶ A ap'dɛkŋ:

Abenteurer; ▶ A a:bentōɛ /
a:bŋ.; D a:bent'œɛ / a:bŋ.;
S a:bentōɛ / a:bŋ..
Abenteurerfilm; ▶ A 'a:bŋtōɛ.ɐ-
'film; D 'a:bŋtōɛ.ɐ'film;
S 'a:bentōɛ.ɐ'film / a:bŋ..
aber; ▶ A a:bɛ; D a:bɛ; S a:bɛ /
a:b'ɛ
Aberger; AF 'a:bɛrgɛ
abermals; ▶ A a:bɛmals;
D a:bɛmals; S a:bɛmals
abfahren; ▶ A ap'fa:'ɛn / ..fa:ŋ;
D ap'fa:rɛn; S ap'fa:rɛn
Abfahrt; ▶ A ap'fa:ɛrt; D
ap'fa:'ɛt / ..a:ɛrt; S ap'fa:ɛrt
Abfahrtszeit; ▶ A 'apfa:'tstsâɛt
' / ap'fa:ɛrt.; D 'apfa:tstsâɛt /
'..fa:'t.; S 'apfa:tstsâɛt /
'ap'fa:ɛt..
Abfall; ▶ A 'apfal; D 'apfal;
S 'apfal
Abfälle; ▶ A 'apfɛlə; D 'apfɛlə;
S apfɛlə
Äbfalter; AF 'ɛpfa:ltɛ
Äbfalterer; AF 'ɛpfa:ltɛrɛ
Abfalterbach; AO 'apfa:ltɛsbax
Abfertigungsschalter; ▶
A 'apfɛrti:ŋŋs.'falte;
D 'apfɛrti:ŋŋs.'falte /
..fɛst.; S 'apfɛrti:ŋŋs.'falte
abfliegen; ▶ A 'apfli:ŋŋ
D 'apfli:ŋŋ / ..fli:ŋŋ;
S 'apfli:ŋŋ
Abflug; ▶ A 'apfluk;
D 'apfluk; S 'apfluk

Eine Beispielsseite aus dem ÖAWB

cherweise – als Norm angesehen werde. Demgegenüber verfüge das Österreichische Deutsch über eine eigene Aussprachenorm, für die man sich nicht schämen müsse.

Bundesländervergleich

Neben einem Dreiländervergleich interessierten den Wissenschaftler auch die innerösterreichischen Unterschiede. Damit ein Querschnitt der österreichischen Aussprache repräsentiert wird, sind in der ADABA auch die regionalen SprecherInnen des ORF und sogenannte DurchschnittsprecherInnen erfaßt. Von allen ORF-Bundesländerstudios wurden jeweils drei Personen ausgewählt, die drei unterschiedliche Texte produzierten: einen phonetisch reichhaltigen Text, einen Nachrichtentext und in freier Rede ihre Biografie. „Dabei wird der Unterschied zwischen gelesener Sprache und freier Sprechsprache sichtbar“, erklärt Muhr und ergänzt: „Zu beobachten war, daß die Varianz der

geschulten SprecherInnen innerhalb Österreichs gering ist.“ Die Webversion der Datenbank wurde von InformatikerInnen der HTL Kaindorf erstellt. ADABA steht im Internet zur Verfügung und kann frei genutzt werden. „Es ist die erste und einzige länderübergreifende Dokumentation von Aussprachegewohnheiten dieser Art.“

<http://www.adaba.at>

Zweite Datenbank »Speechdat«

Ergänzend zu ADABA hat Muhr eine zweite Aussprache-Datenbank „Speechdat“ gemeinsam mit dem Forschungszentrum Telekommunikation Wien und der TU Graz entwickelt. Sie enthält Telefonsprache, die zur Verbesserung der Spracherkennung aufgenommen wurde. Die Webversion fasst rund 50.000 Einheiten, die von 1000 Männern und 1000 Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet Österreichs stammen. ■

<http://www.speechdatweb.at>

»Österreich Journal« – <http://www.oesterreichjournal.at>

Vier von fünf Haushalten haben Internetzugang

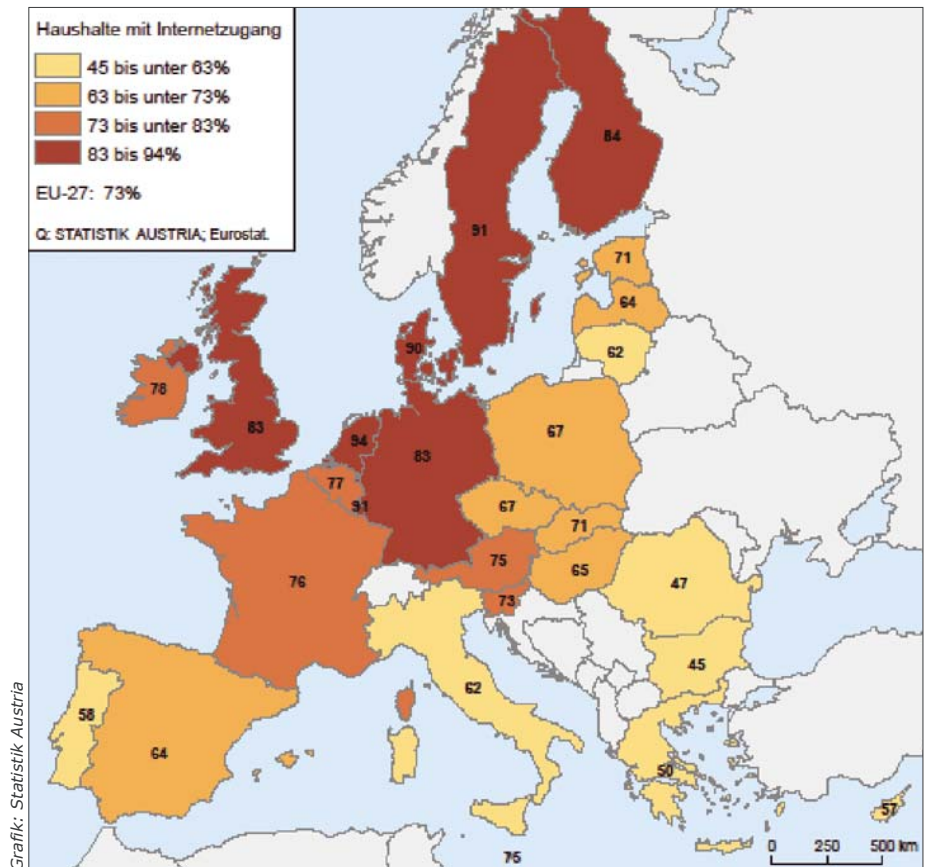
Vier von fünf österreichischen Haushalten (79 %) verfügten laut Statistik Austria zum Befragungszeitpunkt (April bis Juni 2012) über einen Internetzugang. 80 % der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren nutzten das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitpunkt.

Innerhalb der vergangenen zehn Jahre hat sich der Anteil der Haushalte mit Internetzugang mehr als verdoppelt und stieg von 34 % im Jahr 2002 auf 79 % im Jahr 2012. Gegenwärtig haben vier von fünf österreichischen Haushalten Internetzugang.

Die Hälfte der Haushalte ohne Internetzugang sind Einpersonenhaushalte (50 %), wobei es sich zum Großteil um alleinlebende Frauen im höheren Erwachsenenalter handelt: Beinahe drei Viertel (73 %) sind 55 Jahre und älter, bei fast zwei Drittel der Einpersonenhaushalte ohne Internet handelt es sich um alleinlebende Frauen. Nahezu die Hälfte der Haushalte ohne Internetzugang haben ein Haushalteinkommen, das im unteren Einkommensviertel liegt (46 %).

Mehr als drei Viertel der Haushalte ohne Internetzugang (77 %) wollten einen solchen laut eigenen Aussagen auch nicht. Als weitere Gründe für fehlenden Internetzugang wurden genannt (Mehrfachangaben möglich): fehlende Kenntnisse (29 % der Haushalte ohne Internet), das Internet wird anderswo genutzt (17 %), zu hohe Anschaffungs- bzw. laufende Kosten (jeweils 16 %) bzw. Datenschutz- oder Sicherheitsbedenken (14 %).

80 % der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren nutzten das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitpunkt. Die Nutzung ist dabei stark von Alter und Geschlecht abhängig: 96 % der unter 45jährigen nutzten das Internet, bei den 65- bis 74jährigen waren es lediglich 38 %. Gleichzeitig hat sich aber gerade in dieser Altersgruppe der Anteil an InternetnutzerInnen seit 2002 mehr als verzehnfacht. Während bei jüngeren Personen keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Internetnutzung bestehen, ist die Situation bei Personen im Alter von 55 bis 74 Jahren differenzierter. Hier betrug die Nutzungsrate bei Männern 61 %, bei gleichaltrigen Frauen dagegen nur 42 %. Insgesamt besteht zwischen Frauen und Männern



Haushalte mit Internetzugang im EU-Vergleich 2011

seit Jahren ein sich nur geringfügig ändernder geschlechtsspezifischer Unterschied hinsichtlich ihrer Internetnutzung (2012: 76 % der Frauen bzw. 84 % der Männer).

Einkaufen ist inzwischen eine häufige Aktivität im Internet: 49 % der 16- bis 74jährigen haben in den letzten zwölf Monaten im Internet Waren oder Dienstleistungen eingekauft; 2003 waren es noch lediglich 11 % gewesen. Den höchsten Anteil an Online-Shoppern findet man bei den 25- bis 34jährigen (71 %), gefolgt von den 35- bis 44jährigen (64 %). Auch hier ist ein über die Zeit stabiler geschlechtsspezifischer Unterschied auszumachen: 45 % der Frauen und 52 % der Männer tätigen Einkäufe via Internet.

Online werden am liebsten „Kleidung, Sportartikel“ (57 % der Online-Shopper), „Urlaubsunterkünfte oder andere Reisearrangements“ (55 %), „Bücher, E-Books, Zeitschriften, Zeitungen, E-Learning-Materialien“ (48 %) und „Tickets für Veranstaltungen“ (40 %) gekauft. Bei „Kleidung, Sport-

artikel“ bzw. bei Büchern & Co. kaufen eher Frauen online, bei Produkten in den Bereichen „Elektronische Geräte“, „Computer-Hardware“ bzw. „Computer-Software“ dominieren hingegen die Männer.

EU-Vergleich

Im Vergleich der einzelnen EU-Mitgliedsländer zeigt sich beim Internetzugang der Haushalte ein deutliches Nord-Süd- bzw. Ost-West-Gefälle (Daten aus 2011). Der EU-27-Schnitt betrug 2011 73 %. Österreich, Slowenien, Frankreich, Belgien, Malta und Irland lagen geringfügig, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Finnland, Dänemark, Luxemburg, Schweden und die Niederlande deutlich (mehr als 10 Prozentpunkte) über dem Durchschnitt. Die niedrigsten Anteile findet man in Rumänien, Bulgarien, Griechenland, aber auch in Zypern oder Portugal. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch beim Anteil der Personen mit Internetnutzung. ■

Max Ernst

Die Albertina in Wien widmet dem großen Bilderfinder Max Ernst von 23. Jänner bis 5. Mai seine erste Retrospektive in Österreich.



© VBK, Wien 2012 / Lehbruck Museum, Duisburg, Foto: Achim Bednorz, Ullmann Verlag, Potsdam

Max Ernst, *Die Versuchung des heiligen Antonius*, 1945

Mit einer Auswahl von 150 Gemälden, Collagen und Skulpturen sowie repräsentativen Beispielen illustrierter Bücher und Dokumente vereint die Ausstellung alle Werkphasen, Entdeckungen und Techniken des Künstlers und stellt sein Leben und Schaffen im biografischen wie zeitgeschichtlichen Kontext vor.

Ohne Frage gehört Max Ernst zu den großen Figuren der Kunst des 20. Jahrhunderts. Als Protagonist des Dadaismus, Mitbegründer des Surrealismus und Pionier neuartiger Techniken entzieht sich sein Schaffen einer stilistischen Definition. Seine

Kreativität im Umgang mit Bild- und Inspirationsquellen und die Brüche zwischen den zahlreichen Werkphasen und Sujets überraschen. Was als Konstante ablesbar bleibt, ist die Beständigkeit des vermeintlichen Widerspruchs.

Als revoltierender Künstler war Max Ernst 1922 von Köln nach Paris gezogen, wo er im Kreise der Surrealisten agierte. Zweimal wurde er während des Zweiten Weltkriegs als feindlicher Ausländer interniert und kam durch den Einsatz seines Freundes Paul Éluard frei. 1941 floh er ins amerikanische Exil und kehrte ein Jahrzehnt später in

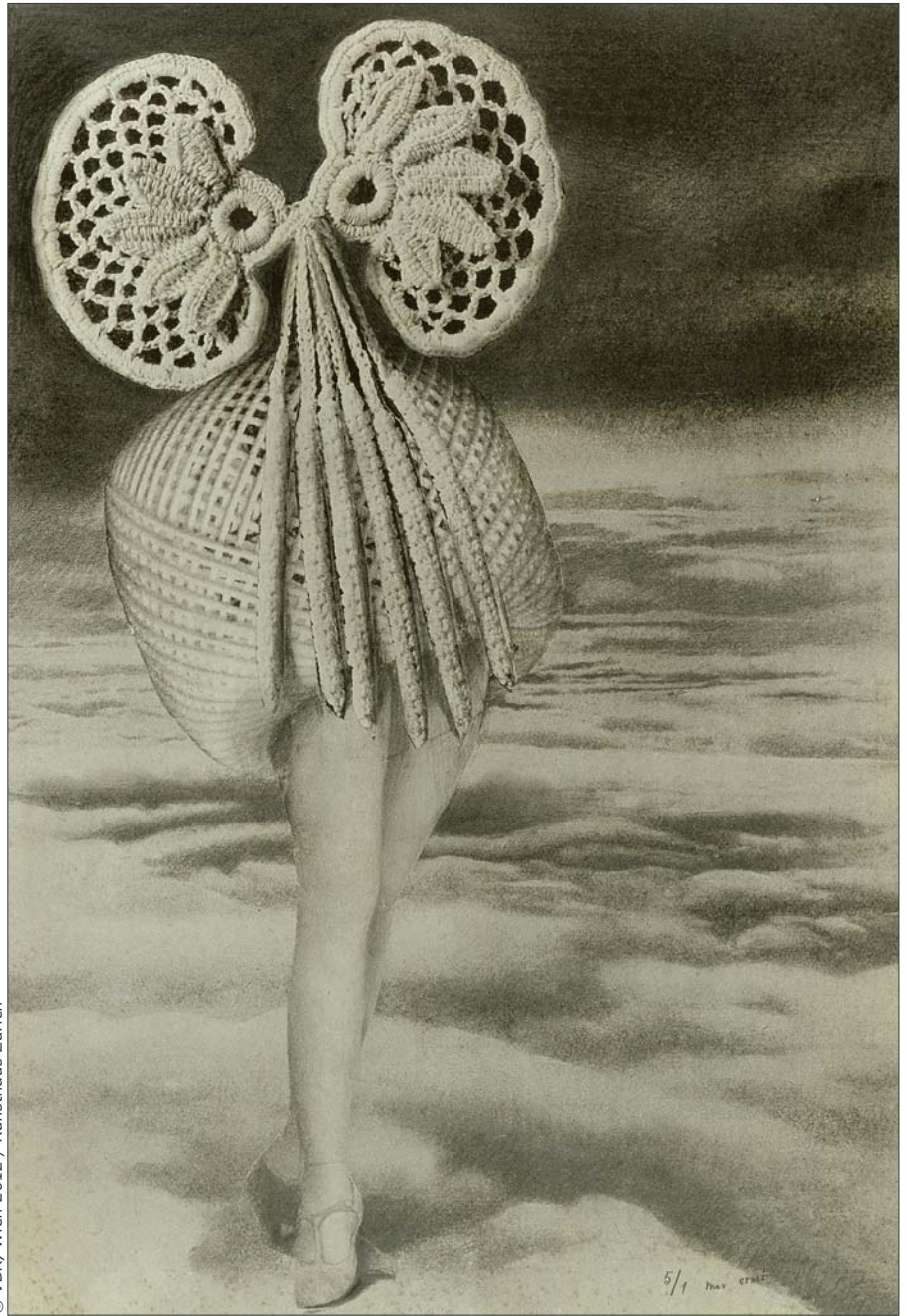
ein zerstörtes Europa zurück, in dem der einst geschätzte Künstler vergessen schien.

Wie Max Ernsts Leben, so ist auch sein Werk „nicht harmonisch im Sinne der klassischen Komponisten“, so der Künstler selbst. Er war Suchender und Entdecker, der stets seine Fragen erweiterte. Daß seine Suche kein Ende finden konnte, war ihm bewußt und für ihn Programm: „Ein Maler ist verloren, wenn er sich findet. Daß es ihm gelungen ist, sich nicht zu finden, betrachtet Max Ernst als sein einziges Verdienst.“

Auch Jahrzehnte nach seinem Tod erscheint Max Ernsts Werk, im beständigen

Versuch Traditionen zu überwinden, doch gleichzeitig auf sie Bezug zu nehmen, aktueller denn je. Die Retrospektive in der Albertina und in der Fondation Beyeler balanciert sein Schaffen zwischen Rückgriffen auf Vergangenes, dem politischen Zeitgeschehen und einem visionären Blick in die Zukunft. Mit rund 190 Gemälden, Collagen, Zeichnungen, Skulpturen, illustrierten Büchern und Mappenwerken präsentiert sie alle Schaffensphasen, Erfindungen und Techniken des Künstlers. Die Ausstellung zeigt ein Œuvre, das durch Erinnerung und Erfahrung Unbewußtes und Verborgenes aus der Vergangenheit mit dem Erlebten des Gegenwärtigen in Kontakt bringt, um daraus fantastisch-realistische Visionen zu imaginieren.

Wir sind stolz, daß die erste Max-Ernst-Retrospektive in Österreich in der Albertina, Wien, stattfindet. Auch richtet mit dieser Ausstellung die Fondation Beyeler in Basel die erste Retrospektive zu Max Ernst in der Schweiz seit dem Tod des Künstlers 1976 aus. Wir freuen uns, daß dabei die eigenen Sammlungsbestände unserer Museen – sechs Gemälde und zwei Skulpturen in der Albertina sowie vier Gemälde und drei Skulpturen in der Fondation Beyeler – als Ausgangspunkt zur Kooperation der beiden Museen geführt hat. Mit dieser Retrospektive würdigen wir einen der wenigen surrealistischen Künstler, die Ernst Beyeler und Herbert Batliner in ihre eigene Sammlung aufgenommen haben. Darin versammeln sich etwa Max Ernsts wundersame Schneeglöckchen und Blumen auf gelbem Grund (Muschelblumen) von 1929 oder so wichtige Spätwerke wie Geburt einer Galaxie von 1969 und Das ununterbrochene Schweigen von 1968, ebenso wie der Originalgips Der König spielt mit seiner Königin von 1944, einem Schlüsselwerk aus dem skulpturalen Schaffen des Künstlers. Schon früh hatte Ernst Beyeler Max Ernst für sich und das Programm seiner Galerie entdeckt und Sammler wie Herbert Batliner dafür gewonnen und interessiert. So erschien bereits 1953 das illustrierte Gedicht Das Schnabelpaar im Verlag Ernst Beyeler in Basel. Zwei Jahre später widmete der Galerist dem Künstler eine Einzelausstellung, der 1974 eine weitere folgen sollte. 1985 präsentierte Ernst Beyeler schließlich eine große Ausstellung zu Max Ernsts Landschaften. Unter den zahlreichen über die Galerie Beyeler gehandelten Werken von Max Ernst figurieren etwa das metamorphotische Zum Rendezvous der Freunde aus dem Museum of Modern Art in New York, der wunderbar-



© VBK, Wien 2012 / Kunsthaus Zürich

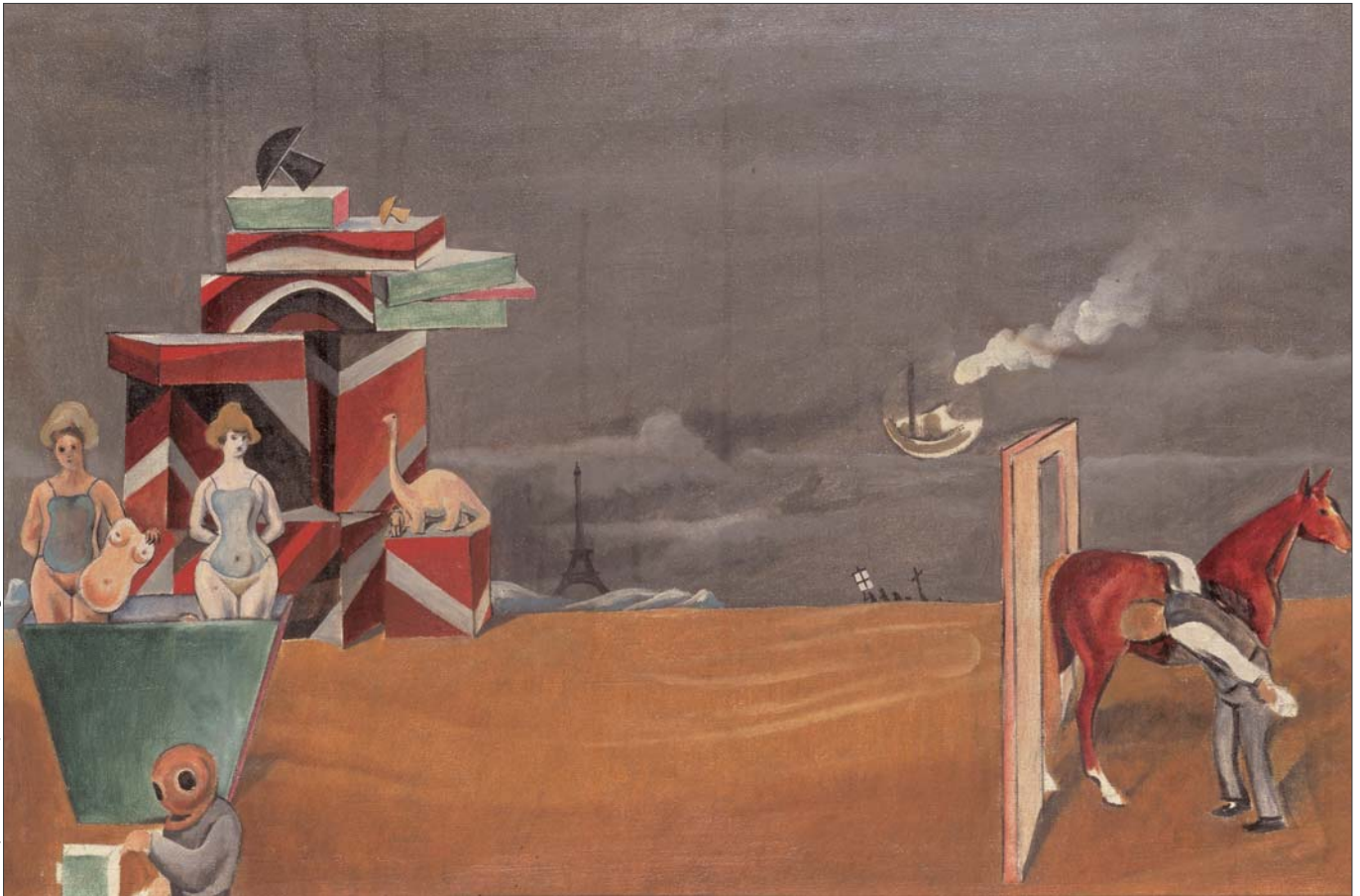
Max Ernst, *Über den Wolken wandert die Mitternacht, 1920*

unheimliche Wald aus der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe, Blumen auf gelbem Grund aus der Sammlung Batliner sowie das enigmatische Beim ersten klaren Wort aus der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, das zum Titelbild unseres Ausstellungskatalogs wurde.

Für die Möglichkeit, eine so umfassende Anzahl an Werken für beide Ausstellungstationen zeigen zu können, bedanken wir uns bei den zahlreichen Leihgebern. Sie alle haben unser Projekt mit Interesse und Großzügigkeit unterstützt, und dies nicht ohne Verzicht auf bedeutende und geliebte Werke des eigenen Sammlungsbestandes.

Unser großer Dank gilt den beiden Gast-

kuratoren Werner Spies und Julia Drost, die wir als ausgewiesene Max-Ernst-Spezialisten für dieses Projekt gewinnen konnten. Ohne das profunde Wissen dieser Experten, die wesentlichen Impulse bei der Erarbeitung des Ausstellungskonzepts und ohne die unverzichtbaren Kontakte zu wichtigen Sammlungen wäre die Retrospektive nicht in dieser Form zustande gekommen. Von unschätzbarem Wert waren die persönlichen Berichte und Einblicke, die Werner Spies als langjähriger Freund des Künstlers mit uns teilte. Wir sind dankbar, daß mit diesem großen Kunsthistoriker, Journalist, Kunstvermittler und ehemaligen Museumsdirektor uns einer der maßgeblichsten Kenner und



Max Ernst, *Inspizierung eines Pferdes*, um 1923

Forscher von Max Ernsts Werk sowie Kurator und Initiator der meisten großen Max-Ernst-Ausstellungen der Vergangenheit auch bei dieser Retrospektive mit Rat und Tat zur Seite stand.

In der Albertina wurde die Ausstellung kuratorisch von Gisela Fischer und ihrer Assistentin Gunhild Bauer betreut; in der Fondation Beyeler von Raphaël Bouvier und seiner Assistentin Ioana Jimborean. Ihnen

gilt unser aufrichtiger Dank für ihr großes Engagement und die harmonische Zusammenarbeit. Für die professionelle Abwicklung des Leihverkehrs und Ausstellungsaufbaus sind wir für die Station in der Albertina Barbara Buchbauer und Margarete Heck, der zudem für die Katalogbetreuung gedankt sei, verbunden, für die Ausstellung in der Fondation Beyeler Matthias Fellmann und Ben Ludwig. Gedankt sei auch allen anderen Ab-

teilungen in der Albertina und Fondation Beyeler, die zum Erfolg der Ausstellung beigetragen haben.

Klaus Albrecht Schröder
Direktor der Albertina

Sam Keller
Direktor, Fondation Beyeler

<http://www.albertina.at>

<http://www.fondationbeyeler.ch>

Max Ernst

Der Maler, Bildhauer, Zeichner und Dichter Max Ernst ist einer der wichtigsten Vertreter des Dadaismus und Surrealismus. Früh bricht er mit den konventionellen künstlerischen Techniken und wendet sich konsequent der Anwendung indirekter Arbeitsmethoden zu: Übermalungen, Collage, Frottage (Durchreibeverfahren), Grattage (Abkratzenverfahren) oder das Abklatschverfahren dienen der systematischen Befragung der Bereiche „Jenseits der Malerei“ (Max Ernst). Unter der Ausschöpfung halluzinatorischer Fähigkeiten interpretiert der Künstler Gegenstände und Strukturen aus seiner Umwelt neu, um so seine visionäre Wahr-

nehmung der Welt zu fixieren. Die Verfremdung des Alltäglichen sowie die irritierende Inszenierung des Unerklärlichen und des Traumhaften werden dabei immer wieder durch Ironie und Humor gebrochen.

1891 – Am 2. April wird Max Ernst in der Schloßstraße im deutschen Brühl als Sohn des Taubstummenlehrers Philipp Ernst und seiner Frau Luise geboren. Er erhält Malunterricht durch seinen Vater, der in seiner Freizeit als Autodidakt zeichnet und malt.

1910-1914 – Während seines Studiums der Altphilologie, Philosophie, Psychologie und Kunstgeschichte an der Universität Bonn freundet sich Max Ernst mit dem Bonner Expressionisten August Macke an. Bei ihm

lernt er Robert Delaunay und Guillaume Apollinaire kennen.

1913 – beteiligt sich Max Ernst an der Ausstellung „Rheinische Expressionisten“ im Buch- und Kunstsalon Cohen in Bonn und am „Ersten Deutschen Herbstsalon“ in der Galerie Der Sturm in Berlin.

In Köln begegnet Max Ernst 1914 dem zwei Jahre jüngeren Hans Arp und schließt mit ihm lebenslange Freundschaft.

1914-1918 – Militärdienst im 1. Weltkrieg.
1916 – Erste Einzelausstellung in der Galerie „Der Sturm“.

1917 – erscheint von Max Ernst in der Zeitschrift „Der Sturm“ (7. Jg., Nr. 5) der expressionistische Aufsatz „Vom Werden der Farbe“.



Max Ernst, *Die ganze Stadt*, 1935/36

1930 und 1934 erscheinen zwei weitere Bildromane: „Rêve d'une petite fille qui voulut entrer au Carmel“ (Traum eines jungen Mädchens, das in den Karmeliterorden eintreten möchte) und „Une semaine de bonté ou les sept éléments capitaux“ (Die weiße Woche. Ein Bilderbuch von Güte, Liebe und Menschlichkeit).

1934 – Max Ernst trägt den Text „Was ist Surrealismus?“ für den Ausstellungskatalog des Kunsthauses Zürich bei.

1935 – Es entstehen erste Gipsplastiken aus der Abformung von Gegenständen.

1936 – In der Zeitschrift „Cahiers d'Art“ erscheint mit dem Text „Jenseits der Malerei“, eine kunsttheoretische Positionsbestimmung von Max Ernst.

1938-1939 – Max Ernst zieht mit der englischen Malerin und Schriftstellerin Leonora Carrington nach Saint-Martin d'Ardèche (Südfrankreich), wo sie ein Bauernhaus mit Plastiken gestalten. Bei Kriegsausbruch wird Max Ernst mehrfach in französischen Lagern interniert.

1941 – Im Juli emigriert Max Ernst in die USA. Max Ernst heiratet in New York die Kunstsammlerin Peggy Guggenheim, von der er sich 1943 wieder scheiden läßt.

Max Ernst unternimmt mit Peggy, ihrer Tochter Pegeen und seinem Sohn Jimmy eine Reise an die Westküste. Er beginnt mit der Sammlung von Kachinapuppen und -masken.

1944 – Max Ernst verbringt den Sommer mit dem Galeristen Julien Levy und der Künstlerin Dorothea Tanning, die er zwei Jahre später in einer Doppelhochzeit mit Man Ray und Juliet Browner heiratet, in Great River auf Long Island. Er arbeitet an einer größeren Anzahl von Plastiken.

1946 – Max Ernst zieht mit Dorothea Tanning nach Sedona (Arizona), wo sie ein Holzhaus und ein Steinhaus bauen, das er mit Maskenfriesen dekoriert.

1948 – Max Ernst erhält die amerikanische Staatsbürgerschaft.

1951 – Zum 60. Geburtstag von Max Ernst ist im Brühler Schloß Augustusburg die bislang größte Retrospektive zu sehen. Die Ausstellung wandert dann durch acht weitere Städte in Deutschland.

1953-1955 – Max Ernst kehrt zusammen mit Dorothea Tanning endgültig nach Frankreich zurück und bezieht ein Atelier in Paris. Mit dem Erhalt des Großen Preises für Malerei 1954 auf der Biennale in Venedig

beginnt für ihn der internationale Erfolg. Es folgen große Retrospektiven und zahlreiche Ehrungen.

1958 – Max Ernst erhält die französische Staatsbürgerschaft.

1962 – Große Retrospektive im Kölner Wallraf-Richartz-Museum. Max Ernst steuert den Text „Biographische Notizen. Wahrheitsgewebe und Lügengewebe“ bei.

1964 – Das Künstlerbuch „Maximiliana oder die widerrechtliche Ausübung der Astronomie“ wird veröffentlicht, ein mit Typographien, Farbradierungen und Gedichten aufwendig gestaltetes Mappenwerk. Es entstand in Zusammenarbeit mit dem russischen Dichter, Typographen und Verleger Iliaszd.

1976 – Max Ernst stirbt am 1. April in Paris, eine Nacht vor seinem 85. Geburtstag.

Das Max Ernst Museum Brühl

des Landschaftsverbands Rheinland (LVR), dem die vorstehende Vita entnommen ist, ist das weltweit erste und einzige Museum, das dem Werk des Jahrhundertkünstlers und Weltbürgers Max Ernst gewidmet ist. Es zeigt einen Überblick über das umfangreiche Schaffen des Dadaisten und Surrealisten. ■

<http://www.maxernstmuseum.lvr.de>

Georg Baselitz – Werke von 1968 bis 2012

von 18. Jänner bis 20. Mai 2013 im Essl Museum Klosterneuburg



© Georg Baselitz / Foto: Mischka Nawrata, Wien

Georg Baselitz, *Wir besuchen den Rhein II*, 1997, Öl auf Leinwand / oil on canvas, 300 x 450 cm. Die Motive von vielen Baselitz-Werken sind bewußt vom Künstler um 180° Grad gemalt worden, weshalb dieses Bild »auf dem Kopf steht«.

Die Ausstellung „Georg Baselitz – Werke von 1968 bis 2012“ eröffnet das Ausstellungsjahr im Essl Museum am 17. Jänner 2013 mit einem Paukenschlag. Anlässlich des 75. Geburtstags von Georg Baselitz widmet das Sammlerpaar Essl dem großen deutschen Künstler und langjährigen Freund eine ausgiebige Werkschau. Gezeigt werden 44 Werke von Baselitz aus vier Jahrzehnten. Die Ausstellung wird von Prof. Karlheinz Essl selbst in enger Zusammenarbeit mit dem Künstler eingerichtet. Georg Baselitz ist einer der wesentlichen Künstler der Nachkriegsgeneration in Deutschland, der die figurative Malerei konsequent weiterentwickelt hat. In der jüngeren Kunstgeschichte gilt sein Werk als singular und unverwechselbar. Typisch für Baselitz ist die Umkehrung seiner Bildmotive, die er mit dem Werk



Georg Baselitz / Foto: Photoatelier Laut, Wien

Georg Baselitz, *Hockender Hund*, 1968
Öl auf Leinwand, 162 x 130 cm

Der Wald auf dem Kopf im Jahr 1969 beginnt. Er greift die Konventionen von Wahrnehmung und Wissen an, für ihn ein Befreiungsakt. Bereits in seiner Studienzeit ging Baselitz konsequent andere Wege als sein Umfeld. Von Anfang an beruht seine Malerei auf der bewußten Trennung zwischen künstlerischem Motiv und Realität. Das gegenständliche Bildmotiv wird eingeführt, gleichzeitig verfremdet und deformiert. In dieser Abkehr von den damals vorherrschenden abstrakten Tendenzen in der Malerei sieht Baselitz für sich eine Möglichkeit, Befindlichkeiten konkreter auszudrücken.

Georg Baselitz schafft ein eigenes Bezugssystem

aus dem heraus er seine Bildmodelle und Malmethoden entwickelt. Schon früh gilt sein

Interesse dem Dadaismus eines Kurt Schwitters, den surrealistischen Tendenzen Antonin Artauds und der Literatur des Existenzialismus (Michaux, Beckett, Ionesco, Genet). An der Kunst der Geisteskranken fasziniert ihn das Unverbildete, Rohe, Anti-Intellektuelle und Enttabuisierte. In seiner künstlerischen Laufbahn verändert Baselitz permanent seine Malmethoden. Immer wieder setzt er



Georg Baselitz / Foto: Mischa Nawrata, Wien

Georg Baselitz, *Wendelintanz*, 1997
Öl auf Leinwand, 250 x 200 cm

sich mit den Gegenstand als Ausgangspunkt für die Malerei auseinander, segmentiert diesen, stellt ihn auf den Kopf, oder nimmt alte Motive Jahre später wieder auf und setzt sie in einen divergierenden stilistischen Kon-



Georg Baselitz / Foto: Mischa Nawrata, Wien

Georg Baselitz, *Fingermalerei - Akt*, 1972, Öl auf Leinwand, 200 x 162 cm

text. Die Malerei selbst wird besonders in den 1980er Jahren zu Rohheit verdichtet, er experimentiert aber auch mit dem weißen Rand als Passepartout für die Malerei, läßt



© Georg Baselitz / Foto: Thomas Müller courtesy Galerie Thaddaeus Ropac Paris u. Salzburg

Georg Baselitz, *Schneezeit*, 2005, Öl auf Leinwand, 250 x 200 cm

Fußspuren und Leerstellen der Farbtöpfe, der am Boden gemalten Bilder stehen oder gelangt in der neueren Zeit zu einer ganz leichten, fast aquarellhaften Malerei.

Alle künstlerischen Phasen seit den späten 1960er Jahren sind mit wichtigen Werken in der Sammlung Essl abgebildet. Von einer zentralen Arbeit, dem Fingermalerei-Akt von 1972, über die zwischen 1998 und 2001 entstandene Serie der „Russenbilder“ – wie etwa Lenin auf der Tribüne (Gerasimov) bis zu der Remix-Phase (ab 2005) des malerischen Wiederholens reicht das Spektrum. Die Remix Bilder beziehen sich auf frühere Werke und variieren ursprüngliche Bildmotive mit aktuellen Maltechniken und Methoden, sei es durch Formatvergrößerung, Reduktion der Farbpalette, Weglassen von Details oder Verschiebung

des Bildschwerpunkts. Ergänzt wird die Ausstellung durch die drei Meter hohe Holzplastik *Meine neue Mütze* (2003). Plastiken wie diese schuf der Künstler ab den 1980er Jahren, die ebenso wie die intensive Auseinandersetzung mit Zeichnung und Grafik sein malerisches Werk begleiten. Mit seinem Werk ist Georg Baselitz in einer unvergleichlichen Tiefe in der Sammlung Essl vertreten.

Zur Ausstellung wird ein Katalog mit mehreren Texten erscheinen, darunter ein Interview zwischen Prof. Karlheinz Essl und Georg Baselitz.

Das Kunstvermittlungsteam bietet Führungen und Workshops zur Ausstellung an, jeden Sonntag um 15 Uhr gibt es eine Spezialführung „Georg Baselitz“.

<http://www.essl.museum>

Wolkenbilder

Das Leopold Museum zeigt von 22. März bis 1. Juli 2013 in der Ausstellung »Wolken. Bilder zwischen Himmel und Erde« ausgewählte Meisterwerke von unterschiedlichen Künstlern wie William Turner, Claude Monet, Ferdinand Hodler, Max Beckmann und Gerhard Richter, die, vom frühen 19. Jahrhundert bis heute, Wolkenbilder in den Mittelpunkt Ihres Interesses rückten.



Claude Monet, *Herbststimmung in Argenteuil*, 1873

Wolken sind nicht nur von ausschlaggebender Bedeutung für Klima und Existenz der Menschheit, sie sind durch ihre vielfältigen Formen und faszinierenden optischen Farbeffekte auch von hohem ästhetischen Reiz. Sie mutieren ebenso rasch zu poetischen Metaphern wie sie zu Zeichen von Gefahr und Menetekel werden.

Für Tobias G. Natter, der gemeinsam mit Franz Smola die Ausstellung kuratiert, sind Wolken „faszinierende Phänomene zwischen Erde und der Unendlichkeit“. Wolken sind merkwürdige, schwer faßbare Gebilde aus Wasser, Luft und Licht und lösen beim Betrachter unterschiedliche Empfindungen und

Botschaften aus. Wolken im sonnigen Himmel sind ein häufiges Requisite der Naturidylle. Ein von dunklen Regen- oder Gewitterwolken durchzogener Himmel wirkt bedrohlich, ein in rotes Abendlicht getauchtes Wolkenband erzeugt melancholische Empfindungen. Dunkle Wolkenmassen verkünden Unheil hervorgerufen durch Naturkatastrophen oder auch als Folge von durch Menschenhand verursachten technischen Einwirkungen, von rauchenden Abgasen bis zu atomaren Explosionen.

Etwa ab 1800 widmeten sich die Künstler auffallend intensiv der akribisch-realistischen Darstellung von Wolken. Im Vordergrund

steht die Naturbeobachtung und gleichzeitig deren Verdichtung als atmosphärisches Äquivalent. Bekannt sind die Maler der deutschen Romantik wie Caspar David Friedrich oder Carl Gustav Carus etwa für ihre empfindsamen Himmelsdarstellungen. Der Engländer William Turner verdichtete in seinen in magischen Farben schillernden Wolkenbildern den gesamten Kosmos, die Grenzen zwischen Himmel und Erde lösen sich auf. Wolkenstudien wurden damals zum Katalysator einer neuen Natur- und Kunstauffassung.

Für die Maler des Impressionismus verschmolzen Wolken in der für sie charakteristischen lichterfüllten Malweise mit der

Kultur



Foto: © Kunstsammlungen Chemnitz

oben: Carl Gustav Carus, *Blick auf Dresden bei Sonnenuntergang, um 1822*

unten: René Magritte, *Sommer / L'Été, 1931*

übrigen Landschaft zu einer Einheit, wie etwa in den vibrierenden Landschaften von Claude Monet und Alfred Sisley. Für viele Künstler um 1900 sind Wolken hingegen Metaphern einer dynamisierten Natur, in welcher die Kraft unbändigen Lebens herrscht. Bei dem Schweizer Maler Ferdinand Hodler werden Berge und Seen häufig von nahezu ornamental gestalteten Wolkenformationen bekrönt. Für die Vertreter des Expressionismus sind Himmelsdarstellungen eine Gelegenheit ihren leidenschaftlichen Umgang mit Farbe und gestischer Freiheit besonders eindringlich zu zelebrieren, so etwa bei Emil Nolde.

Der Surrealist René Magritte liebte wiederum das Spiel der Überraschung und Verfremdung und exemplifizierte dies besonders häufig an Hand von Wolkenmotiven. Bis zum heutigen Tag haben Wolken in der Malerei nichts an Faszination verloren, denkt man zum Beispiel an die realistisch gemalten Wolkenmotive bei Gerhard Rich-



© Gift of Max Janlet, Musée d'Ixelles, Brussels © VBK, Wien, 2012

ter. Nicht nur in der Malerei, sondern auch in der Fotografie bildeten Wolkendarstellungen eine große künstlerische wie technische Herausforderung. Einen besonderen Beitrag leistet von allem Anfang an die Fotografie.

Die suggestiven Lichtbilder des 19. Jahrhunderts etwa versuchten die übergroße Lichtfülle eines taghellen Himmels mit Hilfe von unterschiedlichen Belichtungszeiten in den Griff zu bekommen, wie die Werke des fran-

Kultur

zösischen Fotografen Gustave Le Gray zeigen. Motivisch nahmen die Fotografen oft Anleihen in der Malerei und Fotografie beeinflusste ihrerseits die zeitgleiche Malerei. Schließlich spielen Wolken auch im Medium des Films eine wichtige Rolle. Regisseure und Kameralente liebten seit jeher den Effekt von Wolken, die den Protagonisten die Sicht rauben, Unbehagen verursachen und zum allgemeinen Chaos beitragen. Eindrucksvolle Passagen vom frühen Stummfilm bis zu Fantasyfilmen belegen dies.

In zwölf Kapiteln beleuchtet die Ausstellung die unterschiedlichen Darstellungsweisen von Wolken während der vergangenen zwei Jahrhunderte. Die Palette der Themen reicht dabei von der „Erfindung der Wolken“ über den „Himmel der Impressionisten“ und der „Wolke als Ornament“ bis zur sprichwörtlichen „Klangwolke“. Für das 20. und 21. Jahrhundert stehen besonders die Kapitel „Metamorphose“, „Industriewolke“ und die

oben: Ferdinand Hodler, *Der Thunersee mit symmetrischen Reflexen*, 1909

unten: Claude Monet, *La Gare Saint-Lazare*, 1877



© Musée d'art et d'histoire, Ville de Genève

„Schönheit des Unheimlichen“, etwa in den oft merkwürdig ansprechenden Fotografien von Atompilzen oder Naturkatastrophen.

In der Ausstellung „Wolken. Bilder zwischen Himmel und Erde“ sind unter anderem Werke von Caspar David Friedrich, John Constable, William Turner, Claude Monet,

Alfred Sisley, Paul Cézanne, Ferdinand Hodler, Gustav Klimt, Egon Schiele, Emil Nolde, Heinrich Kühn, René Magritte, Alfred Stieglitz, Edward Steichen, Gerhard Richter, James Rosenquist, Anselm Kiefer und Olafur Eliasson zu sehen.

<http://www.leopoldmuseum.org>



© The National Gallery, London. Bought 1982

Fritz Steinkellner. Eine Werkschau

Das Museum Moderner Kunst Kärnten zeigt von 13. Dezember 2012 bis 24. Februar 2013 das umfangreiche Schaffen des Kärntner Künstlers.

In einer retrospektiv angelegten Werkschau stellt das Museum Moderner Kunst Kärnten MMKK das umfangreiche Schaffen des Künstlers von den 1960er Jahren bis heute vor. Das Œuvre umfaßt die Medien der Zeichnung, Malerei, Druckgrafik, Skulptur und Objektkunst, wobei der Frage nach dem Verhältnis von Zeichnung und Malerei herausragende Bedeutung zukommt. Die einzelnen Werkphasen lassen sich ebenso deutlich voneinander abgrenzen, wie sie sich gegenseitig bedingen und durchdringen. In einem subtilen System geistiger und formaler Ordnungen werden die zentralen Fragestellungen nach Gegenstand und Abbild, Transformation und Verwandlung, letztlich nach Wahrnehmung und Erkenntnis in immer neuen Varianten inhaltlicher Aufladung und technischer Ausführung umkreist, die bildnerischen Mittel dabei bis an die Grenzen des Möglichen herangeführt. In den 14 Ausstellungsräumen und der Burgkapelle des MMKK werden die komplexen werkgeschichtlichen Beziehungen der Vor- und Rückverweise in eindringlicher und lebendiger Form präsentiert und zugänglich gemacht.

Allgemeine Grundzüge des Werks

Das umfangreiche und vielschichtige Werk umfaßt die Medien Zeichnung, Malerei, Druckgrafik und Objektkunst. In unterschiedlichen Werkphasen werden die zentralen Fragestellungen nach Gegenstand und Abbild, Transformation und Verwandlung, letztlich nach Wahrnehmung und Erkenntnis in immer neuen Varianten inhaltlicher Aufladung und technischer Ausführung umkreist. Dabei werden die bildnerischen Mittel mitunter bis an die Grenzen des Möglichen herangeführt, sei es in der Perfektion der frühen Siebdrucke mit denen der Künstler in den 1970er Jahren bekannt wurde, oder in den dichten farbigen Strukturen der großformatigen Zeichnungen der 1980er und 90er Jahre, die Malerei suggerieren, sei es in den sogenannten „Fingerprints“, die auf den Farbstoffen der Zeichenstifte basieren, jedoch in der spezifischen manuellen Anwendung malerische, sogar bildhauerische Techniken zitieren; oder etwa in den skulpturalen Arbeiten, die ein außergewöhnlicher, oft



Foto: Philipp Steinkellner

Fritz Steinkellner, Bar, 2009, 210 x 152cm

sogar artfremder Umgang mit dem Material auszeichnet.

Fritz Steinkellners Arbeiten sind an den Grenzen der Medien angesiedelt, entfalten sich an den Übergängen der verschiedenen Mittel und Methoden. Zentral im Werk ist das Spiel der Wandlung und Verwandlung. Der mehrfache Transfer des Motivs von einem Medium in das andere, von der Malerei in den Siebdruck und/oder in die Zeich-

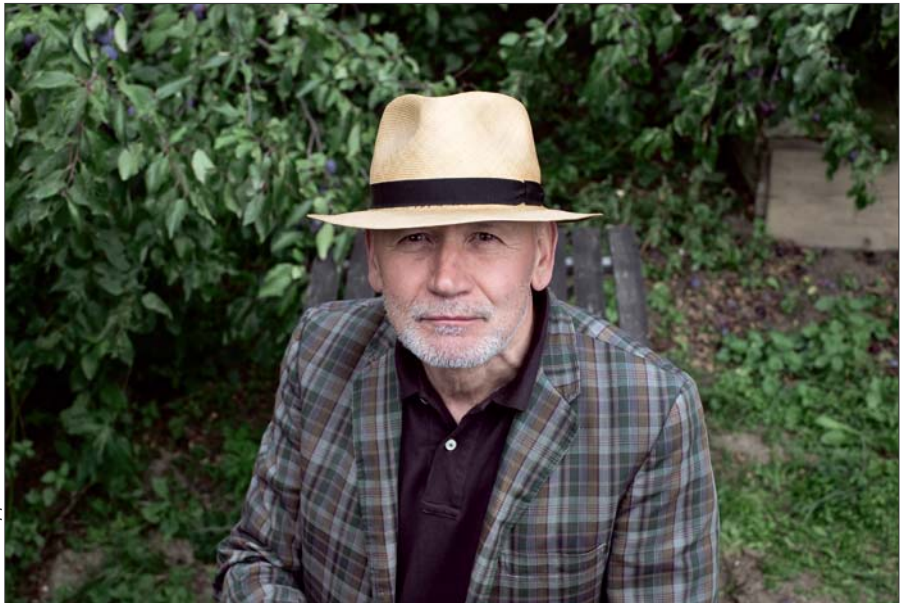
nung und zur Skulptur und wieder zur Zeichnung zurück, sowie die einhergehende Veränderung des jeweiligen Fokus, die Verschiebung der Maßstäbe und Dimensionen zeitigen eine beeindruckende Palette verschiedener Erscheinungsformen. Das Sujet, ob landschaftlich oder figürlich, ist dabei von sekundärer Bedeutung. Es tritt hinter den geistigkreativen Herstellungsprozeß zurück und ist bloß Mittel zum Zweck auf

der Suche nach einer geeigneten Sprache, um die Möglichkeiten künstlerischer Arbeit auszuloten. Die intellektuelle Auseinandersetzung wird bildnerisch ergründet und in ein visuelles Werk überführt, das sich in einer faszinierenden Vielfalt präsentiert.

Ordnung in der Vielfalt

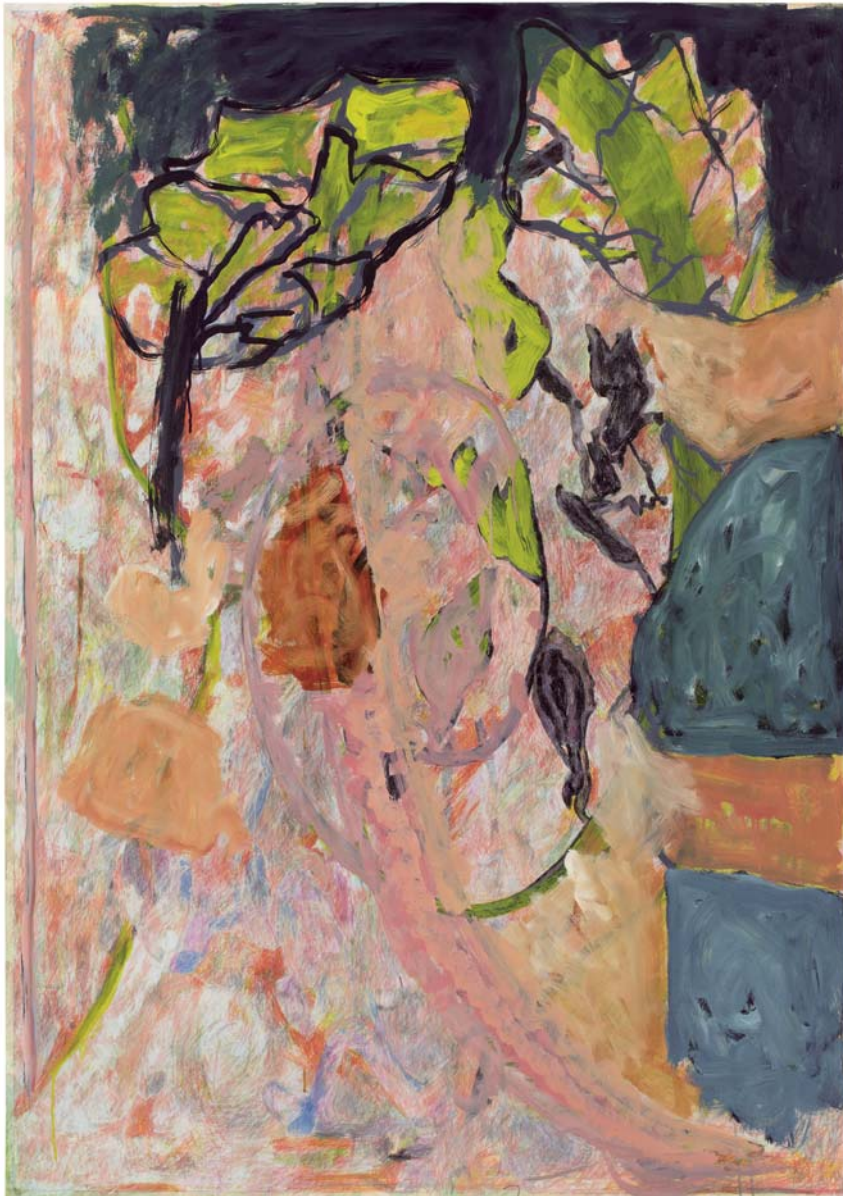
Bei aller Verschiedenheit unterliegen alle Arbeiten einem Prinzip der geistigen und formalen Ordnung, das den Dingen im übergeordneten Ganzen einen logischen Platz zuweist, sie miteinander verbindet und erklärt. Dieses subtile, elementare System, nach dem der Künstler selbst die Welt (und die Kunst) vermißt, hält das heterogene Schaffen in einer Struktur komplexer Bezüge zusammen, macht es schlüssig, stringent und unikal. Die Werke von Fritz Steinkellner kön-

Foto: Philipp Steinkellner



oben: Fritz Steinkellner. Er lebt und arbeitet im niederösterreichischen Weinviertel.

links: Fritz Steinkellner, *Ohne Titel*, 1997, 127x90cm



nen als künstlerische Äquivalente zur Möglichkeit der Erkenntnis bzw. der Wahrnehmung der Welt, der räumlichen und geistigen Ordnung der Dinge und Wesen verstanden werden. (Auszug aus dem Ausstellungskatalog, Vorwort von Christine Wetzlinger-Grundnig.)

Zum Verhältnis von Zeichnung und Malerei

Das in der Zusammenschau komplexe und vielschichtige Werk Fritz Steinkellners zeichnet sich durch das vom Opportunen völlig abgekoppelte Setzen von neuen Schritten, durch die kompromißlose Infragestellung des eigenen Tuns aus. Die Arbeit ist geprägt durch eine Haltung des beständigen Suchens. Die Nebenprodukte, die so genannten „Abfälle“ des eigenen künstlerischen Tuns werden ihm dabei oft zum Ausgangspunkt für neue und überraschende Fragestellungen.

Die Zeichnung, vom Nebenprodukt zum autonomen Medium

Auch die Zeichnung war für Fritz Steinkellner vorerst lediglich ein Nebenprodukt, ein „Behelf“ als Vorzeichnung für die Siebdrucke oder als Konstruktionszeichnungen aufwendiger Skulpturen aus Sperrholz. Hatte die Zeichnung also zuerst eine klar zugewiesene Rolle als eine – wenn auch sehr wichtige – Vorstufe zum ausgeführten Werk, so gewann sie ab Mitte der 1970er-Jahre

Foto: Philipp Steinkellner

zunehmend an Autonomie. In der Rückschau steht Steinkellner mit dieser Neuausrichtung seiner Arbeit im Kontext internationaler künstlerischer Tendenzen und Umbrüche. Durch die Entdeckung der Möglichkeiten und Potentiale dieses Mediums Mitte der 1970er-Jahre kam es zu einem radikalen Austausch von Steinkellners bisherigen Bezugssystem. An der Schnittstelle dieser Entwicklung steht die Werkgruppe „Zeichnungen Nr. 1-12 nach einer Gouache von 1976“. Ausgehend von dem kleinformatigen Bild „Weg ohne Spur“ hat Steinkellner mit Kugelschreiber (teilweise auch mit Farbstiften und Deckweiß) die vorgegebene gemalte Komposition mit einer Figur und einem Figurenfragment noch einmal in einer Serie von Zeichnungen ausgelotet. Er beschreibt es als den „Versuch, die Struktur der Malerei mit dem Zeichenstift abzutasten“. Ein Linien- und Gitternetz bildet dabei das Ordnungssystem, das der zeichnerischen Arbeit zugrunde liegt. Die Suche nach der „idealen Figur“ folgt damit einem vorgegebenen Plan. Es scheint, als wollte Steinkellner das scheinbar Abgeschlossene der Malerei noch einmal überprüfen und in Frage stellen.

Zeichnung und Malerei, leeres Zwischenreich, All-over

Anfang der 1980er-Jahre – dem Jahrzehnt der „Neuen Wilden Malerei“ – entstand ein weiterer Werkblock von großformatigen Zeichnungen, wieder bildeten Malereien den Ausgangspunkt. Im wiederholten Hinausarbeiten aus den gemalten Vorbildern – im Spannungsfeld von Entwurf und Ausführung – entdeckte Steinkellner nach eigenen Angaben das „überraschende Eigene des Zeichnens“, ein „leeres Zwischenreich“, das es „zu erkunden, zu beleben“ galt. Es ist vor allem das in diesen Zeichnungen angewandte Prinzip des „All-over“, das bei oberflächlicher Betrachtung Malerei suggeriert. Steinkellner ging es jedoch keineswegs darum, mit Farbstiften zu malen bzw. Malerei durch Zeichnung zu ersetzen. Vielmehr benutzte er das „All-over“ – als Prinzip der Malerei – zur Möglichkeit des scheinbar grenzenlosen Ausufers, wobei lediglich die Bildränder die Intensität des Arbeitens bändigen und eingrenzen.

Zeichnung, Freiraum

Im Versuch das Wesen der Zeichnung zu beschreiben, definiert Norman Bryson die Malerei als das „Sein“, die Zeichnung hingegen als das „Werden“. Dieses Werden, das Vorläufige des Prozesses des Zeichnens ist



Foto: Philipp Steinkellner

Fritz Steinkellner, Stationen VIII, 1972, Siebdruck 58 x 54 cm

auch in den Arbeiten Steinkellners spürbar. Der Betrachter wird zum Archäologen, der für sich erst bestimmen muß, was er vor sich hat. Neben der Fragestellung um die Möglichkeiten der Malerei und der Zeichnung war es wohl diese Unmittelbarkeit des Zeichnens und das damit verbundene Risiko des Arbeitens „ohne Schutzschirme oder

Filter“, dieser „Bereich radikaler Offenheit“, was Steinkellner an der Zeichnung interessierte und ihn veranlaßte, die Zeichnung in der Folge immer weiter, in all ihren Facetten auszuloten. (Auszug aus Jutta M. Pichler: *„Fürchte Dich nicht! Es gibt keine Kunst!“*, Fritz Steinkellner, 1972)

Fritz Steinkellner

ist am 14. Juni 1942 in Bad St. Leonhard, Kärnten geboren. Von 1962 bis 1966 Studium an der Akademie der bildenden Künste, Wien. Seit 1977 Mitglied der Wiener Secession. Von 1984 bis 1990 Lehrauftrag an der Akademie der bildenden Künste, Wien. Lebt und arbeitet in Wien und im niederösterreichischen Weinviertel.

Katalog zur Ausstellung

„Fritz Steinkellner: Ein Arbeitsbuch.“ Hrsg. von Christine Wetzlinger-Grundnig / Museum Moderner Kunst Kärnten. Mit Beiträgen von Martin Adel, Berthold Ecker, Ernst Nowak, Jutta M. Pichler, Kristian Sotriffer und Christine Wetzlinger-Gundnig. Wien u.a., Springer 2012. ISBN: 978-3-7091-1487-2, Preis: 49 Euro.

<http://www.mmkk.at>



Foto: Philipp Steinkellner

Fritz Steinkellner, Im Spiegel und außerhalb, 2011/2012, 112 x 136 x 28 cm

MuTh – ein Brückenschlag

Am 9. Dezember eröffnete »MuTh – Konzertsaal der Wiener Sängerknaben« mit einem Konzert der Wiener Sängerknaben und den Wiener Philharmonikern. MuTh versteht sich als Brückenschlag und verbindet nicht nur im Namen sondern auch im Programm Musik und Theater, Tradition und Experiment, große Künstler und Nachwuchs.



Foto: <http://www.lukasbeck.com>

Am Abend der Eröffnung auf der 12 mal 9 Meter großen Bühne im Konzertsaal: Initiatoren und Unterstützer, die Wiener Philharmoniker und die Wiener Sängerknaben, die ab sofort im MuTh eine weitere künstlerische Heimat gefunden haben.

Es ist soweit: Am 9. Dezember hob sich erstmals der Vorhang im „MuTh – Konzertsaal der Wiener Sängerknaben“. Eröffnet wurde das neue und einzigartige Haus für Wien mit einem Konzert der Wiener Sängerknaben und den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Franz Welser-Möst. Mit dem neuen Konzertsaal bekommen die Wiener Sängerknaben, einer der ältesten und berühmtesten Knabenchöre der Welt, einen festen Ort.

„Nach fast 100 Jahren wurde wieder ein Konzertsaal in Wien gebaut. Es ist ein Haus für alle Sinne – mit einer fantastischen Akustik, besten Sichtlinien von jedem einzelnen Platz, einer komfortablen Bestuhlung, und vielen Extras“, so Elke Hesse, die Direktorin des neuen Hauses, das in unmittelbarer Nähe

zum Ausbildungszentrum der Wiener Sängerknaben entstanden ist. Durch MuTh erhält der Augarten einen weiteren wichtigen kulturellen Impuls.

Hoher Anspruch

MuTh begleitet von Beginn an ein sehr hoher Anspruch. Ein Anspruch, den MuTh als Brückenschlag versteht. Denn MuTh soll auf vielfältigste Weise verbinden: Musik und Theater, Tradition und Experiment, große KünstlerInnen und Nachwuchs ... vor allem für letzteren will MuTh eine Plattform sein. Die erste Saison wird daher für die Überprüfung dieses Selbstverständnis genutzt. Dabei wird besonders dem Nachwuchs ein hoher Stellenwert eingeräumt. MuTh versteht sich auch als Brückenschlag zum modernen Wie-

ner Kulturerbe. Hier will MuTh eine Bühne sein und so seine Wirkungsmöglichkeiten erweitern. Mit eigenen szenischen Produktionen und extra konzipierten Zyklen leistet MuTh einen Beitrag zu einem modernen Wien. „Es ist nicht zu viel versprochen, daß Sie im MuTh in Wien bislang Ungesehenes zu sehen bekommen“, freut sich Elke Hesse.

Start in die erste Saison

Nach der hochkarätigen Eröffnung startet MuTh in eine bunte und abwechslungsreiche erste Saison. Die Künstlerin Carmen Brucic gestaltet mit dem „Kongress über Mut“ eine kritische Intervention zum Thema Mut. Die Wiener Sängerknaben präsentieren sich vom Kindergarten bis zur Oberstufe in unterschiedlichen Facetten: klassisch aber auch

offen für Weltmusik und szenische Projekte. Der Konzertsaal ist aber nicht nur eine Probe- und Aufführungsstätte für die Wiener Sängerknaben. Kooperationen mit diversen Kulturinstitutionen wie dem Dschungel Wien oder dem Wiener Kindertheater, mit Festivals, mit Schulen und anderen Ausbildungsstätten – darunter auch das Konservatorium Wien Privatuniversität –, markieren einen weiteren Programmschwerpunkt. Auch Tanz, Theater und Performance finden darin ihren Platz.

Das Herzstück

Das einzigartige Gebäude ist ein Ensemble aus barocker Bausubstanz und moderner Architektur. Das Herzstück von MuTh ist der Konzertsaal mit einem Fassungsraum von 400 Personen. Die 12 x 9 Meter große Bühne ist verbunden mit einem optimalen Orchestergraben.

Besonders hervorzuheben ist der brillante Raumklang, unterstützt durch Klang-Paneele und Spezialstühle. Glas und Metall charakterisieren die Fassade, warme Materialien und kräftige Farben werden im Innenraum eingesetzt. Ein Café und ein Shop sowie ein Seminarraum runden das MuTh-Gesamterlebnis ab.

Der Bau und der Betrieb von MuTh ist privat finanziert, was einen zeitgemäßen kulturunternehmerischen Ansatz markiert. Zu einem Drittel steht der Konzertsaal Projekten der Wiener Sängerknaben zur Verfügung. An den restlichen Tagen finden qualitätsvolle Theater- und Musikproduktionen eine neue Bühne.

MuTh verbindet

MuTh steht für die Verbindung von Musik und Theater, Tradition und Experiment, Jung und Alt, Technik und Spiel, Nachwuchs und Establishment, dem Kindergarten von nebenan mit der großen internationalen Welt...

Die Verbindung von MuTh zu den Wiener Sängerknaben ist eine besondere: beide stehen für Qualität und Attraktivität. MuTh agiert aber eigen- und selbstständig.

Diese Verbindungen spiegeln sich im Namen MuTh wider, einer Kombination der beiden Begriffe Musik und Theater.

Diese Verbindung macht MuTh auch einzigartig, sie ist Maßstab und Gradmesser für künstlerische Qualität und diese Verbindung ist gelebte Nachwuchsförderung. MuTh wird zur wichtigsten Bühne für gut ausgebildeten Nachwuchs und ermöglicht so den Einstieg in eine internationale Karriere.



Das einzigartige Gebäude ist ein Ensemble aus barocker Bausubstanz und moderner Architektur.



Glas und Metall charakterisieren die Fassade, warme Materialien und kräftige Farben werden im Innenraum eingesetzt.

Ein muthiges Erscheinungsbild

Die Eigenständigkeit des neuen Konzertsaals der Wiener Sängerknaben und die Öffnung für andere Genres und Mitspieler waren die Ausgangsbasis für die Gestaltung des Erscheinungsbilds.

Das Programm 2012/13 – 2013/14

Die erste Saison im MuTh ist eine kurze – sie dauert von Dezember 2012 bis Juni 2013 –, aber eine sehr lustvolle Saison. Sie bietet einen bunten Reigen an Programmpunkten und schafft so eine Vorahnung auf

all das, was hier für die Zukunft geplant ist. Sie will Lust machen auf mehr: auf mehr Programm, auf mehr Musik, auf mehr Theater, auf mehr Nachwuchsprojekte, auf mehr Sängerknaben, auf mehr künstlerische Auseinandersetzung.

Ab Jänner präsentieren sich die Wiener Sängerknaben, vom Kindergarten bis zur Oberstufe, in unterschiedlichen Facetten: klassisch, sowie mit Weltmusik und szenischen Projekten. Im Sommer 2013 werden dann Festivals, wie das ImPuls Tanz Festival, im Konzertsaal zu Gast sein.

Foto: <http://www.lukasbeck.com>

Der Konzertsaal: Besonders hervorzuheben ist der brillante Raumklang, unterstützt durch Klang-Paneele und Spezialstühle.

Kooperationen mit diversen Kulturinstitutionen, wie der Volksoper Wien, dem Dschungel Wien oder dem Wiener Kindertheater, mit Festivals, mit Schulen und anderen Ausbildungsstätten, darunter auch das Konservatorium Privatuniversität, markieren einen weiteren Programmschwerpunkt. Und auch Tanz, Theater und Performance finden ihren Platz.

In der Spielsaison ab September 2013 werden Zyklen gezeigt, die sich aus mehreren Veranstaltungen zusammensetzen und gemeinsam einen thematischen Bogen spannen.

Unter „gemeinsamer Flagge“ wird mit der Wiener Staatsoper, dem Dschungel Wien, der Jeunesse und der Wiener Taschenoper von September bis Dezember 2013 das Festival „Kinderoperherbst“ präsentiert. Ur-, Erstausführungen und Wiederaufnahmen werden dem Genre Kinderoper einen entsprechend breiten Raum widmen, ergänzt durch Gastspiele aus dem Ausland. Bei entsprechendem Erfolg soll der „Kinderoperherbst“ biennal durchgeführt werden.

Ergänzend dazu entwickelt das Oberstufenrealgymnasium der Wiener Sängerknaben im Zuge einer Opernwerkstatt ein eigenes Jugendoperprojekt. Das Ziel des über einen Zeitraum von einem Jahr ange-

legten Projektes ist, gemeinsam mit den Schülern der Oberstufe eine Oper zu kreieren und aufzuführen. Dabei werden die Jugendlichen aktiv in alle Teile des kreativen Prozesses miteinbezogen, sei es bei der Handlung, dem Textbuch, der Komposition, der Choreografie oder dem Entwerfen der Kostüme. Der Kreativität der Schüler wer-



Foto: Hesse

Elke Hesse
Direktorin des MuTh

den dabei keine Grenzen gesetzt, theoretisch kann Hip-Hop auf Avantgarde treffen. Wichtige Bausteine des Projektes werden sowohl szenische als auch chorische Improvisationen und die Verwendung neuer Medien sein.

Der Musiker und Komponist Stephan Kerschbaum zeigt mit an die 80 Jugendlichen sein neuestes Musikprojekt „Fariba“, ein Musical über Liebe und Konkurrenz, Krise und Leistungsgesellschaft, Schule und Fremdenangst, Freundschaft und Chancengleichheit. Die neue Komposition wird von einem Orchester des Wiener Musikgymnasiums interpretiert. In diesem ungewöhnlich vielschichtigen Musical entsteht durch das Zusammenspiel von politischem Engagement und künstlerischer Raffinesse ein Werk, in dem die 80 Kinder und Jugendlichen von Kerschbaums „Tonvoll“ sich selbst und die sie umgebende Erwachsenenwelt auf die Bühne bringen. Frech und gekonnt, unterhaltsam und provokant.

Weiters werden auch in der zweiten Saison diverse Kulturinstitutionen und Festivals zu Gast im MuTh sein. Workshops werden angeboten und der eine oder andere Wettbewerb findet eine neue Heimat. MuTh bietet damit eine Vielfalt an musikalischen und szenischen Projekten. ■

<http://www.muth.at>

»Aufbruch«

37. Innsbrucker Festwochen der Alten Musik von 7. bis 25. August 2013
50 Jahre Ambraser Schloßkonzerte von 9., 16., 23. und 30. Juli 2013



Foto: Innsbrucker Festwochen / Vandory

Der Künstlerische Leiter Alessandro Di Marchi im Riesensaal der Hofburg Innsbruck, einem der vielen Aufführungsorte.

Der Künstlerische Leiter Alessandro De Marchi stellte Anfang Dezember das Programm der Innsbrucker Festwochen 2013 vor: unter dem Motto „Aufbruch“ stehen Opern von Mozart, Caccini, Purcell und Blow im Mittelpunkt der 37. Innsbrucker Festwochen der Alten Musik. 2013 ist auch ein Jubiläumsjahr – gefeiert werden 50 Jahre Ambraser Schloßkonzerte.

Vier Opernproduktionen, eine Jubiläumsgala, zahlreiche Konzerte und der internationale Gesangswettbewerb für Barockoper Pietro Antonio Cesti werden 2013 bei den Innsbrucker Festwochen und den Ambraser Schloßkonzerten geboten. Der Künstlerische Leiter der Innsbrucker Festwochen Alessandro De Marchi wird gemeinsam mit Rinaldo Alessandrini, Giovanni Antonini, Fabio Biondi, Riccardo Minasi, Kate Aldrich, Carlo Allemano, Emöke Baráth, Silvia Frigato, Raffaella Milanese, Hagen Matzeit, Sara Mingardo, Christoph und Julian Prégardien, Ann-Beth Solvang, Andreas Scholl, Donna Leon, Academia Montis Regalis, Akademie für Alte Musik Berlin, Amarcord, Balthasar-Neumann-Ensemble, Concerto Italiano, Il

Giardino Armonico, Il Pomo d'Oro, Europa Galante, RIAS Kammerchor Berlin, Quatuor Mosaiques und vielen mehr für musikalische Höhepunkte bei den Innsbrucker Festwochen 2013 sorgen.

„La clemenza di Tito“ ist die Krönung der barocken Opera seria, deren Form Wolfgang Amadeus Mozart in seiner letzten Oper gleichzeitig mit neuen Ideen aufbrach. Mit Mozarts „Titus“ belebt De Marchi zur Eröffnung der Innsbrucker Festwochen 2013 am Pult der Academia Montis Regalis auch die historische Aufführungspraxis des frühen 19. Jahrhunderts und wird eine Fassung dirigieren, die damals in vielen europäischen Opernzentren in Mode war.

Zwei Jahrhunderte davor schlug in Florenz die Geburtsstunde der Oper. Giulio Caccinis „L'Euridice“, die erste in Druck erschienene Oper, war der Aufbruch in ein neues Zeitalter der europäischen Musikgeschichte und wird in Innsbruck von Rinaldo Alessandrini und seinem Concerto Italiano zu neuem Leben erweckt.

In der „Barockoper:Jung“ erfolgt nicht nur in Purcells Meisterwerk „Dido and

Aeneas“ der sprichwörtliche Aufbruch des trojanischen Helden aus Karthago zu neuen Gestaden, sondern werden Opernstars von morgen vor der tragischen Liebesgeschichte von Königin Dido auch das nicht minder traurige Schicksal der Liebesgöttin in „Venus and Adonis“ von Purcells Lehrer John Blow besingen.

Der Internationale Gesangswettbewerb für Barockoper Pietro Antonio Cesti findet 2013 zum vierten Mal statt und widmet sich seinem Namenspatron Pietro Antonio Cesti – im Wettbewerbsprogramm rückt Cestis Oper „L'Oronthea“ in den Mittelpunkt.

Die Opern werden in vielfältige Beziehungen zu den Festwochenkonzerten gesetzt, in denen exzellente Originalklangkünstler Spuren Mozarts aufnehmen, die direkte Verbindung von Caccini zu Monteverdi herstellen oder die englische Opernblüte mit Airs und Songs von der Insel schmücken. Einen Aufbruch in eine neue Ära der musikalischen Interpretation bedeuteten die Ambraser Schloßkonzerte, deren 50jährige Geschichte 2013 mit Glanz und Gala gefeiert wird. ■

<http://www.altemusik.at>

55. Krippenausstellung

Der Verein der Krippenfreunde Wien-NÖ hat auch heuer wieder in der Krypta von St. Peter wunderschöne Weihnachtskrippen präsentiert. Schwerpunkt der Ausstellung waren Arbeiten aus dem Krippenmuseum Bamberg.



Foto: Krippenmuseum Bamberg/Österreich Journal

Detail aus der **Südtiroler Hausfleißkrippe** – Die Figuren wurden von der Bergbäuerin Barbara Sononer und ihrem Mann aus Wolkenstein im Grödnertal noch wirklich mit der Hand geschnitzt. Die Familie Sononer gehört zu den letzten Schnitzlern, wie man sie in Tirol nennt. Gemeint sind damit Hausfleißschnitzer, die oft – von den Eltern angeleert – am häuslichen Tisch im Nebenerwerb geschnitzt haben. Mit ihnen wurde einst der Ruf des Grödnertals als Schnitzzentrum begründet. Zirbelkiefernholz, handgeschnitzt und polychrom bemalt, 1997 bis 2012.

Die bildliche und szenische Darstellung ist seit dem Mittelalter bekannt. 1291 schuf Arnolfo do Cambio für Santa Maria Maggiore in Rom die ersten erhaltenen Krippenfiguren. Ab dem 16. Jahrhundert entstanden vermehrt Kirchenkrippen. Im weltlichen Bereich waren Krippen hauptsächlich in adeligen Häusern anzutreffen.

Während der Gegenreformation griffen die Jesuiten gerne auf Krippendarstellungen zurück. Im Laufe der Jahre beschränkten sich die Krippenfiguren nicht mehr auf biblische Gestalten, denn man begann Alltagssituationen, aber auch soziale und politische Kritik in den Krippen zu zeigen. Kirche und Kaiser erließen darauf Ende des 18. Jahrhunderts ein weitreichendes Krippenverbot, welches das Aufstellen von Kirchenkrippen

untersagte. Damit begann der Rückzug der Krippe.

Die Krippenschau

Von Beginn an war es dem Verein von Krippenfreunden Wien-Niederösterreich ein Anliegen, Krippen einem breiten Teil der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es wurden Krippenschauen an unterschiedlichen Orten organisiert, bevor man 1959 erstmals eine Ausstellung in der Krypta von St. Peter veranstaltete.

Seither findet die Wiener Krippenschau während der ersten drei Adventwochen dort statt. Jedes Jahr werden andere Exponate, ein eigener Schwerpunkt und Werke privater Leihgeber gezeigt. Die Krippenschau soll den Besuchern nicht nur Wissenswertes über

das Krippenwesen vermitteln, sondern ihnen auch Gelegenheit bieten, sich besinnlich auf das Weihnachtsfest vorzubereiten. Dank des unermüdlichen Einsatzes der Vereinsmitglieder gelingt jährlich eine einzigartige Ausstellung, die zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland anlockt.

Lag im vergangenen Jahr der Schwerpunkt der Ausstellung auf der Krippenbaukunst aus Südtirol, so konnte für dieses Jahr Erk Baumann als Aussteller gewonnen werden, der in der oberfränkischen Stadt Bamberg nicht *ein*, sondern *sein* Krippenmuseum betreibt. Seine Sammlung umfaßt eine Vielzahl an Krippen aus mehr als 40 Ländern. Einen Teil davon, eine kleine und besondere Auswahl, kann man dort bewundern, der große Teil befindet sich in einem weit mehr als 1000 m²

Kultur



Gesamtansicht der **Südtiroler Hausfleißkrippe** – Zirbelkiefernholz, handgeschnitzt und polychrom bemalt, 1997 bis 2012.



Diese große **Alpenländische Weihnachtskrippe** (Gesamtansicht des Ausschnitts von der Titelseite dieser Ausgabe) stand seit den 80er-Jahren zur Weihnachtszeit in einem Bamberger Wachswarengeschäft zur Dekoration. Die heimlich alpenländisch bekleideten Figuren ebenso wie die Landschaft stammen von der Firma Lang sel. Erben aus Oberammergau, Richard Lang war in den 60er-Jahren der erste, der bekleidete Krippenfiguren in größeren Serien herstellte. – Ahornholz, gefräst, polychrom bemalt und mit Stoff bekleidet, um 1980.



Große polnische Krippe mit orientalischer Stadt – Die Figuren wurden von dem Schnitzer Piotr Wolinski aus dem Ort Kcynia geschnitzt (das Foto ist oben angeschnitten). – Lindenholz, handgeschnitzt und polychrom bemalt, 1998 bis 2003.

Kultur

umfassenden Lager, wo Bauman auch Krippen fachmännisch restauriert. Eine besondere Auswahl hat er auch selbst nach Wien gebracht und mit Hilfe der Vereinsmitglieder in der Krypta aufgestellt. Also „aufgestellt“ trifft das wohl nicht ganz, denn die meisten seiner Krippen bestehen aus unzähligen Figuren und Gestaltungsmitteln, die allesamt einen fixen Platz haben.

Der Verein

1860 wurde im Tiroler Ort Wenns der erste Krippenverein gegründet. In Wien begann es mit einer kleinen Krippenausstellung 1952 und der Gründung der Wiener Landesgruppe der „Krippenfreunde“, aus der 1992 der eigenständige „Verein von Krippenfreunden Wien-NÖ“ hervorging. Der überkonfessionelle Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Gedanken an und um



*Oben: **Zeitgenössische Krippe** – war eine Auftragsarbeit für den Bamberger Bischof, die das Geschehen der Geburt Christi in einer Bushaltestelle im heutigen Milieu obdachloser Jugendlicher stattfinden läßt.*

*Mitte: **Miniaturkaufäden als Handlung für Holzschnitzereien** – das Ladengehäuse stammt aus der Zeit um 1920. Die größtenteils aus Oberammergau stammenden Miniaturkrippendarstellungen und Figuren sind im 19. und 20. Jahrhundert entstanden.*

*Unten: **Große Aachener Kirchenkrippe** – Die Figuren, deren Köpfe und Hände aus Wachs gegossen sind, tragen mit Leim kaschierte und polychrom bemalte Kleidung aus Stoff. Sie wurden um 1900 im Kloster der Schwestern zum Armen Kinde Jesu in Aachen hergestellt. Die Krippe wurde 2011/2012 umfangreich restauriert und um weitere Figuren ergänzt.*



Kultur



die Krippe zu verbreiten. Neben der Neuschaffung und Erhaltung von Krippen beschäftigt er sich mit deren Geschichte, Darstellungsformen und Rezeptionen.

Dank Eigenbau, Ankäufen und Schenkungen verfügt der Verein über einen reichhaltigen Fundus, aus dem alljährlich Krippen an Geschäfte, für Veranstaltungen oder internationale Ausstellungen verliehen werden.

Durch diese Krippenausstellungen soll der Krippengedanke hinausgetragen werden und seine Verbreitung finden. Die bedeutendste ist eindeutig die alljährliche in der

Oben: Künstlerkrippe auf einer Wurzel – Diese Krippendarstellung mit den sehr anmutigen kleinen Figürchen ist die erste, die die Bildhauerin Karin Bähr aus München geschaffen hat. – Lindenholz, handgeschnitzt und mit Feuer geschwärzt.



Mitte: Zinnkrippe mit vollplastisch gegossenen und textil begleiteten Figuren – Die Figuren wurden um 1920 in der Werkstatt von Babette Schweizer in Diessen am Ammersee entworfen. Dem ursprünglichen Entwurf nach wurden sie nur mit metallisch anmutenden Stoffen bekleidet und das Zinn deshalb nicht bemalt. Später paßte sie die Kleidung dem Kundengeschmack an. Doch bemalt wurden die Figuren aber nie. – Zinn auf einem Drahtgestell, textil bekleidet, um 1965.

Unten: Orientalischer Krippenberg aus Staffelberg in Oberfranken – Der Berg ist bestückt mit Papiermachéfiguren der Firma Apel aus Oberlind bei Sonneberg in Thüringen aus der Zeit um 1910. Die Besonderheit bei diesen Figuren ist, daß die in Thüringer Krippen besonders seltene Szene der Ankunft der Könige auf drei verschiedenen Tiefen dargestellt wird.



Kultur



Diese zwei **Mimiaturkrippen** sind Arbeiten von Mitgliedern des Vereins Krippenfreunde Wien-NÖ. Das Bild oben zeigt eine Wurzelkrippe. Das Bild unten zeigt eine Krippe in einem Cognac-Schwenker (vom verstorbenen Obmann Norbert Schuh).





Klosterarbeiten aus dem Schaffen von Mitgliedern des Vereins Krippenfreunde Wien-NÖ in faszinierender Vielfalt

Peterskirche, die in knapp vier Wochen bis zu Weihnachten 10.000 Interessierte anlockt. Einige davon kommen dabei auf den Geschmack und entschließen sich, an einem der Krippenbau-Kurse teilzunehmen, die der Verein seit 1958 – natürlich auch für 2013 anbietet – und in denen jeder erlernen kann, eine individuelle Krippe anzufertigen. Das Angebot wird bei Bedarf mit Kursen für Schnitzen, Krippenzubehör, Klosterarbeiten, Porzellanfiguren, etc. erweitert. Neu hinzugekommen ist der Kurs „Teddybären für

Kinder“. Der eigene Teddybär ist der treueste Begleiter durch die Kindertage. Im Teddybärenkurs der Krippenfreunde können Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren aus unterschiedlichen Modellen einen Bären wählen, den sie dann selbst fertigstellen können. Jeder erhält dann seine eigene Geburtsurkunde und kann gleich nach dem Ende des Kurses mitgenommen werden.

Rund 180 Mitglieder zählt der Verein mittlerweile, der in Gersthof über ein eigenes Lokal mit entsprechend geräumigen Werk-

stätten und Lagerräumen verfügt. Ilse Moik, langjährige Krippenbau-Kursleiterin, erzählt, daß bei jeder Gelegenheit „Rohmaterial“ gesammelt wird: Steine, Moos, Holz, Stoffe usw., die dann im Fundus einsortiert werden und den Vereinsmitgliedern für den Bau der nächsten Krippen zur Verfügung stehen.

Sollten Sie weitergehendes Interesse haben, zögern Sie nicht, die Krippenfreunde zu kontaktieren!

<http://krippenfreundewien.at>

Quelle: Krippenfreunde Wien-NÖ



Es gab auch unzählige andere Krippen zu sehen, wie diese in unserem Bild (gebaut von Rudolf Rabl).

Fördermodell »Filmstandort Austria« wird verlängert



Foto: BMWFJ / Robert Newald

v.l.: Daniel Ebner, Marlene Ropac, Brigitte Jank, Martin Eichtinger, Karl Markovics, Reinhold Mitterlehner, Ursula Strauss, Rupert Henning, Claudia Schmied und Andreas Mailath-Pokorny nach den Verhandlungen zum Förderprojekt FISA

Auf Initiative von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner wird das erfolgreiche Fördermodell „Filmstandort Austria“ (FISA) um zwei Jahre verlängert. Pro Jahr stehen erneut 7,5 Millionen Euro zur Verfügung. „Unsere Kreativitätsprämie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Filmwirtschaft und macht den Filmstandort Österreich noch attraktiver für ausländische Produktionen mit inländischen Partnern. Damit bleiben Know-how, Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land“, sagte Mitterlehner am 17. Dezember bei der offiziellen Bekanntgabe der Nominierungen für den 3. Österreichischen Filmpreis. Von den insgesamt 13 in verschiedenen Kategorien nominierten Filmen konnten gleich acht von FISA gefördert werden. „Unser Förderangebot unterstützt wirtschaftliche und künstlerische Erfolge“, so Mitterlehner.

Seit dem Start von FISA im September 2010 wurden insgesamt 55 Filme und Dokumentationen unterstützt. Mit den bisher vergebenen Fördermitteln von 15,2 Millionen Euro konnten Projekte mit einem Investitionsvolumen von 132,5 Millionen Euro ermöglicht werden. Die in Österreich alleine aus der Herstellung erzielte Wertschöpfung beläuft sich auf 63,5 Millionen Euro. Ein weiterer Effekt ist, daß durch die Unterstützung internationaler Koproduktionen, eine erfolgreiche Verwertung des heimischen Films gefördert wird. „Durch die hohe Umwegrentabilität von Filmproduktionen profitiert auch unser Tourismus“, so Mitterlehner.

Zu den bisher von FISA unterstützten Projekten zählen so renommierte Werke wie „Michael“ von Markus Schleinzer und „Atmen“ von Karl Markovics, die zahlreiche internationale Erfolge feiern konnten. Gefördert wurde auch der in sieben Kategorien für den Österreichischen Filmpreis nominierte Film „Grenzgänger“ von Florian Flicker. Unterstützt werden konnten zudem internationale Koproduktionen wie zum Beispiel „360“ von Regisseur Fernando Meirelles, „Ludwig II“ unter der Regie von Peter Sehr und Marie Noëlle sowie der ebenfalls in zwei Filmpreis-Kategorien nominierte Streifen „Die Vermessung der Welt“ von Regisseur Detlev Buck.

<http://www.filmstandort-austria.at>

Wachstum trotz schwierigem Umfeld

Der nunmehr bereits in der 8. Ausgabe erschienene jährliche Filmwirtschaftsbericht des Österreichischen Filminstituts belegt die steigende gesamtwirtschaftliche Bedeutung der heimischen Filmwirtschaft und liefert eine detaillierte Darstellung der gesamten Branche.

So stiegen etwa im Vergleich zum Vorjahr die jährlichen Umsätze der Filmwirtschaft um fast 15 % auf annähernd 800 Mio. Euro. Auch bei der Anzahl an Beschäftigten konnte ein leichtes Plus erzielt werden. Die Filmwirtschaft beschäftigte im Beobachtungszeitraum 6939 MitarbeiterInnen, über 70 % davon als unselbständig Beschäftigte.

Stark gestiegen sind auch die Waren- und

Dienstleistungseinkäufe. Produktionsunternehmen setzten starke Nachfrageimpulse und erhöhten ihre Ausgaben für Ankäufe von Waren und Dienstleistungen um 56 Mio. Euro (+25 %) auf insgesamt deutlich über 280 Mio. Euro. Einen starken Zuwachs gab es hier auch bei den Verleihfirmen, die um über 13 Mio. Euro (+23 %) mehr als im Vorjahr für Vorleistungen ausgaben. Insgesamt stiegen die Waren und Dienstleistungseinkäufe um 18 % auf knapp 555 Mio. Euro.

Eine positive Entwicklung der Branche läßt sich auch bei den Investitionen feststellen. Nach größerer Zurückhaltung in den Vorjahren stiegen die Investitionen insgesamt um fast 25 % auf weit über 29 Mio. Euro. Den stärksten Anstieg um über 40 % verzeichnen dabei die Hersteller von Kino- und TV Filmen.

Auch die Bruttowertschöpfung, die finanzielle Leistungskraft der Unternehmen, zeigt gute Symptome der Krisenbewältigung. Die Filmbranche liegt hier deutlich über dem Gesamtschnitt: während die Statistik Austria z.B. für den Bereich Handel und Dienstleistungen eine Bruttowertschöpfung in Höhe von rund 25 % der Umsatzerlöse ausweist, erzielt die Filmwirtschaft gute 34 %.

Alle diese Zahlen belegen, daß sich Investitionen in Filmförderung auch volkswirtschaftlich rechnen und neben dem kulturellen auch einen wirtschaftlichen Mehrwert erzeugen, der zunehmend zum relevanten Wirtschaftsfaktor wird. ■

<http://www.filminstitut.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **60. Folge** portraitiert er

Hugo Riesenfeld

Komponist

Hugo Riesenfeld, am 26. Jänner 1879 in Wien geboren, begann im Alter von sieben Jahren mit dem Geigenstudium und graduierte bereits mit 17 am Conservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde in Piano, Violine und Komposition. Er spielte als Geiger kurzzeitig an der Staatsoper, bei den Wiener Philharmonikern sowie gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit Arnold Schönberg, Arthur Bodanzky und Edward Falck in einem Streichquartett. Riesenfeld kam 1907 hoffnungsvoll nach New York, wirkte bis 1911 als Konzertmeister bei Oscar Hammersteins Manhattan Opera Company, in den folgenden drei Saisonen als Orchesterleiter des Musical-Unternehmens Klaw & Erlanger, anschließend als Konzertmeister und Dirigent an der Century Opera.

Als Nachfolger des legendären Theatermanagers Samuel Lionel Rothapfel leitete Riesenfeld¹⁾ in den Jahren 1917 bis 1925 die Broadway-Filmtheater Rivoli, Rialto und Criterion der Paramount-Organisation, an denen er neue Formen der Filmpräsentation, wie die Praxis des „long-run film“, einführte. Die drei palastartigen Häuser



Foto: Filmarchiv Austria

Hugo Riesenfeld

gehörten zu den ersten in den USA, die Filme länger als eine Woche zeigten. Zum Gros der üppigeren „silents“ brachten die Kinos damals begleitende Scores, Originalkompositionen oder sogenannte „library selections“, in den Metropolen gespielt von eigenen Orchestern, indes für einige Zeit ohne besonderen künstlerischen Ehrgeiz. Mit zunehmender „sophistication“ der Lichtspiele kam jedoch stilästhetischen und musikdramaturgischen Fragen eine bedeutendere Rolle zu. Der Kinomanager erkannte, daß das überkommene (geborgte) musikalische Unterhaltungs-Repertoire, Cues aus Zettelkästen, partielle Opernfantasien oder gängige Operetten-Ouvertüren, für eine angemessene Musikbegleitung nicht ausreichte, um bestimmte szenische Situationen zufriedenstellend zu illustrieren. Er nahm dies zum Anlaß, das Bedürfnis der Praxis nach dramatischen, sentimental, pastoralen oder ominösen Soundtracks mit eigenen Kompositionen zu stillen. Riesenfeld gilt damit neben dem Briten Albert W. Ketèlbey und dem Ungarn Ernő Rapée als Mitbegründer der Kinotheatenmusik („topical collections of music“) und einer der größten Pioniere moderner, qualitativ hochwertiger Filmbegleitmusik in der Stummfilm-Ära. The American Organist würdigte im Mai 1920 die Musikpräsen-

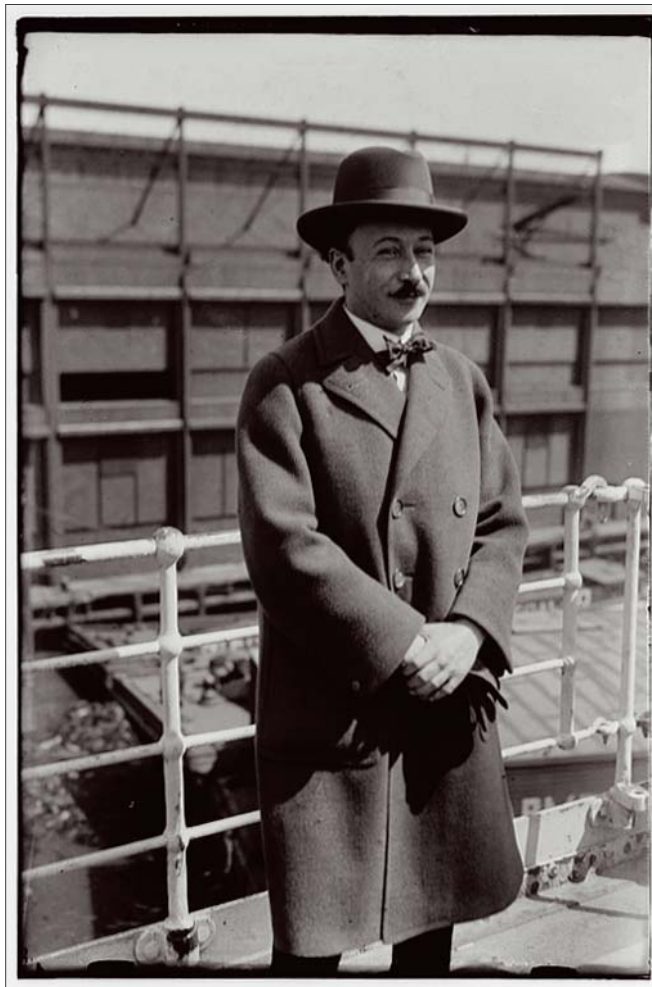


Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Hugo Riesenfeld in den 20er-Jahren in New York

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

»Die zehn Gebote« (1923): In der ersten Verfilmung des biblischen Epos durch Cecil B. DeMille waren der Franzose Charles de Rochefort als Pharaon Ramses und der Amerikaner Theodore Roberts in der Rolle des Moses zu sehen. Der musikalische Beitrag gehört zu Hugo Riesenfelds herausragenden Arbeiten.

tationen des Wieners als „De Luxe“, seine Library umfaßte an die 6000 orchestrale Scores und tausende Pianostücke. Hugo Riesenfeld war maßgeblich mitverantwortlich, daß konzertante Einlagen in den amerikanischen Großkinos zu einer besonderen Tradition und zum Markenzeichen anspruchsvoller Kinounterhaltung wurden, die 50- bis 70-Mann-Orchester seines Lichtspiel-Impe-

riums erreichten zeitweilig eine Reputation, die dem Rang der New Yorker Philharmoniker gleichkam.

Im Mai 1924 begannen die Brüder Max und Dave Fleischer, Pioniere des Zeichentrickfilms, mit der Produktion einer Serie von Sound Cartoons, wofür sie mit dem Erfinder Lee DeForest, dem Produzenten Edwin Miles Fadiman und Hugo Riesenfeld

die Verleihfirma Red Seal Pictures für den Vertrieb der Cartoons im Rahmen eines Ostküsten Theater Circuits gründeten. Die Corporation bestand allerdings nur bis 1926.

Riesenfelds Name als Komponist und Musikregisseur ist in Filmmusikkreisen weniger geläufig, obwohl sein Schaffen über 90 Film-Vertonungen in allen Genres sowie an die 110 musikalische Synchronisationen, Arrangements und Filme, für die von ihm stammende „stock music“ zum Einsatz kam, umfaßt. Die erste Tätigkeit in der Movie-Metropole datiert aus dem Jahr 1915, als er bei Jesse L. Laskys Feature Play Company die Einspielung seiner Musik-Kompilation für die Verfilmung der Novelle „Carmen“ von Prosper Mérimée dirigierte (1995 originalgetreu restauriert). Riesenfeld reihte sich ab den 20er-Jahren in den Hauptstrom der meistbeschäftigten Komponisten und Arrangeure Hollywoods ein, 1928 bis 1931 als Generalmusikdirektor des United Artists Studios, danach freischaffend im Bereich Independent Films. Zu Prestige-Arbeiten zählen vor allem die DeMille-Produktionen

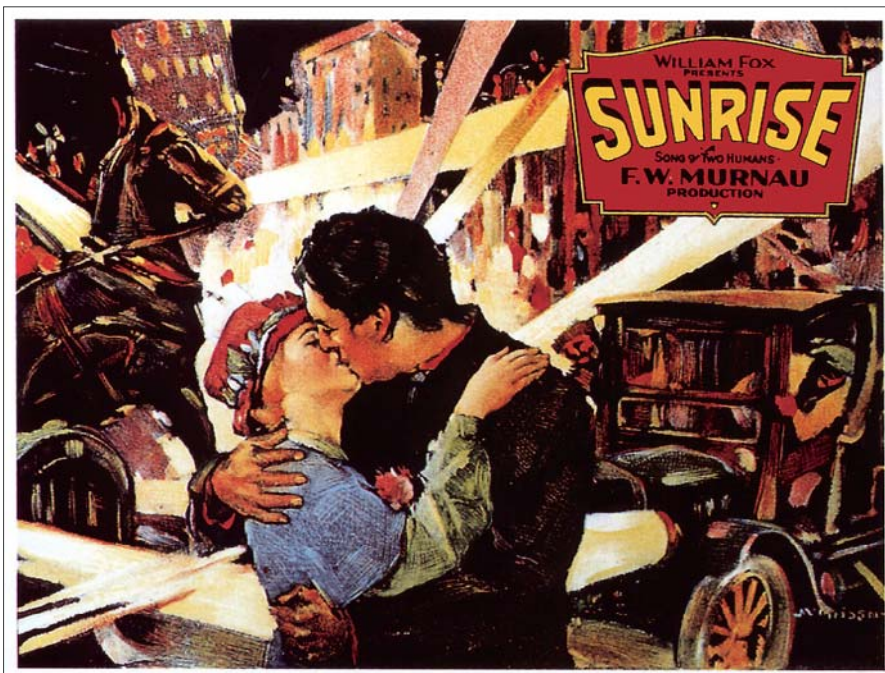


Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Werbekarte: Das romantische Stummfilm-Drama »Sunrise: A Song of Two Humans« von 1928 basiert auf einem in Deutschland für den Regisseur Friedrich W. Murnau verfaßten Szenario des Grazers Carl Mayer, dem der Roman »Die Reise nach Tilsit« von Hermann Sudermann zugrunde liegt. »Ein Kinotrauma von großer Intensität« (LIF Bd.7).

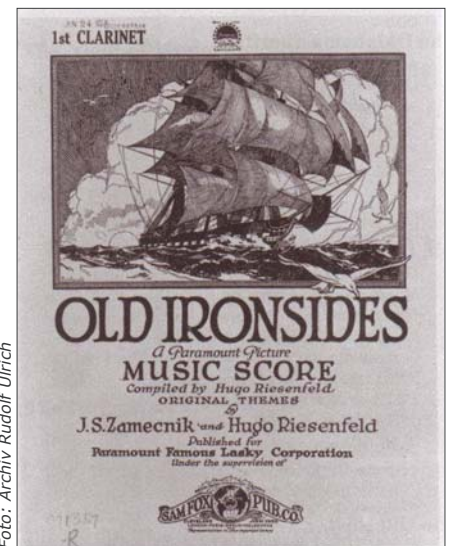


Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Noten für die 1. Klarinette zur Paramount Famous Lasky-Produktion »Old Ironsides« (in Ö.: »Korsaren«), ein im 19. Jh. spielendes Piraten-Drama mit den Stars Esther Ralston, George Bancroft und Wallace Beery, das am 6. Dezember 1926 im Rialto Theater in New York zur Uraufführung kam. Im MOMA New York befindet sich eine 2008 restaurierte Fassung.

„The Ten Commandments“ („Die zehn Gebote“, 1923) und „The King of Kings“ (1927), vor allem aber die Originalpartituren zu den beiden Filmen des deutschen Regisseurs Friedrich Wilhelm Murnau, „Sunrise: A Song of Two Humans“ (1928) und „Tabu: A Story of the South Seas“ (1931), die durch

Serie »Österreicher in Hollywood«



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Basil Rathbone und Marion Claire in der musikalischen Komödie »Make a Wish« von 1937, zu der Hugo Riesenfeld die Oscar-nominierte Musik und Oscar Straus den Titelsong beisteuerten.

ihren impressionistischen Touch und symphonisch-deskriptive Ausdruckskraft bestechen. Daneben das Musik-Arrangement zu David W. Griffiths ambitionierter und extravaganter Biografie „Abraham Lincoln“ von 1930, die 1933 adaptierte mexikanische Musik zu dem aus Sergej M. Eisensteins Material montierten, revolutionär-gesellschafts-

kritischen Werk „Thunder Over Mexico“ und gleichfalls aus 1933 die Untermalung des britischen, auf einer Legende basierenden und Jahrhunderte umspannenden Gaumont/Twickenham-Dramas „The Wandering Jew“. 1938 wurde sein Score zur musikalischen Komödie „Make a Wish“ (1937) eines von Upton Sinclair geleiteten Film-Syndikats für den Academy Award nominiert. In Riesenfelds Filmografie scheinen 1929/30 auch einige von ihm produzierte „shorts“ auf. Mit dem Musical „Hawaii Calls“ (Score), der Kriminalgeschichte „Sunset Murder Case“ (Musikselektion und Arrangement) sowie dem spanischsprachigen Drama „El trovador de la radio“ (musical director) endete 1938 sein Wirken in Hollywood.

Abseits von Filmarbeit und Dirigaten des Los Angeles Symphony Orchesters in der Hollywood Bowl schuf Riesenfeld mehrere Kompositionen im klassischen Bereich, dar-

unter das Ballett „Chopin’s Dances“ (1905), die komische Oper „Merry Martyr“ (1913), die 1921 am Broadway aufgeführte Music Show „Betty Be Good“, eine „Children’s Suite“ (1928), außerdem Ouvertüren, Orchestermusik und Songs. Hugo Riesenfeld²⁾, seit 1912 mit Mabel Gertrude Danning verheiratet, starb nach einer schweren Krankheit am 10. September 1939 in Los Angeles. Die Bestattung erfolgte im Hollywood Memorial Cemetery (heute „Hollywood Forever“). ■

- 1) Der Wiener war als Theaterleiter am Broadway einige Jahre als Dr. Hugo Riesenfeld bekannt, es handelte sich dabei um eine auf S.L. Rothapfel zurückgehende Publicity Maßnahme. Der Theatermogul veranlaßte die Aufnahme des akademischen Titels in alle Hauptprogramme und Veröffentlichungen.
- 2) Tochter Janet (Hansi) Riesenfeld wirkte in den 40er- bis 60er-Jahren unter den Namen Raquel Rojas und Janet Alcoriza in einer Reihe mexikanischer Filme (darunter zwei von Luis Buñuel) als Tänzerin und Schauspielerin mit. Im Rahmen einer zweiten Karriere gelang ihr der Sprung zur profilierten Drehbuchautorin.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.

Rudolf Ulrich
 „Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

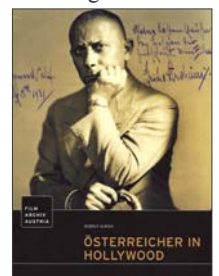


Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Das Urnengrab des Komponisten im Hollywood Memorial Cemetery

Momente der Ruhe im Vorarlberger Winter

Wanderungen mit Fackeln und bei Mondlicht, Huskys und »Walser AusZeit«



Foto: Hans Wiesenhofer / Kleinwalsertal Tourismus

Winterwandern am Hochplateau von Gottesacker im Kleinwalsertal – hier kann man wirklich zur Ruhe kommen.

Tief verschneit präsentiert sich derzeit Vorarlberg. Neben dem klassischen Skivergnügen gibt es zwischen Bregenz und Lech Zürs am Arlberg eine Reihe von sanften Wintersportangeboten. Auf Winterwanderungen, mit Schneeschuhen oder Langlaufskiern spürt der Gast die winterliche Ruhe und tankt in beeindruckender Natur neue Kraft.

Winterwandern

Die Vorarlberger Ferienregionen haben in den letzten Jahren ihr Wegenetz ausgebaut. Schon im Rheintal finden sich aussichtsreiche Strecken wie am Pfänder bei Bregenz oder am Dornbirner Karren. Beide sind mit Seilbahnen bequem erreichbar. In den alpi-

nen Regionen sind die Hochplateaus von Gottesacker (Kleinwalsertal) und Muttjöchle im Klostertal nur zwei von zahlreichen beliebten Zielen. Weite Ausblicke bieten auch Winterwanderungen in Lech Zürs, z.B. der 3 Kilometer lange Höhenweg Gaisbühel. <http://www.vorarlberg.travel/winterwandern>

Montafon: Frühmorgendliche Safari, Fackelwanderung am Abend

Jeden Mittwoch, bevor der Skibetrieb beginnt, können Winterwanderer das Skigebiet Silvretta Montafon erkunden. Vom höchsten Punkt geht es in einer rund 45 Minuten langen Wanderung zur Bergstation der Sennigrat Bahn – und zu einem herzhaften Bergfrühstück. Treffpunkt ist die Grasjoch Bahn

in St. Gallenkirch, der Preis: 30 Euro pro Person. Ebenso ruhig zeigt sich dieses Skigebiet am frühen Abend bei einer Fackelwanderung. Nach dem gemeinsamen Käsknöpfle-Essen wandern die Teilnehmer durch den verschneiten Fichtenwald. Zurück ins Tal geht es per Rodel oder mit der Bergbahn. Immer dienstags bei der Valisera-Talstation, der Preis 30 Euro pro Person.

<http://www.silvretta-montafon.at>

Interaktiv Winterwandern

Interaktive Wanderkarten geben online genaue Informationen über Winterwanderwege. Exakte Landkarten und Details über ausgewählte Wege auf

<http://www.vorarlberg.travel/de/wintertouren>

ÖJ-Reisetip

Schneeschuhwandern

In aller Stille geht es in den vier Vollmondnächten (28. 12., 26. 1., 24. 2. und 26. 3.) auf Schneeschuhen und unter kundiger Leitung von Helga Rädler durchs Lecknertal. Die Wanderung startet abends am Dorfbrunnen von Hittisau, dauert 1,5 Stunden und kostet 20 Euro pro Person, Leihgebühr für Schneeschuhe und Stöcke inklusive.

<http://www.kulturinbewegung.at>

Schneeschuhwandern im Großen Walsertal

Im Biosphärenpark Großes Walsertal bieten die Guides von BERGaktiv regelmäßig geführte Schneeschuhtouren an. Für Gäste, die in BERGaktiv Partner-Betrieben wohnen, ist die Teilnahme kostenlos. Zu den Schneeschuh-Tagen vom 24. bis 28. Februar 2013 gibt es ein besonderes Package: Drei Tage lang begleitet ein Wanderführer die Gruppe durch herrlich verschneite Berglandschaften. Das Angebot ist für Anfänger genauso geeignet wie für Geübte. Inkludiert sind vier Übernachtungen mit Halbpension oder Frühstück, drei geführte Schneeschuhwanderungen, zwei Mittagessen, die Wanderjause und die Leihhausrüstung. Ab 156,50

Euro pro Person in der Pension mit Frühstück.

<http://www.walsertal.at/pauschalen>

»Hundstage« auf Schneeschuhen im Bregenzerwald

Zeit zu zweit – für Menschen und Hunde – gestaltet das Team von „Lex Lupo“ im Bregenzerwald. Neben individuellen Angeboten gibt es vom 17. bis 20. Januar geführte Schneeschuhwandertage. Im Personenpreis von 562 Euro sind drei Übernachtungen in einem 4-Sterne-Hotel mit Halbpension (Doppelzimmer) sowie vier Wanderungen inbegriffen.

<http://www.lexlupo.com>

Sanfter Winter

In Bürserberg im Brandnertal organisiert der „Husky-Toni“ Anton Kuttner Workshops für Gruppen. Neuerdings bietet er in Kooperation mit dem Coach Stefan Fritz ein Programm für all jene an, die im Alltagsleben unter hoher Belastung stehen und wieder zu mehr Ruhe, Gelassenheit und innerer Balance finden wollen.

<http://www.husky-toni.at>

<http://www.lebeninechtzeit.at>

Walser AusZeit im Kleinwalsertal

Die eigene Achtsamkeit stärken und wieder zu sich selbst finden: Yoga, Wanderungen und Anregungen zur Streßbewältigung, Burnout-Prävention oder Meditation kombinieren die einwöchigen Programme, die Thomas Schneider, Psychologischer Berater und Wanderführer, anbietet. „Streßbewältigung und Winterwandern“ findet beispielsweise vom 13. bis 19. 1. und vom 31. 3. bis 6. 4. statt. Zusätzlich zu den Seminaren sind jeweils sieben Übernachtungen inklusive Frühstück oder Halbpension bzw. Übernachtungen in einer Ferienwohnung inbegriffen. Ab 389 Euro pro Person.

<http://www.kleinwalsertal.com>

<http://www.wegezumsein.com>

Übrigens: Das Kleinwalsertal ist die erste „Lebensfeuer®-Region“ der Welt. Die 24-Stunden-Messung des Herzschlages ist die Basis für Maßnahmen und Aktivitäten, um seinen persönlichen Rhythmus, das „Lebensfeuer“, wiederherzustellen – und zwar bereits vor Ort. ■

Weitere Informationen und Angebote:

<http://www.vorarlberg.travel/winter>



Foto: Silvretta Montafon/Daniel Zangerl

Die Fußgängersafari ist ein einmaliges Naturerlebnis mit fantastischem Rundblick über die Montafoner Bergwelt.

Verträumte Momente genießen

Winter in Tirol – das heißt neben Skifahren auf perfekten Pisten auch die Schönheit des Landes mit allen Sinnen wahrnehmen und daraus neue Energie schöpfen.

Die neun Winterzauber-Regionen Achensee, Ferienland Kufstein, Ferienregion Hohe Salve, Innsbruck und seine Feriendörfer, Naturparkregion Lechtal Reutte, Olympiaregion Seefeld, Osttirol, Tannheimer Tal und das Tiroler Oberland bieten die schönsten Orte und Angebote rund um ruhige Winter-Naturerlebnisse. Wer sich beispielsweise für Wildbeobachtungen interessiert, wird in Osttirol und im Tannheimertal fündig, Iglu-Bauen kann man in der Region Hohe Salve lernen, romantische Pferdekutschfahrten gibt es zum Beispiel am Achensee oder in der Naturparkregion Lechtal-Reutte.

Grenzenlose Wintererlebnisse mit Schneeschuhen

Verschiedene Winterzauber-Angebote haben sich dem Querfeldein-Wandern verschrieben. Magische Momente auf Schneeschuhen bei Vollmond verspricht zum Beispiel eine nächtliche Tour durch den Nationalpark Hohe Tauern. Bei der Wildtierbeobachtung und Spurensuche mit einem Naturparkführer zeigt sich mit etwas Glück am Ende der Fährte sogar einer der Tiroler BIG FIVE (Gams, Steinbock, Tannenhäher, Schneehuhn und Schneehase) aus nächster Nähe. Hoch hinaus geht es hingegen mit Schneeschuhen auf dem Sonnenplateau Mieming. Schritt für Schritt durch die winterliche Berglandschaft kommen die Wanderer ihrem Ziel, einer einsam romantischen Berghütte, näher. Bis spät in die Nacht sitzt die Gruppe am Kachelofen und genießt die Stille.

Naturmomente bei QiGong und auf zwei Kufen

Ein fernöstliches Wintererlebnis bieten im Ferienland Kufstein spezielle QiGong-Wanderungen. Die aus China stammende energetische Methode wirkt harmonisierend auf Körper, Atmung und die geistige Haltung. Ähnlich inspirierend sind die Heilwanderungen mit Energetiker Helmut Payer. Etwas schneller und auch bequemer wird der Ausflug in die herrliche Tiroler Winterlandschaft auf zwei Kufen, sobald die Seen zugefroren und Wege wie Felder von einer dicken Schneeschicht überzogen sind: Bei einer



Foto: Tirol Werbung / Josef Mallaun

Schneeschuhwandern in verträumter Winterlandschaft

ÖJ-Reisetip



Foto: Tirol Werbung / Josef Mallaun

Hundeschlittenfahrt mit einem echten Huskygespann oder warm in dicke Decken eingepackt auf dem Pferdeschlitten, geht es bequem durch die weiße Winterpracht. Romantische Rundfahrten mit historischen Holzschlitten gibt es beispielsweise im Naturschutzgebiet Karwendel. Naturliebhaber können sich bei der Tour einfach zurücklehnen und die Landschaft genießen. Wer es rasanter mag, fährt nach einem urigen Tiroler Hüttenabend mit der Rodel ins Tal. Über 750 Kilometer Rodelbahnen gibt es in Tirol- die Empfehlenswertesten tragen das Tiroler Naturrodelbahn-Gütesiegel.

Neun Tiroler Winterzauber-Regionen online entdecken

Das Webportal winterzauber.tirol.at präsentiert eine beeindruckende Auswahl an besonderen Naturerlebnissen von Schneeschuhwandern bis zur Husky-Schlittenfahrt. So können alle sanften Winteraktivitäten in neun Tiroler Regionen schnell und übersichtlich entdeckt werden. Für den Bergwinter 2012/2013 wurde die Webseite komplett neu gestaltet: Auf den Regionsseiten werden die jeweiligen Themen und Aktivitäten auf einen Blick vorgestellt, um Besuchern die Orientierung zu erleichtern. Zusätzlich präsentieren die Regionsseiten drei ausgewählte Top-Tipps, die beim sanften Winterurlaub keinesfalls fehlen dürfen.

Eine Komplett-Übersicht bietet eine eigene Angebotsrubrik. Zur geografischen Einordnung dient eine übersichtlich gestaltete Landkarte.

oben: Grenzenlose Wintererlebnisse mit Schneeschuhen
unten: Rodeln - das bedeutet Winterzauber für die ganze Familie



Foto: Tirol Werbung / Verena Kathrein

Die Angebots-Gruppe Winterzauber ist ein Zusammenschluß von neun Tiroler Regionen. Ziel ist die Profilierung der sanften Wintererlebnisse als ein weiteres wichtiges touristisches Standbein im österreichischen Bundesland Tirol. Die teilnehmenden Regionen im einzelnen: Achensee, Ferien-

land Kufstein, Ferienregion Hohe Salve, Innsbruck und seine Feriendörfer, Naturparkregion Lechtal-Reutte, Olympiaregion Seefeld, Osttirol Werbung GmbH, Tannheimer Tal und das Tiroler Oberland. ■
<http://www.winterzauber.tirol.at>
<http://www.tirol.at>